C 21734 E



Arbeiterkampf

Jg. 3 Nr. 28 Mai '73
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
50 Pf.

Frankreich: Das ist nur ein Anfang





„Vereinigt wie im Mai"

Der Kampf geht weiter

Der Wahlsieg der französischen Regierung beginnt sich bereits kurze Zeit nach der Wahl als ein Pyrrhussieg zu entwickeln. Im Parlament hat die Regierung die Schlacht erneut für sich entschieden; aber in der Bevölkerung hat der Kampf erst angefangen. Gegenwärtig zeigen vor allem zehntausende von Schülern und Studenten in Frankreich, daß der Sieg der Regierung vom 11. März kein Nachlassen im Kampf für grundlegende Änderungen im Land bedeuten kann. Sie finden damit eine große Sympathie in der werktätigen Bevölkerung. In mehreren Betrieben haben die Arbeiter ihrerseits den Kampf verschärft.

Eine Hauptparole, mit der die gegenwärtige Schüler- und Studentenbewegung ihren Kampfwillen gegen die Regierung zum Ausdruck bringt, ist: „Heiß, heiß, heiß – der Frühling wird heiß!"; und die Losung der großen Streiks und Demonstrationen vom Mai 1968: „Das ist nur ein Anfang – der Kampf geht weiter!". Andererseits erinnert die bürgerliche Presse selbst an die Kämpfe des Mai 68 und zieht Vergleiche zur gegenwärtigen Bewegung. Eine große französische Zeitung kommentiert die momentan stattfindenden Kämpfe gar schon in einer dikken Balkenüberschrift mit der hysterischen Frage: „Krieg oder Generalmobilmachung?" Von einem „neuen Mai" kann aber (zumindest vorerst) noch nicht die Rede sein. Dennoch ist unverkennbar, daß die Kampfbereitschaft der Arbeiter, Schüler und Studenten nach dem Scheitern der parlamentarischen Illusion von PCF (Kommunistische Partei Frankreich) und PS (Sozialistische Partei) einen neuen Aufschwung nimmt.

Durchbruch der Linken?

– Einige Bemerkungen zum SPD-Parteitag –

Vom 10. - 14. April tagte in Hannover der Parteitag der SPD, das höchste Gremium dieser Partei. Das geschieht alle zwei Jahre. Wie kaum anders zu erwarten, brachte dieser Parteitag in der Sache wenig – besser: fast gar nichts –, wenngleich dies die bürgerliche Berichterstattung mit z.T. spektakulären Schlagzeilen („Hausmakler sollen verschwinden") zu verdecken suchte. Dafür gab es dann personelle Umstellungen im Parteivorstand, die ihrerseits Anlaß boten für große Aufmacher in Presse, Rundfunk und Fernsehen. Tatsächlich wurden einige rechte Flügelmänner aus der dritten Reihe der Partei-Führung nicht wieder in den Vorstand gewählt (z.B. Egon Franke, Annemarie Renger). Statt ihrer zogen einige „Parteilinke", „Halb-Linke" und „links von der Partei-Mitte Stehende" dort ein, die jetzt – insgesamt acht Mann hoch – im 32-köpfigen Parteivorstand mitbestimmen dürfen.

Unter großem Lamento beschwor die rechtsbürgerliche Presse einen „Ruck nach links" in der SPD. Unter Schlagzeilen wie „Der Weg ins Kollektiv" wurde die „Gefahr" einer „grundsätzlichen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse" gewittert, der SPD „Skepsis und Feindschaft gegenüber dem Eigentum an Produktionsmitteln" unterstellt; wurde behauptet, die SPD strebe „zweifellos einen neuen Wirtschaftstypus" an, „der nur noch wenig mit der herkömmlichen Marktwirtschaft . . . zu tun haben wird." Die SPD wolle den „Weg in die Kollektivierung und vollständige Bürokratisierung der Gesellschaft" beschreiten, außerdem „allmählich die Gesamtsteuerung der Gesellschaft übernech- steuerung der Gesellschaft übernech- men", usw. „Der Kollektivismus, (gemeint: Sozialismus AK-Red.) dem die Partei zuneigt, ist nicht Theorie, sondern Praxis: konkrete Gefahr". Schön wärs ja (zitiert nach Springers „Welt" 14.4./ Leitartikel von Kremp).

Die SPD-Führer und die an ihrer Partei orientierte Presse bestritten dagegen jedwede Veränderung der Politik der SPD und interpretierten den Parteitag ganz im Sinne einer „neuen Geschlossenheit" der SPD, als Beweis ihrer „Stärke", etc. „Wir sind mit neuer Geschlossenheit aus diesem Parteitag hervorgegangen" (Brandt, Morgenpost, 16.4.). „SPD bekennt sich klar zum Kurs von Willy Brandt" (Schlagzeile in Neue Ruhr Zeitung 14.4.). Schon vor dem Parteitag erklärte Brandt: „Wer auf Spektakel wartet, wird enttäuscht werden . . ." (Morgenpost 9.4.).

Die „lebendige Diskussion"

In keiner politischen Frage, keinem sog. „Sachproblem" hat der Parteitag nennenswerte Veränderungen der bisherigen SPD-Politik gebracht. Schon gar nicht einen Linksruck – auch nicht den klitzekleinsten. – Vielmehr war es so – und das ist typisch für sozialdemokratische Parteitage –, daß die anstehenden „großen Sachfragen" (wie es in der bürgerlichen Presse bezeichnet wurde), also in diesem Fall „Vermögensbildung" und „Bodenrecht", schon vorher konzeptionell von der SPD-Führung festgelegt waren. Der Parteitag hatte lediglich noch die Funktion eines Akklamationsorgans. Die Funktion erfüllte er ohne weiteres.

Mit dem Beschluß der SPD-Führung, „Das ‚Godesberger Programm' steht nicht zur Disposition", wurde eine mögliche Diskussion ohnehin auf taktischen und organisatorischen „Klein-Kram" beschränkt, der dann auf dem Parteitag auch ausgiebig und genüßlich breitgewalzt wurde (es lagen etwa 1000 Anträge vor). Programmatisch-strategische Fragen waren so von vornherein ausgeschlossen. Ebenso ausgeschlossen waren Diskussionen und Beschlüsse, die eine Änderung der Regierungspolitik zur Folge gehabt hätten. „Festlegungen im Wahlprogramm" und „Vereinbarungen mit der FDP" würden dies verbieten, behaupteten die SPD-Führer.

Prinzipien innerorganisatorischer Demokratie und wohl auch die Statuten der SPD fordern eigentlich, daß der Parteitag immerhin höchstes Gremium der Partei an überhaupt keine „Beschlüsse" und „Vereinbarungen" irgendwelcher Parteigrößen gebunden ist, sondern vollkommen autonom seine Entscheidungen treffen kann. Allerdings konnte schon aufgrund des Allerdings konnte schon aufgrund des politischen Kräfteverhältnisses auf diesem Parteitag mit Änderungen im bisherigen Kurs dieser Partei ohnehin nicht gerechnet werden.

Ein paar Tage vor Hannover kündigte Bundesgeschäftsführer Börner an: „Wir wollen lebendig diskutieren wie das bei der SPD Brauch ist!" – Angesichts der Tatsache, daß die Delegierten – eingeklemmt zwischen die „Unantastbarkeit des ‚Godesberger Programms'" auf der einen Seite und die „Unverrückbarkeit" tagespolitischer Festlegungen (Wahlprogramm, Vereinbarungen mit der FDP) auf der anderen Seite, zusätzlich etwa eineinhalb Tage lang geschwätzige Einführungsansprachen, „Grundsatzreferat" (von Brandt) und Rechenschafts-Bericht von Wehner über sich ergehen lassen mußten, dazu in der verbleibenden zweieinhalb Tagen 1000 Anträge bewältigen mußten – angesichts allein schon dieser äußeren Umstände, mußte die von Börner angekündigte „lebendige Diskussion" wie ein Hohn wirken. Der im ‚Godesberger Programm' selbst formulierte Anspruch, „die Partei der Freiheit des Geistes" zu sein, entpuppte sich als blanker Zynismus. Tatsächlich ist bei der SPD alles mögliche Brauch, nur keine wirklich lebendige und freie Diskussion.

Der „neue" Parteivorstand

Wenn dieser Parteitag auch keine politischen Änderungen brachte, so doch einige personelle in der neuen Zusammensetzung des Parteivorstandes, durch Hereinnahme einiger sog. „Partei-Linker". Das wird von der sozialdemokratischen Presse als „kleiner Linksruck auf dem Boden des ‚Godesberger Programms'" interpretiert, was natürlich Unfug ist. Was hat sich denn schon geändert?

Die Parteiführung der SPD hat sich durch die leichten Personaländerungen nur etwas flexibler gemacht, gegenüber kritischen Teilen der Bevölkerung. Dem diente auch die Abhalfterung einiger politisch verknöcherter konservativer Flügelleute, wie Egon Franke, etc. Durch diesen Personenaustausch versucht sich die SPD noch besser bestimmten nach links tendierenden Strömungen im Volk „anzupassen".

„Anzupassen" . . . natürlich um diese Strömung besser „integrieren" zu können – wie Partei-Chef Brandt nicht müde wird zu betonen – „integrieren" in den bürgerlichen Staat. –

„Die SPD ist die größte integrationistische Partei Deutschlands", resümierte Brandt im Anschluß an den Parteitag. Damit schätzte er ein, daß es die SPD noch ohne weiteres schafft, linke Strömungen im Volk und in den eigenen Reihen politisch zu binden, ohne die Politik ändern zu müssen. Gleichzeitig deutet das ständige Betonen der „integrationistischen Funktion" der SPD durch die Parteiführung darauf hin, daß sie in Zukunft noch stärker als bisher bemüht sein wird, nach links tendierende Strömungen aufzufangen. Für dieses Geschäft taugt das „linke" Gequatsche eines Steffen und Roth natürlich weit besser, als das stock-konservative Gegreine eines Egon Franke.

Parteitag dient der Image-Pflege

Parteitag dient der Image-Pflege

Der SPD-Parteitag hatte überhaupt nicht die Funktion einer breiten, grundsätzlichen politischen Debatte und Auseinandersetzung. Seine Aufgabe war in erster Linie die einer Propaganda-Schau für diese Partei, um eben die „neue Geschlossenheit" etc. dem Volk vorzuführen, vorsichtig garniert mit einigen schüchternen halblinken Schnacks, serviert für „kritische Beobachter", um denselben die Bestätigung von „neuen Kräften innerhalb der SPD" zu liefern.

Die auf Propaganda-Effekt getrimmten SPD-Oberen klagten denn auch über den gleichzeitigen Drucker-Streik vom 10./11.4. Die nicht erscheinenden Zeitungen drohten die gewünschte Publicity erheblich einzuschränken.

So schrieb die sozialdemokratisch orientierte „Hamburger Morgenpost" am 10.4. unter der Schlagzeile: „Die Genossen kommen nicht recht in Fahrt":

„Nicht die Jusos und die mit Spannung erwarteten Auseinandersetzungen zwischen ihnen und den „Kanalarbeitern" waren gestern kurz vor der Eröffnung des SPD-Parteitages das Hauptthema der Diskussion in der Stadthalle von Hannover: Thema Nr. 1 war der Streik der Setzer und Drucker, der nicht nur die Journalisten lähmt, sondern auch den **Parteitag nur stockend aus den Startlöchern bringt".**

Dem Image einer Partei, die vorgibt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, hätte eine Solidaritätsadresse an die streikenden Kollegen besser zu Gesicht gestanden. Stattdessen wird über den berechtigten Kampf der Drukker und Setzer gepöbelt. Das eben ist die Logik der SPD.

„Der Parteitag kann beschließen was er will"

Einen bemerkenswerten Beitrag

Forts. Seite 4

Chemie-Tarifrunde

KOMMUNISTEN-JAGD OBERSTES GEBOT DER GEWERKSCHAFTSFÜHRER

Als erster Bezirk hat Nordrhein in der diesjährigen Chemietarifrunde eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 9,9 % abgeschlossen.
Nach den niedrigen Abschlüssen in der Metallindustrie (8,5 %) und in der ÖTV sind die Preise unvermindert weiter gestiegen (8,8 % bis März), und das Märchen, „einen Stabilitätsbeitrag durch maßvolle Lohnerhöhungen zu leisten", kann die Gewerkschaftsführung keinem Kollegen mehr verkaufen. In vielen Betrieben herrscht große Unzufriedenheit mit der Tarifpolitik der Gewerkschaftsführung. So streikten bei BASF in Ludwigshafen zum erstenmal nach dem 2. Weltkrieg 10 000 Kollegen spontan gegen das 8 %-Angebot der Unternehmer. Auch in der Kalle-Chemie in Bad Hönningen (Rheinland-Pfalz) gab es Arbeitsniederlegungen.
Wegen der zunehmenden Unruhe nicht nur in den Chemiebetrieben (siehe Streiks in der Metall-, Stahl-, und Druckindustrie) haben Kapitalisten, SPD-Regierung und Gewerkschaftsführung „stillschweigend" die Lohnleitlinien angehoben. Die Gefahr, wegen zu niedriger Abschlüsse einen „heißen Herbst" auch in der Chemie zu provozieren, ist ihnen zu groß. Von einem plötzlichen „Gesinnungswandel" der Gewerkschaftsführer in dem Sinne, mehr für die Kollegen herauszuholen, kann keine Rede sein – denn gleichzeitig versucht dieselbe Gewerkschaftsführung, die aktiven linken Arbeiterkerne in den Betrieben „auszuheben", die der Motor für die gestiegene Kampfbereitschaft der Belegschaften sind. Insbesondere die Hamburger Verwaltungsstelle der IG Chemie inszeniert zu diesem Zweck eine Treibjagd auf Kommunisten, wie sie es seit den 50iger Jahren nicht mehr gegeben hat.

Die Verwaltungsstelle der IG Chemie Hamburg geht dabei schon so weit, die Tarifrunde vollends zu „vergessen" und sich ausschließlich der „Kommunistenjagd" zu widmen! Bisher ist vor den Hamburger Chemiebetrieben nicht ein einziges Informationsblatt der IG Chemie zur Tarifrunde verteilt worden. Angeblich sei ja auch kein Geld da! Andererseits werden aber keine Kosten gescheut, wenn es gegen „links" geht.

So verteilte die Gewerkschaftsführung anläßlich der Hamburger Delegiertenversammlung Ende März 73 ein 9-Seiten-Pamphlet gegen die „linken Spalter", das an Demagogie und Verhetzung der Springer-Presse in nichts nachsteht und in verschiedenen Passagen die Argumentation direkt aus „Mein Kampf" von Adolf Hitler kopiert. (Wir gehen darauf im weiteren ein.) Eine Kurzfassung dieser Schrift wurde allen Hamburger Vertrauensleuten zugestellt.

ten zugestellt.

Selbst im Reisekatalog von „Feierabend" malt die Gewerkschaftsführung die Gefahr des „Kommunismus", der „die Gewerkschaften spalten will", an die Wand und fordert alle Kollegen zur „aktiven" Gegenwehr auf!

Der folgende Teil gibt den aktuellen Stand der Auseinandersetzungen zwischen der Hamburger-Chemie-Gewerkschaftsspitze und den SPD-Betriebsgruppen auf der einen Seite und der Mehrheit der Vertrauensleute bei „Reichhold" und „Beiersdorf" auf der anderen Seite kurz wieder, weist auf die planmäßige Vorbereitung seitens der Gewerkschaftsführung hin und versucht, Lehren für die weitere Arbeit zu ziehen.

Reichhold Vertrauensleute bleiben am Ball

Was war dem vorausgegangen?

Am Abend des 6.3. – nach der Vertrauensleute-Vollversammlung der Hamburger Chemie-Betriebe, auf der es gerade über die Frage der innergewerkschaftlichen Demokratie heftige Diskussionen gegeben hatte – fiel die Entscheidung: der „Reichhold"-Vertrauensleutekörper wird von der Verwaltungsstelle Hamburg aufgelöst. (Wir berichteten im ARBEITERKAMPF Nr. 27 im Artikel „Vertrauensleutekörper zerschlagen" davon.)

Die „Reichhold"-Vertrauensleute hatten die diesjährige Tarifrunde gut vorbereitet. So diskutierten sie sehr ausführlich über Art und Höhe der Forderungen und Fragen der Durchsetzbarkeit. Einstimmig verabschiedete man die Forderung von 200,- DM für alle und stellte gleichzeitig drei wichtige Anträge an die Hamburger Vertrauensleutekonferenz. So sollte z.B. nach Meinung der Reichhold-Vertrauensleute nach Abschluß der Tarifrunde eine zweite Vertrauensleutekonferenz einberufen werden, um die Mängel und Fehler unserer Arbeit zu diskutieren und ein Fazit aus dieser Tarifrunde zu ziehen.

Natürlich beließ die Verwaltungsstelle es nicht nur bei dem formalen Beschluß – Auflösung – , sondern verschickte gleichzeitig an alle gewerkschaftlich Organisierten bei „Reichhold" eine 5-seitige Lügenschrift gegen die nun „ehemaligen" Vertrauensleute. Von den Gewerkschaftsführern war beabsichtigt, die Informationslücke der Masse der Kollegen zu nutzen, um sie gegen die fortschrittlichen Vertrauensleute aufzubringen!

Was war zu tun?

Abwarten? Ein Schritt zurück? Oder jetzt erst recht? Ein Teil der Vertrauensleute ging in die Offensive. Zuerst sammelten sie Unterschriften für eine Mitgliederversammlung, auf der Neuwahlen eingeleitet werden sollten. Dann ließen sie die „Vorwürfe" der Verwaltungsstelle gegen ihre Arbeit nicht im Raum stehen, sondern schrieben die „Stellungnahme ehemaliger Vertrauensleute". „Vor allem aber", sagten sie sich, „kommt es jetzt darauf an, so viel Öffentlichkeit wie möglich herzustellen. Sowohl bei unseren eigenen Kollegen, als auch in den anderen Betrieben."

Der Erfolg spricht für diese Kollegen. Mehr als 1/3 der Organisierten

gen. Mehr als 1/3 der Organisierten

stimmten mit ihren Unterschriften für Neuwahlen und verurteilten den Schritt der Verwaltungsstelle! Der Großteil des alten Vertrauensleutekörpers unterzeichnete die Stellungnahme!

Die dann am 14.4. stattgefundene Mitgliederversammlung unterstrich noch einmal den deutlichen Vertrauensschwund zwischen den Kollegen und der Gewerkschaftsführung:

Zu dieser gewerkschaftlichen Mitgliederversammlung kamen entgegen der üblichen Praxis gleich zwei Gewerkschaftssekretäre, die sich offenbar ausführlich auf eine Auseinandersetzung mit den Kommunisten vorbereitet hatten. Eingeleitet wurde die Versammlung vom Sekretär Philipp von Kodolitsch, der eine 1 1/4-stündige Hetzrede hielt gegen „die Politik des Vertrauenskörpers, die identisch ist mit der Politik des KB". Hierbei ging der Sekretär ausführlich auf die Presse des KB ein. Er zitierte nicht nur aus dem „Chemiearbeiter", sondern gleichfalls aus dem ARBEITERKAMPF und UNSER WEG, der theoretischen Zeitung des KB.

Die Kommunisten waren offenbar auf diesen massiven und gut vorbereiteten Angriff nicht gefaßt. Sie reagierten eher eingeschüchtert und vermieden die politische Auseinandersetzung mit dem Gewerkschaftssekretär.

Zur Einschüchterung der Kommunisten beigetragen hat sicher auch die Tatsache, daß Kodolitsch frech die Namen von einem halben Dutzend Betriebsräten, Jugendvertretern und „ehemaligen" Vertrauensleuten nannte und sie als Mitglieder des KB bezeichnete.

Kodolitsch wurde schließlich von einem Arbeiter in seinen antikommunistischen Tiraden unterbrochen. Er könne „kommunistische Zeitungen selber lesen". Dagegen wolle er „hier über die weitere Gewerkschaftsarbeit bei Reichhold sprechen".

Im Verlauf der Auseinandersetzung wiesen die Vertrauensleute den Vorwurf, sie würden die „Gewerkschaften spalten" zurück. Stattdessen wurde nachgewiesen, daß es die Gewerkschaftsführer selber sind, die jede sinnvolle Gewerkschaftsarbeit im Betrieb torpedieren. Dies nütze ausschließlich den Kapitalisten. In diesem Zusammenhang wurde auf verschiedene Erfahrungen hingewiesen – so z.B. auf die Verhinderung von schon vorbereiteten Flugblättern des Vertrauenskörpers zu Mißständen im Betrieb.

Nahezu einmütig verlangte die Versammlung die sofortige Einleitung von Vertrauensleute-Neuwahlen. Dummdreist trat Sekretär Herrling mit dem Argument dagegen auf, daß einige Kollegen den Beschwerde-Ausschuß der IG Chemie angerufen hätten, um gegen die Auflösung des Reichhold-Vertrauensleutekörpers zu protestieren. In dieser Situation könne man nicht – so Herrling – eine Neuwahl stattfinden lassen, „weil wir hier nicht in ein schwebendes Verfahren eingreifen dürfen".

Unter der festen Bedingung, daß innerhalb der nächsten sechs Wochen Neuwahlen von der Verwaltungsstelle eingeleitet werden, zogen die Kollegen ihre Beschwerde an den Hauptvorstand zurück.

Solidarität bei Beiersdorf

Inzwischen sind die „Reichhold-Ereignisse" von den Vertrauensleuten bei Beiersdorf aufgegriffen worden.

Auf ihrer Sitzung am 11. April entzündete sich gerade an diesem Punkt die Auseinandersetzung.

Auf Einladung des VLK-Vorstandes waren vier Vertrauensleute von Reichhold anwesend, um über die Vorgänge zu berichten. Die anwesenden zwei Gewerkschaftssekretäre und die SPD-Betriebsgruppe wußten allerdings diese überbetriebliche Diskussion vorerst zu verhindern. Mit den formalen Gründen, „die Vertrauensleute seien nur für ihren Betrieb zuständig" (Satzung), außerdem „zu Loyalität gegenüber der Verwaltungsstelle verpflichtet" (!) und „können, da die Vertrauensleute von Reichhold Protest beim Beschwerde-Ausschuß eingereicht haben, nicht in ein schwebendes Verfahren eingreifen" (Holst, Vorsitzender der Hamburger Verwaltungsstelle).

Als daraufhin ein Kollege eine „Stellungnahme von Mitgliedern aus dem Forschungszentrum", mit über 50 Unterschriften auf den Tisch legte, in der energisch gegen die Maßnahme der Verwaltungsstelle protestiert und die sofortige öffentliche Klärung beantragt wird, konnte selbst SPD-Betriebsrat Kiausch nicht umhin, über eine Sondersitzung zu den Vorfällen bei der Reichhold-Albert-Chemie AG abstimmen zu lassen.

Vorsichtshalber wurde 1/3 der anwesenden Kollegen, weit über 20, von vornherein von der Abstimmung ausgeschlossen!! Es durften nur offiziell gewählte Vertrauensleute abstimmen. Trotzdem erlitten die Herren Holst, Ganschow, Harder und Co. eine Niederlage.

Bei zwei Enthaltungen entschieden sich 24 für und 21 gegen die Sondersitzung, d.h. eine „gemeinsame und offene(!) Mitglieder-Versammlung" für alle interessierten Reichhold- und Beiersdorf-Kollegen. (Reichhold hat etwa 700, Beiersdorf etwa 5 000 Beschäftigte.)

Zündstoff Nr. 2 war die Bekanntgabe des erneuten Verbots der Vertrauensleute-Zeitung „Gestern, Heute, Morgen" durch die Verwaltungsstelle, wegen angeblicher „KB-Tendenzen" (Ganschow, BR-Vorsitzender). Ausschlaggebend war vor allem die Veröffentlichung des Abstimmungsergebnisses der Tarifkommission über die diesjährige Tarifforderung.

Auch diese Ausgabe der Vertrauensleute-Zeitung lag bereits fix und fertig gedruckt vor, durfte aber nicht verteilt werden.

Diese Verbote der Zeitung durch die Gewerkschaftsführer – besonders während der Tarifrunde – zielen deutlich auf eine Demobilisierung der Kollegen und Isolierung der Vertrauensleute im Betrieb.

Die Gewerkschaftsführer verhindern so die kontinuierliche Informierung der Masse der Kollegen, um hinterher deren Uninformiertheit über die gewerkschaftlichen und betrieblichen Probleme demagogisch auszunutzen für ihre Hetze gegen Kommunisten und fortschrittliche Vertrauensleute.

Die folgenden Auseinandersetzungen im Vertrauensleutekörper führten zur weiteren Isolierung der rechten SPD-Betriebsgruppe, wesentlich identisch mit dem Betriebsrat. Deren Führer versuchten einer weitgehenden Entlarvung dadurch zu entgehen, daß sie „plötzlich", 14 Mann hoch, – „aus Protest gegen die andauernden Unterstellungen" – mit zur Schau getragener Empörung die Versammlung verließen. Sie ließen nur einen, den Versammlungsleiter, zurück, der kurz darauf die Versammlung eigenmächtig schloß, als die Kollegen Solidaritätsschreiben an die BASF-Kollegen und die streikenden Drucker verabschieden wollten.

Wie am nächsten Tag im Betrieb bekannt wurde, tagten nach der Vertrauensleute-Sitzung Sekretär Holst und Mitglieder der Vertrauensleute-Leitung. Holst deutete hier die Auflösung des Beiersdorf-Vertrauenskörpers an. Ebenfalls soll die beschlossene Mitgliederversammlung für Reichhold und Beiersdorf verhindert werden.

Haut den Lukas

Am 31. März fand die Delegiertenversammlung der Hamburger IG Chemie Verwaltungsstelle statt. Über Stand und Vorbereitung der Tarifrunde wurde wenig diskutiert. Der Vorstand hatte die Versammlung unter das Mottto „die Linken in der Hamburger IG Chemie ausschalten" gestellt.

Heinz Flügge, Mitglied des Verwaltungsstellenvorstandes und des Bezirksvorstandes, stellte den Antrag „Betr.: Versuche zur Spaltung der Gewerkschaftsbewegung":

„In der Vorbereitung zu einer äußerst schwierigen Tarifrunde in der Chemischen Industrie und angesichts einer offensichtlich zu hartem Widerstand entschlossenen Unternehmerschaft fallen uns zunehmend Leute in den Rücken, die vorgeben, Arbeitnehmerinteressen zu vertreten",
leitete H. Flügge seinen Antrag ein.

Gemeint sind „die anonymen Verfasser radikaler und militanter Schriften". Diese „arbeiten mit Lügen und Diffamierungen, um die Reihen der Arbeitnehmer zu spalten", seien dabei mit „reichlich finanziellen Mitteln unklarer Herkunft ausgestattet" und taktierten „deutlich zugunsten der Unternehmer und reaktionärer politischer Kreise", wobei sich „einzelne Arbeitnehmer von dubiosen Hintermännern leider zu Zuträgerei und Denunziantentum mißbrauchen lassen".

Wie im folgenden noch deutlicher wird, richten sich diese Verleumdungen insbesondere gegen den KB und seine Branchenzeitung, den „Chemiearbeiter". Neu an Flügges Antrag ist nicht, daß der Gewerkschaftsführung die Berichte im „Chemiearbeiter" nicht passen und daher als „Zuträgerei und Denunziantentum" „gebrandmarkt" werden.

Neu ist an dem beschlossenen Antrag, wie sie selbst unter dem Mantel der „Einheit" das Geschäft der S p a l t u n g betreiben:

Alle „Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben" werden versteckt aufgefordert, Sympathisanten und Mitglieder des KB bzw. Verdächtige bei der Verwaltungsstelle zwecks „Ausschluß jener Mitglieder" zu denunzieren. Selbstverständlich dabei ist, daß solche Kollegen dann auch vom Kapitalisten aus dem Betrieb gefeuert würden.

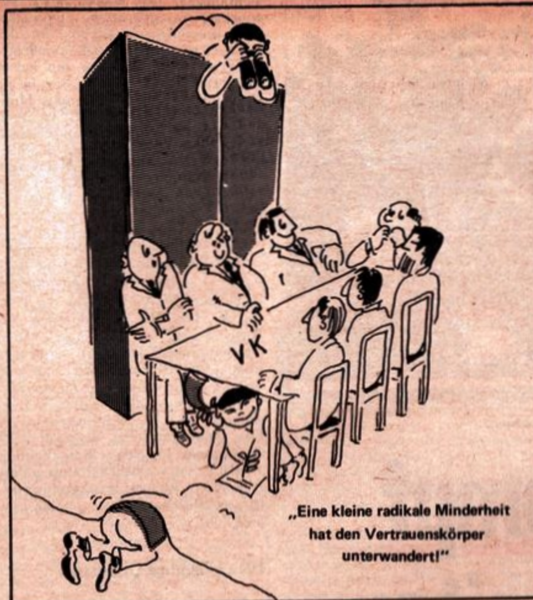
Durch dieses Vorgehen der Gewerkschaftsführer erhalten die arbeiterfeindlichen Kräfte im Betrieb quasi einen Blanko-Scheck zur Ausschaltung ihnen unliebsamer Kollegen, was von den Gewerkschaftsführern ausdrücklich und bewußt einkalkuliert wird.

Als Grundlage zum Antrag hatte der Verwaltungsstellenvorstand in der Versammlung ein 9-seitiges Papier verteilt, das als „Informations- und Diskussionshilfe zur Tätigkeit radikaler politischer Sekten in Hamburger Chemie-Betrieben" ausgegeben wurde. Auf die „Argumente" in diesem Papier soll im folgenden näher eingegangen werden.

„Militante und radikale politische Sekten", die *„sich u n t e r a n d e r e m KPD/ML (Marxisten-Leninisten), KB (Kommunistischer Bund), SSG (Sozialistische Studentengruppe), e t c."* nennen, versuchten *„unter meist studentischer Führung schwerpunktmäßig den ‚Kampf' gegen Vertretungsorgane der Arbeitnehmer zu organisieren: Gegen Vertrauensleutekörper, Betriebsräte, Gewerkschaft . . ."*

Tatsächlich weiß die Gewerkschaftsführung natürlich sehr genau, daß sie es in den Betrieben und gewerkschaftlichen Vertretungsorganen mit linken Arbeitern und Angestellten zu tun hat, unter denen sich Sympathisanten und Mitglieder des KB, nicht jedoch der KPD/ML oder SSG befinden. („Tendenzen des KB", wie es M. Ganschow auf der letzten Vertrauensleute-Sitzung bei Beiersdorf ausdrückte . . .) Andererseits möchte die Gewerkschaftsführung natürlich den Eindruck erwecken, es ginge um eine Unzahl verschiedener Gruppen, die „sich untereinander um des Kaisers ideologischen Bart streiten", deren „unverständliches Gezänk für Sektierer aller Schattierungen typisch ist" und „einzelne Gruppenmitglieder unfähig zu Kompromißen oder zum Zuhören in der Diskussion macht". (S. 3 und 4)

Dabei ist die KPD/ML nur bei Beiersdorf mit ihrer Zeitung „Roter Bei-



„Eine kleine radikale Minderheit hat den Vertrauenskörper unterwandert!"

Neue Welle von Gewerkschaftsausschlüssen beginnt.

Seit geraumer Zeit wird in unseren Gewerkschaften immer häufiger zum Mittel des Ausschlusses gegriffen. Betroffen sind davon fast ausschließlich die linken Opponenten der Politik der der Gewerkschafts-Führer. Im ARBEITERKAMPF Nr. 25 schrieben wir dazu: „Die Ausschluß-Taktik der Gewerkschaftsführung demonstriert deren gewieftes Vorgehen, das eindeutig politisch bestimmt ist." (Seite 21)
Wir bezogen uns damals bei der Beschreibung der Ausschlußtaktik der Gewerkschaftsführung besonders auf die Erfahrungen, die im Zusammenhang mit den Betriebsräte-Wahlen gemacht wurden. Inzwischen haben sich die Fälle gehäuft, in denen die politischen Motive der Gewerkschafts-Führer bei der Auswahl derer, die sie aus den Gewerkschaften entfernen, unmißverständlich zutage treten.

Bekannt sind inzwischen die Ausschlüsse der Kollegen Mettke und Reisner aus der IG Druck und Papier in Westberlin. Diese beiden Redakteure des „berliner EXTRA dienst" wurden noch mit der „Begründung", sie hätten gegen die Satzung verstoßen, ausgeschlossen, als sie Solidaritätsaktionen für Kollegen einleiteten, die von der Stillegung der „Offizina"-Druckerei betroffen waren.

Deutlicher wird die politische Stoßrichtung der Ausschlüsse im Falle Zintl in München, ebenfalls IG Druck und Papier. In der Begründung des Ausschlußantrages gegen den Genossen Zintl schreibt der Ortsverein München der IG Druck und Papier:

„. . . Der Ortsvorstand der Münchener IG Druck und Papier hat auf seiner Sitzung vom 5. Oktober 1972 einstimmig (!) beschlossen, gegen den Kollegen Hans Zintl ein Ausschlußverfahren nach § II,c der Satzung einzuleiten. Dieser Beschluß wurde gefaßt, nachdem sich der Kollege Zintl auf dieser Sitzung des Ortsvorstandes, zu der er geladen war, eindeutig als Mitglied der sogenannten Arbeiter-Basisgruppen (ABG) bekannt hatte.

. . . Um allen Mißverständnissen vorzubeugen: Der Ausschlußantrag gegen den Kollegen Zintl begründet sich ausschließlich auf dessen eingestandene Mitgliedschaft bei den Arbeiter-Basisgruppen . . ."
(Schreiben des Ortsverein der IG Druck und Papier vom 23.10.1972)

Übrigens deutet die Tatsache, daß dieser Beschluß einstimmig gefaßt wurde, darauf hin, daß sich auch die DKP nicht zu 'schade war, an solchen Schweinereien aktiv mitzuwirken.

Inzwischen ist aus Passau ein Fall bekannt geworden, wo die Führung der IG Druck sich nicht scheute, die Kriminalpolizei dafür zu benutzen, sich eines kritischen Kollegen aus den eigenen Reihen zu entledigen. In einem Brief an „den Leiter der Kriminalpolizei Passau" vom 30.11.72 schreibt Adolf Meyerl vom Ortsverein Passau der IG Druck und Papier über den Kollegen Heißberger:

„. . . bei mir waren schon einige Zweifel, ob er nicht doch engere Beziehungen zu der Sympathisantengruppe der Arbeiter-Basisgruppe (München) hätte. Dieser Verdacht hat sich nun mittlerweile so stark bestätigt, daß es unverantwortlich wäre, diesem Mann eine Jugend anzuvertrauen.

Außerdem werde ich gegen Herrn Hießberger beim Landesbezirk der IG Druck und Papier, München, den Ausschluß aus der Gewerkschaft beantragen!"

Der Kollege Hießberger ist Österreicher und durch das Schreiben des Ortsvereins Passau der IG Druck nicht nur als Kommunist denunziert, sondern auch zur Abschiebung aus Westdeutschland durch die Polizei freigegeben.

Neue Vorstandsbeschlüsse

Die Gewerkschaftsführer haben es dabei nicht bewenden lassen. Die IG Druck und Papier-Führung hat vor kurzem einen Beschluß gefaßt, der den Ausschluß aller Kommunisten und deren Sympathisanten aus der IG Druck und Papier zwingend vorschreibt:

„Der Hauptvorstand hat am 9.3. 1973 folgenden Beschluß gefaßt:
'Mitglieder der Industriegewerkschaft Druck und Papier, welche sich zur 'Roten/Revolutionären Gewerkschaftsopposition' (RGO) oder Gruppen mit gleicher beziehungsweise ähnlicher (!) Zielsetzung bekennen, deren Bestrebungen durch ihre Mitgliedschaft, durch Äußerungen in Wort und Schrift beziehungsweise durch aktive Mitwirkung unterstützen, verstoßen gegen §4 der Satzung der IG Druck und Papier. Auf sie ist das Verfahren nach § II (Ausschluß aus der Gewerkschaft) Ziffer Ia beziehungsweise Ic anzuwenden.' "

Auch die IG Metall hat es sich nicht nehmen lassen, kurz darauf einen entsprechenden Beschluß zu fassen. Hier der Wortlaut:

„Die Zielsetzung und die Aktivitäten der unter der Bezeichnung KPD, KPD/ML, KPD/AO, Arbeiter-Basisgruppen, Kommunistischer Bund, Kommunistische Arbeiterpresse tätigen Gruppen und der von ihnen getragenen sogenannten revolutionären Gewerkschaftsopposition sind gewerkschaftsfeindlich. Die sogenannten Gruppierungen werden zu gegnerischen Organisationen erklärt. Die Zugehörigkeit zu diesen Organisationen ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Industriegewerkschaft Metall. Mitglieder der Industriegewerkschaft Metall, die sich an deren gewerkschaftsfeindlichen Aktivitäten beteiligen oder diese unterstützen, verstoßen gegen die Interessen unserer Gewerkschaft und müssen mit dem Ausschluß rechnen."

Nun sind Ausschlüsse von Kollegen, die in den Gewerkschaften für eine konsequente Politik im Interesse der der Arbeiterklasse arbeiten, in der Geschichte der Arbeiterbewegung keine Seltenheit, sondern vielmehr die Regel. In den zwanziger Jahren kam es zu regelrechten Massenausschlüssen. Die ADGB-Führer schlossen ganze Zahlstellen aus. Auch nach 1945 kam es zu ähnlichen Vorfällen, z.B. in der IG Bergbau und Energie.

Dennoch sind die oben dargestellten Einzelfälle und die Beschlüsse Anzeichen dafür, daß die Gewerkschaftsführer in der Zukunft vom Mittel des Ausschlusses aus den Gewerkschaften weit häufiger Gebrauch machen werden, als das in den letzten Jahren der Fall war.

Es sind dies nichts anderes als die vorbeugenden Maßnahmen der Gewerkschaftsführer, die besonders in den letzten Tarifrunden feststellen mußten, daß der Überwiegende Teil ihrer Funktionäre an der Basis – vornehmlich die gewerkschaftlichen Vertrauensleute – nicht mehr voll hinter ihnen stehen, daß sich zunehmend Widerspruch zu der von den Gewerkschaftsführern betriebenen Tarifpolitik in den Betrieben bildet. Zwar sind diese Gewerkschafter, die ja das so wichtige Bindeglied zwischen der betrieblichen Basis und der Führung bilden, noch keine Kommunisten, zum Teil stehen diese Kollegen den Kommunisten noch sehr skeptisch bis ablehnend gegenüber.

Die Gewerkschafts-Führungen sind sich aber sehr wohl der Tatsache bewußt, daß die Kommunisten bei guter Arbeit durchaus in der Lage sind, dieser sich verstärkenden spontanen Ablehnung der Politik der Sozialpartnerschaft die Alternative einer Politik des konsequenten Klassenkampfes gegen die Kapitalisten entgegenzustellen, und somit der spontanen Empörung an der gewerkschaftlichen Basis zunehmend mehr Bewußtheit und Kontinuität zu verleihen.

Insgesamt deutet sich hier der Beginn einer längerfristigen Entwicklung an, die die gewerkschaftliche Basis nach links treibt, und die in der seit längerem in allen Ländern Westeuropas zu verzeichnenden Verschärfung der Klassenkämpfe begründet liegt. Die Gewerkschafts-Führer können diesen Prozeß nicht aufhalten, sie werden aber nichts unversucht lassen, um ihn so lange wie möglich unter Kontrolle zu behalten. Auf der einen Seite greifen sie immer rigeroser zum Mittel des Abbaus der innergewerkschaftlichen Demokratie, wie das u.a. die oben zitierten Ausschluß-Beschlüsse belegen, andererseits werden sie sich mehr des Mittels von Scheinzugeständnissen gegenüber der Basis bedienen müssen. Beispielhaft zeichnet sich das in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ab, deren Vorsitzender in Bayern meint: Es sei richtig, daß die Gewerkschaften wieder (!) zu „Kampforganisationen der Arbeiterklasse" (!) werden müßten, daß Revolutionäre in den Gewerkschaften aber nichts zu suchen hätten.

Für die Kommunisten in den Gewerkschaften können die jetzt verstärkt einsetzenden Schläge kein Anlaß sein, ängstlich die Köpfe einzuziehen und zu meinen man könne dadurch den Schlägen (z.B. Ausschlüssen) entgehen. Sehr wohl aber ist in der Zukunft viel mehr Gewicht auf die Absicherung unserer Arbeit in den Gewerkschaften zu legen.

„Kein Zweifel, die Herren „Führer" des Opportunismus werden zu allen möglichen Kniffen der bürgerlichen Diplomatie greifen, werden die Hilfe der bürgerlichen Regierungen, der Pfaffen, der Polizei, der Gerichte in Anspruch nehmen, um die Kommunisten nicht in die Gewerkschaften hineinzulassen, um sie auf jede Art und Weise aus den Gewerkschaften zu verdrängen, um ihnen die Arbeit in den Gewerkschaften möglichst zu verleiden, um sie zu beleidigen, gegen sie zu hetzen und sie zu verfolgen. Man muß all dem widerstehen können, man muß zu jedwedem Opfer entschlossen sein und sogar – wenn es sein muß – alle möglichen Schliche, Listen und illegalen Methoden anwenden, die Wahrheit verschweigen und verheimlichen, nur um in die Gewerkschaften hineinzukommen, in ihnen zu bleiben und in ihnen um jeden Preis kommunistische Arbeit zu leisten." (Lenin, Bd. 31, S. 39-40) ■

Forts. CHEMIE – TARIFRUNDE

ersdorfer" vor dem Tor unrühmlich in Erscheinung getreten. Die bisherigen drei „Betriebsausgaben" glänzten dadurch, die konkreten betrieblichen Informationen aus dem letzten „Chemiearbeiter" mit einigen rrrevolutionären Phrasen „angereichert" zu haben. In allen anderen Chemiebetrieben ist die KPD/ML völlig unbekannt. Allerdings hat die Gewerkschaftsführung aus dem „Roten Beiersdorfer" genügend „Munition", die gesamte Arbeiterlinke abzukanzeln.

Aus ähnlichem Grund muß die SSG herhalten, die bisher auch jeweils den „Chemiearbeiter" abgewartet hat, um ihre zwei Ausgaben der „Tarifkampfinformationen" mit Betrieblichem zu „ergänzen". Doch läßt sich mit ihr prächtig die These der „studentischen Führung" der Linken belegen. (SSG= Sozialistische Studentengruppe), sie hat ihre „Betriebsarbeit" allerdings ab 1.4. in „KG"=Kommunistische Gruppe umbenannt.

Um die „Spaltertätigkeit der kommunistischen Sekten" zu belegen, werden „Zitate" u.a. auch aus der Chemiebranchenzeitung des KB, dem „Chemiearbeiter" gebracht. Diese „Zitate" sind zum Teil frei erfunden, zum Teil so aus dem Zusammenhang gerissen, daß ihr Sinn total entstellt ist.

Beim „großen Führer" abgeguckt

Um seine Auseinandersetzung mit den Kommunisten und dem „Chemiearbeiter" theoretisch zu untermauern, schreibt der Verwaltungsstellenvorstand zur „Zielsetzung der Sektierer":

Sie halten „die jetzige 'Arbeiterklasse'(für) zu verbohrt und dumm", um zu erkennen, daß das „bestehende 'System' völlig verrottet" sei und „revolutionär niedergerissen" werden müsse. Deswegen „solle sie von den selbsternannten Besserwissern ohne Nennung klarer Ziele in die Revolution geführt werden, an deren Ende die Sektenführer dann die Macht übernehmen und der 'Arbeiterklasse' sagen, wohin die Reise geht."

Das ist die übliche Sprache eines Kalten Kriegers, mit der dieser den Kampf der Kommunisten um die Befreiung der Arbeiterklasse von Ausbeutung und Herrschaft des Kapitals zu „beschreiben" pflegt. Holst und Co. gehen allerdings noch einen Schritt weiter:

„Da die Gewerkschaften durch Reformen und andere Maßnahmen innerhalb des bestehenden Systems ständig Verbesserungen für die Arbeitnehmer erstreiten, stehen sie den Sekten an erster Stelle im Wege. Sie gehen davon aus, daß es dem Arbeitnehmer noch viel schlechter gehen müsse, damit er revolutionär wird. Deshalb müssen, so die Sekten-Ideologen, die Gewerkschaften in ihrer jetzigen Form zerschlagen werden. Mitbestimmung, Vermögensbildung und andere von den Gewerkschaften angestrebte Reformen werden diffamiert und abqualifiziert, um sie zu verhindern." (S.4)

Und weiter:

„Jeder verantwortungsbewußte Arbeitnehmer, der es nicht dulden will, daß die Taktik des 'Dem-Arbeitnehmer - muß - es - noch - viel - schlechter - gehen' zum Zuge kommt, muß aktiv etwas gegen die bösartigen Trommler der Gewalt und des pubertären Unsinns unternehmen."

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer wissen genau, daß sie in einer ehrlichen Auseinandersetzung mit Kommunisten um die Politik in den Gewerkschaften vor den Augen der Arbeiter nicht bestehen können und müssen so zum Mittel der Lüge greifen. Denn diesen Leuten ist natürlich nicht unbekannt, daß schon Karl Marx die Gewerkschaften als „Organisationszentren der Arbeiterklasse" und „Sammelpunkte des Widerstandes gegen die Gewalttaten des Kapitals" bezeichnet, die zu **verteidigen und zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse auszubauen Pflicht jedes Kommunisten und fortschrittlichen Arbeiters ist.** Dabei unterstützen Kommunisten den Widerstand der Arbeiter gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage, treten für jede Verbesserung und jeden Schritt wirklicher Reformen ein und stoßen gerade dann mit den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern zusammen. Denn diese versuchen durch die Politik der Klassenversöhnung, die Arbeiter an den Kapitalismus zu fesseln.

Das hat mit „linker Umfunktionierung", wie Antikommunisten vom Schlage Holst und Co. behaupten, nichts zu tun, sondern ist der Zweck, zu dem die Arbeiterklasse sich überhaupt mal Gewerkschaften geschaffen hat!

Antigewerkschaftlich sind alle diejenigen, die sich über die klaren Forderungen der Kollegen hinwegsetzen, dem Abbau der Lebenslage und der Rechte der Arbeiter zustimmen und die Gewerkschaft als „Ordnungsfaktor" dem kapitalistischen Staat ausliefern wollen.

Für ihre Demagogie, Kommunisten arbeiteten an der Zerstörung der Gewerkschaften, damit es den Arbeitern viel schlechter ginge und sie so „revolutionär" würden, hätten Holst und Co. ebenso gut folgendes schreiben können:

Für die Sektenführer *„kommt die Vertretung aller wirklichen Bedürfnisse der Arbeiterschaft immer weniger in Frage, bis die politische Klugheit es endlich überhaupt nicht mehr als wünschenswert erscheinen läßt, die sozialen und gar kulturellen Nöte der breiten Massen zu beheben, die ja sonst Gefahr laufen, diese, in ihren Wünschen befriedigt, nicht mehr als willenlose Kampftruppe benutzen zu können.*

Eine derartige, ahnungsvoll gewitterte Entwicklung jagt den klassenkämpferischen Führern solche Furcht ein, daß sie endlich kurzerhand jede wirklich segensvolle soziale Hebung ablehnen, ja auf das Entschlossenste dagegen Stellung nehmen."

Dieses Zitat ist noch gar nicht so alt und noch in manchem Bücherbord eines Rechtsradikalen zu finden, damit er es bei Bedarf hervorkramen kann, wenn es gilt, gegen Kommunisten zu Felde zu ziehen. Geschrieben wurde es von Adolf Hitler und dann zur „Begründung der national-sozialistischen Lehre" in „Mein Kampf" (S.51/52) veröffentlicht!

Hitler setzt das obige Zitat folgendermaßen fort und „begründet" die Taktik der „klassenkämpferischen Führer" (auch diesen „Argumentations"-fluß finden wir in der 9-seitigen Hetzschrift der IG Chemie-Führung wieder):

„Um eine Begründung eines vermeintlich so unverständlichen Verhaltens braucht ihnen dabei nie bange zu sein. Indem man die Forderungen immer höher spannt, erscheint die mögliche Erfüllung derselben so klein und unbedeutend, daß man der Masse jederzeit einzureden vermag, es handle sich hierbei nur um den teuflischen Versuch, durch solch eine lächerliche Befriedung heiligster Anrechte die Stoßkraft der Arbeiterschaft auf billige Weise zu schwächen, ja wenn möglich lahmzulegen. Bei der geringen Denkfähigkeit der breiten Masse wundere man sich nicht über den Erfolg . . ." (S.52)

Dieselbe „Argumentations"-Führung wie aus Hitlers „Mein Kampf" finden wir in der antikommunistischen Hetz-Schrift der Hamburger IG Chemie-Führung wieder:

Die Mitglieder und Sympathisanten des KB *„steuern in Diskussionen regelmäßig ideologische Auseinandersetzungen an (Ziel: Verhinderung konkreter Arbeit zur Verbesserung der Lage der Arbeitnehmermer) . . ., können nicht zuhören, nehmen Argumente anderer nicht echt auf, sondern bekämpfen sie aus Prinzip . . . Die Art solchen 'Diskutierens' wird verbissen und mit der für Sektierer typischen Verbohrtheit geführt." (S. 6)*

Bei Wahlen, z.B. zur Tarif-Kommissionetc., versuchten sie, Bewerber *„mit 'bindenden Beschlüssen' festzulegen, die so weit gesteckt werden, daß sie möglichst nicht erfüllt werden können. Bei Nichterfüllung erfolgt die übliche Diffamierung . . ." (S. 6)*

Wobei gegen solche Methoden schwer anzugehen sei, da es *„für Gerüchte und Skandal-Geschichten immer ein Publikum gibt." (S. 6.) (vergl. „. . . . geringe Denkfähigkeit der breiten Masse", Hitler)*

Übersetzt man die demagogischen Ausfälle in normale Umgangssprache, so bedeutet das:

- wer hohe Forderungen, z.B. in einer Tarifrunde aufstellt,
- wer über grundsätzliche gewerkschaftspolitische Fragen wie Mitbestimmung oder Vermögensbildung diskutieren will,
- wer seinem Vertreter z.B. in der Tarifkommission aufträgt, die Forderung der Kollegen dort zu vertreten,

der ist ein Kommunist und muß ausgeschaltet werden.

Wir werden die 9-seitige antikommunistische Hetz-Schrift der Hamburger IG Chemie-Führung sowie weitere antikommunistische Pamphlete derselben „Autoren", die während dieser Tarifrunde veröffentlicht worden sind, in vollem Wortlaut in einer Sonderbroschüre veröffentlichen.

Bemerkenswert an der Kommunistenjagd der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ist, daß diese nicht einmal davor zurückschrecken, in ihrer Argumentation auf das Niveau der Tiraden Hitlers abzusinken, mit denen dieser seinerzeit Kommunisten, Gewerkschafter und Sozialdemokraten bekämpfte.

Chemie-Gewerkschaftskommission
KB-Gruppe Hamburg ■

Forts. von Seite 1

Der Kampf gegen das 'loi Debré'

Der Protest der Schüler und Studenten entzündete sich an einem neuen Wehrpflichtgesetz, dem „loi Debré", das bereits im Juli 1970 verabschiedet wurde und am 1. Januar dieses Jahres in Kraft trat (Debré war der Verteidigungsminister im alten Regierungskabinett). Nach diesem Gesetz können die Oberschüler keinen Gestellungsaufschub bis nach Beendigung ihrer Universitätsausbildung mehr erhalten, wie dies bislang der Fall war, sondern müssen ihren einjährigen Armeedienst irgendwann im Alter von 18 bis 21 Jahren ableisten, also zwischen Schul- und Universitätsausbildung. Die französischen Oberschüler erkannten dahinter vor allem die Absicht der Regierung, daß die militärische Disziplinierung in jüngerem Alter durchschlagender ist, daß das neue Gesetz also darauf abzielt, das politische Rückgrat der Jugendlichen so früh wie möglich mit militärischem Drill zu brechen.

Bemerkenswert ist, daß die Bewegung gegen das „loi Debré" nicht wie in der Vergangenheit bei ähnlichen Kämpfen in den Universitäten ihren Ausgangspunkt nahm, sondern in den Gymnasien. Die Studenten schlossen sich der Bewegung erst später an.



Nieder mit der Schule der Kapitalisten

Nieder mit der Schule der Kapitalisten

Am 14. März, also drei Tage nach der Parlamentswahl, wurde in Paris ein nationales Komitee zur Koordinierung des Kampfes gegen das „loi Debré" gebildet. Dabei waren mehr als 250 Delegierte von Gymnasien aus dem ganzen Land anwesend. Bei diesem nationalen Koordinierungskomitee handelt es sich nicht um ein willkürlich aufgesetztes Gremium, das die Bewegung der Oberschüler zum Nutz und Frommen irgendeiner Gruppierung modeln soll – wie das etwa bei uns mit den zahlreichen „Nationalen Vietnam-Komitees", „Liga gegen den Imperialismus" und „NationalenKonferenzen gegen die Ausländergesetze" der Fall ist. Bei dem nationalen Koordinierungskomitee gegen das „loi Debré" handelt es sich vielmehr um ein tatsächliches Produkt und Organ der Bewegung, das sich auf eine breite Basis stützt und das aufgrund der Ausweitung der Kämpfe notwendig geworden ist.

Der Bildung dieses nationalen Komitees waren ständig zunehmende Schulstreiks und Demonstrationen in zahlreichen Städten vorausgegangen: u.a. in Paris, Marseille, Lille, Clermont-Ferrand, Aix, Thiers, Tours, Brest, Bagnères-de-Bigorre, Montargis, Aurillac, Dijon und Caen. Die Bewegung zeigte in den einzelnen Orten aber einen unterschiedlichen Grad an politischer Bewußtheit und Organisiertheit. Während beispielsweise die Gymnasiasten in Marseille ihren Kampf bereits unter bewußt antimilitaristischen und antikapitalistischen Parolen führten („Militärdienst: Dienst für das Kapital!"), während in mehreren der 25 bestreikten Oberschulen in Marseille bereits schulische Kampfkomitees existierten, die eine lebendige Koordination des Kampfes auf örtlicher Ebene herbeiführten, war die Bewegung andererseits z.B. in Lille und den meisten anderen Orten zwar auch massiv, aber viel weniger strukturiert an der Basis. Dort in Lille, wo die Bewegung zwar breit aber nicht so tief ist, hatte die Polizei denn auch besonders brutal zugeschlagen. Es gab mehrere Verletzte, darunter ein 17-jähriger Gymnasiast, der mit einem Beinbruch ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Nach der Bildung des nationalen Koordinationskomitees wuchs die Bewegung weiter an. Am 22. März, dem 5. Jahrestag des Beginns der „Mai-Kämpfe" von 1968, wurde ein erster nationaler Aktionstag durchgeführt. In Paris demonstrierten an diesem Tag über 100.000 Schüler und Studenten; im übrigen Land noch einmal mehr als 150.000. Am 2. April, dem Tag der Einberufung zum Militärdienst und gleichzeitig der erste Sitzungstag der neugewählten Nationalversammlung, waren es wieder mehr als 100.000 in den Straßen von Paris und insgesamt über 300.000 im ganzen Land. Einige Zeitungen sprachen sogar von mehr als einer halben Million. Am 9. April folgte dann der nächste nationale Aktionstag mit massenhaften Demonstrationen.

Die große Zahl der Demonstranten außerhalb von Paris ist insofern besonders bedeutend, weil sie die Ausweitung der Bewegung über das ganze Land bekräftigen. In der Vergangenheit blieb die Beteiligung an Demonstrationen „in der Provinz" in ihrer Gesamtzahl zumeist weit hinter der in Paris zurück.

Polizei schafft bürgerkriegsähnliche Atmosphäre

Die Ausweitung der Bewegung ist auch dadurch erreicht worden, daß sich mittlerweile die Studenten mehrerer Universitäten dem Kampf der Oberschüler gegen das „loi Debré" angeschlossen hatten. Dabei haben die Studenten diesen Kampf mit ihrem Protest gegen eine neue Studienordnung verbunden, die eine Verschlechterung ihrer Ausbildungsbedingungen bedeutet. Die Universitätsverwaltung reagierte auf den Streik der Studenten mit der Schließung einiger Fakultäten. Hand in Hand damit besetzten faschistische Gruppen und von ihnen beeinflußte Studenten das Universitätsgebäude Assas in Paris, in dem hauptsächlich Jura und bürgerliche Wirtschaftstheorie gelehrt werden. Teilnehmer einer dagegen organisierten Protestdemonstration linker Studenten wurden von den faschistischen Besatzern aus den Fenstern des Universitätsgebäudes heraus mit Stühlen, Tischen und anderen schweren Gegenständen beworfen. Die Polizei kam dabei den faschistischen Besatzern ebenso selbstverständlich zu Hilfe, wie sie es zwei Tage später eine bürgerkriegsähnliche Belagerung des gesamten Quartier Latin durchführte, als die linken Studenten im Gegenzug gegen die faschistische Besetzung der Assas die Sorbonne besetzen wollten (das Quartier Latin ist der Pariser Bezirk, wo sich die meisten Universitätsgebäude befinden, und wo im Mai 1968 der Barrikadenkampf gegen die Polizei stattfand).

Die geplante Besetzung der Sorbonne wurde schließlich mit mehrheitlicher Abstimmung aufgegeben, da die eigenen Kräfte zu dem Zeitpunkt als zu schwach eingeschätzt wurden, gegenüber dem Aufgebot mehrerer Hundertschaften bewaffneter Polizei im gesamten Quartier Latin. Immerhin wurde aber am 28. März, also in der Zeit zwischen den beiden großen Demonstrationen vom 22. März und vom 2. April, eine weitere Demonstration gegen die faschistische Besetzung der Assas und gegen das „loi Debré" durchgeführt, an der sich über 20.000 beteiligten.

Das Auftreten der Polizei gegenüber den Demonstrationen der Schüler und Studenten ist allgemein sehr massiv. Neben „gewöhnlichen" Polizeikräften werden durchweg die CRS(eine Art Bereitschaftspolizei) und die „Gardes mobiles" eingesetzt. Zusammen handelt es sich jeweils um mehrere Hundertschaften, die teilweise in Mannschaftswagen herantransportiert werden, die der Größe normaler Verkehrsomnibusse entsprechen.

Polizeiknüppel und normale Rundhölzer werden von den Polizisten beim Aussteigen aus ihren Mannschaftswagen gar nicht erst am Koppel getragen, sondern gleich in der Faust gehalten. Außerdem ist ein Teil der Polizisten jeweils mit Gewehren ausgerüstet, die ebenfalls zum Teil gleich in der Hand gehalten und nicht geschultert werden.

Bei plötzlichen Angriffen benutzen viele die Gewehrkolben als Schlaginstrumente. Auf einem Teil der Gewehrmündungen sind Tränengasgranaten aufgepflanzt. Darüberhinaus verwendet die französische Polizei bei ihren Einsätzen gegen Demonstrationen Chlor und ein anderes Gas, das sie neuerdings in den USA einkauft und das in Vietnam erprobt wurde. Die besondere Tücke dieses Gases liegt darin, daß es im Gegensatz zum Tränengas und Chlor unsichtbar ist und die Schleimhäute auf andere Weise verletzt, so daß die herkömmlichen Schutzmaßnahmen der Demonstranten (zitronengetränkte Taschentücher vor Mund und Nase) nicht mehr viel nützen.

Allein durch das Auftreten und die Ausrüstung der Polizei wird so schon ersichtlich, von welcher Seite aus eine bürgerkriegsähnliche Atmosphäre geschaffen wird. So stellt sich denn auch die Frage immer weniger, ob eine gewaltsame Verteidigung von Seiten der Demonstranten „moralisch gerechtfertigt" ist, sondern: ob sie zum gegebenen Zeitpunkt nötig und zweckmäßig ist. Ständig versucht die Polizei, der Demonstration die Straße abzuriegeln und sie in abseitige Bezirke zu drängen, jagt sie die Demonstranten mit ihren Einsatzwagen durch die Stadt und nimmt sie in einen Zangengriff, um dann plötzlich und ohne Vorwarnung loszuknüppeln. Der bislang schwerste Zusammenstoß in der gegenwärtigen Bewegung fand am 3. April in Strasbourg statt. Dort räumten mehrere Hundertschaften der Polizei in einem brutalen Einsatz die von den Studenten besetzt gehaltene Universität. Es gab 75 Verletzte, darunter – wie eine italienische Zeitung schrieb – einer lebensgefährlich. Die Studenten versuchten, sich stundenlang gegen den Polizeiangriff zu verteidigen. Einzelne Barrikaden wurden gebaut, nach dem Vorbild der Kämpfe vor fünf Jahren. Schließlich mußten sie aber die Besetzung aufgeben, da ihre Kräfte den Gasgranaten und Knüppelschlägen der Polizei nicht mehr standhalten konnten. Am nächsten Tag demonstrierten ca. 10.000 durch Strasbourg, was für diese Stadt eine nach bisherigen Maßstäben relativ große Manifestation ist.

Zum politischen Charakter der Bewegung

Der Kampf der Schüler und Studenten in Frankreich trägt bei seinem ziemlich großen Ausmaß überwiegend spontanen Charakter. Weder die revisionistische PCF noch irgend eine andere linke Gruppe ist gegenwärtig in der Lage, diese Bewegung irgendwie „anzuleiten". Es ist im Gegenteil eher so, daß die meisten linken Gruppen große Schwierigkeiten haben, der Massenbewegung überhaupt zu „folgen" und politische Perspektiven vorzuschlagen, die die Bewegung auf ein höheres politisches Niveau bringen können und die ihr eine Bewußtheit verleihen, die über die aktuellen Kämpfe und Kampfziele hinausreicht. Eine weitreichendere politische Orientierung der Kämpfe ist aber sehr wichtig, weil trotz der zunehmenden Ausweitung der Bewegung kaum mit großartigen konkreten Erfolgen zu rechnen ist, und weil die Bewegung sich die Frage stellen muß, wie der Kampf nach einem Rückgang der Demonstrationen und Streiks weitergeführt werden soll. Diese Einschätzung gaben uns Genossen der französischen Organisation „Revolution!", mit denen Genossen unserer Organisation Ende März darüber diskutierten.



Gymnasiasten, junge Arbeiter: gemeinsam gegen die Regierung

Die revisionistische PCF hat gegenwärtig kaum einen Einfluß in dieser Bewegung. Das verdankt sie ihrer ganz auf Reformismus und Anerkennung der bürgerlichen Legalität getrimmten Politik, die durch die Wahlniederlage der „Vereinigten Linken" (dem Bündnis von PCF und PS) zunächst einmal tüchtig angeknackst ist. Die PCF hatte einen ungeheuren Wirbel gemacht, daß die „Vereinigte Linke" die Wahl gewinnen würde, daß sie dann „die kühnste Politik auf sozialem Gebiet" machen wolle, „die es in diesem Land bisher gegeben hat", daß sie „den Weg zum Sozialismus öffnen" wolle usw. usw.

Aber die Regierung ist geblieben, und die parlamentarischen Illusionen der PCF sind erneut gescheitert – wie sie schon seit Jahrzehnten gescheitert sind. Es ist demzufolge völlig erklärlich, daß die Bewegung so unmittelbar nach dem 11. März ihren Aufschwung nahm – und daß die ständigen Prediger des Abwartens auf die nächste Wahl da nicht mehr so schnell mithalten konnten. Es kommt aber noch ein wichtiger Punkt hinzu: das „loi Debré", dessen Inkrafttreten zum Ausgangspunkt der Massenbewegung der Schüler und Studenten wurde, ist im Juli 1970 von allen Parteien der französischen Nationalversammlung beschlossen worden, auch von der PCF. Da wird ihr die Maske des „eifrigen Gegners" heute natürlich nicht mehr so leicht abgenommen.

Die PCF selbst sieht sich allerdings durch ihre damalige Befürwortung des Gesetzes nicht gehindert, mit entlarvenden und teilweise auch kuriosen Schachzügen doch noch „mit einem Bein in die Bewegung einzusteigen". Als sie ihre Einflußlosigkeit bei den Schulstreiks und Demonstrationen sowei bei der Bildung des nationalen Koordinationskomitees feststellte, wollte sie sich dadruch an die Spitze katapultieren, daß sie einen Tag vor dem nationalen Aktionstag am 22. März zu einer eigenen Demonstration in Paris aufrief. Aber während am 22. März über 100 000 durch die Straßen von Paris marschierten, waren es am Vortag bei der PCF ganze 3 000. Nach diesem eindeutigen Mißerfolg „unterstütze" sie noch eiligst die Demonstration am 22. März – und am folgenden Tag konnte man dann in der „L'Humanité", der Zeitung der PCF, lesen, daß „zehntausende hinter der PCF" marschiert seien.

Die PCF weiß natürlich auch, daß die Bewegung der Schüler und Studenten große Sympathie unter der werktätigen Bevölkerung findet. Gerade deswegen, weil sie um ihren revisionistischen Einfluß bei den Arbeitern bangt, bereitet es ihr ja wohl so viel Kopfzerbrechen, wie sie das ganze noch auf ihr Konto verbuchen und in ihre Bahnen lenken kann. Nach den Demonstrationen vom 22. März erklärte die mit der PCF verbundene revisionistische Gewerkschaftsführung der CGT sich nun zu Gesprächen mit den revolutionären linken Gruppen bereit – das erste Mal seit dem Mai 68. Das ist sowohl ein Ausdruck des tatsächlichen Kräfteverhältnisses innerhalb der gegenwärtigen Bewegung, als auch Ausdruck der revisionistischen Taktik, dieses Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu verändern. Immerhin erbrachten die Gespräche, daß sich sowohl die CGT als auch die mit ihr konkurrierende CFDT und die ebenfalls mit der PCF verbundene Lehrergewerkschaft FEN dem Aufruf zur Demonstration am 2. April anschlossen.

Antimilitaristischer und antikapitalistischer Kampf

Den vergleichsweise größten Einfluß innerhalb der gegenwärtigen Bewegung der der Schüler und Studenten haben die „Révolution!" und die trotzkistische „Ligue

„Révolution!" und die trotzkistische „Ligue

Communiste". Daneben wirken noch eine weitere trotzkistische Gruppe („Lutte Ouvriere"), eine linkssozialdemokratische und verschiedene spontaneistische und sektiererische Gruppen; letztere allerdings am Rande. Aber auch wenn die „Revolution!" und die „Ligue Communiste" die bedeutendste Rolle dabei spielen, so verkörpern sie dennoch keine „Leitung" der Bewegung.

Das Schwergewicht des Eingreifens der revolutionären Gruppen muß nach Auffassung der „Révolution!" darin bestehen, die politische Diskussion über die längerfristigen Kampfaufgaben voranzutreiben. Daran mangelt es noch sehr und auch in dem nationalen Koordinationskomitee sowie in den schulischen und örtlichen Kampfkomitees stehen zumeist praktische Fragen, d.h. Diskussionen über die unmittelbare Organisierung nächster Aktionen zu sehr im Vordergrund. Entsprechend kritisieren die Genossen der „Révolution!" auch die Politik der trotzkistischen „Ligue Communiste", die vor allem darauf abziele, aus der Bewegung heraus lediglich neue Genossen für die eigene Organisation zu „rekrutieren", ohne sich ansonsten ausreichend Gedanken über die politischen Perspektiven der Weiterführung des Kampfes zu machen. Demgegenüber vertritt die „Révolution!" die Meinung, daß die aus der Bewegung heraus entstandenen Kampfkomitees der Oberschüler erhalten bleiben müssen, und daß ihnen auch weitere politische Aufgaben über den Kampf gegen das „loi Debré" hinaus zufallen müssen. In ihrer Zeitung vom 17. März schrieb die „Révolution!", welche Aufgabe die Komitees ihrer Auffassung nach für den weiteren Kampf an den Oberschulen übernehmen müssen:

„Sie müssen den Gymnasiasten die Beziehungen erklären, die zwischen dem ‚loi Debré' und der ständig von der Bourgeoisie in ihrem Klasseninteresse betriebenen Auslese-Politik an den Schulen bestehen; und zwar dergestalt, daß über die aktuelle Mobilisierung hinweg das Terrain für die künftigen Kämpfe gegen die Schule der Kapitalisten und der Polizei vorbereitet wird."

Heftige Auseinandersetzungen gibt es innerhalb der Bewegung auch über die Stoßrichtung des Kampfes und die Parolen. Eine der hauptsächlichen Parolen zu Beginn war *„Wiederherstellung des Gestellungsaufschubs"*. Dies wurde deswegen hart kritisiert, weil der Kampf damit eine bloße Verteidigung privilegierter Interessen der Gymnasiasten ausdrückt. Denn für die große Masse der Jugendlichen, nämlich die Arbeiterjugend, gab es diesen Gestellungsaufschub ohnehin nie. Es wurde dann die Parole geprägt: *„Freie Wahl des Einberufungsdatums für alle Jugendlichen"*. Aber selbst das trifft noch nicht das eigentliche Problem. Fernab jeder gesetzlichen Regelung stellen die meisten Kapitalisten junge Arbeiter nur dann ein, wenn sie zuvor ihren Militärdienst geleistet haben. Die meisten Arbeitersöhne stehen daher nach ihrer Schulentlassung mit 16 Jahren *praktisch* vor der Situation, möglichst schnell den Militärdienst hinter sich zu bringen oder, wenn überhaupt, zunächst eine äußerst schlecht bezahlte „Ausweicharbeit" zu bekommen. Die gesellschaftlichen Klassenverhältnisse selbst lassen den Arbeiterjugendlichen also in der Praxis gar keine Wahl, und da nützt auch kein „demokratisches Gesetz".

Die Interessen der Arbeiterjugend (und der gesamten Arbeiterklasse) richten sich nicht gegen einen bestimmten Zeitpunkt der Einberufung zum Militär, sondern gegen das *bürgerliche Militär* überhaupt, dagegen, daß es ein *Instrument der Kapitalistenklasse zur Absicherung ihrer Herrschaft* ist. Dagegen muß sich demzufolge auch die Bewegung der Oberschüler richten, wenn sie im Bündnis mit der Arbeiterklasse tatsächlich grundlegende Änderungen anstreben und sich nicht auf die Verteidigung privilegierter Interessen beschränken wollen. Hierüber die nötige politische Einsicht zu schaffen und der Bewegung einen antimilitaristischen und antikapitalistischen Charakter zu verleihen, darum geht es. Und es scheint, daß die Auseinandersetzung um diese Fragen bereits einigen Erfolg hat. Das ist an den Parolen deutlich, die zunehmend um sich griffen und die bereits bei der Demonstration am 2. April gegenüber der Forderung nach Abschaffung des „loi Debré" in den Vordergrund rückten; wie etwa:

„Militärdienst: Dienst für das Kapital!"

„Die Gestellungsaufschübe sind uns wurscht, wir wollen überhaupt keine Armee mehr!"

„Nieder mit der Armee: Streikbrecherin!"

cherin!"

(Diese Parole hat einen sehr aktuellen Bezug: Als kurz vor den Parlamentswahlen bei der französischen Fluggesellschaft gestreikt wurde, setzte die Regierung die Luftwaffe ein, um den Flugbetrieb aufrechtzuerhalten. Dabei wurde sogar in Kauf genommen, daß die Militärkontrolle mit dem Betrieb der zivilen Luftfahrt völlig unvertraut ist: Am 5. März starben 68 Menschen bei einem Zusammenstoß zweier spanischer Flugzeuge über französischem Luftraum. Die Regierung erklärte dies natürlich für einen „bedauerlichen Zwischenfall", an dem die Luftkontrolle durch die Armee gänzlich unschuldig sei.)

Die zunehmende Herausbildung einer antimilitaristischen und antikapitalistischen Stoßrichtung der Bewegung wurde auch dadurch erleichtert, daß sich inzwischen die Arbeiterjugendlichen einiger Berufsschulen den Streiks und Demonstrationen angeschlossen haben. Die entschlossensten Parolen bei der Demonstration am 22. März kamen bereits aus den Reihen einiger tausend mitmarschierender Berufsschüler, was offensichtlich auch seine positive Wirkung auf die gesamte Bewegung hatte. Es ist überdies seit dem Mai 68 das erste Mal, daß sich die Arbeiterjugend an einer derartig breiten Bewegung beteiligt und ihre Interessen den Charakter dieser Bewegung entscheidend zu prägen beginnen.

Entwickelt sich ein 'neuer Mai'?

Die Energie der Zehntausende von Schülern und Studenten, ihre Begeisterung und ihre lebendige Kampfbereitschaft stellen einen wesentlichen Motor der Bewegung dar. Tatsächlich kann man sagen, daß in ihr die Erinnerung an die großen Kämpfe vom Mai 68 wieder auflebt. Parolen, wie die vom Mai 68:

„Das ist nur ein Anfang, der Kampf geht weiter!", oder wie *„Es ist erst 5 Jahre her – Kuckuck, da sind wir wieder!"* drücken dies aus. Und am meisten wird aus tausend von Kehlen gerufen: *„Heiß, heiß, heiß – der Frühling wird heiß!"*

Dem Großteil der Bewegung scheint dabei auch klar zu sein, daß die entscheidende Frage der Verbindung der Kämpfe der Schüler und Studenten mit dem Kampf der französischen Arbeiterklasse ist. Aber über das Wie gibt es unterschiedliche Auffassungen.

Die trotzkistische „Ligue Communiste" wartet dazu mit der Parole auf: *„die Kämpfe auf die Betriebe ausweiten."* Es ist aber unrealistisch und es kann auch nicht darum gehen, die Arbeiter aufzufordern, sich der Bewegung der Schüler und Studenten „anzuschließen". Streik in den

Betrieb gegen das „loi Debré" oder gegen die reaktionäre Studienordnung? Selbst wenn die „Ligue Communiste" das nicht damit meint, geht ihre zitierte Aufforderung dennoch wohl am Problem vorbei.

Die Frage ist eher so zu stellen, wie die Arbeiter ihre eigenen Kämpfe entwickeln werden und wie es ihnen gelingt, diese langfristig gegen den gesamten kapitalistischen Staat zu richten. In diesem Zusammenhang steht die Frage an die Schüler und Studenten ihren Kampf auf ein solches politisches Niveau zu heben, daß sie die Kämpfe der Arbeiterklasse nach eigenen Kräften unterstützen und ihren Kampf mit den Kräften der Arbeiter in einer Stoßrichtung vereinigen. Darauf wäre politisch hinzuarbeiten und dies stellt zweifellos ganz andere und im Grunde viel größere und schwierigere Probleme dar als die von der „Ligue Communiste" formelhaft propagierte „Ausdehnung des Kampfes auf die Arbeiterbewegung in den Betrieben".

Tatsächlich scheint es so zu sein, daß auch die Arbeiter nach der Niederlage der „Vereinigten Linken" bei den Parlamentswahlen ihre Kampfbereitschaft nicht beeinträchtigen lassen wollen. In den ganzen letzten Wochen haben die Arbeiter in verschiedenen Betrieben immer wieder Streiks durchgeführt und ihre Forderungen und Kampfformen zeugten dabei von wachsender Bewußtheit (siehe dazu unseren anschließenden Artikel). Wie diese Kämpfe sich aber weiter entwickeln, läßt sich gegenwärtig sicher nicht genau einschätzen. Gegenwärtig daher schon von einem „neuen Mai" zu reden, ist wohl übertrieben.

Bei alledem darf auch nicht nur auf die Reihen der Arbeiter, Schüler und Studenten geschaut werden, sondern es ist ebenso Klarheit über den Plan und die Taktik des Gegners nötig, über die Absichten und das Vorgehen der Kapitalisten und der Regierung. Pompidou hat bereits ein härteres Eingreifen gegen die Bewegung der Schüler und Studenten angekündigt – wobei dies mit „Versprechen" gemischt wird, das „loi Debré" noch einmal zu „überdenken" und „eventuell einige Punkte zu ändern". Die Bewegung wird sich also sowohl auf brutalere Polizeiaktionen wie auch auf betrügerische Täuschungsmanöver vorbereiten müssen. Daran wird sich die weitere Entwicklung des politischen Niveaus der Bewegung zu messen haben.

12. April 1973



Ausländische und französische Arbeiter: gleiche Kapitalisten – gleicher Kampf!

Der Kampf der französischen Arbeiter

Zum gleichen Zeitpunkt, als die Bewegung der Schüler und Studenten ihren ersten [illegible] nationalen Aktionstag durchführte und einen massenhaften Aufschwung nahm, begann im Werk Billancourt von Renault ein unbefristeter Streik. Rund 400 angelernte Arbeiter (zumeist Ausländer) haben nacheinander am 21. und am 22. März zwei wichtige Abteilungen des Werks stillgelegt: in der Karosseriepresse und in der Sitzfertigung. Ihre Hauptforderung richtet sich auf eine Revision der ungleichen und spalterischen Lohnkategorien. Die angelernten Arbeiter machen häufig die gleiche Arbeit wie die ausgebildeten. Ihnen wird eine gleiche Qualifikation abverlangt, aber dennoch sind sie in weit niedrigere Lohnkategorien eingestuft. Hinzu kommt, daß auch unter den angelernten Arbeitern bei Verrichtung gleicher Tätigkeit oft unterschiedliche Löhne gezahlt werden. Und das nicht nur bei Renault.

Die Forderung: Für gleiche Arbeit gleicher Lohn! ist daher immer mehr zu einer zentralen Kampfaufgabe in vielen französischen Betrieben geworden. Dabei spielen gerade die besonders benachteiligten angelernten Arbeiter eine führende Rolle bei der Organisierung von Streiks.

Bei Renault-Billancourt besetzten die 400 streikenden Arbeiter ihre Abteilungen und erreichten, daß bereits zwei Tage später die Fabrikate R4 und R6 ohne Kotflügel und ohne Sitze vom Band gingen. Die Direktion reagierte auf diesen Streik mit einer schrittweisen Aussperrung von 7.000 Arbeitern. (Im Werk Billancourt sind 38.000 Arbeiter beschäftigt, darunter 13.000 Ausländer. In allen Renault-Werken zusammen beträgt die Beschäftigtenzahl zwischen 90.000 und 100.000.)

Mit der schrittweisen Aussperrung wollte die Direktion die streikenden und nichtstreikenden Arbeiter gegeneinander ausspielen, was ihr aber offenbar nicht gelang. Der Streik ging weiter und wurde nun von weiteren Arbeitern unterstützt. Auch in anderen Werken, vor allem in Flins und in Sandouzville, aber auch in Le Mans kam es zu Solidaritätsaktionen, wobei die Arbeiter dort gleiche Forderungen erhoben.

Die Geschäftsleitung griff zum Mittel der direkten Provokation: sie ließ ihre Werkspolizei auf dem Betriebsgelände antreten, mit Gummiknüppeln in der Hand und Pistolen im Gürtel. Die Arbeiter ließen sich jedoch nicht zu unüberlegten Handlungen hinreißen, die zu dem Zeitpunkt nicht ihrer Kampfkraft entsprachen. Der Aufmarsch der bewaffneten Werkspolizei hat allerdings noch einmal die Infamie der Renault-Direktion in einer anderen Angelegenheit bewiesen: Im Februar letzten Jahres wurde der Genosse Pierre Overney vom Chef der Werkspolizei, Tramoni, erschossen, als er vor den Toren von Renault-Billancourt Flugblätter verteilte. Bei der Beisetzung von Pierre Overney demonstrierten damals rund 200.000 Menschen hinter dem Sarg her und forderten u.a. die Auflösung der bewaffneten kapitalistischen Privatpolizeien. Als nun vor mehreren Wochen der Prozeß gegen Tramoni stattfand, behauptete der Generaldirektor von Renault, Dreyfus, in seiner Zeugenvernehmung, daß die Werkspolizei „völlig unbewaffnet" sei und er sich gar nicht erklären könne, wie Tramoni geschossen haben soll.

Da weder die Aussperrung noch die Provokation etwas half, versuchte die Direktion zu einem Kompromiß mit der Gewerkschaftsführung zu kommen. Am 27. März wurde in den Verhandlungen eine Vereinbarung abgeschlossen, die bereits wesentliche Zugeständnisse der Direktion enthielt, aber dennoch nicht den Forderungen der Arbeiter entsprach. Die Vereinbarung sah zwar einen gleichen Lohn für die angelernten Arbeiter vor, allerdings auf einer niedrigeren als der geforderten Stufe, und die Leistungsprämien sollten nicht, wie von den Streikenden gefordert, in den festen Lohn einbezogen werden. Die Arbeiter lehnten daher diese Vereinbarung in einer Abstimmung mehrheitlich ab.

Es zeigte sich, daß sowohl die Gewerkschaftsführung als auch die revisionistische



Streik bei Renault-Billancourt: Besetzung bis zum Sieg

PCF den Kampfwillen der Renault-Arbeiter unterschätzt hatten. Am Morgen des 28. März, noch bevor die Arbeiter selbst überhaupt ihre schichtweise Abstimmung über das Verhandlungsergebnis beendet hatten, kommentierte die PCF dies bereits in ihrer Zeitung mit der dicken Überschrift:
„Renault: der Sieg der 400 angelernten Arbeiter ist ein Sieg der Solidarität im Kampf."
Am nächsten Tag mußte die „L'Humanité" dann kleinlaut auf den Boden der Wirklichkeit zurückkehren:
„Renault-Billancourt: Die 400 angelernten Arbeiter setzen ihre Bewegung fort".

Der Streik ging also weiter und dauerte auch in der ersten Aprilwoche noch an. Inzwischen wurden auch die Verhandlungen wieder aufgenommen. Gegenwärtig wissen wir jedoch noch nicht, ob bereits eine neue Vereinbarung getroffen wurde.

Der Kampfwille der streikenden Renault-Arbeiter hat auch die gegenwärtige Massenbewegung der französischen Schüler und Studenten beeinflußt. Am 27. März, als die Direktion mit der Gewerkschaftsführung die erste Vereinbarung aushandelte, zogen einige tausend Schüler zum Verhandlungsort und bekundeten ihre Solidarität mit den streikenden Renault-Arbeitern. Und bei der über hunderttausendköpfigen Demonstration am 2. April in Paris gehörte die Parole:
„Renault in Streik: Solidarität!"
mit zu den meistgerufenen.

Ausweitung des Streiks

Der Streik bei Renault-Billancourt ist keine isolierte Erscheinung. Er reiht sich ein in zahlreich zugenommene Kampfaktionen der letzten Zeit, sowohl vor als auch nach den Parlamentswahlen.

In drei Fabriken des Automobilwerks Peugeot legten Anfang April rund 1.500 Arbeiter die Bänder still und besetzten die Produktionsanlagen. Die Geschäftsleitung hat sich bislang geweigert, zu den Forderungen der Arbeiter nach höherem Lohn und nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen Stellung zu nehmen. Stattdessen reagierte sie mit einer Strafanzeige gegen eine Delegation von acht gewerkschaftlich organisierten Arbeitern wegen „illegaler Betriebsbesetzung" und weil sie einige Streikbrecher am Betreten des Betriebes gehindert haben.

Am 23. Februar traten in Nizza zehn tunesische Arbeiter in einen Hungerstreik gegen das „circulaire Fontanet". Seitdem haben nach und nach in vielen Orten ausländische Arbeiter eine gleiche Aktion aufgenommen. Bei dem „circulaire Fontanet" handelt es sich um einen Erlaß des französischen Arbeitsministers, wonach ausländische Arbeiter in Frankreich nur noch mit einer speziellen „Arbeitskarte" arbeiten dürfen, deren Erhalt an das Wohlwollen der Kapitalisten und der Polizei gebunden ist. Dies bedeutet eine rigorose Einschärnkung für die ausländischen Arbeiter, ihre Arbeitskraft frei zu verkaufen. Die Protestaktionen der ausländischen Arbeiter haben ziemlich viel Sympathie im Land gefunden und werden unterstützt von der Gewerkschaft CFDT, vom „Komitee zur Verteidigung des Lebens und der Rechte der immigrierten Arbeiter" (G.I.S.T.I.) sowie von zahlreichen linken und christlichen Gruppen. Die PCF und die mit ihr verbundene Gewerkschaft CGT haben sich demgegenüber ziemlich zurückgehalten und sind über die Solidarität mit den ausländischen Arbeitern auch sichtlich beunruhigt: schließlich hat die PCF von dem „circulaire Fontanet" vor kurzem noch behauptet, es enthalte „positive Aspekte".

Mehrere Wochen lang im Februar und im März streikten 650 Schweißer auf den Werften in La Ciotat (in der Nähe von Marseille) für gleiche Lohnerhöhungen und gleiche Leistungsprämien. Die Kapitalisten zeigten sich hart und reagierten mit einer schrittweisen Aussperrung von 2.000 Arbeitern. Trotz der langen Ausdauer und großer Demonstrationen (so blockierten beispielsweise mehrere tausend Werftarbeiter stundenlang die Straße von La Ciotat nach Marseille) mußten die Arbeiter ihren Streik aber schließlich mit einem Verhandlungsergebnis abbrechen, das sie wenige Tage zuvor noch als unzureichend abgelehnt hatten.

Ein besseres Ergebnis erkämpften die Textilarbeiterinnen von Schirmeck-Coframaille mit ihrem Streik im Februar. Am 27. Februar hatten sie die Halle des staatlichen Fernsehens ORTF in Strasbourg besetzt und eine Ausstrahlung von Informationen über ihren Kampf verlangt. Einen Tag später besetzte ein Teil von ihnen den Unternehmenssitz in Lille und erreichte dadurch schließlich Zugeständnisse der Kapitalisten, u.a. die Wiederherstellung eines leichteren Arbeitsrhythmus (die Verschärfung des Arbeitsrhythmus nach einer Zulagensteigerung war dem Streik unmittelbar vorausgegangen und hatte ihn ausgelöst).

In der ersten Märzhälfte traten die Arbeiter auf fünf Werftanlagen der S.O.R.M.A.E. in einen unbefristeten Streik (ca. 90% der dort beschäftigten Arbeiter sind Ausländer). Sie erhoben die Forderung: anständige Hygiene- und Sicherheitsbestimmungen, Benutzungserlaubnis des Firmen-Telefons für die Gewerkschaftsdelegierten, lineare Zulage von 50 Centimes pro Stunde (entspricht ca. 30 Pfennigen) für alle, Revision der Lohnkategorien, Einbeziehung der Leistungsprämie in den Lohn und zwei Arbeitsanzüge pro Jahr. Die Arbeiter erfuhren bei ihrem Kampf auch die solidarische Hilfe zahlreicher Bauern aus der Umgebung, die sie mit Lebensmitteln versorgten: 500 kg Kartoffeln, 120 Hühnchen, 240 Dutzend Eier, Gemüse und Obst.

Weitere Streiks in den letzten Wochen vor und nach den Parlamentswahlen gab es u.a. bei Dalle, Levi's, Jaeger, S.P.L.I. und Fougères (alles Textilindustrie), bei Somafer, Zimmerfer und Breuil (Eisen- und Stahlindustrie), bei Herlisheim (Raffinerie), bei Massey (landwirtschaftliche Ausrüstung) und bei Polymer, Cofreda, Cégédur, Delattre-Levivier, Brissoneau, C.G.C.T. und Toulouse-Ruggieri.

Einige wichtige Aspekte der jüngsten Kämpfe

Wenn man die Entwicklung der Kämpfe in der jüngsten Zeit untersucht, so lassen sich darin einige wichtige Aspekte erkennen, die einen näheren Aufschluß über das gegenwärtige Niveau der französischen Arbeiterbewegung geben. (Die Reihenfolge der folgenden Punkte ist dabei natürlich keine „Rangordnung".)

1 Die Beteiligung der ausländischen Arbeiter, die teilweise sogar eine führende Rolle bei der Organisierung der Kämpfe spielen (Renault-Billancourt, Somafer, Zimmerfer, Cégédur). Der Anteil der ausländischen Arbeiter am Produktionsprozeß (vor allem Algerier, Tunesier und Marrokaner) liegt in Frankreich auch relativ hoch.

2 Die Beteiligung der weiblichen Arbeiter, wobei es sich teilweise sogar um ausschließliche Kämpfe der Arbeiterinnen handelt (besonders in der Textilindustrie).

3 Die Forderung nach einem leistungsunabhängigen Lohn; d.h. der Kampf wird nicht mehr auf eine bloße Lohnverbesserung beschränkt, sondern er entwickelt sich zunehmend zu einem Angriff auf die Lohnform selbst (hier sind auch besonders die Kämpfe der Arbeiterinnen in der Textilindustrie zu nennen).

4 Die Forderung nach Anerkennung der Qualifikation der Arbeit; d.h. es wird die Anerkennung gleicher Qualifikation und demzufolge auch gleichen Lohns bei der Verrichtung gleicher Arbeit gefordert und gegen die Spaltung durch die Lohnkategorien gekämpft. Entsprechend wird auch für gleiche Zulagen bzw. noch weiter für die Einbeziehung der Zulagen in den festen Lohn gekämpft (Renault-Billancourt, La Ciotat, Toulouse-Ruggieri, C.G.C.T.).

5 Die Forderung nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen; wobei insbesondere ein menschlicher Arbeitsrhythmus gefordert wird, der nicht den Profitinteressen des Kapitals, sondern den Lebensinteressen der Arbeiter angepaßt ist (Textil-Arbeiterinnen, S.O.R.M.A.E., Massey).

6 Die Entwicklung der Selbständigkeit der Arbeiter; in vielen Fällen wurden besondere Streikkomitees gewählt, die den Kampf anleiteten und die sowohl Mitglieder wie Nicht-Mitglieder der Gewerkschaften im Kampf vereinigten (La Ciotat, C.G.C.T., Somafer, Toulouse-Ruggieri).

7 Die Bildung von Generalversammlungen der Arbeiter im Kampf; diese Generalversammlungen sind jedoch von der Existenz eines entschlossenen „Kampfkerns" abhängig, um die Rolle einer bloßen Informationsveranstaltung zu überwinden, auf welche die Gewerkschaftsführungen sie herabdrücken wollen (wie das bei Massey geschehen ist: im Gegensatz zur Generalversammlung der Schweißer bei der C.G.C.T., wo die Arbeiter ihre Forderungen entwickelten und wo auch kämpferische Auseinandersetzungen mit den Reformisten stattfanden).

8 Die Besetzung der Produktionsanlagen und die Aufstellung kampfentschlossener Streikposten zum Schutz der Kämpfe gegen Provokationen der Kapitalisten und der Polizei; oft ist es dabei auch zu Konflikten mit der Gewerkschaftsführung gekommen, die die Arbeiter beschwichtigen und ihre Streiks an die „bürgerliche Legalität" binden wollte. (Delattre-Levivier, Brissoneau, Le Ciotat).

9 Die Einrichtung von Unterstützungskomitees durch revolutionäre Gruppen und die Solidarität großer Teile der Bevölkerung außerhalb der bestreikten Betriebe; von den Unterstützungskomitees wurden dabei unterschiedliche Aufgaben wahrgenommen: Aufklärung und Information über die Streiks in anderen Betrieben und unter der Bevölkerung, Durchführung von Filmveranstaltungen und Geldsammlungen, Organisierung des Auto-Transports für die Arbeiterdelegierten, Organiserung von Versammlungen der Streikenden, usw. (Renault-Billancourt, Toulouse-Ruggieri, Somafer, Zimmerfer, S.O.R.M.A.E., Levi's).

Darin drückt sich insgesamt aus, daß sich die französische Arbeiterbewegung bewußter und zielstrebiger zu organisieren beginnt. Aber erst die nächste Entwicklung wird zeigen, ob die mit der parlamentarischen Wahlniederlage der „Vereinigten Linken" zusammengebrochenen Hoffnungen vieler Arbeiter das Moment der Resignation stärken werden, oder ob es der französischen Arbeiterbewegung gelingt, sich nach diesem Wahlausgang stärker von reformistischen Illusionen zu befreien und das politische Niveau ihrer Kämpfe weiter zu erhöhen. Allerdings ist dies auch im zweiten Fall kein kurzer Weg und der erhebliche Einfluß der Revisionisten ist nicht von heute auf morgen zu brechen.

7. April 1973

■

DÄNEMARK:

Größter Streik seit 1936

Am 1. März begann in Dänemark der Kampf um einen neuen Tarifvertrag. Ab 21. März, als der dänische Gewerkschaftsbund offiziell zum Streik aufrief, haben über 160 000 Kollegen die Arbeit niedergelegt. 105 000 weitere Arbeiter sind von den Kapitalisten im Gegenzug ausgesperrt worden. Bereits vorher haben Tausende von dänischen Arbeitern, vor allem in der Metallindustrie, durch Warnstreiks und Demonstrationen ihren dringenden Forderungen Nachdruck verliehen. Der Streik war der größte in der Geschichte der dänischen Arbeiterbewegung seit dem Generalstreik von 1936.

Von Anfang an spielte die rapide Verschlechterung der Lebensbedingung der Arbeiter seit dem dänischen EWG-Beitritt am Jahresanfang eine Rolle. Mehr noch – dies ist einer der wesentlichen Gründe für die Breite, die der Streik erreicht hat. Preissteigerungen um 10%, bei einigen Lebensmitteln um 20%, seit dem 1. Januar bewirken wachsende Empörung bei den Arbeitern und Hausfrauen. Bürgerlichen Meinungsforschern zufolge – die hier gewiß nicht übertrieben – hat die Zahl der EWG-Gegner seit dem 1. Januar um 8% zugenommen! Bei der Volksabstimmung am 2.10.72 waren 36,5% der Dänen gegen den EWG-Beitritt, nachdem die Regierung die Abstimmung vorher bereits einmal verschoben und massive Drohungen im Falle eines „Nein" ausgesprochen hatte.

Traditionell haben die reformistischen Führer der Gewerkschaften, aufs engste mit der sozialdemokratischen Regierungspartei verknüpft, großen Einfluß in der dänischen Arbeiterklasse. In der Breite der Auseinandersetzungen und der Ablehnung der staatlichen Schlichtungspraxis, verbunden mit der Kompromißbereitschaft der Gewerkschaftsführer bei vielen Kollegen, werden allerdings Tendenzen sichtbar, die auf Loslösung von der reformistischen Praxis drängen. Dennoch gelang es den kapitalisten mit Hilfe der Gewerkschaftsführung, den Arbeitern einen „Kompromiß" aufzuzwingen. In der Urabstimmung am 9. April, die den Streik beendete, stimmten 69% für den Vorschlag der staatlichen Schlichtungskommission. 31% stimmten dagegen. (Der genaue Inhalt des Tarifs war bei Redaktions-Schluß noch nicht bekannt.)

Am 1. März sind die bisher gültigen Tarifverträge ausgelaufen. In Dänemark schließt der Gewerkschaftsbund (Landesorganisationen, LO – vergleichbar dem DGB) Kollektivverträge für seine 900 000 Mitglieder ab. Diese Verträge, die eine Laufzeit von 2 Jahren haben, beinhalten sowohl die Lohnhöhe als auch Regelungen des Urlaubs, der Arbeitszeit, des Akkords usw., also insgesamt Fragen, die bei uns gesondert in Lohnrahmen- und Manteltarifverträgen geregelt sind. Ergänzend allerdings führen die in LO zusammengeschlossenen Einzelgewerkschaften – über 60 (!) – und einige nicht zur LO gehörende Gewerkschaften Zusatzverhandlungen mit den Kapitalisten ihrer Branche.

Durch die kollektiv geführten Tarifkämpfe wird die große Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung teilweise wieder aufgehoben. Der gleichzeitige Kampf um höheren Lohn und um Akkord-, Arbeitszeit-, Urlaubs- u.ä. Fragen verbessert zudem die Stoßkraft bei der Durchsetzung der einzelnen Forderungen. Allerdings eröffnet dieses System den Reformisten auch in einer von ihnen beherrschten Arbeiterbewegung die Möglichkeit, demagogisch auf einen „Erfolg" in einem Punkt zu verweisen und gleichzeitig in allen anderen den Kapitalisten entgegenzukommen.

Die Forderungen der dänischen Arbeiter, um die es hauptsächlich geht, sind:

- 18 dkr. Mindestlohn pro Stunde (1 dkr. = ca. 0,45 DM) statt bisher 13,80 dkr.
- gleicher Lohn für Männer und Frauen; Vorweganhebung der Frauenlöhne auf 13,80 dkr.
- Senkung der wöchentlichen Arbeitsstunden von 41 3/4 Std. auf 40 Std.; für Schichtarbeiter von 40 auf 36 Std.
- Erhöhung des Urlaubsgeldes von 9,5 auf 12,5%
- Erhöhung der „automatischen" Inflationszulage von 30 auf 60 Öre pro Stunde. (Die Inflationszulage wird dann gezahlt, wenn eine bestimmte, auf staatlichen Berechnungen basierende Preissteigerungsrate überschritten ist).
- 375 dkr. wöchentl. Mindestlohn für Lehrlinge

Der dänische Kapitalistenverband „Dansk Arbejdsgiverforening", anfangs nicht einmal zu Verhandlungen bereit, lehnte die Erfüllung auch nur einer einzigen Forderung ab. Die Kapitalisten argumentierten, die Forderungen seien „zu teuer", Rentabilität und Exportfähigkeit „der dänischen Wirtschaft" seien gefährdet. In Wahrheit hatten die Kapitalisten einen Kampffonds mit 1 Milliarde dkr. gebildet, der ausgereicht hätte, um sämtliche Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. (Zu dem realen Hintergrund der Kapitalisten „argumente" siehe weiter unten).

In dieser Situation trat Ende Februar die staatliche Schlichtungskommission, die vom dänischen Arbeitsminister ernannt wird, mit einem Kompromißvorschlag in Aktion, der in allen Fragen den Kapitalisten entgegenkam. Zugleich machte der Schlichter von seinem „Recht" Gebrauch, Arbeitskampfmaßnahmen, insbesondere Streiks, für 14 Tage auszusetzen. Trotzdem lehnten die Kapitalisten immer noch ab – während die LO-Führer dem „Kompromiß" zustimmten!

Der Streik beginnt

Am 2. März traten die ersten Kollegen in den Streik, ohne auf den offiziellen Startschuß von LO zu warten; und zwar nicht nur, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, sondern auch aus Protest gegen die Aussetzung von Streiks durch den Schlichter.

Den Anfang machten 2 300 Werftarbeiter in Aalborg; hier hatten bereits im vergangenen Jahr heftige Auseinandersetzungen mit den Kapitalisten stattgefunden. In deren Verlauf waren mehrere aktive Vertrauensleute entlassen worden, worauf in ganz Dänemark Sympathiestreiks und Geldsammlungen für die Gemaßregelten stattfanden.

Nach Aalborg folgten die Werftarbeiter in Frederikshavn, Helsingør, Aarhus und bei Burmester&Wain in Kopenhagen – insgesamt über 9 000.

Ebenfalls am 2. März demonstrierten in Kopenhagen 1 000 Frauen und Männer für gleichen Lohn.

Der LO-Vorsitzende Thomas Nielsen warf diesen Aktionen vor, sie seien „nicht günstig für die Verhandlungsposition" von LO. Unter dem wachsenden Druck der Arbeiter sahen sich die LO-Führer schließlich doch gezwungen – wohl zur „Aufbesserung" ihrer Verhandlungsposition – für den 21. März den Beginn des offiziellen Streiks festzusetzen.

155 000 Kollegen (ihre Zahl wuchs in den folgenden Tagen noch an) legten die Arbeit nieder. Lahmgelegt war die gesamte metallverarbeitende Industrie einschließlich aller Werften, die Häfen, Tabakindustrie, ein Teil der Bauindustrie und ein Teil der privaten Transport-, Bus- und Fährlinien. Indirekt hatte der Streik durch Ausbleiben von Rohstoffen u.a. Nachschub noch weiterreichende Wirkung.

Fast alle Zeitungsdruckereien machten dicht; von zwei Millionen Exemplaren dänischer Tageszeitungen erschienen nur noch 170 000.

Die Kapitalisten antworteten mit der Aussperrung von 105 000 Kollegen.

Am 23.3. demonstrierten in Aalborg 5 000 Arbeiter für die ursprünglichen Forderungen der Gewerkschaften, insbesondere für den vollen Inflationsausgleich. Am gleichen Tag ging in Kopenhagen Polizei gegen Arbeiter vor, die die Auslieferung von Öl auf Tankwagen verhinderten. Ebenso in Esbjerg, wo die Polizei Hunde auf Streikposten hetzte, die verhindern wollten, daß ein mit LKW's beladenes westdeutsches Schiff gelöscht wurde. Das Schiff wurde später nach Flensburg umdirigiert und dort gelöscht, ohne daß die ÖTV einen Finger krumm machte.

Zugleich kündigten die Gewerkschaften die Ausweitung des Streiks auf sieben der größten Kraftwerke des Landes und auf die Flughäfen für den 3. April an. Der nicht der LO angeschlossene „Schoffφrsverband" rief seine 9 000 Mitglieder ebenfalls für den 3.4. zum Streik auf, wodurch 80 % des Öl- und Benzintransportes lahmgelegt worden wären. Parallel zu den Aktionen der Arbeiterklasse traten 30 000 Lehrer in einen Proteststreik gegen „Sparmaßnahmen" der Regierung.

Am 26.3. traten weitere 10 000 LKW-Fahrer in den Streik.

All das war für den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Anker Jörgensen das Signal für einen Appell an die Schlichtungskommission, einen neuen „Vermittlungsversuch" zu unternehmen. Bereits am 23.3. fanden wieder Gespräche zwischen Kapitalisten und LO-Führern statt, die während des Wochenendes 24./25. März fortgesetzt wurden. Am 27.3. lag ein neuer „Vermittlungsvorschlag" der Schlichtung auf dem Tisch, dem diesmal auch die Kapitalisten zustimmten.

Diese Einigung auf Spitzenebene bedeutete aber noch nicht das Ende des Streiks. Vielmehr führten die einzelnen Gewerkschaften vorher Urabstimmungen über das Ergebnis durch, solange wurde weitergestreikt. Lediglich die geplante Ausweitung auf die Kraftwerke und Flughäfen und der Streik des „Schoffφrsverband" wurden ausgesetzt. Am 27.3. demonstrierten wiederum in Kopenhagen 10 000 Kollegen und am 28.3. in Aarhus 5 000 für die ursprünglichen Forderungen, gegen den Kompromiß.



Ca. 10.000 demonstrierten in Kopenhagen für Forderungen, die LO schon aufgegeben hatte. Transparente: Gleicher LOHN jetzt – oder nein zum Vergleich/Für die 40-Stunden-Woche – Voller Inflationsausgleich bei allen Preissteigerungen/Die Versprechungen sollen eingehalten werden/Mit euern 10 Öre könnt ihr uns am Arsch lecken/Sicherheit für die Vertrauensleute/Gegen die Bestrafung der Arbeiter nach „wilden" Streiks.

In Kopenhagen zogen die Demonstranten zum Sitz des Kapitalistenverbandes und überreichten eine Liste ihrer Forderungen. Gleichzeitig hieß es in einem Flugblatt an die Adresse der LO-Führer:

„Diese Demonstration ist ein Zeichen dafür, daß viele Arbeiter sich mit dem Vergleich nicht einverstanden erklären. Ausgangspunkt aller Verhandlungen sollen die ursprünglichen Forderungen von den Arbeitsplätzen und den Generalversammlungen (örtl. Gewerkschaftsversammlungen, Red.) **sein. Das ist der Gewerkschaftsbürokratie bekannt. Und sie wissen auch, wenn sie weiterhin Repräsentanten der Arbeiter sein wollen, muß mehr für uns herausspringen."**

Bis zum 9. April, dem Tag der Urabstimmung, riefen die Führungen von LO und den meisten Einzelgewerkschaften dazu auf, dem „Kompromiß" zuzustimmen. Es wurde auf „wirtschaftliche Schwierigkeiten" im Zusammenhang mit dem EWG-Beitritt verwiesen; Dänemark würde „Startvorteile" verlieren.

Mit ähnlichen Argumenten war die dänische Arbeiterklasse schon vorher bearbeitet worden. Vor der Volksabstimmung über den EWG-Beitritt sagte LO-Vorsitzender Nielsen: „. . . ein Nein zur EWG (wird) auf dem tarifmäßigen Gebiet etwas kosten."

Später hieß es, trotz EWG-Mitgliedschaft würde bei den kommenden Tarifverhandlungen nicht viel zu holen sein.

Diese Unternehmerpropaganda hat bei der Mehrheit der Kollegen – trotz immerhin 31 % Nein-Stimmen – ihre Wirkung nicht verfehlt und zur Niederlage in diesem Streik beigetragen.

Der Erfolg dieser Bewegung besteht aber nicht nur in der meßbaren Lohnerhöhung, sondern auch in den Erfahrungen, die gewonnen werden im Hinblick auf eine Lösung vom jahrzehntelangen tiefgehenden Einfluß der Reformisten.

Der Streik und die EWG

Die Verschärfung des Klassenkampfes in Dänemark ist nur zu verstehen vor dem Hintergrund des dänischen EWG-Beitritts am 1. Januar. Die bürgerlich-reaktionäre Zeitung „Berlingske Tidende" nannte den Zeitpunkt des Streiks „selbstmörderisch". Gemeint ist der 1.4.73. Mit diesem Tag traten in der Folge des dänischen EWG-Beitritts eine Reihe von EWG-Bestimmungen in Kraft. Darunter die EWG-interne Zollherabsetzung auf dem Industriesektor zwischen den alten und neuen Mitgliedern. Hinzu kommt der Fortfall des seit 1971 erhobenen und seitdem schrittweise wieder gesenkten „EWG-widrigen" dänischen Import-Sonderzolls. Schließlich die Übernahme der EWG-Bestimmungen im Niederlassungsrecht, die jeweils anderen EWG-Kapitalisten Auslandsinvestitionen erleichtern sollen. Insbesondere der Import-Sonderzoll sollte den dänischen Kapitalisten helfen, ihr altes Problem, das Defizit im Außenhandel, zu mildern.

Wenn auch ohne Chancen auf Erlangung führender Positionen, stellt sich für das dänische Kapital doch die Frage nach der Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit.

Das bekommt die Arbeiterklasse zu spüren. 1972 hatte Dänemark innerhalb der heutigen EWG das höchste Pro-Kopf-Einkommen (3 456 Dollar; zum Vergleich: an zweiter Stelle die BRD mit 3 387 Dollar, an letzter Stelle Irland mit 1 532 Dollar). Jahrzehntelang erkauften sich die Kapitalisten mit gewissen Zugeständnissen das „Stillhalten" der Arbeiterbewegung. Dafür wird heute der Spielraum kleiner. Die EWG-Integration erfordert vom Standpunkt der Kapitalisten auch die Nivellierung des Lebensniveaus der europäischen Arbeiterklassen – und zwar nach unten! Die außerordentlichen Preissteigerungen in Dänemark seit Jahresanfang, die „starre" Haltung der Kapitalisten in den Tarifverhandlungen deuten die zukünftige Richtung an, gegen die die LO-Führer grundsätzlich nichts einzuwenden haben.

Um den Preis ihrer Zustimmung zu dem Schlichtungsvorschlag erhielten die Kapitalisten von den LO-Führern die protokollierte Zusage (!), während der Laufzeit der Tarife auf Forderungen nach sozialgesetzgeberischen Maßnahmen zu verzichten. Allerdings droht von daher ohnehin keine „Gefahr". Parallel zu den Preissteigerungen laufen nämlich Pläne der Regierung, in einem 40-Punkte-Programm die Ausgaben des Staates um 1 Milliarde dkr. zu senken und die Steuern zu erhöhen. Vor allem soziale Leistungen sollen gekürzt werden.

Einen Faktor von ausschlaggebender Bedeutung für die dänische Wirtschaft bilden die Beziehungen zum BRD-Kapital, die sich sehr widersprüchlich entwickeln. Auf dem Wege des Kapitalexports faßte das BRD-Kapital schon vor Eintritt Dänemarks in die EWG dort Fuß. Investitionen wurden vorgenommen u.a. im Maschinenbau, Elektro- und Chemie-Industrie (z.B. Zweigwerke von VW und BASF).

1963 und 1969 traten überdies Abkommen über „Kapitalhilfe" und „Finanzhilfe" in Kraft. Am dänischen Außenhandelsdefizit ist die BRD mit 54,5 % des Gesamtdefizits entscheidend beteiligt. Der Import Dänemarks aus der BRD betrug 1972 18,8 % des Gesamtimports, demgegenüber gingen nur 12,8 % des Gesamtexports in die BRD. Dabei betrug der Export der BRD nach Dänemark nur etwa 3 % des BRD-Gesamtexports. Zusätzlich hält der landwirtschaftliche Export einen hohen Anteil am dänischen Gesamtexport (1972 ca. 40 %), wofür die BRD vor England und Schweden Hauptabnehmer ist. Bereits mehrfach hat die BRD indessen ihre Agrarimporte gedrosselt.

Auf diese Weise besitzen die BRD-Imperialisten die Möglichkeiten, über ihre wirtschaftliche Machtstellung auch politisch Einfluß zu nehmen und Verbündete zu gewinnen mit dem Ziel, in der EWG die Vormachtstellung zu erringen.

Trotz starker Stimmungen im Volk gegen den deutschen Militarismus (Nazi-Okkupation!) entwickelte sich die gemeinsame NATO-Zugehörigkeit (gemeinsame dänisch-deutsche NATO-Kommandos im Bereich der Ostseezugänge) und die Unterstützung des „Kalten Krieges" früherer CDU/CSU-Regierungen zu einem Eckpfeiler der Beziehungen zwischen beiden Staaten.

Auf der anderen Seite versuchen die dänischen Kapitalisten, wenigstens ein Stück weit eigene Wege zu gehen und sich auch andere Handelspartner warmzuhalten.

Schon Mitte der 60iger Jahre traten Vertreter Dänemarks im NATO-Rat unter Protest der BRD-Vertreter mit dem Vorschlag einer gesamteuropäischen Konferenz über Zusammenarbeit auf und bemühten sich, engere Beziehungen zur VR Polen herzustellen. Heute, wo die staatlichen Beziehungen BRD-Dänemark auch aufgrund der gemeinsamen sozialdemokratischen Regierungen enger als zuvor sind, hat die dänische Regierung die Wehrdienstzeit von 12 auf 9 Monate herabgesetzt und erntet dafür („trotz" Neuer Ostpolitik!) den Protest der BRD-Militärs und Helmut Schmidts, dessen Politik diesem Schritt diametral entgegengesetzt ist. Diese Politik des Lavierens an der Seite des Stärkeren ist nicht neu!

Mitschwimmen an der Seite des Stärkeren

Die dänische Bourgeoisie ist im Vergleich mit den mächtigen Monopolcliquen der USA und Westeuropas ein Zwerg. Sie hat es deshalb von jeher darauf angelegt, vorsichtig am Rande der Einflußgebiete der großen Imperialisten zu manövrieren – je nach Lage der Kräfteverhältnisse zwischen den Großen durch Neutralitätskurs, totale Unterwerfung oder durch „Mitschwimmen" an der Seite des Stärkeren.

Als um die Jahrhundertwende der Kampf der großen imperialistischen Staaten um die Neuaufteilung der Welt entbrannte, ging die dänische Bourgeoisie auf „Neutralitätskurs". Dies nicht, um das dänische Volk vor imperialistischer Unterdrückung zu bewahren, sondern weil sie sich erhoffte, besonders im 1. Weltkrieg ihren Handel mit den großen kriegführenden Imperialisten Deutschland und England aufrechtzuerhalten und noch zu erweitern.

Im 2. imperialistischen Weltkrieg spielte die dänische Bourgeoisie eine noch erbärmlichere Rolle. 1942, als die faschistische Frühjahrsoffensive an der Ostfront in die Gebiete des Kaukasus und der Wolga vorstieß, begannen

wichtige Teile der Bourgeoisie, sich auf eine europäische „Neuordnung" unter der Fuchtel Hitlerdeutschlands zu orientieren, nachdem sie bereits zuvor den Nazis keinen Widerstand entgegengesetzt hatten. Führende dänische Kapitalisten bildeten einen „Arbeitsausschuß zur Förderung der dänischen Initiativen in Ost- und Südeuropa". Im April/Mai 1942 bereisten einige Mitglieder des Ausschusses (u.a. Verkehrsminister Larsen und Manager Junckers) die eroberten „Ostgebiete" und inspizierten insbesondere die Zementfabriken in den baltischen Gebieten der Sowjetunion. Die Nazis, die das Land seit April 1940 besetzt hielten, brachten allerdings für die „dänischen Initiativen" wenig Gegenliebe auf: 1943 ging die Regierungsgewalt an einen Nazi-Statthalter über.

Kaum war der deutsche Faschismus durch das militärische Bündnis der Westalliierten mit der Sowjetunion und durch den Widerstandskampf der Völker gegen die faschistische Besetzung besiegt, schlug sich die dänische Bourgeoisie auf die Seite des nunmehr Stärkeren: des US-Imperialismus. 1949 wurde Dänemark in die NATO eingegliedert. Wirtschaftlich setzte Dänemark zunächst auf die von Großbritannien dominierte EFTA (1960, Gegenprojekt zur EWG, zusammen mit Norwegen, Schweden, Schweiz, Österreich und Portugal) – wohl auch aus Furcht vor der sich abzeichnenden Übermacht des westdeutschen Imperialismus. 1967, als sich die EFTA als unterlegen erwiesen hatte, sattelte die dänische Bourgeoisie jedoch wieder um und stellte ein Gesuch um Aufnahme in die EWG. Heute ist zu erwarten, daß sie in der EWG an der Seite der BRD versuchen wird, ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen.

'Westentaschen-Imperialismus'

Die Kehrseite dieser Politik ist die Haltung der dänischen Bourgeoisie gegenüber kleineren Nationen wie Island, den Faröern und Grönland. Man kann die dänische Bourgeoisie mit dem berüchtigten „Radfahrer" vergleichen, der nach oben buckelt und nach unten tritt.

Was Island angeht, so führte der unnachgiebige Kampf des isländischen Volkes gegen das jahrhundertealte dänische Handelsmonopol 1918 zum ersten Erfolg. Island verwaltete von nun an seine Angelegenheiten selbst und hatte nur noch die lächerliche Figur des Königs mit Dänemark gemeinsam („Personalunion"). Als die Faschisten Dänemark und westalliierte Truppen Island besetzt hielten, kündigte Island auch die königliche „Personalunion" auf. Dänische bürgerliche Blätter jammerten später, das isländische Volk hätte die Besetzung Dänemarks „ausgenutzt".

Grönland, das Dänemark gegenüber etwa den Status einer „Provinz" hat, ist Opfer einer doppelten „Ausverkaufspolitik" der dänischen Bourgeoisie. Diese hat Dänemark nicht nur mit dem Beitritt zur NATO in den Dienst der strategischen Einkreisung des sozialistischen Osteuropa gestellt; sie hat darüberhinaus den US-Imperialisten tatkräftig geholfen bei der direkten Einrichtung strategischer Basen auf Grönland (Thule, Sönder Strömfjord).

In der Zeit von 1963 bis 1965 errichteten dänische Firmen in Grönland Militärbauten für die US-Imperialisten im Wert von 500 Mill. dkr. Um ihren politischen Einfluß weiter zu stärken, versucht die dänische Regierung, Beamte durch Vergünstigungen zu kaufen. Grönländische Beamte erhalten etwa 85 - 88 % des Gehalts dänischer Beamter, während die grönländischen Arbeiter zwischen 40 und 60 % des Lohns eines dänischen Arbeiters verdienen.

Begleitet wird diese kolonialistische Spaltungspolitik zur Integration einer besser gestellten Schicht des grönländischen Volkes durch ideologische Offensiven. Der dänische Kulturimperialist Mogens Boserup schlug z.B. 1970 vor, an den grönländischen Schulen die Landessprache nicht mehr zu unterrichten.

Dänische Arbeiterklasse vor schwierigen Aufgaben

Die Politik des „Mitschwimmens", des Lavierens an der Seite stärkerer Mächte, erlaubte der dänischen Bourgeoisie nach innen mit nur wenigen Unterbrechungen eine relativ friedliche Entwicklung des Kapitalismus. Sie verstand es, durch geschickte „Befriedungsmaßnahmen" und gewisse Zugeständnisse die Arbeiterbewegung in „ruhige" Bahnen zu lenken. Politisch-organisatorischer Träger des ausgeprägten Reformismus in der dänischen Arbeiterbewegung ist die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsführung, beide aufs engste (sogar statutenmäßig!) miteinander verknüpft.

Nach außen entstand dadurch – ähnlich wie im Falle Schweden – der Eindruck eines „sozialen Wohlfahrtsstaates" mit einer „gefestigten Demokratie".

Mehrere Versuche der dänischen Arbeiterklasse, sich ihre revolutionäre Partei zu schaffen, erlagen nach einer gewissen Zeit, begünstigt durch die „friedliche Oberfläche" des dänischen Kapitalismus, den Einflüßen der Sozialdemokratie. Beredtes Beispiel dafür ist die frühzeitige revisionistische Entartung der DKP. Deren Führer Aksel Larsen hatte schon 1938 die „friedliche" Einführung des Sozialismus mit „verfassungskonformen Mitteln" propagiert. Der 15. Parteitag der DKP erklärte: „In Übereinstimmung mit der Rede Aksel Larsens 1938 wird die dänische Demokratie anerkannt. Genau wie andere Parteien (!) wird jedoch dafür gekämpft, die Demokratie zu erweitern und zu verbessern."

1958 spaltete Larsen die DKP, die dadurch zur weitgehenden Bedeutungslosigkeit herabsank, und gründete die „Sozialistisk Folkeparti"(SF), die sich bis heute darauf beschränkt, den Sozialdemokraten im Folketing Bündnisangebote zu machen.

Auf der anderen Seite geht natürlich die Verschärfung der inner-imperialistischen Widersprüche, zusammen mit den politisch-ideologischen Auswirkungen der allgemeinen Krise des Imperialismus (Vietnam!) und dem Anwachsen der Kräfte des Sozialismus, auch an Dänemark nicht spurlos vorüber.

Das Bestreben der dänischen Bourgeoisie, sich in der EWG ihren „festen Platz" neben den Großen auf Kosten der dänischen Arbeiterklasse zu sichern, hat bereits den Widerstand der Arbeiterklasse hervorgerufen und wird es auch weiterhin tun. Allerdings wird es noch eine schwere Aufgabe sein, in dieser Entwicklung mit dem Reformismus, mit tiefverwurzelten Illusionen über die „Friedfertigkeit" des Imperialismus zu brechen.

Diejenigen Kräfte in Dänemark, die dies so sehen, die in den letzten Jahren vielfach sich herausbildenden mehr oder weniger kommunistischen Gruppen und Zirkel, haben es bisher – ebensowenig wie die westdeutschen Kommunisten – verstanden, der Arbeiterklasse eine Alternative zu zeigen. ■

KB-Gruppe Flensburg

Forts. Durchbruch der Linken?

hielt „Friedenskanzler" Brandt zum Thema Rüstung. Der SPD-Bezirk Hessen-Süd forderte im Antrag 2 („Friedens- und Abrüstungspolitik") „Parteivorstand und SPD-Bundestagsfraktion" auf, „Schritte einer Friedenspolitik . . ., unabhängig von den laufenden internationalen Abrüstungs- und Sicherheitskonferenzen. . ." einzuleiten. Dazu heißt es konkret u.a. in „Ziffer 5" desselben Antrags:

„Einfrieren des Verteidigungshaushaltes 1973 auf den Zahlen des verabschiedeten Etats 72; Entwicklung eines Stufenplans einer weiteren schrittweisen Verringerung der Verteidigungsausgaben der Bundesrepublik ab 1974. (Zitiert nach „Anträge, Vorlage 3", S. 149)

Die Brisanz dieses Antrages ließ es den SPD-Führern geraten erscheinen, Brandt höchstpersönlich an die Front zu schicken. In einem längeren Wortbeitrag kommt er dann zu folgendem bemerkenswerten Schluß:

„Ein Parteitag, jedenfalls einer Partei wie der unseren (!), darf eigentlich nur beschließen was durchführbar ist. Und Ziffer 5 ist nicht durchführbar, liebe Genossen! Da kann der Parteitag beschließen was er will (!!!). Das ist nicht durchführbar, denn die Regierung der Bundesrepublik Deutschland kann nicht von sich aus erklären, sie macht das so und so, sondern wir haben Vereinbarungen(!)". (Zitiert nach „Unkorrigiertes Protokoll" vom 12.4., S.163)

Einerseits existieren natürlich keine unverrückbaren Vereinbarungen, die der SPD/FDP zwingend vorschreiben, den Rüstungshaushalt Jahr für Jahr kräftig zu erhöhen. Andererseits drückt Brandt sich geschickt darum herum, ob die von ihm beschworenen „Vereinbarungen" (was immer er damit auch meinen mag), nun im Interesse der breiten Masse unseres Volkes liegen, oder vielmehr gegen sie gerichtet sind.

Typisch für die sozialdemokratischen Delegierten war auch, daß ausnahmslos alle – also auch die anwesenden Jusos und andere sog. „Partei-Linke" – widerspruchslos hingenommen haben, daß Parteiboß Brandt schlicht und ergreifend bestimmte Anträge für „nicht durchführbar" erklärt mit Hinweisen auf anderslautende „Vereinbarungen". Was hätte für die Delegierten, zumindest aber die Antragsteller näher gelegen, als eben auf die Veränderungen solcher „Vereinbarungen" im Sinne des Antrages zu drängen?

In demagogischer Weise heuchelte derselbe Brandt zu Beginn seines Beitrages noch „Sympathie" mit dem Antrag, um ihm den Wind aus den Segeln zu nehmen und sein Friedens-Image zu pflegen:

„Genossen, ich denke, es sollte eigentlich niemanden in diesem Saal geben, der nicht mit dem sympathisiert, was an Tendenz (!) in diesem Antrag von Hessen-Süd drinsteht. Ich sympathisiere jedenfalls damit . . ." (zitiert nach: „Unkorrigiertes Protokoll vom 12.4., S. 163)

Natürlich hat Brandt recht mit der Aussage, daß der Antrag „nicht durchführbar" ist. Das Widerwärtigste an Brandts Beitrag ist auch nicht so sehr die heuchlerische Friedens-Demagogie (während gleichzeitig unter seiner Regierungsführung nicht nur der Rüstungsetat ständig erhöht wird, sondern auch andere Bereiche – Polizei, Bundesgrenzschutz, etc. – sich in rasantem Tempo militarisieren); das speziell Widerwärtige ist vielmehr, so zu tun, als wolle man persönlich ja ganz gerne ein bißchen mehr Frieden, ein bißchen weniger Rüstung, was aber leider – leider wegen solch garstiger „Vereinbarungen" jetzt noch nicht (!) gehe . . . statt klipp und klar zu sagen: ‚Das ständige Wachstum der Rüstungslasten liegt im Profitinteresse der westdeutschen Kapitalisten, und darum – nur darum! – ist der Antrag nicht durchführbar, denn die SPD-Regierung hat die Aufgabe, die Interessen der westdeutschen Kapitalistenklasse zu vertreten und zu verwalten und sonst gar nichts!'

Die Jagd auf Linke als Vorbereitung auf den Parteitag

In der Zeit des letzten Bundestags-Wahlkampfs agierten die Jusos auf dem linken Flügel der SPD-Propaganda; sie argumentierten für den Sozialismus, den sie in und mit der SPD zu erreichen versprachen. Die Wahlkampf-Zeit brachte den Jusos eine enorme Aktivierung ihrer Basis, sowie eine Welle von Neueintritten.

Im Ergebnis dieser Lage treten neue Strömungen innerhalb der Juso-Gruppen auf, die z.T. in einzelnen Fragen scharf links argumentieren, insgesamt jedenfalls noch nicht auf dem Boden sozialdemokratischer Politik „gefestigt" waren.

Solche noch nicht festgelegten Strömungen mußten wegen der gegebenenfalls in ihnen liegenden Eigendynamik den SPD- und Juso-Führern als mögliche Gefahr erscheinen. Die SPD-Führer hatten in dieser Hinsicht sehr schlechte Erfahrungen gemacht mit dem früher zu ihrer Partei gehörenden SDS(Sozialistischer Deutscher Studentenbund) und SHB(Sozialdemokratischer Hochschulbund). Von beiden trennten sich die SPD-Führer, nachdem diese Gruppen sich zu weitgehend radikalisiert und sich damit von der vorherrschenden SPD-Politik getrennt hatten.

Um die Gefahr eines möglichen Ausbrechens von bedeutenden Teilen der Jusos zu bannen, organisierten die SPD-Führer sofort im Anschluß an den Wahlkampf eine umfassende Disziplinierungs-Kampagne gegen die Jusos, die großenteils auch öffentlich, d.h. in der bürgerlichen Presse, im Fernsehen etc. geführt wurde.

Zu diesem Zweck wurde behauptet, daß eine „politisch und organisatorisch festgefügte Minderheit innerhalb der Jusos" die „Macht innerhalb der Gesamtorganisation anstrebe", schon „heute tonangebend in mehreren Gruppen" sei (z.B. Hamburg, Frankfurt/M., Westberlin etc.), daß diese Gruppierung „zur DKP tendiere", den Boden des „demokratischen Sozialismus verlassen" habe, stattdessen der „von der DKP entliehenen" „Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus" (Stamokap) zustimmen würde, usw. usw.

Zweifellos arbeiteten einige DKP-Sympathisanten innerhalb der Juso-Organisation, wie sich später auch am Übertritt von 20 Frankfurter Jusos in die DKP zeigte. Allerdings – und das war selbstverständlich auch den SPD- und Juso-Führern klar – ging von diesen wenigen DKP-Sympathisanten keine Gefahr für Bestand und Entwicklung der Juso-Organisation aus.

Die SPD- und Juso-Führer bezweckten mit ihrer Kampagne die Disziplinierung der gesamten Juso-Organisation im Sinne einer „Stabilisierung" auf dem Boden des ‚Godesberger Programms' und der jetzigen SPD-Politik. Gleichzeitig sollten die im Wahlkampf noch genährten Illusionen und übertriebenen Hoffnungen auf raschen Gelände-Gewinn innerhalb der SPD nachhaltig zerstört werden; der versprochene „Sozialismus" auf die lange Bank geschoben werden zugunsten einer „realistischen Politik des Machbaren".

Wir wollen an dieser Stelle nicht auf die z.T. mit unglaublicher Demagogie vorgetragene Kampagne gegen die Juso-Linke eingehen. Es muß jedoch festgehalten werden, daß die Kampagne in jeder Hinsicht zu den von Brandt & Co. gewünschten Ergebnissen führte: „Stabilisierung" der Jusos im Rahmen sozialdemokratischer Politik und Vorstellungen; Resignation, teilweise Austritt von Juso-Linken; in mehreren Städten (z.B. Hamburg) wurden linke Ortsvorstände geschaßt; Profilierung der „halblinken" Juso-Führer um Wolfgang Roth, Strasser u.a., sowie Stärkung des Opportunismus (Zurückweichen) bei ihnen.

Der vor dem Hannover-Parteitag stattfindende Juso-Kongreß besiegelte das Schicksal der ausgebooteten Linken. Mit dem Juso-Kongreß präsentierte sich die SPD-Jugend, die – zwar noch auf dem linken Flügel der Gesamtpartei angesiedelt – sich aber ohne weiteres in das Spektrum sozialdemokratischer Politik und Ideologie einfügen ließ.

Befriedigt konnte der dem Juso-Kongreß beiwohnende rechte SPD-Bundesgeschäftsführer Börner feststellen:

„Die bekommen jetzt dieselben Probleme wie die gute alte SPD. Solange das so läuft wie hier, ist mir um die Partei nicht bange." Und Eppler, Mitglied des SPD-Parteivorstandes, nach drei Stunden Zusehen: „Alles gute Sozialdemokraten."

Die Jusos waren erfolgreich auf den SPD-Parteitag „vorbereitet" worden!

Börner sah sogar die Gefahr einer zu weit gehenden Integration der Jusos in die Gesamtpartei und damit die Gefahr einer Aufgabe der besonderen Funktion der Jusos für die SPD: Er fände es „schade, wenn die (Jusos) ihren Frieden mit der Partei machen würden". (zitiert nach „Konkret", 15.3.)

Der kalkulierte Konflikt

Opportunismus und Zurückweichen bei den „linken" Delegierten auf dem Hannover Parteitag gingen so weit, daß selbst die bürgerliche Presse erhebliche Schwierigkeiten hatte, die „Linken" überhaupt noch auszumachen. Selbst Springers rechtsradikale „Welt" stellt dies fest und führt es zynisch zurück auf „Brandts Versuch durch Toleranz (!) und Entgegenkommen (!) die Jungsozialisten der Partei wieder zu integrieren." Dieser Versuch sei „von dem Juso-Bundesvorsitzenden Wolfgang Roth aufgenommen (!) worden". („Welt", 14.4.)

Ein so weitgehendes Zurückweichen der Jusos und „Partei-Linken" als Ergebnis der Hetze und Jagd auf die „SPD-Linke" in den Monaten vor dem Parteitag lag indessen nun auch nicht im Interesse der Parteiführung. Der Öffentlichkeit sollte doch gerade eine, wenn auch nicht gefährlich starke „linke" Fraktion vorgeführt werden, mit der man sich zwar einerseits einigen konnte, die aber andererseits die Illusion eines möglichen linken Durchbruchs in der SPD zu einem späteren Zeitpunkt (versteht sich) weiterhin nähren konnte.

Keineswegs beabsichtigten die SPD-Führer auf dem Parteitag den Eindruck aufkommen zu lassen, daß eine linke Politik in der SPD offenbar ohne jede Chance; daß die „SPD-Linke" ausgeschaltet, gänzlich mundtot gemacht worden sei.

Die Möglichkeit eines kalkulierten Konflikts (ohne praktische Auswirkung allerdings), der sowohl den Jusos, als auch der Parteiführung Profilierung und Abgrenzung ermöglichte, bot sich im Rahmen der „Vietnam-Diskussion". Zu diesem Thema lag eine Vielzahl von Anträgen vor, von denen sich einige gegen den „Krieg im allgemeinen" wendeten, die Mehrzahl jedoch eindeutig die „verbrecherische Politik der USA", ihre „Aggression in Vietnam" usw. usf. zu „verurteilen" sich bemühte.

Die Diskussion ging dann darum, welcher der zahlreichen Anträge angenommen werden würde. Die SPD-Führer stimmten für ziemlich laue, während Juso-Führer Voigt sich für wesentlich schärfere Formulierungen (gegen die Nixon-Politik) ins Zeug legte.

In einem Beitrag warnte Voigt den Parteitag dann vor einer „übersensiblen Rücksichtnahme auf die Regierung der USA". „Ich meine, daß diese Rücksicht nahme auf die Interessen der US-Regierung und der amerikanischen Konzerne hier übertrieben wird . . ." (zitiert nach: „Unkorrigiertes Protokoll, Arbeitsgemeinschaft A" vom 12.4.)

Brandt witterte seinen großen Auftritt und donnerte los: „Ich muß, liebe Genossen, mit großem Nachdruck den Versuch zurückweisen, zu sagen, als ob hier einige von uns durch die Politik, die sie vertreten, die Interessen der Regierungen anderer Länder vertreten. Dies kann, lieber Genosse Voigt, so nicht stehen bleiben.

Wir vertreten die Interessen der Bundesrepublik Deutschland. Du hast in deinem Beitrag gesagt, hier würde etwas mit Rücksicht auf die Regierung der USA und die amerikanischen Großkonzerne vorgeschlagen. Das läßt sich dein Parteivorsitzender von dir nicht sagen. Das ist nämlich nicht wahr. Man kann uns hier nicht als etwas abstempeln, das wir nicht sind. Wir vertreten die Interessen unseres Landes."

Er schloß seinen Beitrag:

„Ich bitte den Parteitag nachdrücklich, die Unterstellung zurückzuweisen, hier würden durch Sozialdemokraten in der Regierung und durch diesen Parteitag die Interessen anderer als der Bundesrepublik Deutschland wahrgenommen (!)." (zitiert nach: „Unkorrigiertes Protokoll, Arbeitsgemeinschaft A", 12.4.)

Die „Wahrnehmung" von US-Interessen hatte allerdings auch Voigt nicht unterstellt, sondern sie ist eine demagogische Verdrehung von Brandt. Voigt hatte mit seiner Warnung vor „übersensibler Rücksichtsnahme" sich nur gegen zu zahme Formulierungen im vorliegenden Antrag gewandt.

Brandts chauvinistisches Gekeife „wir vertreten nur die Interessen dieses Landes" (gemeint: der herrschenden Klasse dieses Landes, also der westdeutschen Imperialisten) versucht allerdings zu verschleiern, daß seine Regierung durch „Devisen-Ausgleichszahlungen" an die USA, durch „Stützung des kranken Dollar" seit eh und je den Krieg der USA mitfinanzieren half.

Die Bemühungen der Juso-Führer um Abgrenzung zum „amerikanischen Imperialismus", die z.T. auch sehr scharfe und weitgehende Form annehmen, können allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß bisher vollkommen auf den Kampf gegen den (eigenen) westdeutschen Imperialismus – immerhin einen der stärksten und gefräßigsten – verzichtet wurde. Der Antiimperialist unterscheidet sich vom Sozialchauvinisten dadurch, daß er die Unterdrückung und Ausbeutung fremder Völker generell ablehnt und bekämpft, während der Sozialchauvinist hiervon ausdrücklich oder insgeheim Ausbeutung und Unterdrückung fremder Völker durch sein eigenes Land (durch die Kapitalistenklasse seines Landes) ausnimmt. ■

Der Mythos der „

Dieser Artikel soll sich erstmals mit einigen Thesen und Prkatiken des „Sozialistischen Büros" auseinandersetzen.

Das SB wurde im April 1969 gegründet. Seit dieser Zeit gibt es die Zeitung „links" monatlich heraus. In „links" wurde vor allem die Propaganda des SB entwickelt. Für die betriebliche und gewerkschaftliche Agitation erschien die Zeitung „Sozialistische Betriebskonferenz". Die SBK ist seit Ende 72 mit der Zeitung „express-international" verbunden; die gemeinsame Zeitung nennt sich „Express-Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit"; die Startauflage der Zeitung war 10 000.

Bisher sind Thesen und Praktiken des SB in der kommunistischen Presse noch nicht untersucht worden. Dieser Artikel soll ein erster Versuch sein, einige zentrale Punkte her„uszuarbeiten, um das Wesen dieser Gruppierung klarer zu machen.

In den „Thesen der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro" (1. Auflage im Frühjahr 71) wird im Abschnitt 3, 6 zur „Organisationsfrage" Stellung genommen.

Es heißt dort, daß „die Organisationsform sozialistischer Bewegungen" dem Ziel entsprechen müssen, „den Mythos vom notwendig autoritären, bürokratisch-zentralistischen ‚Industriestaat' zu zerstören".

Deshalb sei es notwendig, „in allen gesellschaftlichen Bereichen Solidari-

D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung Offenbach/M Januar '73 Nr. 40 DM 1,20

tät und Selbsttätigkeit zu fördern"; die sozialistische Bewegung müsse „zu einem Ort freier Diskussion und uneingeschränkter Demokratie" entwickelt werden.

Darauf setzen die SB-Ideologen die Behauptung, daß heute „herkömmliche Modelle einer autoritären Kaderpartei, also der Partei als einer von den Massen getrennten, zentral gelenkten Elite" nicht angewendet werden dürften. Stattdessen wird die sogenannte „Selbstorganisation der Beherrschten" empfohlen:

„. . . *Revolutionäre Praxis aber kann heute nur bedeuten: den durch Arbeitsteilung bedingten Vorsprung von Avantgardegruppen sowie jede hierarchische Struktur, jede Trennung von Führern und Geführten, Elite und Masse abzubauen. Heute muß deshalb das nächste Ziel eine Bewegung autonom und solidarisch kooperierender Gruppen als Schritt auf dem Weg zur sozialistischen Praxis sein.*"

„*Ein Bewußtsein von der eigenen Lage und den Möglichkeiten gesellschaftlicher Veränderung kann von den Beherrschten nur durch Selbstorganisation entwickelt werden.*"

Die Gegenüberstellung von „autoritärer Kaderpartei" und „Selbstorganisation" ist ständiger Bestandteil aller organisatorischen Verlautbarungen der SB-Ideologen.

Vertieft wird dieses Leitmotiv z.B. in dem Artikel von Buro/Vack „Sozialistisches Büro und autonome Basisgruppen" (in „links", Dez. 72). Buro/Vack betonen dort, daß es darum geht, „überkommene Organisationsmuster" zu überwinden und eine „nicht-autoritäre Organisation" zu schaffen, wobei das SB „keinen Führungsanspruch" hätte.

Buro/Vack schlagen die „Selbstorganisation direkter Interessen" in allen gesellschaftlichen Bereichen vor. Das soll heißen, daß in den Betrieben, Büros, Schulen etc. „Basis- und Projektgruppen" aktiv werden. Als nächster Schritt können „zentrale Arbeitsgruppen der sozialistischen Basisgruppen" für die einzelnen Bereiche stattfinden. Danach sollten „örtliche oder regionale Kooperationsräte" für die „Basisgruppen" eines bestimmten Bereichs gebildet werden. Zuletzt müßte die „Konstituierung eines zentralen Kooperationsrates" folgen, der sich um das SB zu gruppieren hätte.

Die Gegenüberstellung, die die SB-Ideologen zwischen „Führern" und „Masse" vornehmen, ist so alt und abgedroschen, daß sich schon Lenin damit auseinandersetzen mußte. Das Schreckgespenst der „autoritären Kaderpartei" wird objektiv auf der Wellenlänge des bürgerlichen Antikommunismus immer wieder beschworen, um die Trommel für die eigenen „neuen Organisationsmodelle" zu rühren, bei denen angeblich alles unendlich demokratischer, massenfreundlicher und undogmatischer zugeht als bei den „Bürokraten".

Dabei braucht man sich nur die theoretische Zeitung des SB, „links", anzusehen, um alsbald festzustellen, daß sich zu den **Grundfragen der sozialistischen Bewegung** dort nicht etwa die gern erwähnte „Basis" zu Wort meldet, sondern daß ein halbes Dutzend Namen ständig auftaucht, deren Träger „tonangebend" sind. Da gibt es regelrechte Spezialisten für Gewerkschaftsfragen, für Regierungspolitik, für Organisationsfragen, für psychologistisches Herumgequatsche (Negt) u.a.m. – Genauso und schlimmer wie in einer x-beliebigen „autoritären", „straff organisierten", „bürokratischen", „rigiden", „hierarchischen" etc. Organisation.

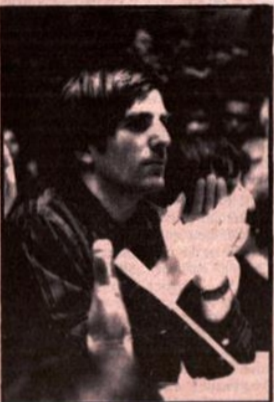
Daß dem so ist, hängt zusammen mit den Zuständen, die die kapitalistische Gesellschaft produziert. Der Kapitalismus produziert eben nicht das sozialistische Kollektiv, wo die „große Politik" ebenso wie der alltägliche Kleinkram zur unmittelbaren Sache aller wird. Nur eine geradezu verschwindend kleine Minderheit der Massen ist heute überhaupt in irgendeiner Form aktiv an sozialistischer Praxis beteiligt; und von dieser Minderheit sind es wiederum nur wenige, die mehr Arbeit in die Sache stecken, sich umfassendere spezielle und allgemeine Kenntnisse erwerben und wesentlich die politische Stoßrichtung bestimmen.

Diesem Übel – denn es ist zweifellos ein Übel! – durch ausgeklügelte „neue Organisationsmodelle" abhelfen zu wollen, ist im besten Fall naiv, im schlimmeren Fall demagogisch.

Wir behaupten, daß das „neue Organisationsmodell", das von den SB-Ideologen vorgeschlagen wird, weniger zur Überwindung dieses Übels geeignet ist als das „herkömmliche Modell" des Marxismus-Leninismus, dem wir uns verpflichtet erklären.

Auch das „neue Organisationsmodell" hat seine politischen Führer; mit dem Vorzug, daß diese Führer von politischen und organisatorischen Verbindlichkeiten völlig frei sind.

Wem ist Rudi Dutschke, ehemals SDS und heute dem SB nahestehend, verantwortlich, wenn er auf der zentralen Vietnam-Demonstration am 14. Januar dieses Jahres in Bonn Redezeit beansprucht. . .? Der Genosse Rudi sprach dort nur als Individuum. Hätte jeder der etwa 25 000 anwesenden



Rudi Dutschke

Demonstranten als sozialistisches Individuum ebenfalls „nur" sechs Minuten Redezeit beansprucht (was dem SB sogar noch zu wenig erscheint! – vgl. „links", Febr. 73), so hätten die Genossen sich auf ein mehrmonatiges Feldlager einrichten müssen.

Wem ist Oskar Negt, ehemals SDS und heute ein Ideologe des SB, verantwortlich, wenn er in „links" immer wieder mit verheerenden Beiträgen zur Organisationsfrage Stellung nimmt? Tatsächlich verbreitet Negt nur seine ganz private Meinung, und zwar schon in der Wahl seiner Worte und des Satzbaus ängstlich darauf bedacht, daß ihn der „einfache Arbeiter" nur ja nicht verstehen möge.

Wir gehen davon aus, daß die Trennung von „Führern" und „Massen" auch in der sozialistischen Bewegung heute o b j e k t i v als Produkt des Kapitalismus besteht. Dann kann es aber doch als erster Schritt nur darum gehen, die politisch führenden Individuen einer möglichst weitgehenden K o n t r o l l e durch eine möglichst breite organisatorische Basis zu unterstellen und die Basisdiskussion wirklich zu entwickeln. Ein besseres Modell als den demokratischen Zentralismus hat dafür unseres Wissens noch niemand angeboten.

Die Ideologen des SB schreien zwar sehr laut „Masse", „Basis" und „Selbsttätigkeit"; dahinter verbirgt sich aber nur die totale Verselbständigung und Willkür einiger weniger Individuen, deren Treiben keiner Basiskontrolle unterworfen ist. Und ausdrücklich betonen sie noch, daß die Erledigung ihrer Aufgabe die „materielle und politische Unabhängigkeit der Redaktion von Parteiorganisationen" zur unabdingbaren Voraussetzung hat („links", Dez. 72, S. 3).

Ein Beispiel für „Basis - Organisierung"

Das SB empfiehlt „Selbstorganisation" in „autonomen Basis-Gruppen". Diese sollen dazu dienen, „in allen gesellschaftlichen Bereichen Solidarität und Selbsttätigkeit zu fördern", die Trennung von „Elite" und „Masse" abzubauen.

Der erste „Denkfehler" in dieser Argumentation scheint uns darin zu liegen, daß nach Lage der Dinge die „sozialistischen Basisgruppen", von denen die SB-Ideologen ausgehen, keineswegs mit der realen Basis identisch sind.

Nehmen wir das Beispiel einer „Basis-Gruppe" im „Arbeitsfeld" Schule. Eine solche Gruppe ist von der realen Basis, nämlich der Masse der Eltern, Schüler und Lehrer, zunächst einmal getrennt und beschränkt sich auf den Eingriff von außen. Die Trennung zwischen der Masse und einer sich sozialistisch erklärenden Minderheit vermag die „Basis-Gruppe" also von sich aus gar nicht aufzuheben, so sehr sie es vielleicht möchte.

Nach unserer Erfahrung gibt es schlechte Sozialisten, die den Menschen, mit denen sie arbeiten, bloß die Ohren vollquatschen, sich nicht um eine breite Mobilisierung bemühen, sondern die Politik des Alleingangs betreiben. Das kann z.B. in der Schul-Politik so aussehen, daß Sozialisten sich einseitig darauf konzentrieren, in irgendwelchen Gremien (Gewerkschaft, Elternvertretung u.a.) schöne Beschlüsse durchzusetzen, ohne durch Massenarbeit die Basis für die Verwirklichung ihrer Beschlüsse zu fassen; da wird z.B. an eine Minderheit von aufstrebenden kleinbürgerlichen Eltern appelliert, die für ihre Kinder individuell eine höhere Laufbahn rechtzeitig in die Wege leiten möchten, statt sich an die breiten Massen der proletarischen Eltern zu wenden; da wird entweder sektiererisch vorausgeeilt oder opportunistische Abwarte-Politik betrieben.

Dagegen gibt es Beispiele guter sozialistischer Arbeit, wo Genossen Überzeugungsarbeit leisten, andere Menschen mitreißen und zu Organisatoren wirklicher Massenaktionen werden.

Es gibt kein „Organisationsmodell", das aus sich selbst heraus a u t o m a t i s c h eine wirksame sozialistische Politik, eine Verbindung zu den Massen und erfolgreiche Kämpfe garantiert.

Aber in der kommunistischen Organisation scheint uns doch die beste Möglichkeit gegeben, praktische Erfahrungen und politische Einsichten miteinander zu verbinden, Fehler zu korrigieren, Einseitigkeiten und Bereichs-Beschränktheit zu vermeiden, den Blick auf den großen Zusammenhang a l l e r Kämpfe der Werktätigen gegen den Kapitalismus zu richten.

Umgekehrt scheint uns bei den Sozialisten in „autonomen Basis-Gruppen" außerhalb organisatorischer und politischer Verbindlichkeiten die Gefahr besonders groß, daß ziellos herumgewirbelt wird, daß mit der Nase am Boden ausschließlich der eigene Bereich gesehen wird, daß die von den SB-Ideologen eifrig propagierte „individuelle Emanzipation" die Aufgaben des solidarischen Kampfes aller Werktätigen in den Hintergrund drängt.

Als Beispiel für eine solche Entwicklung mag der Artikel „Sozialistisches Zentrum Stuttgart" in „links", Dez. 72, dienen. Dieser Artikel, der von den Genossen als Bilanz angesehen wird, stellt in Wahrheit eine kaum noch zu überbietende Bankrott-Erklärung derartiger „Basis-Arbeit" dar.

Die Stuttgarter SZ-Genossen begannen mit einem „Plenum", an dem nach ihren Angaben 120 Menschen „aus den verschiedensten Bereichen und Berufen" teilnahmen. Zuerst sollten die „Thesen" der italienischen Manifesto-Organisation diskutiert werden, die den Vorstellungen der SB-Ideologen in einigen Punkten entgegenkommen. Die „Diskussion" verlief jedoch im Sande, weil offenbar die Mehrheit der Anwesenden mit den „Thesen" von Manifesto nichts anzufangen wußte und keinen Anreiz zum Diskutieren hatte. Daher wurde rasch erklärt, daß die „Thesen" eben für Italien gemacht seien und dort sicher auch „gut und richtig" seien (wieso eigentlich?), für die BRD müßte aber eigenständig usw. usf.

Das ist ein anschauliches Beispiel dafür, wie sich durch einen falsch gewählten „Diskussions-Einstieg" eine derartige Frustration der Teilnehmer erzeugen läßt, daß im Endeffekt j e d e politische Vordiskussion unmöglich wird und der Weg für ein fröhliches Drauflos-Wurschteln frei ist.

Nach der „Diskussion" wurden drei „Arbeitsbereiche" (AB) gebildet: AB-Betrieb, AB-Erziehung und AB-Medien (Theater, Film, Presse u.a.). In jedem AB arbeiteten die Genossen, die dort auch ihre Berufstätigkeit haben.

Über den AB-Betrieb wird im Artikel gesagt, daß es nur eine „einzige arbeitende Gruppe" gab, „für die die Auseinandersetzung in diesem Arbeitsbereich praktische Bedeutung und Auswirkungen hatte". Das war die „plakat"-Gruppe bei Benz in Untertürkheim, also die Gruppe jener drei Kollegen, die dort auf einer gewerkschaftsoppositionellen Liste in den Betriebsrat gewählt wurden. Darüber sagt der Artikel: „Die Probleme der anderen Kollegen wurden (im AB) wenig diskutiert, aber auch die Arbeit der „plakat"-Gruppe änderte sich inhaltlich nicht wesentlich, die Arbeit wäre auch ohne AB weitergegangen." –

Wozu also das Ganze? In der Tat löste sich der AB-Betrieb wieder auf, weil er gerade von den aktivsten Betriebsgenossen nur als nutzlose Belastung und Zeitverlust angesehen wurde und weil es nicht gelungen war, „neue Betriebsgruppen zu initiieren". Also ein Mißerfolg auf der ganzen Linie.

Über den AB-Medien erfahren wir, daß die konkrete Berufstätigkeit der Genosssen zu „heterogen" (verschiedenartig) war, um überhaupt eine gemeinsame Basis zu finden. Der AB „war funktionsunfähig"; „zuletzt trafen sich ... jeweils nur drei bis vier Kollegen, die sich gegenseitig ihr Unterdrückungsleid klagten". Unterdessen verselbstständigten sich einzelne Gruppen des AB – drehten z.B. eigeninitiativ einen Film über die Situation der Landjugend oder schrieben ein Theaterstück aus der Arbeitswelt des Industrieproletariats.

Im AB-Erziehung wurde zuerst einmal „wochenlang diskutiert, in der Hoffnung, es ließen sich für die praktische Arbeit in den einzelnen Ausbildungsbereichen brauchbare Thesen (!) entwickeln". Das Ergebnis war entsprechend:

„*Der einzige (!) Versuch, eine gemeinsame praktische Aktion zu organisieren, scheiterte an den mangelnden Erfahrungen der Beteiligten: Niemand wußte über die Schule bescheid (!!), es war unmöglich, Eltern oder Schüler aus den anderen Bereichen zu aktivieren, weil man sie nicht informieren konnte, etc. Damit war gleichzeitig das Ende des Arbeitsbereichs gegeben.*"

Katastrophal !

Alle drei Arbeitsbereiche gingen also baden, ohne daß die Verfasser des Artikels allzuviel Mühe darauf verschwenden würden, den Ursachen mehr als nur vordergründig und oberflächlich nachzuforschen.

Dieser vollständige Zusammenbruch kann aber nicht als Zufall oder Mißgeschick gewertet werden. Er ist in einer derartigen Form von „Organisation" – oder richtiger Desorganisation – von vornherein angelegt. Dabei gehen wir auch davon aus, daß vor allem manche kleinbürgerliche Intellektuelle derartige „neue Organisationsmodelle" gerade deshalb bevorzugen, weil sie organisatorische und politische V e r b i n d l i c h k e i t e n fürchten wie der Teufel das Weihwasser. Ihrem Befürfnis nach „individueller Emanzipation" ist anscheinend am besten gedient, wenn sie möglichst unverbindlich und massenfern herumdiskutieren können, wenn sie Gleichgesinnte zum Ausweinen über ihre Frustrationen finden und wenn also etwas „progressive" Abwechslung ihren Alltag aufheitert.

Den SB-Ideologen ist der Vorwurf zu machen, daß sie mit ihren demagogischen Reden gegen „Bürokraten" und „Kaderpartei" genau an die schlechtesten Klassengewohnheiten der Kleinbürger anknüpfen und daß sie zugleich jene fortschrittlichen Arbeiter irreführen, die aus Enttäuschung über Sozialdemokratie und „ML"-Sektierer den Verlockungen der „Selbstorganisation" Vertrauen schenken. In vielen Fällen wird das Ergebnis der unvermeidlichen Pleite die persönliche Resignation sein.

Es scheint uns in diesem Zusammenhang auch nicht zufällig, daß beim Stuttgarter SZ im AB-Erziehung eine offenbar völlig chaotische Aktion durchgeführt wurde, wobei überhaupt keine Informationen über die betreffende Schule vorlagen, Beziehungen zu Eltern, Lehrern und Schülern dort also nicht oder kaum bestanden. Massenferner und massenfeindlicher kann man wohl kaum vorgehen. Wenn beim SB immer wieder von „Bedürfnissen" die Rede ist, so können die Bedürfnisse der

express

Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Preis DM 1,-- erscheint monatlich in Offenbach, Samstag, den 17. März 1973, Nummer 3

Selbstorganisation"

Massen jedenfalls in so einem konkreten Fall nicht gemeint sein.

Natürlich können Fehler bei der politischen Arbeit unterlaufen. Beim SB ist aber zu kritisieren, daß gar nicht erst versucht wird, die grundsätzlichen organisatorischen Denkvoraussetzungen („Selbstorganisation" etc.) im Licht derartiger Erfahrungen zur Diskussion zu stellen. Stattdessen wird im Gegenteil gegen kommunistische Organisationen, die z.B. auch im Schulbereich gute Arbeit leisten, pauschal und unpolitisch der Vorwurf des „Bürokratismus" etc. erhoben, ohne sich mit ihrer konkreten Arbeit auseinanderzusetzen und die eigene Arbeit daran zu messen.

Die Ideologie des „Zentrums"

Daß innerhalb der Linken Meinungsverschiedenheiten bestehen, kann auch das SB nicht ignorieren. Diese Meinungsverschiedenheiten werden aber mit Vorliebe so interpretiert, daß sie ausschließlich das Ergebnis von Konkurrenzdenken, von Bürokratismus etc. seien.

Sich selbst erklären die SB-Ideologen selbstredend für oberhalb der Niederungen des politischen Meinungsstreits stehend:

„Wer sieht, welches Maß an Energie für Positionskämpfe der Linken verwendet wird, wird Verständnis dafür haben, daß es in der theoretischen und praktischen Krise (?) dieser Fraktionen gegenwärtig weniger darauf ankommt, neben die bestehenden eine neue Organisation zu setzen und innerhalb des Rahmens sich zu bewegen, in dem Theorien mit Theorien und Ideen mit Ideen konfrontiert werden. Es geht vielmehr darum, den substanziellen Gehalt der Arbeit dieser Fraktionen und aller übrigen arbeitenden Gruppen politisch zusammenzufassen und organisatorisch zu stabilisieren. Das setzt zur Zeit eine Art 'überfraktionelles Bewußtsein' voraus, von dem aus strategische Linien einer sozialistischen Politik bestimmt werden könnten ..." (Negt, "nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen organisieren!", in "links", Dez. 72)

Das "überfraktionelle Bewußtsein" Negts erinnert uns penetrant an die berüchtigte "Fraktionslosigkeit" Trotzkis, die Lenin u.a. in "Über die Verletzung der Einheit, bemäntelt durch Geschrei über Einheit" (1914) kritisierte. Während damals in der russischen Arbeiterbewegung ein Kampf um die Grundfragen der Organisierung und des revolutionären Prozesses geführt wurde, schwang sich Trotzki zu einer "fraktionslosen" Position auf, schimpfte kräftig und demagogisch auf das "Chaos des Fraktionskampfes". Lenin zeigte auf, daß der in Worten "fraktionslose" Trotzki mit seiner in Worten "nicht-fraktionellen" Zeitung (die "Borba") in Wahrheit nur seine "Fraktion Trotzki" bildete. Das ist nur ein Trick, um sich scheinheilig außerhalb des "Gezänks", und d.h. außerhalb jeder organisatorischen und politischen Verbindlichkeit zu stellen - und um dann umso bequemer die eigene Position als den Nabel der Welt anzupreisen.

Lenin kennzeichnete das Vorgehen Trotzkis mit den Worten:

"Trotzki plagiiert heute die Ideen der einen Fraktion, morgen die der anderen, und darum betrachtet er sich als über beiden stehend."

Heute, wo die Fraktionskämpfe noch gar nicht innerhalb der Arbeiterbewegung geführt werden, sondern tatsächlich weitgehend losgelöst von dieser, ist es besonders leicht, sich demagogisch über die Auseinandersetzung zu ereifern, um klammheimlich die eigene Fraktion zu konstituieren. Nur ist es eben so, daß sich auf der einen Seite wenigstens im Ansatz Organisationen formieren, durch die sich eine grössere Anzahl von Menschen kollektiv politisch auszudrücken vermag, während auf der anderen Seite Ideologen wie Negt als freischwebende Individuen sich herumtummeln, die nur sich selbst und ihrem Herrgott verantwortlich sind - aber zugleich mit Selbstverständlichkeit beanspruchen, entscheidenden Einfluß auf die Bewegung insgesamt zu nehmen.

Vertritt der "überfraktionelle" Negt denn etwa nicht die Vorstellungen einer ganz bestimmten Fraktion?

In dem genannten Artikel schreibt Negt z.B.: Der Klassenkampf habe eine "neue sinnliche Qualität angenommen' und weiter: "die klassenlose Gesellschaft ist durchsichtig geworden, nicht ein bloßes Jenseits des Kapitalismus, das man den Menschen durch umständliche Vertröstungen und Hoffnungen klar machen muß; sie ist für jeden sinnlich erfahrbar gemacht worden."

Daß die klassenlose Gesellschaft (das ist nach herkömmlicher Definition der Kommunismus) "für jeden sinnlich erfahrbar" sei, ist offenkundiger Unsinn. Negt indessen braucht diese Phantasterei, um im nächsten Satz zu "begründen", daß heute das politische Bewußtsein nicht mehr in die Kämpfe hineingetragen zu werden braucht (wie die Kommunisten sagen), sondern in diesen Kämpfen sozusagen schon enthalten ist und nur noch "entfaltet" zu werden braucht.

Weiteres Beispiel: Negt verfügt in seinem Artikel mit päpstlicher Gewißheit, daß sich in der Welt von heute revolutionäre Ereignisse wie in Rußland 1917 "auch in vergleichbarer Form nicht wiederholen" würden. Stattdessen würde heute die Machtfrage "in einer Bewegung von Streiks, die den ökonomischen und politischen Herrschaftsapparat außer Funktion setzen gestellt werden.

Unter dem heuchlerischen Anstrich der "Fraktionslosigkeit" nimmt Negt also sehr entschieden zu Fragen Stellung, die genau zu den Gegenständen der aktuellen Fraktionskämpfe gehören. Auf der einen Seite verkündet er vornehm, sich aus den Niederungen der Fraktionskämpfe herauszuhalten - auf der anderen Seite verbreitet er seine individuellen Ansichten genau zu zentralen Punkten der Auseinandersetzung. Wenn das keine Demagogie ist? !

In Wahrheit kann es so etwas wie "Fraktionslosigkeit" oder "überfraktionelles Bewußtsein" auch gar nicht geben, da die Menschen eben nicht nur aus den "Bedürfnissen" bestehen (wie Negt voraussetzt), sondern auch bestimmte politische Vorstellungen über die Befriedigung ihrer Bedürfnisse und die Veränderung ihrer gesellschaftlichen Situation haben. Da diese Vorstellungen nicht einheitlich sind (wegen der unterschiedlichen Klassenlage, sozialen Erfahrung etc. der Individuen), bilden sich Fraktionen mit Notwendigkeit, d. h. es bilden sich Organisationen und Gruppen, die miteinander über die unterschiedlichen Vorstellungen streiten.

Ideologen wie Negt müssen zuletzt den objektiven Grund der Spaltung der antikapitalistischen Kräfte leugnen und beim Subjektivismus Zuflucht nehmen: angeblich sind die "Bürokraten" an allem Schuld, und mit einer guten Portion "überfraktionellem Bewußtsein" läßt sich das Problem bewältigen.

Derartige Thesen mögen vorübergehend bei Menschen verfangen, die von dem "Fraktionsgezänk" gründlich angewidert sind; die Zahl dieser Menschen ist wegen der negativen Erscheinungsformen des "Fraktionsgezänks" recht groß.

Die SB-Ideologen scheuen sich aus gutem Grund, den fraktionellen Charakter ihrer eigenen Gruppierung offen einzugestehen, weil sie ihr Geschäft gerade mit der Masche der "Fraktionslosigkeit" und der demagogischen Stimmungsmache gegen das "Fraktionsgezänk" betreiben.

Tatsächlich jedoch grenzt das SB sich gegen den "dogmatischen Sozialismus" (worunter praktisch sämtliche kommunistische Organisationen und die DKP verstanden werden) ebenso ab wie gegen "blinde Spontaneität" (worunter wohl eine Reihe weiterer Gruppen wie etwa "Revolutionärer Kampf" in Frankfurt zu fassen sind). - Nun, ist das etwa keine besondere und recht genau umrissene Fraktion, was sich da als "undogmatischer Sozialismus" formiert? Und diese erklärten Gegener des "Fraktionsgezänks" versäumen es nie, praktisch die gesamte Linke außerhalb ihres eigenen Blocks pauschal und ohne inhaltliche Kritik im Konkreten permanent als "Dogmatiker", "Bürokraten", "Sektierer" etc. zu verketzern. Ist das etwa kein Fraktionsgezänk, und zwar von der allerübelsten Sorte? Selbst die Super-"Linken" bemühen sich doch von Zeit zu Zeit, andere Gruppen i n h a l t l i c h zu kritisieren. Die SB-Ideologen dagegen kommen über pauschales und inhaltloses Geschimpfe gegen die Linke außerhalb des SB nicht hinaus.

Es ist wiederum nicht zufällig, daß derartige Gruppierungen es lieben, sich unter dem Namen eines "Zentrums" zu konstituieren, wie z.B. das "Sozialistischen Zentrum" in Stuttgart (s.o.). In dieser Namensgebung ist schon der Anspruch enthalten, sozusagen einen Mittelpunkt der Bewegung zu bilden und von diesem "Zentrum" aus die Bewegung praktisch anzuleiten. Bescheidenheit ist mitunter nicht die Stärke der Genossen. Gegen den Führungsanspruch anderer zu polemisieren - teilweise zu recht! - und sich selbst zum Zentrum ernennen, das ist schon eine bemerkenswerte Art "überfraktioneller" Politik.

In Hamburg gibt es als besonders abschreckendes Exemplar das "Lehrlingszentrum" (LZ), das dem SB nahesteht und schon mehrfach in "links" zu Wort kam. Die Führer des LZ sind ausgeflippte Trotzkisten mit vorzüglichen persönlichen Beziehungen zur Hamburger DGB-Spitze. Diese LZ-Führer nun zeichnen sich durch eine besonders beharrliche, inhaltsleere und dümmliche Demagogie gegen s ä m t l i c h e kommunistischen Gruppen und Organisationen aus: "Bürokraten" (vor allem DKP und SDAJ), "linke Glaubenskrieger" (alle zusammen, bis aufs "LZ"), "Dogmatiker und Sektierer" (vor allem die "Maoisten"). Alle diese Bösewichter suchen angeblich nur "Stimmvieh", um ihr abgefeimtes Süppchen zu kochen. Einzig das LZ ist "keiner politischen Gruppe zugehörig noch verantwortlich", ganz und gar für die Lehrlinge da etc. Objektiv bewegt sich das ganze auf der Wellenlänge der antikommunistischen Hetze der DGB-Spitze obwohl das LZ pauschal und wenig konkret auch gegen die „Gewerkschaftsapparate" wettert.

Dabei ist dieses LZ von der realen Bewegung der Lehrlinge weitgehend isoliert, eben gerade im Gegensatz zu den „Sektierern". Das führt dann dazu, daß die LZ-Ideologen ihren Kummer in psychologistischem Geschwätz über „individuelle Emanzipation" ersäufen (u.a. „links" Oktober 72).



Demagogie des „überfraktionellen" SB gegen das „Franktionsgezänk" (Karrikatur des „links", Januar 73)

Demagogie des „überfraktionellen" SB gegen das „Franktionsgezänk" (Karrikatur des „links", Januar 73)

Zusammenfassung

Die relative Stärke des SB liegt darin, daß es teilweise ziemlich genau die kleinbürgerlichen Rückständigkeiten und Vorurteile einer sich erst sehr langsam und keineswegs gradlinig von der SPD lösenden Arbeiterschaft aufzunehmen versteht.

Wenn etwa das Hamburger LZ betont, es sei „keiner politischen Gruppe zugehörig noch verantwortlich", oder wenn das SB seine „materielle und politische Unabhängigkeit von Parteiorganisationen und Gewerkschaftsapparaten" hervorhebt - dann wird damit höchst demagogisch und verantwortungslos an die Stimmungen jeder Arbeiter angeknüpft, die zwar schon kämpferisch eingestellt sind, aber die auf Grund ihrer Erfahrungen einen starken Horror vor „Politik" und Organisierung haben.

Die SB-Ideologen stärken die Stimmung vieler Arbeiter, daß die Zugehörigkeit zu politischen Gruppen oder die Abhängigkeit einer Zeitung von Organisationen a n s i c h schon schlecht und schädlich ist.

Die Arbeiter erfahren naturgemäß Politik zunächst konkret als bürgerliche Politik, und sie erfahren Organisationen als Parteiläden; dieses Vorurteil wird allgemein auch auf linke Politik ausgedehnt. Man muß auch sagen, daß Gruppierungen wie die DKP oder die „Marxisten-Leninisten" vielfach dazu beitragen, dieses Vorurteil scheinbar zu bestätigen. Parolen wie „Stärkt die DKP" oder „Stärkt die KPD/ML" sind wahrhaftig nicht dazu angetan, die Notwendigkeit einer politischen Organisation der Arbeiterklasse zu vermitteln.

Von einem solchen Zustand der Dinge kann nur die Kapitalistenklasse profitieren. Sollen die Arbeiter doch ruhig das Gefühl haben, „daß wir am Ende immer die Dummen sind, weil die oben machen was sie wollen" – solange diese Stimmung sich noch gegen „Politik" und Organisierung ü b e r h a u p t wendet. Denn letzten Endes werden die Arbeiter mangels Alternative ja doch die SPD wählen müssen („was denn sonst? "), und sie müssen sich an die Gewerkschaftsapparate halten, weil es eine wirksamere Unterstützung in ihren wirtschaftlichen Kämpfen eben nicht gibt. Die SB-Thesen von der „Selbstorganisation" und die Demagogie gegen alle bestehenden politischen Organisationen der Linken („Bürokraten", „Dogmatiker" etc.) liefern die Arbeiter genau diesem Mechanismus zwischen hilfloser Kritik und zwangsläufiger Anpassung wieder aus.

Die Massenarbeit ist immer die Basis

Gespräche mit der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP)

Nach der Niederlage des palästinensischen Widerstandes im September 1970 hat sich bei den Widerstandsorganisationen mehr und mehr die Erkenntnis durchgesetzt, daß die Grundlage für den Kampf eine konsequente Massenarbeit ist. In ihren militärischen Aktionen und ihre. Untergrundarbeit in den besetzten Gebieten stützt sich die PFLP auf ihre politische und soziale Arbeit in Flüchtlingslagern. Ein Teil dieser sozialen Arbeit ist die Entwicklung von medizinischen Stationen. In einer solchen Station führten einige Genossen ein Gespräch mit Mitgliedern der PFLP.

Im Flüchtlingslager

– Zunächst einmal möchten wir etwas über dieses Lager hören, wieviel Leute leben hier?

O Im Lager leben höchstens – wir haben keine offizielle Statistik – 15 000 bis 18 000 Menschen.

– Wie sind die Bedingungen im Lager, wieviel Wasserstellen gibt es?

O Bis vor fünf Jahren gab es keine Wasserhähne in den Häusern. Es gab nur vier Wasserhähne im Lager verteilt. Die Frauen gingen immer mit Vasen oder Töpfen auf dem Kopf, um Wasser von den Wasserstellen in die Häuser zu holen. Vor sechs Jahren haben wir langsam angefangen, Wasserhähne in den Häusern zu installieren. Es gibt keine Statistik, wieviel Häuser Wasser haben, nach unseren Schätzungen sind es inzwischen 60 bis 70 %. Die übrigen versorgen sich auf die alte Weise. Elektrischen Strom haben ungefähr 90 bis 95 % der Häuser.

– Ist es hier im Winter kalt? Wie heizen die Leute?

O Natürlich ist es hier im Winter nicht so kalt wie in Deutschland. Aber es ist auch kalt. Über die Hälfte der Familien im Lager haben Gasolinheizung und etwas weniger als die Hälfte Kohlebecken, was sehr gefährlich ist.

– Wie funktioniert die Müllabfuhr?

– Wie funktioniert die Müllabfuhr?

O Es herrscht ein Mangel an Mülleuten. Der Dreck kommt vor allem von den Klos. Sie sind zentral und öffentlich. Die Mehrzahl der Familien hat keine Toiletten im Haus. Es gibt zu wenig öffentliche Toiletten. Die Abwasserkanäle sind offen und deshalb ist es hier schmutzig. Einige Partisanengruppen haben versucht, die Klogruben zuzudecken, weil die meisten offen sind. Im Winter bildet sich im Süden des Lagers Schlamm. Die Arbeitergewerkschaft hat zusammen mit den Partisanengruppen hier im Lager Geld gesammelt und dies mit Zement zugemacht.

– Wo finden die Leute Arbeit? Gibt es genug Arbeit?

O Es gibt viele Arbeitslose. Einige versuchen, vorübergehend auf dem Bau, beim Schneider oder als Maler zu arbeiten.

– Gibt es keine regelmäßige Arbeit?

O Nein. Nur ganz wenige an einigen Tankstellen und als Verkäufer. Es gibt auch Angestellte bei der UNRWA (Flüchtlingshilfeorganisation der UNO). Da arbeiten aber nur wenige, als Lehrer oder als Müllarbeiter.

Wir haben keine Rechte

– Wie ist die Politik der libanesischen Regierung gegenüber den Flüchtlingen?
Wie sieht es aus mit Staatsangehörigkeit, politischen Rechten, Teilnahme an Wahlen?

O Wir Palästinenser haben keinen Paß, sondern ein „Laisser-passer", das ist eine Identitätsbescheinigung für palästinensische Flüchtlinge im Libanon. Wir haben nicht das Recht, das Land zu verlassen, wir haben keinen Reisepaß. Seit 1967 ist es uns erlaubt, nach Syrien zu fahren, davor war auch das verboten, sogar mit Reisepaß. Wir brauchten eine Extra-Erlaubnis, die schwer zu bekommen war. Wir haben kein Wahlrecht im Libanon.
Wir haben nicht das Recht, in libanesischen Institutionen als Angestellte zu arbeiten, wir dürfen nicht in privaten Firmen angestellt werden. Oder nur mit einer Arbeitsgenehmigung für Ausländer. Es gibt nur zwei Möglichkeiten zu arbeiten, entweder bei der UNRWA oder als Tagelöhner z.B. bei der Zitronenernte. Es gibt auch einige Leute, die als Pächter arbeiten. Sie haben eine Vereinbarung mit den libanesischen Feudalisten, Großgrundbesitzern, von denen sie das Land und Saatgut bekommen, alles was dazu gehört, um das Land zu bebauen und die Ernte einzubringen. Von dem Ernteertrag können sie dann ein Viertel für sich behalten.

– Stimmt es, daß ein Palästinenser aus den Flüchtlingslagern, wenn er Arbeit findet, seine UNRWA-Zuteilung verliert und für lange Zeit nicht wiedererhält?

O Ja.

– Das bedeutet also, selbst wenn es eine Arbeitsmöglichkeit für z.B. eine Woche gibt, ist es schwer, sie anzunehmen, denn man kann für lange Zeit die Zuteilung verlieren.



O Vor 1967 führte die UNRWA deshalb Inspektionen durch, um festzustellen, was für eine Arbeit die Palästinenser hatten, weil jeder, der Arbeit hatte, nicht mehr als 70 libanesische Pfund (65 DM) im Monat verdienen durfte, wenn er seine Zuteilung nicht verlieren wollte. Die Palästinenser sagten deshalb immer, sie hätten nur Arbeit von einem Tag zum anderen; trotzdem wurde die Zuteilung manchmal gekürzt. Seit 6 Jahren gibt es für die Neugeborenen keine Zuteilung mehr. Seit 1966. Die Kinder bis zu 6 Jahren bekommen keine Zuteilung durch die UNRWA.

lung durch die UNRWA.

– Und die UNRWA verringert die Zuteilungen ständig?

O Ja, ja.

– Wie steht es mit den Häusern?

O Die Mehrheit hat in Blechhäusern gewohnt. Das war bis 1969 bis sich die libanesische Armee aus den Lagern zurückgezogen hat. Bis dahin konnte kein Nagel eingeschlagen werden, ohne eine offizielle Genehmigung, man konnte seine Hütte nicht einfach ändern. Da hatte man einfach eine Blechhütte. Jetzt sieht das schon anders aus. Als 1969 die Armee rausging, kamen die Fedajin, und seitdem haben die Bewohner mehr Möglichkeiten und die Freiheit, mit Zement Häuser zu bauen. Die Dächer werden bis heute normalerweise aus Blech gemacht. Nur die Leute, die etwas Geld haben, haben Zementdächer.

– Wie ist die Beziehung zwischen den Palästinensern im Lager und der libanesischen Bevölkerung? Gibt es Feindschaft?

O Nein. Es gibt genug Libanesen, die genau wie die palästinensischen Flüchtlinge leben. Feindseligkeit baut sich nicht auf Rassen oder Nationen auf, sondern auf politischen Feindseligkeiten zwischen zwei politischen Gruppen auf.

Die Quelle für künftige Kämpfer

– Welche Aufgaben haben die Fedajin im Lager?

O Es gibt hier keine normalen militärischen Fedajin, sondern die Volksmiliz, die die Flüchtlingslager verteidigt. Die Fedajin, die hier sind, arbeiten als Volksmiliz und versuchen, notwendige Leistungen für das Flüchtlingslager zu schaffen, so z.B. in Bezug auf die medizinische Betreuung oder bestimmte Bauten für das Lager. Sie versuchen, auf dem sozialen Gebiet zu arbeiten und haben auch die Aufgabe, die Flüchtlingslager zu verteidigen. Sie sind letzten Endes die Quelle für künftige Kämpfer.

– Was sind die Aufgaben eurer medizinischen Station?

O Natürlich werden im medizinischen Zentrum nicht alle Bewohner des Lagers betreut. Wir leisten normalerweise Hilfe für ca. 45 Personen täglich. Manche Palästinenser haben Geld und lassen sich woanders behandeln. Hierher kommen auch Syrer und Libanesen, mehr als Palästinenser. Wir behandeln ohne zu fragen alle, die kein Geld haben, sich woanders behandeln zu lassen. Wir haben nicht das Ziel, wie die bürgerliche Medizin Geld zu machen. Wir sind keine bürgerlichen Ärzte, die nur helfen, um Geld zu bekommen und manchmal Medikamente umsonst verteilen, nur um Patienten zu bekommen, die dann täglich kommen. Wir haben das Ziel, vorbeugende Mittel zu geben. Wenn eine Frau mit ihrem Kind hierherkommt, versuchen wir herauszubekommen, wie die Krankheit entstanden ist, und wir versuchen der Frau zu erklären, wie sie verhindern kann, daß das Kind wieder krank wird.

– Welche medizinischen Geräte habt ihr hier?

O Wasser und Elektrizität sind vorhanden, wir haben einige Betten.

– Findet ihr in dem Lager selbst Unterstützung durch Frauen und Männer, die bei der Arbeit helfen?

O Die Massen selber helfen natürlich. Beim Aufbau dieser Station haben die Massen entscheidend mitgearbeitet. Monatlich wird von den Massen freiwillig Geld gespendet. Die 1 000 libanesischen Pfund (900 DM), die wir mindestens für die Station brauchen, sind solche Spenden.

Wir sind erst am Anfang

– Könnt ihr durch eure Sozialarbeit auch politisch unter den Massen Fuß fassen? Wie stellt ihr das fest?

O Seitdem diese Station aufgebaut und Sozialarbeit geleistet wurde, hat die Arbeit der PFLP mehr Fuß gefaßt. Die Mitgliederzahl hat sich bis jetzt mehrfach verdoppelt, seitdem wir diese Station aufgebaut haben.

Könnt ihr Konkretes sagen über die Befreiung der Frau, die ihr durch Eure Arbeit vorantreibt? Entwickeln die Frauen und Mädchen, die hier medizinische Hilfsarbeiten machen, ein anderes Bewußtsein und tragen sie es ins



Flüchtlingslager

Lager, in ihre Familie usw.?

O Ich will ein praktisches Beispiel geben. In diesem Gebiet herrschen die veralteten orientalischen Sitten, d.h. daß die Frau das Haus nicht verlassen kann, daß Arbeit für die Frau eine Schande ist usw. Wenn die Frau zur Station kommt, das Haus überhaupt verlassen kann, ist das schon ein kleiner Schritt. Wir haben erreicht, daß die Frauen, die mit uns arbeiten, auch um 10 Uhr abends – und das ist ein Verbrechen in Arabien – das Haus verlassen und herkommen können. Sie diskutieren und arbeiten mit den anderen hier und machen, was sie für richtig halten. Die Frauen, die mit uns in Verbindung stehen, werden wenn möglich angestellt und können dadurch viele dieser Hindernisse abbrechen. Aber wir sind erst am Anfang.

– Gibt es im Lager Analphabeten unter den Erwachsenen?

O Vor allem unter den Alten herrscht noch das Analphabetentum.

– Gibt es Schulen dafür?

O Wir haben selber eine Schule eingerichtet für Frauen, die Analphabeten sind, weil meistens die Frauen vom Lernen ausgeschaltet sind. In der Schule wird den Frauen Lesen beigebracht, und sie werden als Krankenschwestern ausgebildet.

Wie ein Fisch im Wasser

– Ihr habt uns von eurer praktischen Arbeit im Lager erzählt. Das ist doch nur ein Teil eurer gesamten Arbeit?

O Ein politischer Kader muß Arbeiter unter Arbeitern sein oder Bauer unter Bauern. Früher war es so, daß die politischen Kader in den Städten saßen und einmal in der Woche in die Flüchtlingslager gingen. Das ist heute anders. Wir handeln nach dem Ausspruch Maos, daß wir wie Fische im Wasser sein müssen, und das Wasser sind eben die Menschen in den Lagern, in Südlibanon, auf dem Westufer des Jordan und im Gaza-Streifen. Wer politische Arbeit leisten will, muß unter den Massen leben, sonst redet man nur theoretisch von Massenarbeit und versteht dabei nichts davon.

Unsere Arbeit in Südlibanon ist z.B. leicht zu erklären und zu beschreiben. Die PFLP macht dort Gewerkschaftsarbeit und versucht außerdem, die Bewohner gegen den Feind, gegen die wiederholten Angriffe Israels zu verteidigen. Die Sicherung ihrer Existenz, das ist die Basis, um in Südlibanon die Massen zu gewinnen.

Die Erfolge unserer täglichen Arbeit in den Massen sind nicht sofort zu sehen. Der Erfolg wird sich vielleicht erst in 20 Jahren zeigen. Es sind die unbesungenen Helden der Revolution, die dort jeden Tag arbeiten.

– Wie ist das Verhältnis von militärischer Arbeit und Massenarbeit? Auf welche Arbeit legt ihr faktisch mehr Gewicht?

O Im Idealfall sollte zwischen militärischer und Massenarbeit kein Widerspruch bestehen, sondern ein militärischer Kader muß gleichzeitig auch in den Massen arbeiten. Zur Zeit ist hier das Verhältnis noch nicht richtig und die Kluft noch sehr groß. Auf lange Sicht muß erreicht werden, daß jeder Kämpfer ein politischer Arbeiter ist. Das politische Bewußtsein muß jeden Tag erhöht werden.

Die Feinde überall angreifen

– Nun hat ja vor kurzem die Aktion des Schwarzen September in München stattgefunden, so daß für uns die Frage besonders interessant ist, wie ihr zu dieser Art von Außenaktionen steht. Ihr habt selbst Außenaktionen durchgeführt. Besteht da nicht ein Widerspruch zu der von euch betonten langfristigen Massenarbeit?

O Die Außenaktionen sind kein Ersatz für die Arbeit in den Massen. Die Massenarbeit ist immer die Basis.

Man muß sehen, daß die Palästinenser nicht in ihrem eigenen Land kämpfen können, das macht Außenaktionen notwendig. Ein Kurzziel besteht darin, die sich anbahnenden guten Beziehungen zwischen Israel, den USA, den arabischen Regimes und der BRD zu stören. Man kann über München und die Taktik, die dort angewandt worden ist, debattieren, aber nicht über das Ziel. Diese Aktionen geben den Widerstandsorganisationen auch Gelegenheit, den Massen zu zeigen, was international gegen den Befreiungskampf Palästinas im Gange ist.

Diese Aktionen wären nicht notwendig, wenn in Europa und den USA die Linke nicht so schwach wäre, sondern wenn die Unterstützung Israels verhindert würde.

Die PFLP muß der Meinung widersprechen, daß die Außenaktionen gemacht werden, weil die Widerstandsbewegung nicht nach Israel hinein kommt. Allein im Gaza-Streifen werden sehr viel mehr Aktionen ausgeführt als im Ausland. Die Außenaktionen sind also kein Ersatz für Aktionen in Israel. Die Aktionen sind nicht dazu da, um den Massen zu zeigen, daß die Bewegung existiert. Wir wären durchaus in der Lage, z.B. 40 Botschaften Israels an einem Tag anzugreifen. Wenn dies unsere Strategie wäre, mit solchen Aktionen zu kämpfen, dann könnten wir viel mehr solche Aktionen machen.

– Palästina ist ja ein Sonderfall, sonst wurden Außenaktionen von revolutionären Bewegungen kaum angewandt.

O Das ist eben die Folge der besonderen Situation Palästinas.

Israel ist ein Land, das, sehr isoliert von den arabischen Ländern, auf das Ausland angewiesen ist. Israel ist mit dem Imperialismus alliiert und durch

dem Imperialismus [illegible]

wirtschaftliche, politische und militärische Interessen stark verbunden. Diesen Interessen kann die PFLP schaden. Wir wollen langfristig dem Imperialismus den Weg nach Israel abschneiden. Dieses strategische Ziel kann aber nicht durch diese Aktionen erreicht werden. In dieser Phase wollen wir damit nicht erreichen, Israel zu schlagen, sondern nur Hinweise geben auf das Ziel, daß man Israel überall, auch im Ausland, schlagen muß.

Der Feind, der zu bekämpfen ist, ist der Imperialismus, Israel und der Zionismus und die arabische Reaktion und gegen diese Feinde müssen wir vorgehen. Die PFLP weiß, daß sich diese Feinde gegen sie zusammenschließen.

– Ihr sagt, daß man mit diesen Aktionen Israel dort schlägt, wo es am bittersten für es ist. Das ist aber doch gar nicht der Fall. Der Imperialismus oder Zionismus verzichtet leicht auf ein paar Menschen, das ist kein großer Schlag für ihn.

O Israel gibt sich immer als bestorganisiertes Land aus, als ungeschlagenes Land. Israelis werden gleich Übermenschen gesetzt und Araber sind dumm und Untermenschen. Die PFLP zeigt, also, daß man doch nach Lod (israelischer Flugplatz) hinein kann, auch wenn die Sicherheitsmaßnahmen so streng sind wie sonst nirgendwo. Wir wollen dem Volk zeigen, daß Israel zu schlagen ist.

Die Weltpresse ist uns egal. Die Frage ist, was u n s interessiert. So gibt es zu München Rückwirkungen auf den verschiedensten Gebieten. Einmal das Verhältnis der Widerstandsbewegung und der libanesischen Regierung zueinander, dann die Situation der syrischen Regierung, die Mobilisierung in den Massen der arabischen Länder, die Aggressivität der Israelis usw. Das kann die PFLP den Massen gut zeigen. Dem einfachsten Menschen werden die internationalen Beziehungen Israels klar.

Was heißt Massaker ?

– Was heißt Massaker?

O Wenn Israel Massaker macht, dann sagt die Weltöffentlichkeit nichts, während, wenn die Palästinenser sich

Forts. nächste Seite

Forts. von Die Massenarbeit ist immer die Basis

dagegen erheben, man gegen uns arbeitet. Dadurch wird den Massen der Zusammenhang zwischen den imperialistischen Ländern und Israel klar, auch an der München-Aktion.

– Man kann aber doch Massaker nicht mit Massakern beantworten.

O Wir sitzen nicht im Cafe. Wir müssen die Kampfmoral des Volkes erhalten. Was heißt Massaker? Wir schlagen zurück, wenn die Israelis uns schlagen. Wir wollen doch nicht moralisch werden. 25 oder 50 Jahre dauern die zionistischen Massaker und Verbrechen schon. Massaker kann man nicht menschlich stoppen. Es hat keinen Zweck, sich etwa an di. UNO zu wenden.

Es ist für die Linke in Europa schwer, sich ein Bild zu machen. Sie werden unbewußt von der Presse beeinflußt. Es ist schwer, von der Linken zu verlangen, daß sie unser Verhalten versteht.

Ich habe den „Spiegel" zu München gelesen. Das ist ein Beispiel dafür, daß man den Zionismus überall schlagen muß. Dieser Spiegel-Schreiber, das ist ja ein Zionist. Die Zionisten sitzen überall. Es ist entlarvend, was da steht. Z.B. wie die deutsche Polizei im Kontrollturm steht und zusieht, wie die Araber erschossen werden sollen. Die Araber sind dumm und Untermenschen. In der ganzen BRD wird die zionistische Propaganda übernommen. Der Minister Schreiber hat versucht, einen Austausch zu machen oder so etwas, um die Kämpfer reinzulegen. Sie kalkulieren auf die Dummheit der Araber. Wer eine solche Aktion ausführt, ist doch nicht dumm.

Kampfmoral stärken

– Wir haben gehört, daß die PFLP einen Unterschied gemacht hat zwischen politischem Bewußtsein und Kampfmoral, daß der Hauptwert auf die Kampfmoral der Massen gelegt wird.

O Die Kampfmoral selber ist ein Ergebnis des Bewußtseins. Wer nicht weiß, daß er Palästina hat, wird nicht für Palästina kämpfen. Wer nicht weiß, daß der Unternehmer seine Arbeitskraft raubt, wird auch nicht gegen den Unternehmer kämpfen können. Und wer sein Recht fordert und gegen den Unternehmer aufsteht, wird sich seiner Rechte bewußter. Wenn z.B. Arbeiter in einer Fabrik in der BRD oder Italien für mehr Lohn streiken und ihre Rechte fordern, wenn das Regime seine Polizei gegen den Streik einsetzt, werden die Arbeiter entdecken, daß ihr Kampf politisch ist. Dadurch sieht man, daß die kämpferische Praxis das Bewußtsein stärken kann. Diese kämpferische Praxis findet ihren Ursprung im Bewußtsein selber. Die Kampfmoral oder die kämpferische Praxis, die aus dem Bewußtsein geboren ist, nimmt daran teil, das Bewußtsein zu erweitern. ■

Den vollständigen Text der zum Teil sehr umfangreichen Gespräche, die von den Genossen mit Vertretern des palästinensischen Widerstandes geführt wurden, werden wir demnächst als Broschüre veröffentlichen.

Wo sind die "Mörder-Zentralen"?

„Israelis heben Mörder-Zentrale aus", war am 11. April in Springers „Bild" zu lesen. Begeistert feierten Springers Schreiberlinge den „beispiellosen Handstreich", bei dem israelische Mord-Kommandos in Beirut mehrere palästinensische Politiker in ihren Wohnungen erschossen.

„ ‚Bild' ist immer dabei", ob bei der US-Aggression in Vietnam oder beim israelischen „Blitzkrieg" 1967. Springers Presse ist erklärtermaßen parteilich. Sie unterstützt und bejubelt den imperialistischen Terror in all seinen Erscheinungsformen.

Abu Yussef

Es g i b t eine Mörder-Zentrale im Nahen Osten, und die Springer-Presse ist ihr Komplize.

- **Das ist die Mörder-Zentrale, von der am 21. Februar der Befehl kam, ein arabisches Passagier-Flugzeug über der Sinai-Halbinsel abzuschießen, wobei fast 100 Menschen getötet wurden.**
- **Das ist die Mörder-Zentrale, die für die Vertreibung von einer Million Palästinensern und für den Tod Tausender von ihnen verantwortlich ist.**
- **Das ist die Mörder-Zentrale, die den „Blitzkrieg" vom Juni 1967 führte, wobei wiederum Tausende getötet und Zehntausende vertrieben wurden.**
- **Das ist die Mörder-Zentrale, die für die Bombardierung palästinensischer Flüchtlingslager im Libanon und Syrien verantwortlich ist.**

Diese Mörder-Zentrale ist die politische und militärische Führung des zionistischen Staates Israel.

Bei dem „Handstreich" in der Nacht zum 10. April überfielen die israelischen Kommandos drei Sitze des palästinensischen Widerstandes in Beirut, außerdem eine Stelle der DPFLP (Democratic Popular Front for the Liberation of Palästina = Volksfront für die Befreiung Palästinas) in einem Flüchtlingslager nahe Beirut. In ihren Wohnungen in Beirut wurden Abu Yussef, Kamal Adwan und Kamal Nasser erschossen, alle drei waren in der Führung von Al Fatah. Die Genossen Adwan und Nasser verteidigten sich vor ihrem Tod noch mit der Schußwaffe. In der Wohnung von Abu Yussef wurde auch seine Frau erschossen, als sie sich schützend vor ihren Mann stellen wollte. Auch eine 70jährige Italienerin wurde durch die Explosion einer von den Israelis geworfenen Granate getötet. Beim Amoklauf der flüchtenden Mord-Kommandos durch Beirut wurden neun Zivilisten und zwei libanesische Polizisten erschossen. Besonders hoch waren die Verluste an Toten und Verwundeten unter den Genossen der PFDLP im überfallenen Lager Sabra bei Beirut.

Die Zionisten wollen aus diesem Überfall wieder ihre sattsam bekannte story vom cleveren und mutigen kleinen David machen, der dem großmäuligen Goliath Schlag um Schlag versetzt. Das ist die Selbstdarstellung, die ihnen schmeichelt und die sie lieben.

Aber es läßt sich nicht übersehen, daß Israel sich gegenüber den Palästinensern durchaus nicht in der Rolle des kleinen David befindet, sondern daß Israel seine Erfolge ausschließlich seinem überlegenen militärischen und technischen Potential verdankt, das ihm von den USA zur Verfügung gestellt wird. Und schließlich wären der „Handstreich" vom 10. April und ähnliche James-Bond-Stückchen undenkbar ohne die umfangreiche Unterstützung, die Israel dabei von den Geheimdiensten anderer imperialistischer Länder erhält (Ausspionieren der örtlichen Gegebenheiten, Bereitstellen der Fluchtfahrzeuge u.a.m.). Außerdem ist die Behauptung der libanesischen Linken nicht von der Hand zu weisen, wonach die reaktionäre Regierung in Beirut den Überfall aktiv begünstigte, um den lästigen Palästinensern eine Niederlage zu bereiten.

Kamal Adwan

Auf einer Presse-Konferenz nach dem Überfall verkündete der israelische General Elazar gut gelaunt, solche „Operationen" würden gewiß wiederholt werden; auch die libysche Hauptstadt Tripolis sei in der Reichweite Israels.

Der neue israelische Überfall verdeutlicht noch einmal, daß der Kampf zwischen Imperialismus und Revolution keine räumlichen Grenzen hat. Der israelische Geheimdienst ist schon vor längerer Zeit dazu übergegangen, seinen Terror-Apparat vor allem in Westeuropa auszubauen. Zahlreiche Palästinenser sind in den letzten Monaten von zionistischen Geheimdienstlern ermordet worden: in Rom und Paris, in Spanien, auf Zypern und in Athen. In Beirut wurde vor mehreren Monaten der Genosse Kanafani, ein Führer der PFLP, von einer Bombe des zionistischen Geheimdienstes zerrissen. Drei örtliche Führer der PFLP sind von israelischen Truppen vor kurzem im besetzten Gaza-Streifen erschossen worden.

Kamal Nasser

Die Zionisten wollen die palästinensische Revolution abwürgen, indem sie systematisch ihre politischen Führer ermorden. In Wahrheit bewirken sie das Gegenteil. Der imperialistische Terror steigert zwangsläufig die Empörung der Massen und stärkt ihre Einheit. Gegen die Kommando-Aktionen Israels vom 10. April haben in den meisten arabischen Ländern große Massendemonstrationen stattgefunden. Allein am Tag der Beisetzung der drei ermordeten Fatah-Führer waren hunderttausende zu Demonstrationen auf den Straßen, die Geschäfte Beiruts blieben geschlossen.

Der Kampf der Palästinenser braucht lebensnotwendig die enge Verbindung mit den arabischen Massen, und diese Verbindung ist durch den neuen zionistischen Überfall zweifellos gestärkt worden. Zugleich erhält die Empörung der arabischen Massen, wie jetzt wieder im Libanon, eine zunehmend klarere politische Stoßrichtung auch gegen die reaktionäre Regierung des eigenen Landes, die als Handlanger des Imperialismus und Zionismus mehr und mehr erkannt wird. ■

Solidarität verhindert Ausweisung

Im letzten Monat startete der Staatsapparat einen weiteren Versuch, einen fortschrittlichen Ausländer an das reaktionäre Regime seines Heimatlandes auszuliefern.

Am 2.4. gegen 14.00 Uhr erschienen bei dem palästinensischen Studenten Bata in dessen Kieler Wohnung ohne jegliche Vorankündigung zwei Polizisten in Zivil, die ihn sofort verhafteten. Ein zufällig anwesender Freund erfährt, daß Bata bereits um 18.00 Uhr nach Hamburg gebracht werden soll, um von dort am nächsten Morgen nach Jordanien abgeschoben zu werden, wo er wegen seines Kampfes gegen das Husseinsche Terrorregime mit seiner sofortigen Verhaftung und Schlimmerem zu rechnen hat. Die Aktion ist so geplant, daß keinerlei Nachricht an die Öffentlichkeit dringen soll und jede Möglichkeit, gegen die drohende Ausweisung Beschwerde einzulegen, von vornherein abgewürgt werden soll. Nur der Zufall macht der Ausländerbehörde einen Strich durch die Rechnung.

Der AStA der Universität Kiel, vom Freund Batas sofort benachrichtigt, setzt sofort alle möglichen Hebel in Bewegung, um die Abschiebung zu verhindern: Er beauftragt einen Rechtsanwalt, dem es gelingt, noch nach Dienstschluß beim Gericht einen Aufschub der sofortigen Ausweisung nach Jordanien zu erreichen, „damit auch alles formgerecht geschieht"; gemeinsam mit ausländischen Kommilitonen werden Presseagenturen und der NDR informiert; fortschrittliche Schüler, Lehrlinge und Studenten gründen am Abend ein „Komitee zur Befreiung Batas", das während der ganzen Nacht eine Wache vor dem Polizeigebäude postiert, um eine heimliche Abschiebung zu verhindern; am nächsten Tag findet eine Demonstration statt, an der sich 500 bis 1000 Personen beteiligten; vor den Betrieben und Schulen werden Flugblätter verteilt, die die Bevölkerung über die Verhaftung informieren.

Der Fall hat inzwischen so viel Staub aufgewirbelt, daß es das Gericht für angeraten hält, dem Antrag auf einstweilige Anordnung stattzugeben. Auch der Antrag der Stadt Kiel, Bata in Abschiebehaft für ein anderes Land (nicht Jordanien) zu nehmen, wird abgelehnt. Gegen Mittag des 3.4. wird Bata entlassen. Der bürgerliche Staatsapparat fürchtet offensichtlich zu großen Schaden für sein demokratisches Image.

Die aktive Solidarität fortschrittlicher Kräfte hat den Plan der Bourgeoisie scheitern lassen. Die Lorbeeren dafür aber versuchten diejenigen zu ernten, die diese Aktion gestartet hatten: Die Landesregierung rühmte sich, rechtsstaatliche Grundsätze eingehalten zu haben, und der SPD-Vertreter Quade prahlte damit, sich gegen die Abschiebung nach Jordanien eingesetzt zu haben. Daß Quade der politisch Verantwortliche für das Ordnungsamt Kiel ist, von dem die Initiative gegen Bata ausging, verschwieg er höflichst ...

Dieser Vorfall ist kein Ausnahmefall eines mit besonders reaktionären Beamten besetzten Ordnungsamtes, sondern Ausdruck der allgemeinen Politik der BRD Ausländern gegenüber.

Während der faschistische Geheimdienst Griechenlands jegliche Unterstützung der BRD-Behörden bei der Verfolgung und Bedrohung antifaschistischer Griechen in der BRD genießt, während die Faschistenverbände der italienischen MSI und der jugoslawischen Ustascha völlig unbehelligt bleiben, werden fortschrittliche Ausländer den KZ-Wächtern ihrer Heimat überstellt. Bei der Massenausweisung arabischer Studenten und Arbeiter im vergangenen Herbst richtete man sich nach Listen des israelischen Geheimdienstes, der die Ausgewiesenen teils selbst in Empfang nahm, teils an die Folterknechte des jordanischen Königs Hussein übergab. (Ein neuer Beweis für die ausgezeichnete Zusammenarbeit des zionistischen Geheimdienstes mit den BRD-Behörden ist die Beteiligung zweier BRD-Geheimdienstler an dem Überfall der Zionisten auf mehrere palästinensische Widerstandskämpfer in Beirut, bei der mindestens 45 Personen ermordet wurden.)

Genosse Bata hat sich als Leiter der Kieler GUPS (Generalunion palästinensischer Studenten) für die demokratischen Rechte des palästinensischen Volkes eingesetzt, er hat gegen die brutale Unterdrückung durch das israelische und jordanische Terrorregime gekämpft. Wenn es nun im Bescheid der Stadt Kiel vom 5.1.73 heißt, sein Verbleiben würde „die Belange der BRD beeinträchtigen", so wirft das ein deutliches Licht auf diese „Belange". Israel, extra vom Imperialismus als Staat geschaffen, um die Ausbeutung und Unterdrückung der arabischen Völker für die Imperialisten abzusichern (siehe dazu auch AK 27), erfreut sich genauso der finanziellen und politischen Unterstützung durch die BRD wie Hussein, der jordanische Handlanger des Zionismus, um die Ausplünderung der arabischen Ölquellen durch BRD-Kapital auch weiterhin zu gewährleisten. Wer diese „Belange" stört, wird den KZ's der Zionisten ausgeliefert.

Aber diese „Belange" sind nicht die Belange der westdeutschen Arbeiterklasse, sie hat keinen Nutzen und kein Interesse an der Ausplünderung anderer Völker, wird sie doch von demselben westdetuschen Imperialismus ausgebeutet und unterdrückt.

Leute wie Bata stören auch weiterhin „Belange" dieser Art. Deshalb ist damit zu rechnen, daß die Bourgeoisie weitere Ausweisungsversuche starten wird. Der Fall Bata beweist, daß nur unsere Solidarität das verhindern kann. ■

KB-Gruppe Kiel

Terror-Urteile in Israel

Zu hohen Gefängnisstrafen wurden Ende März Mitglieder einer Gruppe von Juden und Arabern in Israel verurteilt:

- **Je 17 Jahre gegen die beiden Hauptangeklagten, ein arabischer Buchhändler und ein jüdischer Student.**
- **Je 15 Jahre gegen einen Fernseh-Techniker und einen Metallarbeiter, beide Araber.**
- **10 Jahre gegen einen jüdischen Lehrer.**
- **5 Jahre gegen einen arabischen Lehrer.**

Offiziell wurde erklärt, man habe „einen syrischen Spionage-Ring zerschlagen". In Wahrheit war dieser angebliche „Spionage-Ring" eine politische Organisation, die sich „Rote Fahne" nannte und eine legale politische Zeitschrift herausgab. Beweise für eine Spionage-Tätigkeit gibt es nicht, obwohl die „Rote Fahne" doch wie alle oppositionellen Gruppen in Israel unter ständiger Beobachtung des Geheimdienstes stand. Der Vorwurf der Spionage-Tätigkeit dient also lediglich dazu, vom p o l i t i s c h e n Charakter der Gruppe abzulenken und die terroristisch hohen Gefängnisstrafen zu rechtfertigen.

Die Verhaftung der „Rote Fahne"-Mitglieder im Dezember 72 war nur der Anfang einer Hexenjagd gegen oppositionelle Gruppen, die von der israelischen Regierung und von der bürgerlichen Presse pauschal als potentielle „Spione" und „Agenten der Araber" diffamiert wurden.

Im Zuge dieser Hexenjagd wurden Ende Dezember auch drei Mitglieder der Gruppe „Revolutionäre Kommunistische Allianz" verhaftet. Die „Revolutionäre Kommunistische Allianz" ist ebenso wie „Rote Fahne" eine Abspaltung von der bekannteren oppositionellen Organisation Matzpen.

Verhaftet wurden außerdem im Januar ein Mitglied des ZK der KP Israels (Rakach) und ein weiterer Führer dieser Partei. Obwohl beide wenige Tage später wieder freigelassen werden mußten, weil es nicht die geringsten Argumente gegen sie gab, erfüllten die Verhaftungen doch ihren Zweck, in der öffentlichen Meinung auch die Rakach mit dem „Spionage-Ring" in Verbindung zu bringen.

Vom rechtsradikalen Gachal-Block wurde der regierenden sozialimperialistischen „Arbeiterpartei" Golda Meirs sogar vorgeworfen, sie selbst hätte durch ihre „opportunistische Politik" dem „Landesverrat" Vorschub geleistet, würde die linken Gruppen allzu schonend behandeln usw. (Man kennt dergleichen aus den Hetztiraden der CDU/CSU).

Die Kampagne um den angeblichen „Spionage-Ring" dient der Bourgeoisie dazu, von den zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes abzulenken und eine neue anti-arabische Welle zu entfachen, sie dient zur Einschüchterung der Linken und zur Diskriminierung jeder jüdisch-arabischen Zusammenarbeit, sie dient der propagandistischen Vorbereitung der in diesem Jahr anstehenden Parlamentswahlen.

Die Terror-Urteile gegen die Mitglieder der „Roten Fahne" haben auch in der internationalen bürgerlichen Presse Beachtung gefunden, besonders weil sich solche Urteile erstmals auch gegen Juden richteten. In den Gefängnissen Israels sind aber hunderte oppositionelle Araber, von deren Prozeß man nie etwas gehört hat – und wo es in vielen Fällen auch gar keinen Prozeß gegeben hat. Daß ein Gegner des Zionismus für 10 oder 20 Jahre im Gefängnis verschwindet, gehört zum israelischen Alltag, ebenso wie die Folterung von politischen Gefangenen. ■

Italien: Tarifabschluß nach 6 Monaten Kampf

Zwischen dem 16. März und dem 2. April wurden die Tarifverträge in der italienischen Metallindustrie abgeschlossen: zuerst mit dem Intersind, dem Verband der staatlichen Unternehmen, dann mit der Federmeccanica, dem Verband der Privatkapitalisten. Im Wesentlichen stimmten die beiden Verträge überein.



Demonstration der streikenden Metall-Arbeiter in Mailand

Fast sechs Monate dauerten die Kämpfe der italienischen Metaller im Laufe einer der politisch wichtigsten Tarifrunden der Nachkriegszeit: sechs Monate täglicher Kämpfe in einer Periode wirtschaftlicher Krise und politischer Repression. Den Arbeitern stand eine besonders kriegsbereite und ausgerüstete Kapitalistenklasse gegenüber, die entschlossen war nach drei Jahren anhaltenden Konfliktzustandes den sozialen Frieden in den Betrieben wieder herzustellen. Zwei Punkte waren den Kapitalisten besonders wichtig: die Reglementierung und die Zügelung der innerbetrieblichen Kämpfe (die italienische Arbeiterklasse hat sich bislang erfolgreich gegen die vertragliche Festlegung einer „Friedenspflicht“ wehren können, wie es in der BRD der Fall ist, und wonach alle Streiks während laufender Tarifverträge als „illegal“ und „wild“ kriminalisiert werden), und die Einschränkung d.h. Ausschaltung der aus dem „heißen Herbst“ 1969 hervorgegangenen Betriebsräte. Diese beiden Ziele haben die Unternehmer nicht durchsetzen können und die Vereitelung dieser Bestrebungen muß als ein bedeutender Sieg der italienischen Metaller betrachtet werden.

Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Verträge die Zeichen eines Kompromisses tragen, der dem aktuellen Stand der Bewegung, ihrer noch großen Kampfbereitschaft und ihren noch nicht erschöpften Möglichkeiten kaum entspricht. Der Verhandlungsabschluß bleibt in wesentlichen Punkten hinter den Forderungen zurück, die die Arbeiterdelegierten Anfang Oktober letzten Jahres auf ihrer Konferenz in Genua aufgestellt hatten.

Das zeigt sich besonders deutlich an einem der zentralen Punkte der Plattform von Genua, nämlich an der Angleichung und an der sog. „einheitlichen Einstufung“ von Arbeitern und Angestellten. Die Genua-Plattform forderte die gemeinsame Einstufung von Arbeitern und Angestellten in fünf Kategorien und eine automatische Höhereinstufung nach Erreichen eines bestimmten Arbeitsalters. Stattdessen wird die gesamte Belegschaft in acht Kategorien geteilt; die Verflechtungen zwischen Arbeitern und Angestellten sind solcherart, daß sie gefährliche Spaltungen innerhalb und zwischen den beiden Gruppen begünstigen. Besonders schwer ist der Verzicht auf das Prinzip der automatischen Höhereinstufung, das sich auf die Erkenntnis gründet, daß die Qualifikationsunterschiede der Arbeitsgänge im hochentwickelten Produktionsprozeß sich immer mehr verringern.

Ziemlich niedrige Kompromisse wurden auch in anderen wichtigen Punkten geschlossen:

Lohnerhöhungen – Die schon bescheidene Lohnerhöhung um 18.000 Lire, die in Genua gefordert wurde, ist auf 16.000 gesenkt worden: eine lächerliche Summe, verglichen mit der riesigen Preissteigerung, mit der Geldentwertung, mit den Lohnausfällen in den sechs Kampfmonaten!

Überstunden – Die Genua-Plattform forderte ihre Begrenzung auf 100 Stunden pro Jahr; die beiden Verträge bringen diese Maximalzahl auf 190 Stunden (bis Mitte 1975; danach auf 170 Stunden).

Arbeitszeit – In Genua wurde für die Stahlarbeiter eine Reduzierung von 40 auf 38 Stunden gefordert. Mit den Verträgen erhalten sie eine halbe Stunde Verkürzung im Laufe des Jahres 74 und die Reduzierung auf 39 Stunden im Laufe von 1975.

Errungen wurden Verbesserungen des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz, während die geforderte Erhöhung des Mindesturlaubs nur teilweise und graduell erfüllt wurde. Der Gradualismus (die stufenweise Einführung bestimmter Verbesserungen) ist ein weiterer negativer Aspekt des Vertrages: so wird den Bossen die Möglichkeit gelassen, die gemachten Zugeständnisse durch verschiedene Maßnahmen einer verschärften Ausbeutung wieder wertlos zu machen.

Durch wesentliche Einschränkungen wird auch die Anerkennung des Rechts auf dreijährlich 150 Stunden für die Weiterbildung verstümmelt und dessen praktische Verwirklichung erschwert. Es bleibt aber die prinzipielle und politische Bedeutung dieser Errungenschaft: zum ersten Mal haben die Kapitalisten das neue Prinzip einer von der beruflichen Qualifikation losgelösten Fortbildung anerkennen müssen.

Das Problem der Entlassungen und der vielfältigen repressiven Maßnahmen, die in diesen Monaten gegen die kämpfenden Arbeiter verhängt wurden, bleibt noch offen. Beim Vertrag der staatlichen Industrie haben die Gewerkschaften die Zurücknahme der Entlassungen und der gerichtlichen Anklagen als Vorbedingung für die endgültige Unterschrift gestellt; beim Vertrag mit der privaten Industrie aber wurde diese Forderung nicht erhoben. Stattdessen überließ die Gewerkschaft es den Belegschaften der einzelnen Betriebe, die Zurücknahme der Maßnahmen zu erzwingen.

Die Nachgiebigkeit der Gewerkschaften in dieser zentralen Frage ist blind und unverantwortlich. Die Metallgewerkschaft Flm selbst hat vor kurzem in einem Weißbuch die Bilanz der Gewalttaten der Kapitalisten im Laufe dieser Tarifkämpfe gezogen: Dutzende von Entlassungen, Hunderte von gerichtlichen Anzeigen (bei einigen Betrieben, z.B. bei Sit-Siemens in Mailand und in Caserta, stellten die Kapitalisten Strafanzeige gegen ganze Betriebsräte), Tausende von Aussperrungen, immer häufigere Einsätze von Polizei und Werkpolizei.

Eine der wildesten Polizeiaktionen fand am 15. März gegen Ignis-Arbeiter in Trient statt: nach einer ungeheuren Menschenjagd in allen Abteilungen des Betriebes endete sie mit der Verhaftung von vierzehn Arbeitern.

Sollte die Gewerkschaftsführung auch in diesen Fragen nachgeben, dann würde damit die Rettung der innerbetrieblichen Kämpfe und der Betriebsräte faktisch ausgehöhlt werden.

Die letzten Tage vor dem Vertragsabschluß mit der privaten Industrie haben die ganze Kluft zwischen der Entschlossenheit der Bewegung und der Schwäche der reformistischen Führung anschaulich gemacht: auf der einen Seite die roten Fahnen auf den besetzten Werkstätten von FIAT-Mirafiori in Turin, auf der anderen Seite die Verhandlungstische in Rom. Eben in den letzten Tagen erreichten die Kämpfe, besonders bei FIAT, ein beeindruckendes Niveau: Betriebsbesetzungen, Arbeiterwachen auf den wichtigsten Plätzen in Turin und Mailand, offene Versammlungen, innerbetriebliche Umzüge, massenhafte Demonstrationen. Weshalb hat eine solche Bewegung nicht mehr erzwingen können? Weshalb so niedrige Ergebnisse nach einem so starken Kampf?

Selbstverständlich ist die allgemeine politische Situation in Italien, die ökonomische Krise, die Existenz einer Rechtsregierung nicht ohne Wirkung auf den Ausgang der Tarifrunde geblieben. Was aber die Erfolgsmöglichkeiten des langen Kampfes der Metaller am meisten beeinträchtigte, war die ziemliche Isolierung, in der er sich abspielte: keine massive Ausbreitung der gesellschaftlichen Kämpfe hat sich um ihn herum gebildet, keine politische Front hat ihn wirklich unterstützt. Dafür trägt der PCI (Italienische Kommunistische Partei) einen guten Teil der Verantwortung.

Welche Unterstützung konnte den gegen die kapitalistische Organisation der Arbeit kämpfenden Metallern von einer Partei kommen, die das „Wieder-in-Schwung-bringen der Produktion und der Produktivität“ zur eigenen Parole gemacht hat? Als Ende März FIAT Mirafiori, der größte italienische Betrieb, von den Arbeitern besetzt wurde (von Tausenden, nicht von einer „radikalen Minderheit“), versteckte die Parteizeitung „Unita“ die Nachricht in ein paar unbetitelten Zeilen: ein vielsagendes Zeichen für das Unbehagen der italienischen Revisionisten vor den Kämpfen der Massen. Und die Kämpfe der Metaller insbesondere waren objektiv ein Störungselement für die Politik der niedrigen Verhandlungen mit den Christdemokraten, die der PCI im Namen einer „nach rechts geschlossenen Regierung“ verfolgt.

Der wirkliche Erfolg der Metaller ist nicht in den Vertragsparagraphen geschrieben; er besteht in dem Niveau des politischen Bewußtseins, von Organisation und von Kampfbereitschaft, das im Laufe dieser Kämpfe erreicht wurde; er besteht darin, daß die Arbeiterklasse aufrecht aus diesen Kämpfen herauskommt. In dieser Erfahrung ist die zuverlässigste Garantie gegen jeden Normalisierungsversuch in den Betrieben. ■

Faschisten wollen neues Blutbad

Italiens Faschisten wollten den Zug Turin-Rom in die Luft sprengen! Nur ein Zufall verhinderte das geplante Blutbad. Der Faschist Nico Azzi hatte sich aufs WC des Zuges zurückgezogen, um dort Zeitzünder und Sprengsatz endgültig zusammenzubauen und die Bombe auf die gewünschte Zeit einzustellen. Während Azzi einen gewöhnlichen Wecker als „timer“ präparierte, hielt er die beiden Zündsätze zwischen den Knien; der eigentliche Sprengsatz war noch nicht angeschlossen. Durch eine unerwartete Bewegung des Zuges kam ein Kontakt-Draht der Zündsätze mit dem Stundenzeiger der Uhr in Berührung, was die Explosion der Zündsätze auslöste. Auf diese Weise wurde der durch die Explosion der Zündsätze leicht verletzte Azzi im WC entdeckt.

Nico Azzi ist mit den Führern der „SAM“ (= „Aktionstrupp Mussolini“) befreundet, eine Bombenleger-Bande, die von vielen als ausführendes Organ der neofaschistischen Partei MSI angesehen wird. Außerdem ist Azzi eingeschriebenes Mitglied der MSI.

Vor der Polizei gestand Azzi das Ziel des gescheiterten Bombenanschlags ein: „ich wollte die Bedingungen für eine Militär-Regierung provozieren“.

In Italien ist noch das Blutbad vom 12. Dezember 69 in Erinnerung, als eine faschistische Bombe in der Mailänder Landwirtschaftsbank 16 Menschen tötete. Bis Ende 72, drei Jahre lang, hat der bürgerliche Staat den Anarchisten Valpreda und einige seiner Genossen unter der Anklage in Haft gehalten, die Bomben vom 12. Dezember gelegt zu haben. Inzwischen, da der faschistische Hintergrund des Blutbads unzweifelhaft ist, verschleppt die Bourgeoisie den Prozeß immer weiter – Valpreda und die Genossen sind keineswegs schon frei, sondern nur „vorläufig auf freiem Fuß“.

Wäre es zu dem von den Faschisten gewollten Blutbad im Zug Turin-Rom gekommen, so wäre es kaum in derselben Weise wie 1969 möglich gewesen, kurzerhand die Linken für verantwortlich zu erklären.

Azzi sagte auch ausdrücklich vor der Polizei, darüber sei er sich klar gewesen. Für die Sache selbst sei es aber relativ unbedeutend, wem die Bomben schließlich angelastet würden, da ein solcher Anschlag auf jeden Fall geeignet sei, den Ruf nach „Ruhe und Ordnung“ zu stärken und ein reaktionäres „Regime der starken Hand“ vorzubereiten.

Mit dieser Rechnung haben die Faschisten Recht: schon heute betreibt die Bourgeoisie die Ideologie der „Extremisten von links und rechts“, die den Staat zerstören wollen und gegen die ein „starker Staat“ notwendig ist. Demselben Zweck dienen die seit Monaten anhaltenden faschistischen Krawalle in Mailand. Faschistische Schlägertrupps formieren sich in der Innenstadt, greifen Passanten an, provozieren Schlägereien usw. Eine bestimmte Gegend ist Tag und Nacht von faschistischen Schlägern umlagert. Der bürgerliche Staat tut nichts gegen die Faschisten und die bürgerliche Presse erregt sich scheinheilig über die „skandalösen Zustände, denen der Bürger schutzlos preisgegeben ist“, weil die Regierung angeblich „zu schwach“ sei usw. usf. Gelingt es aber der militanten Linken (Lotta Continua u.a.), die faschistischen Schläger von ihren „Stammplätzen“ zu jagen, so ist umgehend die Polizei zur Stelle und die bürgerliche Presse weint über den „Terror von links und rechts“.

Zum bisher stärksten Faschisten-Krawall in Mailand kam es vor einigen Tagen anläßlich einer Kundgebung der Neo-Faschisten. Die Faschisten tobten stundenlang durch Mailand, schossen wild um sich, griffen mehrere Büros der Arbeiterorganisationen an und verprügelten wahllos jeden, der sich ihnen in den Weg stellte. Eine Gruppe von Faschisten warf mit Handgranaten, wobei ein Polizist getötet wurde. Die Täter stammten aus der MSI-Jugend und der „Avantguardia nazionale“, die schon im Zusammenhang mit dem Blutbad vom 12. Dezember 69 vielfach belastet ist.

Die Mobilisierung der Massen könnte dem faschistischen Treiben schnell ein Ende machen. Stattdessen ruft die revisionistische PCI-Führung nach dem bürgerlichen Staat, der Italien vor dem Neo-Faschismus schützen soll. Jede militante Massenaktion gegen den faschistischen Terror wird von der PCI-Führung nicht nur abgelehnt, sondern ausdrücklich als „Provokation“ beschimpft. ■

16. 4. 73

Ein neuer Fall Valpreda ?

Bei der Verfolgung der italienischen Anarchisten und der damit verbundene Plan der Kriminalisierung der italienischen Linken fand die italienische Bourgeoisie Unterstützung und eifrige Zusammenarbeit bei der westdeutschen Justiz. Mit der Inhaftierung (Mitte Januar) der Brüder Ivo und Angelo Della Savia wurden in der BRD die Voraussetzungen für einen neuen „Fall Valpreda" gesetzt.

Wer sind diese beiden Genossen? Angelo gehört zu der Gruppe Anarchisten, denen mehrere Bombenanschläge, unter anderem der auf die Mailänder Messe am 25. April 1969, angelastet wurden. Diese Anschläge, die sich als Werk der italienischen Faschisten und des griechischen Geheimdienstes erwiesen, waren der erste Akt jener „Spannungsstrategie", die von der italienischen Bourgeoisie als Antwort auf die Arbeiterkämpfe 1968/69 entwickelt wurde, die auch zum Mailänder Blutbad am 12. Dezember 1969 führte. Nach zweijähriger Haft und nach einem Prozeß, der die Generalprobe des Valpreda-Prozesses sein sollte, wurden die Genossen von der Anklage freigesprochen, weil die polizeiliche Beweisführung völlig zusammenbrach. Trotzdem wurde Angelo zu acht Jahren Gefängnis verurteilt, aber bis zum Revisionsprozeß vorläufig freigelassen. Er kam aus dem Gefängnis raus in einer Zeit noch weiter verschärfter Hetze gegen die revolutionäre Bewegung, vor allem gegen die Anarchisten. Um die Anklage gegen Valpreda, trotz der Offensichtlichkeit der faschistischen und staatlichen Verantwortung für das Mailänder Blutbad, aufrechtzuhalten, scheute die italienische Bourgeoisie vor keinem Mittel zurück: Durch mysteriöse Unfälle und Selbstmorde wurden 14 Zeugen zum Schweigen gebracht. Opfer eines „Selbstmordes" wurde auch der dritte Bruder Della Savia, Mario: eine Woche nach Angelos Entlassung. Trotz einer Kopfwunde und Würgemalen an dem Hals wurde sein Tod als „Selbstmord durch Gas" erklärt. Einige Monate später entschloß sich Angelo dazu,



Der italienische Genosse Ivo della Savia wird in Handschellen in den Sitzungssaal des Oberlandesgerichts Frankfurt geführt, wo über seine Auslieferung nach Italien verhandelt wurde.

ins Ausland zu flüchten. Als er am 13. Januar von der westdeutschen Grenzpolizei verhaftet wurde, war er auf dem Weg nach Schweden. (Ein anderer Anarchist, Sergio Ardan, Zeuge der Ermordung Pinellis, hat einen Asylantrag in Frankreich stellen müssen: So viel uns bekannt ist, ist darüber von den französischen Behörden noch nicht entschieden worden).

Ivo ist ein alter Freund von Valpreda. Sofort nach dem Mailänder Blutbad versuchte die Polizei, ihn in die Anklage gegen die Anarchisten und die Linke zu verwickeln. Da Ivo aber zur Zeit nicht in Italien war, mußte man sich notgedrungen damit begnügen, ihm die Rolle des Sprengstoffbesitzers anzuhängen. Ivo sollte zusammen mit Valpreda in der Umgebung von Rom ein Sprengstofflager angelegt haben: Die Tatsache, daß dieses Lager nie entdeckt wurde, und daß sich seine Existenz als reine Phantasie erwies, spielt für die italienische Justiz keine Rolle. Viel wichtiger ist für sie, die Spannung gegen die Anarchisten und die Kriminalisierung der Linken wieder zu schüren.

Der Zeitpunkt der Verhaftung der beiden Genossen ist nicht zufällig. Ende Dezember letzten Jahres hatte die italienische Justiz unter dem Druck einer gewaltigen Massenbewegung Valpreda, Borghese und Gargamelli nach dreijähriger Haft vorläufig freilassen müssen. Schon lange zuvor waren Beschuldigungen gegen die Anarchisten zusammengebrochen und die Faschisten Freda und Ventura des Massakers in Mailand angeklagt: Sogar die bürgerliche Öffentlichkeit war von Valpredas Unschuld überzeugt. Es ging jetzt darum, die aufgetauchte „schwarze Spur" (der Faschisten) wieder zu verwischen. Zuerst versuchte man, aus Ivo einen Zeugen gegen Valpreda zu machen. Mitte Dezember 1972 wurde er von dem faschistischen Anwalt Ascari in Wiesbaden besucht. Es wurde ihm vorgeschlagen, falsche Aussagen gegen Valpreda zu liefern: Dafür würde man ihm politisches Asyl in Belgien verschaffen. Ivo lehnte jedes Bestechungsmanöver ab. Einen Monat später wurden er und sein Bruder verhaftet.

Augenblicklich sitzen Ivo und Angelo in westdeutschen Gefängnissen, und zwar in Lingen/Ems und in Wiesbaden: Gegen sie läuft ein Auslieferungsprozeß. Da das deutsche Gesetz – mindestens auf dem Papier – die Auslieferung von „Politischen" ausschließt, behaupten die italienischen Behörden, Ivo sei als „Krimineller" gesucht.

Der westdeutsche Staat hat in der Vergangenheit wiederholt nicht davor zurückgeschreckt, auch „Politische" an ihre Gegner auszuliefern. So zuletzt zahlreiche Palästinenser nach dem Verbot von GUPS und GUPA; ebenso wurden aber auch schon griechische, spanische u.a. Oppositionelle aus der BRD abgeschoben. Die westdeutsche Justiz deckt eine derartige Praxis durch die These, daß das politische Interesse des westdeutschen Staates höher zu bewerten sei als die Interessen der politisch verfolgten Ausländer. So ist klar, daß es für die westdeutsche Justiz nicht so sehr eine Frage des geschriebenen Rechts ist, ob die Genossen Savia abgeschoben werden, sondern eine Frage der politischen Opportunität.

Gerade unter diesem Aspekt stellt sich die Aufgabe, eine möglichst breite Information und Solidarisierung gegen die geplante Abschiebung der Brüder Savia auch in der BRD zustande zu bringen. ■

Staatliche Ohren ?

Die ganze Fäulnis der italienischen herrschenden Klasse, die innere Zerrüttung und die strukturelle Krise des bürgerlichen Staatsapparats widerspiegeln sich gewaltig in dem letzten „Nationalskandal": der Skandal der Telefonbespitzelungen. Es handelt sich um eine Affäre von riesigen Dimensionen, wo ungeheuere politische und ökonomische Interessen im Spiel sind, wo verschiedenartige Absichten sich schneiden, sich ausgleichen, sich einander schützen, worin erstrangige öffentliche und private Machtzentren und hohe Persönlichkeiten des politischen und ökonomischen Lebens bis zum Hals stecken. Ob diese Stränge irgendwann entworren werden, ist deshalb höchst fragwürdig: viel mehr ist mit einer Aufopferung der „kleinen Fische" zum Schutz der großen zu rechnen. Es gibt aber genügend Elemente, die, wenn nicht die Gliederung, so doch mindestens die Logik dieser verwickelten Geschichte erkennen lassen: die altbekannte Logik der Kämpfe um die Aufteilung der Machtpositionen in dem bürgerlichen Lager einerseits; um die Verstärkung des bürgerlichen Staatsapparats und um die Ausrüstung der Repressionsinstrumente gegen die Arbeiterklasse und gegen die fortschrittlichen Kräfte andererseits.

Die Geschichte begann vor etwas weniger als einem Jahr bekanntzuwerden, als der damalige Sekretär der Sozialistischen Partei, Mancini, beim Regierungspräsidenten Andreotti die Existenz eines staatlichen Spionagenetzes anzeigte. Kurz darauf folgte die Mailänder Wochenzeitschrift „L'Espresso", die einige Abteilungen des Finanzamtes als Spionagezentrale anzeigte. „L'Espresso" wurde vom Finanzamt wegen „Verläumdung" angeklagt, aber im Laufe des Prozesses – der übrigens bald unterbrochen wurde – wurden die Anklagen bestätigt oder sogar durch neue Elemente bekräftigt. In der selben Zeit wurde ein dichtes Kontrollnetz entdeckt, das Persönlichkeiten der Politik, der Finanz und sogar der Justiz betraf. Sofort wurde natürlich der Versuch unternommen, den heiklen Fall zu einer „privaten" Geschichte herunterzuspielen: private Detektiv -Agenturen sollten angeblich im Dienste von eifersüchtigen Ehemännern oder unbedeutenden Spekulanten gehandelt haben. Aber diese Version hatte kein langes Leben und das Netz der kleinen Spione erwies sich bald als eine Begleiterscheinung des umfangreicheren Phänomens einer von Staatsdiensten organisierten telefonischen Bespitzelung. Es stellte sich heraus, daß selbst die kleinen Spione keine harmlosen privaten Detektive, sondern Vertreter von bestimmten politischen Milieus waren, die im Dienst von größeren Spionen handelten.

Eine kurze Charakterisierung dreier dieser Detektive und ihrer Tätigkeit ist daher aufschlußreich.

Tom Ponzi, Mailänder Detektiv, ist ein altbekannter Faschist, der in zwanzig Jahren Tätigkeit mit der Komplizenschaft und mit der finanziellen Unterstützung der Polizeibehörden eine Bande skrupelloser Krimineller zusammengestellt hat. Besonders in den Fünfziger Jahren wurde seine Organisation von den Rechtsparteien gegen die Arbeiter bei Streiks eingesetzt; heute hat sie noch die Aufgabe, bei Demonstrationen und Veranstaltungen Provokationen durchzuführen. Gute Beziehungen soll Ponzi auch zum CIA gepflegt haben.

Höherer Mitarbeiter, jetzt Mitangeklagter von Ponzi, war Walter Beneforti, der ein Symbol für die Verwischung der Grenzen zwischen „privatem" und öffentlichem Spionagedienst darstellt. Ehemaliger Vorsitzender der Mailänder Kriminalpolizei, verließ er plötzlich den Dienst, um zwei private Detektiv-Agenturen zu gründen und sich der Telefonabhörung völlig widmen zu können. Es ist nicht willkürlich, an eine mit den Polizeibehörden abgestimmte Aktion zu denken, besonders wenn man bedenkt, daß Beneforti seine Agenturen mit sehr modernen und teueren Einrichtungen ausstatten konnte, und daß bei ihm viele ehemalige Polizeibeamte und Agenten des staatlichen Abwehrdienstes angestellt wurden.

Eine dieser Agenturen, die „Mason", hatte unter anderem die Aufgabe, alle möglichen Informationen über Arbeiter und Angestellte großer Betriebe der Lombardei zu sammeln. Enge Beziehungen bestanden zwischen Beneforti und dem Präsidenten des Chemie-Konzerns Montedison, Cefis (Montedison plant gegenwärtig eine größere Umstrukturierung seiner Produktionsanlagen). Wie sein Mitarbeiter Ponzi stand er auch in Kontakt mit dem CIA: nach einem Verhör von Ponzi soll ein CIA-Agent im Jahre 1968 oder 1969 eine nicht näher bezeichnete „Mission" in der Schweiz mit der Unterstützung der beiden Detektive ausgeführt haben.

Eine dritte „Privatagentur" (Afi) arbeitete für die griechischen Obristen: in ihrem Auftrag kontrollierte sie die Botschaften sozialistischer Länder in Rom: „im Auftrag eines Flügels einer großen Partei" (so der Besitzer der Agentur, Augusto Fatale) bespitzelte sie die kommunistische und die sozialistische Partei.

Die Spuren führen zu einem Chemie-Konzern und ins Innenministerium

Ehemalige Polizisten, skrupellose Abenteurer, ein paar isolierte Faschisten: es ist nicht unwahrscheinlich, daß die ganze Affäre auf ihre Rechnung geschrieben werden wird, um wichtigere Ohren zu schützen, die hinter den kontrollierten Telefonkabeln horchten.

Ein paar Namen sind aber schon aufgetaucht. Unter anderem der des zuerst als



bescheidenes Opfer der Bespitzelungen erschienenen Eugenio Cefis, Präsident des Chemie-Konzerns Montedison, ein Unternehmen mit staatlicher Beteiligung. Eine sensationelle Entdeckung bestätigte die zentrale Rolle des Chemie-Riesen in der Telefonoperation: ein ansehnlicher Teil der Kabel des Mailänder Bespitzelungsnetzes endete im Rechenzentrum von Montedison, wo sie mit den elektronischen Speicheranlagen verbunden waren.

Aber hinter den illegalen Telefonkabeln standen auch und vor allem „staatliche Ohren". Um allein die Fäden dieser an Theaterstreichen so reichen Geschichte in der Hand halten zu können, hätten die verwickelten „Privatdetektive" echte Supermänner sein müssen. Vorfälle, wie der Diebstahl eines Tonbandes aus dem schwer bewachten Zimmer des Untersuchungsrichters, können schwerlich das alleinige Werk privater Detektive sein: auf den Tonbändern waren Telefongespräche bedeutender Politiker und Unternehmer mitgeschnitten.

So vermittelte Beneforti den Ankauf von Abhöranlagen für den Ufficio Affari Riservati (Büro für vertrauliche Angelegenheiten) des Innenministeriums, bekannte Zentrale politischer Bespitzelungen. Das Ende eines weiteren illegalen Abhörkabels wurde in dem Sekretariat des ehemaligen sozialdemokratischen Finanzministers Preti entdeckt: eine besonders fleißige Kontrolltätigkeit soll von dem „Ufficio I" (Informationsbüro) des Finanzministeriums ausgeübt worden sein, dessen Begründer eben Minister Preti war. Unter den vom „Büro I" ständig überwachten gehörte die sozialistische Parteizeitung „Avanti!".

Zu den Kreisen des staatlichen Apparats führt auch das letzte „Opfer" dieser ungeheuren Geschichte: der Polizeipräsident von Rom, Angelo Mangano, der Anfang April vor seiner Wohnung abgeknallt wurde.

Wie der Polizeikommissar Beneforti wurde Mangano 1960, zur Zeit der faschistischen und arbeitermörderischen Regierung Tambroni, nach Rom gerufen, um innerhalb des „Ufficio Affari Riservati" eine besonders leistungsfähige politische Abteilung zu schaffen. Trotz der Versuche, die von mehreren Seiten unternommen wurden, um den Anschlag auf Mangano der Mafia anzulasten, bekräftigten viele Umstände die Überzeugung, daß damit die Beseitigung eines Menschen beabsichtigt wurde, dessen Gefährlichkeit aufgrund seiner Kenntnisse größer als sein Nutzen war – nicht viel anders, als es dem Anarchistenverfolger des „strage di stato", Polizeikommissar Calabresi ergangen ist.

Zusammenhänge mit dem Mailänder Blutbad?

Über die Elemente hinaus, die der Form nach Vergleiche mit dem „strage di stato" zulassen, aber ihre Erklärung genauso gut in einer allgemein geltenden Praxis des politischen Verbrechertums finden können (Mordanschläge, Erpressungen, Verschwinden von Zeugen, von Verdächtigen und von Beweisstücken usw.), sind einige Berührungspunkte durchaus bemerkenswert.

Anfang März verschwand plötzlich der SID-Agent Alessandro Micheli, nachdem er dem Untersuchungsrichter der Telefongeschichte wichtige Aussagen über die Telefonaffäre angekündigt hatte (SID ist der geheime Informationsdienst des Verteidigungsministeriums). Micheli, Sachverständiger in Telefonbespitzelungen, Mitarbeiter von Beneforti und bekannter Faschist, besaß eine Detektiv-Agentur in Padova. Eine merkwürdige Agentur: denn sie hatte weder Angestellte noch ein Sekretariatsbüro, während Micheli fast immer in Mailand arbeitete. Die Agentur war wenige Schritte entfernt von der Zentrale der Telefongesellschaft gelegen, von dem Sitz des MSI (Neofaschistische Partei) und von der Anwaltspraxis des Faschisten. Franco Freda (Mitangeklagter von Giovanni Ventura wegen des Mailänder Blutbads am 12. Dezember 1969). Wenn man hinzufügt, daß Freda und Ventura vor ihren Verhaftungen genau informiert waren über den Inhalt der Telefongespräche zwischen der Staatsanwaltschaft von Mailand und der von Venedig über die „schwarze Spur", wird die Funktion der Agentur von Micheli weniger rätselhaft. ■

EWG-Großmach europäischen Im

3. Teil Frankreich und England in der EWG

Im ersten Teil des EWG-Artikels wurden vornehmlich die allgemeinen Ziele sämtlicher EWG-Länder aufgezeigt: Zurückdrängung der USA, wirtschaftliches und politisches Eindringen in die Länder Osteuropas, Verschärfung der Widersprüche zwischen den kleinen Ländern des RGW und der Sowjetunion und Ausbau der Positionen in den Ländern der „dritten Welt".
Im zweiten Teil ging es darum zu zeigen, wie sich durch die Großmachtpläne der EWG-Imperialisten die inneren Widersprüche verschärften, welche Folgen die EWG für die Arbeiterklasse hat.
In diesem dritten Teil sollen die speziellen Ziele des französischen und englischen Imperialisten analysiert werden. Da die Widersprüche zwischen den imperialistischen EWG-Ländern keineswegs verschwinden, richten sich die speziellen Ziele auch gegen ihre „Partner" in der EWG. Da der Stand der Arbeiterbewegung in den verschiedenen EWG-Ländern recht unterschiedlich ist, ist auch das Vorgehen gegenüber der Arbeiterklasse nicht identisch. Das strategische Ziel ist zwar immer das gleiche, die konkrete Taktik hängt jedoch von der unterschiedlichen Ausgangslage ab.
In einer weiteren EWG-Folge im ARBEITERKAMPF werden die speziellen Ziele der BRD-Imperialisten in der EWG untersucht und allgemein der Neokolonialismus der EWG dargelegt.

Der französische Imperialismus: Schwäche gegenüber Hauptkonkurrenten

Der französische Imperialismus konnte im Grunde genommen schon im ganzen 20. Jahrhundert gegenüber keinem seiner imperialistischen Hauptkonkurrenten – Deutschland, USA, Japan und England ökonomisch auf die Dauer erfolgreich bestehen. Seine Industrie war weit weniger entwickelt und weniger konzentriert; die für die imperialistische Konkurrenz nicht so ausschlaggebende Landwirtschaft nahm einen bedeutenden Raum ein. Einen wesentlichen Anteil seiner Konkurrenzkraft verdankte es seinem riesigen Kolonialbesitz. Lenin nannte den französischen Imperialismus zu Recht einen Wucherimperialismus. Der übergroße Kolonialreichtum verlangte einen erheblichen Kapitalexport, um auch wirklich den Kolonialreichtum für seine imperialistischen Ziele mißbrauchen zu können. Das verlangsamte wiederum die kapitalistische Entwicklung im eigenen Land.

Diese strukturellen Schwächen hat Frankreich bis heute nicht überwinden können, wenn es auch in der Überwindung dieser Schwächen in der letzten Zeit einige Fortschritte erzielen konnte.

Diese Schwächen kennzeichneten insbesonders seine Situation nach 1945. Es war zusätzlich noch vom deutschen Imperialismus geschlagen und mehrere Jahre besetzt, jedoch nicht so wie Deutschland zerstört worden.

Als ihre Hauptaufgabe nach 1945 betrachtete die französische Bourgeoisie zunächst die Zurückdrängung der im Widerstand gegen die deutsche Besatzung mächtig erstarkten Arbeiterklasse. Diese war sogar – unter der Führung der französischen Kommunistischen Partei (FKP) die größte Kraft der Resistance gewesen. Im Gegensatz dazu hatten gewichtige Teile der französischen Bourgeoisie offen mit den Nazis kollaboriert. Die FKP mußte einige Zeit sogar mit in die Regierung aufgenommen werden, konnte aber bereits 1947 wieder hinausgeworfen werden.

Nach 1945: Versuch der Wiederherstellung des alten Kolonialsystems

Als ihre zweite Hauptaufgabe sah die Bourgeoisie die Wiederherstellung des alten Kolonialsystems an. So begann sie 1946 ihre Aggression in Indochina. Insgesamt ging es ihr zunächst um die Wiederherstellung eines „glorreichen Frankreich" und um die Anerkennung als die vierte Weltmacht neben den „Großen Drei" von Potsdam (USA, SU und England).

Doch daraus wurde nichts. Sehr zu seinem Leidwesen mußte Frankreich feststellen, daß es so einfach nicht war, das alte Kolonialsystem wiederzuerrichten. Der Indochinakrieg zog sich in die Länge, obwohl es sehr rasch gehen sollte – und zusätzlich zeichnete sich eine Niederlage ab. Der Krieg überstieg bald die eigenen Kräfte, so daß man die USA um Nachhilfe bitten mußte. Diese stellten aber ihrerseits Bedingungen, nämlich die, der Remilitarisierung der BRD keine Hindernisse in den Weg zu legen und insgesamt die amerikanische Europapolitik nicht allzu sehr zu stören.

Die innerimperialistische Solidarität und die speziellen französischen Kolonialinteressen hinderten die französischen Imperialisten daran, prinzipiell gegen die von den USA inszenierte Politik des Kalten Krieges, des „Roll Back" vorzugehen, obwohl damit das recht schnelle Wiederaufleben des nunmehr auf Westdeutschland beschränkten deutschen Imperialismus verbunden war und die USA ihre wirtschaftliche und militärische Politik im Rahmen des Kalten Krieges (Marshallplan und NATO) voll an ihren Interessen ausrichteten. Frankreich war ökonomisch viel zu schwach, um wenigstens die konkrete Ausrichtung dieser Politik des Kalten Krieges an den US-Interessen zu verhindern. Es mußte sogar den größten Teil der von den USA erhaltenen Wirtschafts- und Militärhilfe für seine Kolonialkriege verwenden – und dies war auch der Hauptgrund, warum es sie überhaupt bekam.



1954 besiegt der Vietminh in Dien Bien Phu die französischen Kolonialisten. 1962 werden die Franzosen in Algerien noch einmal die Waffen strecken.

Die französische Bourgeoisie uneinig in der Europa-Frage aus Furcht vor ihren Konkurrenten in der BRD

Frankreichs Haltung zur europäischen Integration war lange Zeit sehr zwiespältig; sie wurde nie eindeutig befürwortet und ein nicht unbeträchtlicher Teil der französischen Bourgeoisie lehnte sie anfangs ab.



Ho Tschi-minh nimmt in Hanoi eine Siegesparade seiner Soldaten ab, die nach blutigen, langjährigen Dschungelkämpfen die französischen Truppen für immer aus seinem Land vertrieben haben.

Die Hauptgründe für die reservierte Einstellung waren folgende:

1) Die ersten europäischen Organisationen (OEEC = Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit) wurden von den USA offen unterstützt und richteten sich auch weitgehend am US-Interesse aus. Die OEEC bildete den organisatorischen Rahmen für den Marshallplan. Wer etwas haben wollte, mußte der OEEC beitreten. Die USA mischten sich hierbei auch massiv in die inneren Angelegenheiten der westeuropäischen Länder ein.

Die Widersprüche zwischen den US-Imperialisten und den französischen Imperialisten waren damals die schärfsten innerimperialistischen Widersprüche. Es bestanden viel weniger Gemeinsamkeiten zwischen beiden als z.B. zwischen dem US-Imperialismus einerseits und dem englischen oder deutschen Imperialismus andererseits. Die letzten beiden waren viel abhängiger vom US-Imperialismus und daher viel eher zur Zusammenarbeit mit ihm bereit. Frankreich betrachtete die Integrationspläne folglich immer unter dem Aspekt, inwieweit sie die amerikanische Position in Westeuropa verstärken und dem französischen Ziel eines „Europäischen Europa" entgegenlaufen würden.



Besetzung des Werks Renault-Billancourt

2) Frankreich fürchtete, auf die Dauer der westdeutschen Konkurrenz nicht gewachsen zu sein, sondern von ihr zunehmend an die Wand gedrückt zu werden. Dies umso mehr als sich die BRD sehr amerikafreundlich verhielt und somit in die EWG gleich noch einen viel größeren Gegner Frankreichs mitschleppte.

Bezüglich Westdeutschland existierte ein weiterer Punkt, der der französischen Bourgeoisie erhebliche Furcht einflößte: der Versuch der BRD, die DDR zu annektieren. Einer um die DDR vergrößerten BRD wäre Frankreich nicht mehr gewachsen gewesen. Eine erfolgreiche Annexion hätte jede europäische Integration in kürzester Zeit gesprengt. Aus taktischer Rücksichtsnahme sprach man diesen Punkt jedoch nicht so offen aus.

Diese Differenzen innerhalb der französischen Bourgeoisie haben Frankreichs Positionen im Konkurrenzkampf der europäischen Imperialisten jedoch kaum geschwächt, sondern eher gestärkt. Da eine europäische Integration ohne Frankreich unmöglich ist und die Zukunft der westdeutschen Imperialisten in der europäischen Integration liegt, konnte der mehr europäisch ausgerichtete Flügel der französischen Bourgeoisie immer mit den „Antieuropäern" drohen, um von Westdeutschland Zugeständnisse zu erzwingen. In der Auseinandersetzung um die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) setzte sich 1954 sogar der nationalistische Flügel durch ohne jedoch die westdeutsche Wiederaufrüstung verhindern zu können.

> **Die EVG**
>
> Mit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft sollte eine rein europäische Armee geschaffen werden, an der auch die BRD beteiligt gewesen wäre, weshalb sie Anfang der 5oiger Jahre diese Pläne besonders betrieb. Frankreich verlangte erhebliche Sonderrechte in der EVG und von England die Garantie einer dauernden Beteiligung, um zu verhindern, daß eine wiedererstarkte BRD eines Tages die führende Position in der EVG erlangt. Die EVG scheiterte am Einspruch Frankreichs.

Die BRD wurde nach dem Scheitern der EVG in die NATO aufgenommen (1955). Die USA und England übten den entsprechenden Druck auf Frankreich aus, der die NATO-Integration der BRD trotz französischer Bedenken ermöglichte. Die Schwäche Frankreichs gegenüber den USA zwang auch den nationalistischeren Teil der französischen Bourgeoisie, sich mit der BRD zu arrangieren, in der Hoffnung, die Position des deutschen Imperialismus als Auslöser und Verlierer des zweiten Weltkriegs wenigstens für eine gewisse Zeit zur eigenen Stärkung ausnutzen zu können.

Mit dieser Strategie hatte Frankreich an der Montanunion – der europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl – teilgenommen. Es hoffte, hiermit das schnelle Hochkommen der Ruhrkonzerne bremsen zu können. Das gelang ihm aber nicht. Die BRD konnte durch die Montanunion die alliierten Kontrollrechte über die Ruhrindustrie weitgehend abstreifen, ohne Frankreich allzu viele Zugeständnisse machen zu müssen.

Die Offensive der Bourgeoisie nach innen: Die Errichtung der Präsidialdiktatur de Gaulles (V. Republik)

Frankreich hatte mittlerweile noch zwei Niederlagen hinnehmen müssen: 1954 in Indochina und – gemeinsam mit England – 1956 in Suez bei dem Versuch, eine gegen die US-Interessen gerichtete Kolonialpolitik durchzusetzen. Auch innenpolitisch sah die Lage für die französische Bourgeoisie nicht gerade sehr günstig aus. Die Zugeständnisse der französischen Bourgeoisie in der Frage der westdeutschen Wiederaufrüstung, ihre Verbrechen in Indochina und Nordafrika (Tunesien, Marokko, später Algerien), deren Kosten von der Arbeiterklasse getragen wurden, führten zu verstärkten politischen Abwehrkämpfen der französischen Arbeiterklasse. Die ökonomische Lage der französischen Arbeiterklasse wurde weiter verschlechtert durch den Verfall der französischen Währung (1959 Abwertung um 11%) und durch die damit verbundene verstärkte Inflation. Die demokratischen Rechte wurden immer stärker abgebaut. Die faschistische Bewegung der Poujadisten (1952 von den Gaullisten abgespalten) entstand und wurde von Teilen der herrschenden Klasse unterstützt. Die faschistischen Kräfte im Militär – allen voran das Offizierskorps und der Generalsstab – formierten sich. Das Wahlrecht wurde geändert mit dem Ziel, die Zahl der linken Abgeordneten – allen voran die der FKP – erheblich zu dezimieren, oder genauer: zu halbieren. Dieses noch heute gültige Wahlgesetz führte z.B. dazu, daß bei den eben stattgefundenen Parlamentswahlen die Gaullisten mit nur wenig mehr Stimmen als die FKP zweieinhalbmal so viele Abgeordnete stellen. Die Methode hierzu war sehr einfach: Wahlkreise, in denen traditionell konservativ gewählt wurde, wurden verkleinert oder in mehrere aufgeteilt. Proletarische Wahlkreise wurden vergrößert oder „geschickt" mit konservativen Kreisen zusammengelegt, so daß der konservative Teil überwog. Auf diese Weise sicherte sich die Reaktion bisher immer die Mehrheit in der Nationalversammlung.

Die Antwort der Arbeiterklasse auf die Angriffe der Bourgeoisie war nicht einheitlich, der Aufschwung der Arbeiterbewegung nicht von Dauer, denn viele Arbeiter hingen noch an sozialdemokratischen Illusionen. Obwohl sich im Zusammenhang mit dem Algerienkrieg die Lage der Arbeiterklasse noch weiter verschlechterte, konnte die französische Bourgeoisie mit Hilfe faschistischer Generäle (Salan, Massu) und mit der Drohung des Bürgerkriegs der Arbeiterklasse das Präsidialregime de Gaulles aufzwingen (1958, V. Republik).

Die französische Sozialdemokratie leistete hierbei der Bourgeoisie wichtige Unterstützung. Sie lehnte den gemeinsamen Kampf mit den Kommunisten gegen de Gaulle ab. Die FKP nannte die Regierung de Gaulles damals recht zutreffend eine „Regierung der persönlichen Diktatur, die dem Faschismus den Weg bahnt". De Gaulle

tpläne der perialisten

drohte damals auch massiv mit einer weiteren Faschisierung. Durch diese Drohung wollte er die schwankenden Kräfte vom Widerstand abhalten, die bewußteren Kräfte isolieren und dadurch die „Stabilität im Lande", die Situation von „Ruhe und Ordnung" noch schneller und wirkungsvoller herstellen. Der unmittelbare Anlaß der Errichtung der de Gaulleschen Präsidialdiktatur ergab sich zwar aus dem Algerienkrieg, aber die damit verbundenen Ziele waren viel umfangreicher. Es ging darum, Ruhe im Inneren herzustellen, um in der EWG noch weitergehende Ziele zu erreichen, Westdeutschland zusätzliche Zugeständnisse abzuringen, insbesondere auf dem Gebiet der Agrarpolitik, die in den EWG-Verträgen von 1957 noch nicht konkret geregelt wurden. Dazu war es notwendig, die strukturellen Schwächen des französischen Kapitalismus beschleunigt abzubauen – und das setzte einen scharfen Kurs gegen die Arbeiterklasse voraus. Diesen scharfen Kurs einzuschlagen, betrachtete de Gaulle als seine Hauptaufgabe. Der wichtigste Punkt war hier die einschneidende Kürzung der Sozialleistungen.



Mai 1968, Gasangriff auf Demonstranten.:
Die Pariser Polizei jederzeit bereit zum Bürgerkrieg.

Frankreichs Vorgehen in der EWG ...

Die EWG-Verträge wurden 1957 unterzeichnet, traten jedoch erst 1959 in Kraft. Frankreich erreichte durch die EWG einerseits die Sanierung und Rationalisierung seiner Landwirtschaft durch die Garantie der Abnahme seiner landwirtschaftlichen Produkte durch seine Partner (zur Landwirtschaftspolitik der EWG, siehe AK Nr. 25). Zum zweiten gelang es ihm, seine Kolonien in die EWG miteinzubeziehen. Es mußte jedoch der leistungsfähigeren westdeutschen Industrie seinen Markt öffnen.

Sein größter Erfolg lag jedoch darin, von der BRD eine Politik zu erzwingen, die England aus der EWG verbannte und alle Versuche Englands, die EWG mittels einer europäischen Freihandelszone zu untergraben, scheitern ließ. In der BRD waren nämlich maßgebliche Kräfte bereit, England in dieser Hinsicht Zugeständnisse zu machen, zumal hinter diesen Plänen auch noch die USA standen. Um dieses Ziel zu erreichen, lehnte de Gaulle zweimal (1963, 1967) ab, Englands Beitrittsantrag stattzugeben. Sehr integrationsfreundlich war die Politik der französischen Bourgeoisie unter de Gaulle allerdings nicht gewesen. Es gab mehrere Krisen in der EWG – und Frankreich setzte sogar faktische Änderungen des EWG-Vertrags durch: Durch eine Politik des Sitzungsboykotts erzwang Frankreich, den in den Römischen Verträgen vorgesehenen Übergang zu Mehrheitsentscheidungen auszusetzen und das Vetorecht beizubehalten. Es wollte verhindern, daß die anderen EWG-Länder – vor allem natürlich die BRD – Frankreich in wichtigen Fragen überstimmen. Unter de Gaulle baute Frankreich auch seine nationale Force de Frappe auf, zog sich aus der NATO zurück und versuchte individuell durch Umtausch von Dollars in Gold die Vorherrschaft des Dollars im Weltwährungssystem zu untergraben. Zum letzten Mal versuchte Frankreich unter de Gaulle, eine vor allem national ausgerichtete, selbständige imperialistische Politik zu betreiben, scheiterte jedoch.

... überstieg seine Kräfte

Zwar konnte Frankreich in der EWG längere Zeit im Konkurrenzkampf mit der BRD mithalten. Aber dieser nationale Kurs überstieg die französischen Kräfte. Die Angriffe auf das Lebensniveau der Arbeiterklasse wurden immer unerträglicher (Rationalisierungen, scharfe Erhöhung der Arbeitslosigkeit, immer stärkere Akkordhetze, schnelle Proletarisierung immer größerer Teile von bisher Selbständigen, Stärkung der Großbauernwirtschaften und Ruinierung großer Teile der ärmeren Bauern, Abbau von Sozialleistungen). Die direkte Folge dieser Politik war der Mai von 1968, eine außenpolitische Isolierung unter den westlichen Großmächten und den verstärkten Einbruch des BRD-Kapitals in den französischen Markt. Insgesamt war Frankreichs Politik unter de Gaulle für die französische Bourgeoisie zu kostspielig geworden, das Vorgehen gegenüber der Arbeiterklasse mußte geändert werden.

Revisionisten glorifizieren Frankreich

Von revisionistischer Seite wird der Bourgeoisie häufiger der meist unerbetene Ratschlag erteilt, sie sollte doch mehr die „nationalen Interessen" berücksichtigen, keinen „nationalen Verrat" betreiben und statt der Politik der europäischen Integration mehr eine Politik im Hinblick auf „Stärkung der nationalen Souveränität" betreiben. Ähnlich wie heute die DKP voll des Lobes über die französischen Sozialdemokraten sind, weil sie mit der FKP ein Bündnis eingegangen sind und der dem BRD-Imperialismus voll verpflichteten westdeutschen Sozialdemokratie empfehlen, sich doch die französische Sozialdemokratie zum Vorbild zu nehmen – so als wüßte die SPD nicht, wie sie dem BRD-Imperialismus am besten dienen kann – so wurde früher der westdeutschen Bourgeoisie geraten, sich doch die französische Bourgeoisie zum Vorbild zu nehmen – insbesondere deren Außenpolitik. – Daß die französische Bourgeoisie unter de Gaulle dies versuchte, wird wohl kaum jemand bestreiten können. Der Arbeiterklasse hat diese Politik nichts genutzt. Sowohl eine Politik, die versucht, eine imperialistische Politik vor allem auf nationaler Grundlage zu betreiben, als auch eine Politik, die die nationalen imperialistischen Ziele im Zusammenhang eines imperialistischen Westeuropa zu erreichen sucht, widerspricht den Interessen der Arbeiterklasse, dem Frieden und den Interessen der Völker.

Die Politik nach dem Mai 1968

Die französische Bourgeoisie trennte sich nach dem Mai 1968 sehr rasch von de Gaulle (1969), ließ England in die EWG, um nicht mehr allein der BRD gegenüberzustehen, und schwächte ihren antiamerikanischen Kurs ab. Ihre Zielsetzung des „Europäischen Europa" gab sie jedoch genauso wenig auf wie ihren Widerstand gegen den Ausbau überstaatlicher Einrichtungen und den Abbau des Vetorechts also gegen die Einschränkung ihrer Souveränität. Diesen Kurs vertritt Frankreich auch in der Wirtschafts- und Währungsunion, wo es allen Plänen vor allem der BRD, Widerstand leistet, die eine vorrangige Herstellung einer Wirtschaftsunion anstrebt.

Hier könnte die BRD ihr fast doppelt so großes Industriepotential besser in die Waagschale werfen und größeren Einfluß auf die französische Wirtschaftspolitik nehmen. Ebenso wehrt sich Frankreich gegen die schnelle Integration der Militärpolitik. Statt dessen beschleunigt es mit Hilfe des VI. Wirtschaftsplans die Rationalisierung, die Herstellung großer Konzerne, wie dies im letzten ARBEITERKAMPF aufgezeigt worden ist (siehe Artikel: Der Sturm auf die Bastille findet nicht statt, S. 19 ff). Damit hängt natürlich eine Verschärfung der Akkordhetze, die Einschränkung der Staatsausgaben für die Sozialleistungen usw. zusammen. Entscheidende Korrekturen am arbeiterfeindlichen Kurs de Gaulles finden nicht statt. Sie könnten nur erfolgen, wenn sich die Kraft der französischen Arbeiterklasse entscheidend vergrößert hätte. Aber die Arbeiterklasse hat im Mai 1968 eine Niederlage erlitten. Die Linksbewegung hielt trotzdem an. Sowohl die Kampfbereitschaft als auch die Kampfstärke haben zugenommen. Mehrere Zugeständnisse mußten von der Bourgeoisie gemacht werden und nur einen Teil davon konnte sie rückgängig machen.

Der weitere Kurs der französischen EWG-Politik ist abgesteckt: Beschleunigter Abbau seiner strukturellen Schwächen, um in der imperialistischen Konkurrenz besser mithalten zu können, Bremsung der europäischen Integration, um zu verhindern, daß der BRD-Imperialismus allzu schnell in der EWG seine Strategie durchsetzen kann.

Auf die Dauer ist dies jedoch nur möglich, wenn es der französischen Bourgeoisie gelingt, der Arbeiterklasse einen opfervollen Kurs aufzuzwingen und den dadurch entstehenden Widerstand zu brechen. Zu diesem Zweck hat sie das Antiaufruhrgesetz geschaffen. Es bietet die juristische Grundlage für ein scharfes Vorgehen gegen die links von der KPF stehenden Organisationen und Gruppen und gegen Gewerkschafter, die auch ohne Einverständnis der Gewerkschaftsführung die Arbeiter zum Kampf gegen den Abbau ihrer Rechte und für soziale Verbesserungen aufrufen. Die Haltung der KPF und ihre immer weiter zunehmende Ausrichtung auf den parlamentarischen Kampf erleichtert der französischen Bourgeoisie ihren arbeiterfeindlichen Kurs ganz erheblich.

Die inflationäre Entwicklung in den imperialistischen Hauptländern
in Prozent

	Steigerung der Lebenshaltungskosten			Kaufkraftschwund
	·1967/68	1968/69	1969/70*	1950—1969
Frankreich	+4,5	+6,0	+4,5/5,5	—61,4
Japan	+5,4	+5,1	+6,0/6,5	—60,9
Großbritannien	+4,7	+5,5	+4,5/5,0	—54,3
Italien	+1,4	+2,3	+4,5	—51,1
USA	+4,2	+5,4	+5,0	—36,7
Westdeutschland	+1,6	+2,6	+3,0	—34,7

* Vorausschätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Westberlin.

Quellen: Deutscher Bundestag, 6. Wahlperiode, Drucksache VI/281, Bonn 1970; Leistung in Zahlen 1968, Jahreswirtschaftsbericht 1970 (Ministerium für Wirtschaft), Bonn 1970

Der englische Imperialismus: Schon 1945 geschwächt und im Kielwasser der USA

Der englische Imperialismus ging bereits aus dem zweiten Weltkrieg geschwächt hervor, doch erst in der Folge mußte er Position um Postion in seinem Weltreich aufgeben:

Gegenüber den USA war England nur noch sehr bedingt konkurrenzfähig. Es hatte den zweiten Weltkrieg nur noch mit Hilfe amerikanischer Anleihen durchstehen können und war gegenüber den USA daher stark verschuldet. Die USA nutzten diese Kriegsanleihe natürlich dazu aus, in die von England beherrschte Sterlingzone und in die englischen Kolonien besser und schneller einzudringen. Außerdem wurde England aufgefordert, den USA das Commonwealth-Zollpräferenzsystem teilweise zu öffnen. England mußte zusätzlich den USA einige Erdölpositionen in Arabien zugestehen und das für das englische Kapital ungünstige Währungsabkommen von Bretton Woods akzeptieren. Insgesamt ging England geschwächt aus dem Weltkrieg hervor, obwohl es zu den Siegermächten gehörte.

England hatte das größte Kolonialreich sämtlicher Imperialisten und es hatte – obwohl die USA schon nach nach dem ersten Weltkrieg mächtiger als England waren, bis 1945 kaum etwas verloren. Die Zeiten hatten sich aber geändert. Nicht nur die USA verlangten einen ihrer Macht entsprechenden Anteil – das war zunächst noch gar nicht das Wesentliche gewesen. Es war eine mächtige antikoloniale, grundsätzlich antiimperialistische Bewegung entstanden. Um diese zurückzudrängen, reichten Englands Kräfte nicht mehr. England war im Gefolge des zweiten Weltkriegs und noch verstärkt danach eine niedergehende imperialistische Macht geworden.

Der erste Fall, wo England kapitulieren mußte, war 1947 in Griechenland gewesen, das es als sein Einflußgebiet betrachtet hatte. Sein Militär war zu schwach, im griechischen Bürgerkrieg – besser: ausländischer Interventionskrieg – noch weiter bestehen zu können. Die englischen Imperialisten mußten die amerikansichen zu Hilfe holen. Diese nahmen dann Griechenland zum Anlaß, die sog. Trumandoktrin zu verkünden (März 1947).

Die Truman-Doktrin

Die im März 1947 verkündete Trumandoktrin besagt, daß die USA in allen Ländern intervenieren werden, deren Regierungen von links bedroht sind. Truman teilte die Welt in zwei Lager ein – die freie und die kommunistische. Das Ziel Trumans war die Zurückdrüngung des Kommunismus (Roll Back). Im Rahmen dieser Politik wurden über den Marshallplan Militärhilfe und Warenkredite vor allem an Westeuropa und an südostasiatische Länder (Südkorea, Taiwan u.a.) vergeben. Gleichzeitig wurde hiermit die ökonomische Position der USA in diesen Gebieten erheblich ausgeweitet.

Um überhaupt ihre kolonialen Positionen halten zu können, mußten die englischen Kapitalisten sich auf Gedeih und Verderb mit den USA arrangieren und jedesmal, wenn sie ihre Kolonien alleine nicht behaupten konnten, mußten sie einmal mehr die USA zu Hilfe holen und gerieten dadurch noch weiter in US-Abhängigkeit. Zusätzlich investierten die USA nach 1945 besonders gerne in England, um dadurch besser in die englischen Kolonien einsteigen zu können.

Die im Rahmen des Marshallplans von den USA an England gewährte Hilfe verwendeten die englischen Imperiaisten – ähnlich wie die französischen – daher auch hauptsächlich dazu, sich militärisch gegen die Befreiungsbewegungen in ihren Kolonien zu rüsten. Für England war es daher auch keine Frage, sich an allen von den USA inszenierten Pakten gegen den Sozialismus und gegen die Befreiungsbewegungen zu beteiligen. Sie waren auch überall dabei – in der NATO, der SEATO und im CENTO-Pakt.

Diese zunehmende US-Abhängigkeit nannten die Engländer recht euphemistisch „Politik der besonderen Beziehungen zu den USA". (Special Relationship).

Trotz allem war Englands Kolonialsystem im Konkurrenzkampf vor allem gegenüber der BRD, Frankreich und Japan von fundamentaler Bedeutung. Es besaß dort noch erhebliches Kapital, kontrollierte noch weitgehend und zu seinem Vorteil den Handel in der Sterlingzone und das Zollpräferenzsystem des Commonwealth von 1932 war voll auf die englischen Handelsinteressen zugeschnitten. Diese Vorteile wollte und konnte die englische Bourgeoisie nicht aufgeben.

Dem CENTO-Pakt

– auch Bagdad- oder Nahost-Pakt – gehören Persien, die Türkei und England an. Der Irak ist 1958 ausgetreten. Der Pakt wird von den USA kontrolliert.

Dem SEATO-Pakt

gehören an: die USA, England, Australien, Neuseeland, Pakistan, Thailand und die Philippinen, früher auch Frankreich. Gründungsjahr des Paktes ist 1954.

Durchschnittliche Anteile der Investitionen am Bruttonationalprodukt 1957 bis 1966
in Prozent des BNP zu lfd. Marktpreisen

	Maschinen u. Ausrüstungen	Bauinvestitionen ohne Wohnungsbau	Wohnungsbau	Investitionen insgesamt
Westdeutschland	12,1	7,2	5,5	24,8
Italien	8,7	5,9	6,6	21,2
Frankreich	8,7	6,1	5,5	20,3
Großbritannien	8,3	5,1	3,1	16,5

Quelle: DEA progress report, London, Nr. 45/Oktober 1968, S. 3

Englands Kolonialreich behindert seine eigene Entwicklung

In der weiteren Entwicklung des Kapitalismus nach 1945 ergaben sich aus der Bindung Englands an sein Kolonialsystem jedoch auch mehrere Faktoren, die Englands Konkurrenzposition im imperialistischen Kräftespiel

Forts. nächste Seite

Forts. von Seite

erheblich behinderten und den Verfall des englischen Imperialismus beschleunigten:

Um weiter die Vorteile seines Kolonialsystems voll ausnutzen zu können, mußte England verstärkt in seinen Kolonien investieren. Diese Investitionen fehlten dann im eigenen Land. Die Folge war eine besonders niedrige Wachstumsrate der englischen Industrie und die zunehmende Veraltung seiner Produktionsmittel im Vergleich zu Japan und der BRD.

Die Bindung des Handels und der Währung an das Commonwealth-Präferenzsystem und an den Sterlingblock brachten immer größer werdende Zahlungsbilanzschwierigkeiten mit sich, die wiederum das Wachstum und die Modernisierung der britischen Industrie beeinträchtigten.

Erschwerend kam hinzu, daß Englands „weiße Dominions" (Kanada, Südafrika und Australien) zunehmend eine selbständige Politik betrieben und ihre Bindungen an andere imperialistische Mächte verstärkten. Sie verringerten dadurch Englands Profite aus seinem Kolonialsystem.

Die Sterlingzone

Unter Sterlingzone versteht man die Länder, deren Währungen weitgehend vom englischen Pfund abhängig sind und für die das Pfund die hauptsächliche Reserve- und Handelswährung ist. Der Niedergang des englischen Imperialismus führt natürlich zu einem fortschreitenden Verfall der Sterlingzone. Die entsprechenden Länder richten sich mehr und mehr an anderen Währungen aus. Die Sterlingzone ist weitgehend mit dem alten Kolonialreich identisch, umfaßt aber auch andere Länder, z.B. Island.

Das Commonwealth

Commonwealth of Nations ist die Bezeichnung der Staaten einschließlich Englands, die früher einmal englische Kolonien waren. Irland und Südafrika sind jedoch aus dem Commonwealth ausgetreten.

Das Zurückbleiben Großbritanniens gegenüber seinen größten Konkurrenten
Anteile in Prozent[1]

	1938	1950	1960	1969
Industrieproduktion				
USA	41,4	54,6	44,1	43,4
Westdeutschland[2]	12,0	6,6	8,7	9,4
Japan	4,8	1,6	3,9	8,5
Großbritannien	12,5	11,6	9,4	7,1
Frankreich	6,0	4,4	4,9	4,6
Alle kapitalistischen Länder	100,0	100,0	100,0	100,0
Gesamtexport				
USA	13,9	18,3	17,9	15,6
Westdeutschland[2]	9,6	3,6	10,0	12,0
Großbritannien	10,5	11,0	8,8	7,2
Japan	5,1	1,5	3,6	6,6
Frankreich	4,0	5,6	6,0	6,2
Alle kapitalistischen Länder	100,0	100,0	100,0	100,0
Export der verarbeitenden Industrie				
USA	20,0	27,0	21,6	20,2[3]
Westdeutschland[2]	22,7	7,0	19,3	19,5[3]
Großbritannien	22,1	25,6	16,3	11,1[3]
Japan	6,6	3,0	6,9	10,7[3]
Frankreich	6,5	.	9,7	8,2[3]
12 wichtige kapitalistische Länder insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
Gold- und Devisenreserven				
USA	51,8	49,8	31,9	22,1
Westdeutschland[2]	0,4	0,4	11,6	9,3
Frankreich	10,3	1,6	3,7	5,0
Japan	0,7	.	3,2	4,8
Großbritannien	9,9	7,1	6,1	3,3
Alle kapitalistischen Länder	100,0	100,0	100,0	100,0

[1] Über die Aussagekraft und Problematik von Anteilsvergleichen siehe: R. Gündel; K. Nehls: Zur Wirkungsweise des Gesetzes der ungleichmäßigen, sprunghaften ökonomischen und politischen Entwicklung der kapitalistischen Länder. In: DWI-Forschungshefte, Berlin, 1/1970, S. 40 ff. [2] 1938 — Deutschland in den damaligen Grenzen. [3] Anteile 1968.

Aufstieg und Niedergang auf Kosten des Proletariats

Während des Aufbaus des britischen Imperiums wurden der Arbeiterklasse die Kosten dieses Aufbaus auferlegt. Aus ihr wurden die Profite rausgepreßt, mit dem der Kapitalexport in die Kolonien finanziert wurde und sie mußte die Kriege bezahlen, mit denen das Imperium errichtet wurde. Später wurden die Kosten des Imperiums und der Kriege auch aus den Kolonien selbst herausgepreßt. Dies gilt insbesondere für die Kosten des zweiten Weltkriegs. Jetzt – in der Zeit des Verfalls des Imperiums – lädt man der Arbeiterklasse die immer schneller wachsenden Kosten des Imperiums auf, während seine Profite einseitig dem Monopolkapital zugute kommen. Die Kosten des Imperiums, das waren die hohen Militärausgaben, die durch Steuern aus den Werktätigen gepreßt wurden. Aus der gleichen Quelle wurde der staatliche Kapitalexport bezahlt, der dazu diente, in den Kolonien die Möglichkeiten dafür zu schaffen, den privaten Kapitalexport (Aufbau von Fabriken in den Kolonien) besonders profitabel zu machen und ihn nicht dadurch zu beeinträchtigen, daß die Kapitalexporteure sich erst noch um den Bau von Straßen zu ihren Fabriken, um Hafenanlagen und um die Stromversorgung kümmern mußten.

Zu den Kosten des Imperiums für das Proletariat zählte auch die viele Jahre lang besonders hohe Inflationsrate, die an den Pfundschwierigkeiten orientierte Finanzpolitik und die schon benannte allgemeine Stagnation der britischen Wirtschaft. Sie führte zu erhöhter Arbeitslosigkeit, welche die Kapitalisten natürlich leicht zum allgemeinen Drücken der Löhne nach unten ausnutzen können.

1949 und 1967 mußte das Pfund um 30 bzw. um 14% abgewertet werden. Die damit verknüpften Preissteigerungen wegen teurerer Importe trafen wiederum vor allem das Proletariat, die Erleichterung des englischen Exports vergrößerte aber die Gewinne der Exportindustrie.

Zunächst versuchte die englische Bourgeoisie die wirtschaftlichen Probleme durch die sog. „stop and go"-Politik in den Griff zu kriegen (siehe Tabelle). Als dies nicht fruchtete, ging man zu verschärften Angriffen auf die Arbeiterklasse über und begann mit einer staatlichen Einkommenspolitik und Angriffen auf das Streikrecht (1966).

England zwischen Commonwealth und EWG

Die Politik der englischen Bourgeoisie war zunächst nach 1945 ganz auf die Erhaltung des Commonwealth ausgerichtet. Sie lehnte es ab, sich an einer europäischen Integration zu beteiligen, die von ihr verlangte, auf einen Teil ihrer Vorteile aus dem Commonwealth zu verzichten. Das erste und hauptsächliche Ziel von Montanunion und EWG war jedoch die gemeinsame Zollpolitik und die war mit dem Zollpräferenzsystem des Commonwealth unvereinbar. Frankreich setzte allen Bestrebungen, die gemeinsame Zollpolitik zu durchbrechen, konsequenten Widerstand entgegen. So waren alle Versuche Englands (1959, 1963 und 1967) vergebens, in die EWG hineingelassen zu werden, ohne auf seine Commonwealth-Vorteile verzichten zu müssen. Hier nachzugeben, hätte von England jedoch bedeutet, nur mit einem Teil seiner Konkurrenzkraft in die EWG einzutreten. Das eine wie das andere mußte England weiter zurückwerfen. Erst 1969 erklärte es sich bereit, ohne alle Vorbedingungen der EWG beizutreten. Am 1.1.73 wurde der Beitritt wirksam.

Auch Englands Versuch, mit Hilfe der EFTA den Verfall seines Imperiums zu bremsen und Druck auf die EWG auszuüben, um bessere Eintrittsbedingungen zu erreichen war gescheitert.

Offensive gegen die Arbeiterklasse

Auf den EWG-Beitritt bereitete sich England um so gründlicher vor und zwar durch eine allseitige Offensive gegen die Arbeiterklasse. Damit wollte es bessere Ausgangspositionen schaffen, um seine aus den alten kolonialen Bindungen herrührenden Schwächen zu beseitigen, um zu einer Exportoffensive übergehen zu können und vor allem um in der EWG dem BRD-Imperialismus besser Paroli bieten zu können. Da es aus dem EWG-Markt recht erfolgreich zurückgedrängt worden war, war eine sehr sorgfältige und langfristige Vorbereitung nötig.

Er mußte also nicht nur dem Interesse und den langfristigen Plänen der Reaktion, sie profitierte auch ideologisch davon. Sie konnte zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen.

Wie die Geschichte der Arbeiterbewegung und der Klassenkämpfe schon mehrfach gezeigt hat, läßt die Bourgeoisie unter günstigen Ausgangsbedingungen ihre Offensive erstmal von einer sozialdemokratischen Regierung vortragen, um den Verschleiß dieser Parteien zu fördern. Sie hat dann bessere Möglichkeiten, mit ihrer konservativen Partei die Offensive verstärkt fortzusetzen.

Ein wesentliches Element in der Propagandaoffensive der englischen Bourgeoisie war die demagogische Behauptung, die Schwierigkeiten der englischen Wirtschaft lägen an den vielen Streiks, sie zerrütteten die Wirtschaft. Auch auf dem Kontinent – insbesondere in der BRD – wird dieser Punkt Demagogie sehr intensiv betrieben. Die häufigen Streiks werden als „englische Krankheit" bezeichnet, die England bekämpfen muß, wenn es sich für die EWG wirksam rüsten will. In internen – mehr für die bürgerlichen Wissenschaftler, Politiker und Beamten bestimmten – Papieren werden jedoch sehr objektiv die wirklichen Ursachen, wie sie oben schon angegeben wurden, treffend geschildert. Die Propagandaoffensive hat zum Ziel, den ideologischen Boden – vor allem in den kleinbürgerlichen Schichten – für die Zurückdrängung der Arbeiterklasse vorzubereiten.

Zyklische Entwicklung und „Stop-and-go-Politik" in Großbritannien, jährliche Steigerungen in Prozent

Zeitraum	Wachstum der Industrieproduktion	Wachstum der nichtindustriellen Produktion (Schätzungen)	Wachstum des „Bruttoinlandsproduktes"
	(jahreszeitlich bereinigt: feste Preise, Jahresraten)		
IV/1955—III/1958 (33 Monate)	0	2,0	1,0
III/1958— I/1960 (18 Monate)	9,1	4,0	6,4
I/1960— I/1963 (36 Monate)	0	1,9	1,0
I/1963— I/1965 (24 Monate)	8,3	4,1	6,0
I/1965—III/1967 (30 Monate)	0,4	1,9	1,2
III/1967—III/1969 (24 Monate)	5,0	1,8	3,0
III/1969— I/1970 (6 Monate)	2,0	1,2	1,5

105 Monate „stop"
66 Monate „go"

Quelle: W. A. Eltis: Is Stop-Go Inevitable? — National Westminster Bank, Quarterly Review, London, November 1969, S. 2; durch verschiedene Angaben ergänzt.



Britischer Polizist versucht die streikenden Bergarbeiter auf dem Weg zum Unterhaus aufzuhalten

Entsprechend langfristig und zielgerichtet war auch seine Strategie gegen die Arbeiterklasse.

Es begann 1966 mit dem wirtschaftlichen Stabilisierungsprogramm. Die Verhandlungsvollmachten der Gewerkschaften in Lohnfragen wurden zum ersten Mal eingeschränkt, der erste sechsmonatige Lohnstopp trat in Kraft. Danach sollten die Lohnerhöhungen mit den Produktionsfortschritten gekoppelt werden. Weitere Schwerpunkte des Programms waren verstärkte Rationalisierung, eingeplante Arbeitslosigkeit und die Pfundabwertung vom November 1967, die die Preise für Importwaren erhöhte und hier wiederum besonders die Lebensmittelpreise, denn England ist ein großer Agrarimporteur. Im Januar 1968 folgte schon der nächste Schlag. In einem sog. „Sparprogramm" wurden die Steuern erhöht, Sozialleistungen gekürzt. Da die Gewerkschaften nicht gewillt waren, die Ansichten der Regierung über ihre Aufgaben – nämlich „freiwillige Kontrolleure" in Sachen Lohnzuwachs zu sein – zu übernehmen, startete Labourpremier Wilson 1969 einen massiven Angriff auf das Streikrecht. Jedem Streik sollte eine vierwöchige „Abkühlungsperiode" vorausgehen.

Geschickte Arbeitsteilung zwischen Labour-Party und den Konservativen

Durch diese volksfeindliche Politik hatte Wilson einen Großteil seiner meist proletarischen Wählermassen getäuscht, und seine Wählerbasis verringerte sich, sodaß er 1970 die Unterhauswahlen verlor. Durch seine Politik gab er der Konservativen Partei erheblich günstigere Möglichkeiten zur sozialen Demagogie und zu einer ideologischen Offensive. Da in England die kommunistische und auch die revisionistische Linke sehr schwach entwickelt ist, waren sie nicht in der Lage, die Unzufriedenheit der Massen aufzunehmen und gegen das kapitalistische System grundsätzlich zu wenden. Die Maßnahmen der Wilsonregierung entsprachen also nicht nur dem Interesse und den langfristigen Plänen der Reaktion.

Dies ist aber ebenso ein Beitrag zur Niederhaltung der westeuropäischen Arbeiterklasse insgesamt. Die wachsenden Schwierigkeiten bei der westeuropäischen Integration und die wachsende Kampfbereitschaft der Arbeiter erfordern dies – vom Standpunkt der Bourgeoisie aus betrachtet.

Heftige Abwehrkämpfe der Arbeiterklasse

Die Antistreikgesetze der Wilsonregierung stießen jedoch auf heftigen Widerspruch der eigenen Basis, insbesondere in den eng mit der Labourparty verbundenen Gewerkschaften. Es war nun taktisch klüger, sie von der 1970 folgenden konservativen Regierung verabschieden zu lassen und dazu radikale Opposition zu spielen. Denselben Wortradikalismus betreibt die Labourparty übrigens in der Frage des EWG-Beitritts. Sie selbst stellte den zweiten englischen Beitrittsantrag, der 1967 vom EWG-Ministerrat vertagt und 1969 akzeptiert wurde. Als sie dann nicht mehr in der Regierung war, stimmte sie gegen den Beitritt und kündigte groß an, bei einem Regierungswechsel würde sie den Verbleib in der EWG von neuen Beitrittsbedingungen abhängig machen, was im übrigen gar nicht möglich ist. Mittlerweile war nämlich für die Massen offensichtlich geworden, daß der EWG-Beitritt für die Massen nur Nachteile – erhöhte Lebenshaltungskosten, die Mehrwertsteuer usw. – bringt. Das wird nun mit den Beitrittsbedingungen erklärt und nicht mit dem arbeiterfeindlichen Charakter der EWG schlechthin.

Die Heath-Regierung verschärfte die Angriffe gegen die Arbeiterklasse noch erheblich, Schritt für Schritt. Die einschneidensten Angriffe betrafen die Gewerkschaften (Antistreikgesetz), Registrierung der Gewerkschaften und die Einschränkung der Tätigkeit der shop stewards. (Die shop stewards entsprechen ungefähr unseren gewerkschaftlichen Vertrauensleuten.) Um die Arbeiterklasse in ihrer Kampfstärke entscheidend zu schwächen, ist es notwendig, in jedem Betrieb das Kräfteverhältnis zuungunsten der Arbeiterklasse zu ändern, die proletarische So-

lidarität zu untergraben und die Kämpfe zu zersplittern. Die meisten Streiks in England beginnen ohne langes Vorgeplänkel direkt in den Betrieben und werden hauptsächlich von den shop stewards getragen. Zunehmende Kampfbereitschaft vergrößert damit automatisch ihren Einfluß. Die Bourgeoisie setzte sich nun zum Ziel, den loyaleren Gewerkschafts-Apparat gegenüber den shop stewards zu stärken, für Streiks einen langen Instanzenweg vorzuschreiben und die Gewerkschaften durch Gesetz an die Einhaltung dieses Instanzenwegs zu verpflichten. Bei Nichtbefolgung sind hohe Geld- und längere Haftstrafen vorgesehen und auch schon ausgesprochen worden. Inzwischen ist die Regierung schon zum gesetzlichen Lohnstopp und weiteren Angriffen auf die soziale Lage übergegangen. Diese Angriffe betrachtet sie selbst als einen Beitrag zum Kampf gegen die Inflation (vgl. AK 26: Lohndiktat und Streikverbot). Bekanntlich machen aber nicht die Arbeiter die Preise, sondern die Kapitalisten.

Die Abwehrkämpfe der Arbeiterklasse gegen diese Angriffe haben in der letzten Zeit erheblich zugenommen. Allein im letzten Jahr wurde viermal der Notstand verkündet. Der äußere Anlaß war jedesmal ein größerer Streik (der Docker, der Bergarbeiter, das letzte mal beim Streik der Gasarbeiter), der – wie die Kapitalisten behaupten – die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln oder Energie gefährdete. Erstens ist die Ursache der Gefährdung in der Weigerung der Kapitalisten zu suchen, berechtigten Forderungen der Arbeiter nachzugeben und zweitens wird die Situation dramatisiert, um meist kleinbürgerliche Schichten und den Mittelstand gegen die Arbeiter einzunehmen.



12.000 streikende Bergarbeiter versuchten im Februar 72 das britische Unterhaus zu stürmen, wo zur Zeit gerade eine Debatte stattfand. (Parlamentsplatz, im Hintergrund die Tower-Brücke)

Ein wirklicher Notstand oder eine für die Bourgeoisie gefährliche Situation lag nie vor. Denn die englische Bourgeoisie bereitet sich auch polizeilich und militärisch auf größere Kämpfe vor. In Nordirland übt sie zur Zeit auch praktisch den Einsatz von Militär gegen das Volk.

Englands EWG-Ziele

Diese Politik der englischen Bourgeoisie läßt sich nur aus ihrer momentanen wirtschaftlichen Situation und aus ihren weitergehenden Zielen erklären. Sie ist eindeutig und ganz auf die EWG ausgerichtet. Sie ist bestrebt, schnell in die EWG-Märkte einzusteigen und forciert daher sowohl den Waren- als auch den Kapitalexport in die EWG. In der Konzentration ist die englische Industrie den Europäern immer noch einiges voraus. Diesen Vorteil baut sie verstärkt aus durch weitere Rationalisierung. Auf der letzten EWG-Gipfelkonferenz legte sie konsequenterweise großen Wert auf die beschleunigte Herstellung multinationaler Konzerne.

Aus dem Scheitern ihrer früheren Europapolitik haben die englischen Imperialisten Lehren gezogen. Ähnlich wie die BRD sehen sie nun ihre Zukunft einzig in der EWG und drängen auf einen schnellen Fortschritt der Integration. Sie fordern schnell einen funktionsfähigen Währungs- und Regionalfond. Sie wollen, daß vor allem die BRD, aber auch die übrigen EWG-Länder ihre Pfundprobleme lösen und ihre unterentwickelten Regionen (Wales, Schottland) fördern.

Auf die aktuellen Auseinandersetzungen in der EWG, deren weitere Entwicklung und auf die Probleme der Wirtschafts- und Währungsunion wird demnächst in einem eigenen Artikel eingegangen. ■

Artikel der Bezirksorganisation des KB/Gruppe Hamburg

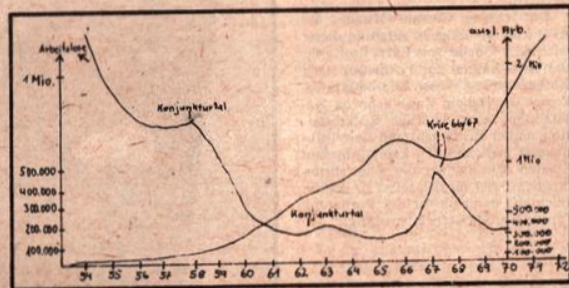
Westdeutsche Arbeiter – ausländische Arbeiter – eine Arbeiterklasse

Die ausländischen Arbeiter bei uns gehören zu den am meisten ausgebeuteten Teilen der Arbeiterklasse. Die Kapitalisten nutzen die Sprachschwierigkeiten der Kollegen aus, betrügen sie beim Lohn und verlangen von ihnen Wuchermieten. Die Kapitalisten wollen sie in ein unmenschliches „Rotationssystem" pressen. So soll verhindert werden, daß die ausländischen Kollegen bei uns heimisch werden können und sich für ihre Interessen organisieren. Dem selben Ziel dienen u.a. das Verbot der palästinensischen Organisationen GUPS und GUPA im vorigen Jahr. Die Brandt-Regierung läßt den faschistischen Geheimdiensten aus den Heimatländern der ausländischen Kollegen nach wie vor freie Hand in der BRD, während die demokratischen und sozialistischen Organisationen der ausländischen Kollegen verboten oder behindert werden. Auch die Rundfunksendungen für ausländische Kollegen werden immer mehr den Forderungen der faschistischen Regimes angepaßt.

Für die westdeutschen Kollegen kommt es darauf an, sich von den Kapitalisten nicht in die Falle des Nationalismus und der Überheblichkeit gegenüber den ausländischen Kollegen in der BRD locken zu lassen, sondern die Klassensolidarität zu wahren. Die ausländischen Kollegen haben vielfach bewiesen, daß nicht nur Verlaß im Kampf auf sie ist, sondern daß wir von ihren Erfahrungen und ihrer Entschlossenheit lernen können.
(Aus der Mai-Plattform 73 des KB)

Schon 1913 wies Lenin darauf hin, daß sich industriell rasch entwickelnde Länder, „die mehr Maschinen anwenden und die zurückgebliebenen Länder vom Weltmarkt verdrängen", Hunderttausende von Arbeitern aus wirtschaftlich rückständigen Ländern anlocken. So war die stürmische Entwicklung der deutschen Industrie nach 1871 begleitet von einer wachsenden Nachfrage nach Arbeitskräften, insbesondere nach solchen, deren besonders brutale Ausbeutung noch höhere Profite ermöglichte. Die deutschen Industrieherren und Junker holten gezielt ausländische Arbeiter nach Deutschland, damals vor allem aus Polen, und betrieben parallel dazu nationalistische Propaganda über die angeblich mit der Einwanderung verbundenen „völkischen Gefahren". 1914 waren 1 200 000 ausländische Arbeiter in Deutschland tätig.

Während des zweiten Weltkrieges verschleppten die Faschisten 20 Mill. Menschen aus fast allen Ländern Europas als Zwangsarbeiter nach Deutschland.



Bereits 1954/55 wiesen die Unternehmerverbände BDI und BDA die Regierung auf einen zu erwartenden Arbeitskräftemangel hin und forderten die baldige Anwerbung von ausländischen Arbeitern. In seinem Jahresbericht 54/55 schreibt z.B. der BDI, daß sich die Wirtschaft „dem Zustand der Vollbeschäftigung stark angenähert hat" (bei einer Arbeitslosenzahl von über 1 Mio. damals noch) und daß erst recht unter Berücksichtigung des Aufbaus der Bundeswehr von 500 000 Mann und des Aufbaus einer Rüstungsindustrie ausländische Arbeiter notwendig seien.

Ab Mitte der 50er Jahre wurden in der BRD nennenswerte Zahlen von ausländischen Arbeitern beschäftigt, ab 1959 wuchs die Zahl der ausländischen Arbeitern sehr sprunghaft. 1971 waren im Juni 2 169 000 ausländische Arbeiter in der BRD, und zwar: 468 000 Jugoslawen, 424 000 Türken, 404 000 Italiener, 261 000 Griechen, 183 000 Spanier, 55 000 Portugiesen und 374 000 Arbeiter aus anderen Ländern (erstmals auch größere Zahlen aus Marokko – 11 000 – und Tunesien – 10 000). Arbeitskräfte aus Österreich Holland und anderen Nachbarstaaten der BRD werden nicht in so besonderem Maße ausgebeutet und unterdrückt wie die Arbeiter aus den Mittelmeerländern. Sie werden z.B. in der Regel auch nicht als „Gastarbeiter" bezeichnet. Das zeigt, daß mit dieser Bezeichnung oft auch rassistische Vorstellungen verbunden sind.

Wir untersuchen deshalb hier gerade die Lage der rund 2 Mio. ausländischen Arbeiter in unserem Land (mit Familien rund 3 Mio.), die aus den Mittelmeerländern kommen. Mit allen diesen Ländern hat die BRD sogenannte Anwerbevereinbarungen abgeschlossen, und Anwerbekommissionen der „Bundesanstalt für Arbeit" „beschaffen" in diesen Ländern für die westdeutschen Unternehmer neues „Material", so wie andere Käufer in anderen Ländern die für die Produktion notwendigen Rohstoffe beschaffen. Insgesamt waren in den Ländern Westeuropas 1971 an ausländischen Arbeitern beschäftigt:

BRD	**2 169 000**
Frankreich	**1 158 000**
Schweiz	**659 000**
Schweden	**209 000**
Belgien	**182 000**
England	**174 000**

BRD-Imperialismus am expansivsten

In der BRD sind nicht nur am meisten ausländische Arbeiter beschäftigt, sondern auch der Anteil der ausländischen Arbeiter an der Gesamtzahl der „unselbständig Beschäftigten" ist in der BRD am höchsten (10%). Die BRD ist nach den USA heute der am weitesten entwickelte imperialistische Staat. Bisher war das westdeutsche Kapital aber vor allem im Inneren expansiv, und es exportierte nach außen einen Großteil der in der BRD produzierten Waren (rund 20% gegenüber z.B. einer Exportquote von nur 4% der USA). Die Expansion nach außen mittels Kapitalexport, Aufbau von militärischen Stützpunkten in anderen Ländern usw. gewinnt für das BRD-Kapital erst in jüngster Zeit steigende Bedeutung, nachdem die Grundlage dafür im Inneren gelegt ist und sich die Kräfteverhältnisse der imperialistischen Länder untereinander geändert haben (BRD-USA vor allem).

Die Zahl der Arbeiter, Angestellten und Beamten (die sogenannten „unselbständig Beschäftigten") stieg in der BRD von 13,9 Mio. 1950 auf 22,5 Mio. 1970. Diese enorme Steigerung hat zweierlei Gründe: Erstens stieg der Anteil der „unselbständig Beschäftigten" an der Gesamtzahl der „Erwerbstätigen" von 68,5% auf 82,6%. So machte die Industrie z.B. in der Zeit zwischen 1950 und 1970 2,6 Mio. Bauern kaputt, die dann ihre Arbeitskraft der Industrie verkaufen mußten. Zweitens stieg die Zahl der „unselbständig Erwerbstätigen" durch Einwanderung zuerst vor allem von „Flüchtlingen" und „Vertriebenen", später durch Anwerbung ausländischer Arbeiter aus den Mittelmeerländern. So gab es z.B. 1957 in der BRD 12 177 000 „Flüchtlinge" und „Vertriebene", was einen Bevölkerungszuwachs von 30% bedeutete. Zu einer Zeit des weltweiten Aufschwungs der Produktion gelang es dem Kapital, alle diese Menschen in den Produktionsablauf einzubauen. Ja, dieser enorme Zustrom von Arbeitskräften war gerade einer der wichtigsten Gründe für das westdeutsche „Wirtschaftswunder". Denn nicht das Geld der Banken oder irgendwelche Politikerworte und -taten, sondern nur die Arbeitskraft schafft den Reichtum einer Gesellschaft.

Im Kapitalismus werden die Arbeitskräfte allerdings nur dann eingestellt, wenn das gleichzeitig dem Unternehmer Profit bringt. Und das war in enormem Maße gegeben. Nachdem der „Flüchtlings"-Strom immer mehr versiegte und die DDR schließlich auch der gezielten Abwerbung vor allem qualifizierter Arbeitskräfte durch die Schließung der Grenze einen Riegel vorsetzte, ging das Kapital immer mehr dazu über, ausländische Arbeitskräfte anzuwerben. Diese Arbeitskräfte vermehrten nicht nur die Zahl der durch das BRD-Kapital Ausgebeuteten, sondern waren zusätzlich noch ganz besonders billig.

Besonders scharfe Ausbeutung der ausländischen Arbeiter

Laut Untersuchungen z.B. des Bundesministeriums für Arbeit betrug die Nettolohn- und Gehaltssumme für einen ausländischen Arbeiter Anfang 1971 durchschnittlich 870,– DM. Der Durchschnittslohn der westdeutschen und ausländischen Arbeiter insgesamt lag zu jener Zeit bei etwa 1 000,– DM. Hierbei muß man noch berücksichti-

Forts. nächste Seite

gen, daß die ausländischen Arbeiter größtenteils mehr Überstunden machen als ihre westdeutschen Kollegen, daß also in den 870,– DM noch mehr Arbeitsstunden stecken als in den 1 000,– DM. Die ausländischen Arbeiter werden an den schlechtesten, am niedrigsten bezahlten Arbeitsplätzen eingesetzt. Und sie bekommen außerdem für die gleiche Arbeit durchschnittlich 10-20% weniger Lohn als ihre westdeutschen Kollegen. So lag z.B. im Sommer 72 der Stundenlohn der türkischen Arbeiter bei den Hamburger Stahlwerken großenteils für die gleiche Arbeit eine Mark unter dem der westdeutschen Arbeiter.

Die ausländischen Arbeiter werden einfach zu niedrigeren Löhnen eingestellt (z.B. zum Tariflohn und nicht zum Effektivlohn). Sie erhalten den Teil des Lohns, der als Gratifikation, Treueprämie, Anwartschaft auf betriebliche Altersrente gewährt wird und meist an langjährige Betriebszugehörigkeit gebunden ist, nicht usw. Der „Industriekurier" drückte die Bedeutung der Beschäftigung ausländischer Arbeiter für die Kapitalisten z.B. so aus: „Nüchtern betrachtet, hat die Beschäftigung ausländischer Arbeiter wohl lediglich geholfen, die Verluste auszugleichen, die durch die Arbeitszeitverkürzung und Urlaubsverlängerung aufgetreten sind. Ohne diesen Ausgleich hätte der Lohnauftrieb noch (!) unliebsamere Formen annehmen müssen und ebenso das Ausmaß der Fluktuation. Die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte hat so mit im wesentlichen einen begrüßenswerten Dämpfungseffekt gehabt, sie trägt zur Stabilisierung bei."

Der Krankenstand der ausländischen Arbeiter ist wesentlich niedriger als der der westdeutschen Arbeiter, obwohl die Arbeitsplätze der ausländischen Arbeiter oft mit größerer Unfallgefahr verbunden sind und die Arbeit schwerer und schmutziger ist. Dies ist zurückzuführen auf den größeren Druck auf die ausländischen Arbeiter, auf die größere Unsicherheit ihrer Arbeitsplätze, auf die gründliche ärztliche Untersuchung bei der Anwerbung im Ausland (so wurden z.B. 1965 9,7% der von den westdeutschen Kommissionen im Ausland ärztlich untersuchten Ausländer für eine Vermittlung abgelehnt). Weiterhin spielt bei dem niedrigen Krankenstand, durch den das westdeutsche Kapital eine höhere Ausbeutung erzielt und Kosten für Kuren etc. spart, eine Rolle, daß die ausländischen Arbeiter fast alle zwischen 18 und 35 Jahre alt sind – also im leistungsfähigsten Alter sind.

Die ausländischen Arbeiter müssen besonders hart ran, haben schlechtere, schmutzigere Arbeitsplätze, sind im leistungsfähigsten Alter – sie werden also besonders intensiv ausgebeutet. Chauvinistische Schreiberlinge meinen dazu in der bürgerlichen Presse: Sie sollen gefälligst das eine Jahr, das sie oft nur in Deutschland sind, alles aus ihrer Arbeitskraft herausholen, danach liegen sie in ihrer Heimat ja doch nur wieder auf der faulen Haut in der Sonne.

Zu der besonders harten Arbeit kommt hinzu, daß die ausländischen Arbeiter besonders viele Überstunden machen. Die ausländischen Arbeiter machen vor allem mehr Überstunden, weil sie sich dazu gezwungen sehen. Außerdem sind sie großenteils ohne Familie in der BRD, haben keinen Kontakt zu der gesellschaftlichen Umwelt bei uns, werden in Ghettos abgeschnürt und sehen daher oft nur in Überstunden die einzige Alternative. Schließlich machen sich viele kaputt in der Hoffnung, sich später zu Hause mit dem Ersparten eine „gesicherte Existenz" (Taxifahrer, Laden aufmachen, Land kaufen) aufbauen zu können. Wenn ein Torfwerk in Uchte die türkischen Arbeiter für einen Lohn von 2,50 DM 80 Stunden pro Woche arbeiten ließ (mit Genehmigung des Arbeitsamtes) – dann ist das nur die Spitze eines Eisberges.

Die besonders intensive Arbeit und die größere Überstundenzahl ist neben dem Einsatz bei besonders gefährlicher Arbeit der Hauptgrund für die höhere Zahl von Arbeitsunfällen. Des weiteren spielen noch die Sprachschwierigkeiten und die oft ungewohnte moderne Industrieproduktion eine Rolle, allerdings nicht die hauptsächliche, wie oft in der bürgerlichen Presse behauptet wird, wo dann natürlich die ausländischen Arbeiter zusätzlich noch selbst Schuld haben, daß sie die deutsche Sprache noch nicht erlernt haben. 1971 forderte z.B. in Baden-Württemberg jeder dritte tödliche Unfall am Arbeitsplatz das Leben eines ausländischen Arbeiters, obwohl nur 1/7 aller Arbeiter Ausländer waren. Die Gefahr eines tödlichen Unfalls war also für sie mehr als doppelt so hoch.

Ein besonderer Vorteil der Ausländerbeschäftigung für die westdeutsche Bourgeoisie liegt darin, daß sie hier ein leicht hin und her verschiebbares Arbeitsheer besitzt. Die Reservearmee an Arbeitskräften für die westdeutsche Industrie ist heutzutage nicht in der BRD, sondern in den Mittelmeerländern. So warten z.B. in der Türkei viele Millionen schon seit Jahren auf eine Vermittlung in die BRD. Bei schlechter Konjunkturzulage in der BRD wird die größtenteils nur einjährige Arbeitserlaubnis und damit auch in der Regel die Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert, und die ausländischen Arbeiter müssen die BRD verlassen. So ging in der Krise 66/67 die Zahl der ausländischen Arbeiter um 300 000 zurück, das heißt prozentual sechsmal so stark wie der Rückgang der inländischen Beschäftigten.



Menschenunwürdige Lebensbedingungen . . .
sechs Personen auf 18 qm zusammengepfercht

Ernst Klee, ein fortschrittlicher liberaler Kritiker der Ausländerpolitik der BRD, schreibt: „Die Gäste werden nur temporär eingegliedert, um schnell abgeschoben zu werden . . . So reduzierte z.B. 1967 eine große Automobilfirma den „Bestand" an Spaniern von 2 000 auf 500 Leute innerhalb eines Monats, um kurze Zeit später, als sich die Auftragslage besserte, schlagartig 500 Spanier anzufordern."

Der „Industriekurier" schrieb in einem Artikel, nachdem er vorher die Vorteile der Ausländerbeschäftigung für die Unternehmer gelobt hatte: „Das Dilemma liegt aber eben da, wo wir im Begriff sind, den Ausländer qualifizierter einzusetzen, wo wir ihm die Möglichkeit geben, aus der Gemeinschaftsunterkunft überzuziehen in die eigene Wohnung und seine Familie nachzuholen. In diesem Moment, in dem spätestens der gleiche gesellschaftliche und soziale Status erreicht ist wie der einheimische Arbeiter ihn hat, schwindet der Entlastungseffekt in arbeitsmarktpolitischer und volkswirtschaftlicher Hinsicht." Das Zitat macht noch einmal deutlich, warum die Unternehmer und ihr Staatsapparat an einem dauernden Wechsel der ausländischen Arbeiter in der BRD, an der sogenannten **Rotation** interessiert sind.

Wenn die bürgerliche Presse darstellen will, wie vorteilhaft eine Beschäftigung in der BRD für die „Gastarbeiter" und ihre Heimatländer sei, muß immer wieder das „Argument" herhalten, daß die ausländischen Arbeiter in der BRD qualifiziert würden. Tatsache ist jedoch, daß etwa 10% als Facharbeiter in die BRD kommen und ganze 2% während ihres Aufenthaltes hier sich zu Facharbeitern qualifizieren können, daß 1% als Angestellte in die BRD kommen und sich diese Zahl nicht vermehrt und daß die übrigen 87% als Hilfsarbeiter bzw. angelernte Arbeiter beschäftigt werden. Unter „Anlernzeit" wird dabei schon eine nur Tage dauernde „Ausbildung" verstanden, und diese ist auch nur für ganz bestimmte, spezialisierte Arbeitsplätze verwendbar und kann daher in den Heimatländern fast nie nützlich sein.

Ein italienischer Korrespondent beim VW-Werk, Antonio di Virgilio, schreibt: „Die Deutschen fangen als Hilfsarbeiter an, bald sind sie Gruppenführer, dann Vorarbeiter. Es sind Italiener hier, vielleicht 100 oder 150, die arbeiten seit acht oder neun Jahren im Werk, sprechen ausgezeichnet deutsch, sind qualifiziert und haben noch nie eine Chance gehabt." Laut Klee schaffte in Wolfsburg von den 8 000 VW-Italienern noch keiner den Sprung zum Vorarbeiter. Bei vielen Baukolonnen sind nur noch die Fach- und Vorarbeiter Westdeutsche, bei der Frankfurter Müllabfuhr z.B. meist nur noch ein Arbeiter pro Kolonne – der Fahrer.

Ganz besonders günstige Ausbeutungsobjekte sind für die Unternehmer die sich illegal in der BRD aufhaltenden ausländischen Arbeiter (ohne Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis), die meist von Menschenhändlern nach Westdeutschland gelockt werden. In dem vom Bundesvorstand der Jungsozialisten herausgegebenen „Schwarzbuch: Ausländische Arbeiter" steht dazu: „Deutsche Unternehmer, die ‚Illegale' beschäftigen, müssen pro Fall bis zu 3 000 DM Strafe zahlen, eine Summe, die in keinem Verhältnis zum erzielbaren Gewinn steht. Der illegal Arbeitende kann außerdem nach dem Abbau der Arbeitsspitze ohne Formalitäten wieder weggeschickt werden. Eine Beschwerde über die besonderen Ausbeutungspraktiken beim Arbeitsamt oder beim Arbeitsgericht ist natürlich unmöglich, weil damit die sofortige Ausweisung und Abschiebung verbunden ist. . . Das Problem der Illegalen ist trotzdem eine Randerscheinung des kapitalistischen Systems. Es findet aber in der liberalen Presse um so größere Beachtung, als man hier Auswüchse anklagen, die Gesellschaft verbessernd wirken kann, ohne am System zu rühren."

Bis ein Mensch als Arbeitskraft fürs Kapital verwertbar ist, dauert es normalerweise 15-20 Jahre. In dieser Zeit müssen für die Herstellung dieser Arbeitskraft die verschiedensten Kosten getragen werden, die zu einem Teil der Staat übernimmt (Schulen, Krankenhäuser, Spielplätze usw. usf.). Diese Kosten spart das westdeutsche Kapital, wenn es die ausländischen Arbeiter sozusagen gleich „voll verwendungsfähig" aus ihren Heimatländern importiert.

Der Italiener Cinanni (Mitglied der KPI) kommt übrigens aufgrund dieser wichtigen Quelle von Extra-Profit für das BRD-Kapital zur Forderung nach Rückerstattung dieser Reproduktionskosten an Italien. Zwar kann im Kapitalismus eine derartige Rückerstattung immer nur Gegenstand eines Kuhhandels zwischen den kapitalistischen Staaten sein, wobei die Kapitalisten möglichst viel für sich selbst zu sichern trachten; dennoch ist die Forderung Cinannis grundsätzlich berechtigt.

Besondere politische Entrechtung der ausländischen Arbeiter

Die besondere Ausbeutung der ausländischen Arbeiter wird von der westdeutschen Bourgeoisie politisch abgesichert durch eine Einschränkung ihrer demokratischen Rechte. Ihre besondere Unterdrückung soll sie davon abhalten, für eine Verbesserung ihrer Lage zu kämpfen und soll einen Keil zwischen sie und ihre westdeutschen Kollegen treiben.

Das Ausländergesetz (AuslG) bestimmt die Rechte und Pflichten der Ausländer in der BRD. Es wurde 1965 erlassen, löste Vorschriften ab, die noch aus der faschistischen Herrschaft der Bourgeoisie stammten, und wurde von seinen Schöpfern als das „wohl liberalste der Welt" vorgestellt. In den Ausführungsbestimmungen zum AuslG heißt es, daß die Ausländer in der BRD „alle Grundrechte" genießen – „mit Ausnahme der Grundrechte der Versammlungsfreiheit, der Vereinsfreiheit, der Freizügigkeit, der freien Wahl des Arbeitsplatzes, der Berufs- und Ausbildungsstätte sowie des Schutzes vor Ausweisung an das Ausland."

Ausweisungsgrund ist laut Gesetzeskommentar jede politische Meinungsäußerung, „die den Zweck verfolgt, andere in ihrer Auffassung zu beeinflussen. So geht der Versuch, durch Äußerung einer politischen Meinung einen anderen zur eigenen politischen Meinung zu bekehren über die vom Grundgesetz geschützte reine Meinungsäußerung hinaus, und zwar auch dann, wenn sich dieser Versuch in kleinem, vertrautem Kreis abspielt." Nach § 14 des AuslG können die Betroffenen selbst in ein Land ausgewiesen werden, in dem wegen ihrer politischen Überzeugung ihr Leben und ihre Freiheit bedroht sind – z.B. Griechenland, Spanien und Iran. Beispiele für solche Praktiken gibt es genug – gerade auch aus der Zeit der jüngsten Hetze gegen arabische Arbeiter und Studenten vor allem nach den Münchner Ereignissen.

Die in der BRD wohnenden Ausländer, soweit sie nicht als Asylberechtigte (das sind sowieso fast nur Menschen aus den osteuropäischen Ländern und nicht solche aus faschistischen Staaten) oder EWG-Angehörige besser gestellt sind, benötigen Aufenthaltserlaubnis und Arbeitserlaubnis. Die Arbeitserlaubnis gilt in der Regel nur für ein Jahr und kann dann verlängert werden. Sie ist Voraussetzung für die Aufenthaltserlaubnis. Beide sind meist auf bestimmte Betriebe, Wirtschaftszweige oder Bezirke beschränkt. So lautet z.B. ein Stempel im Paß: „Die Aufenthaltserlaubnis wird ungültig bei Aufgabe der Tätigkeit bei Firma X". Also eine moderne Form der Sklaverei.

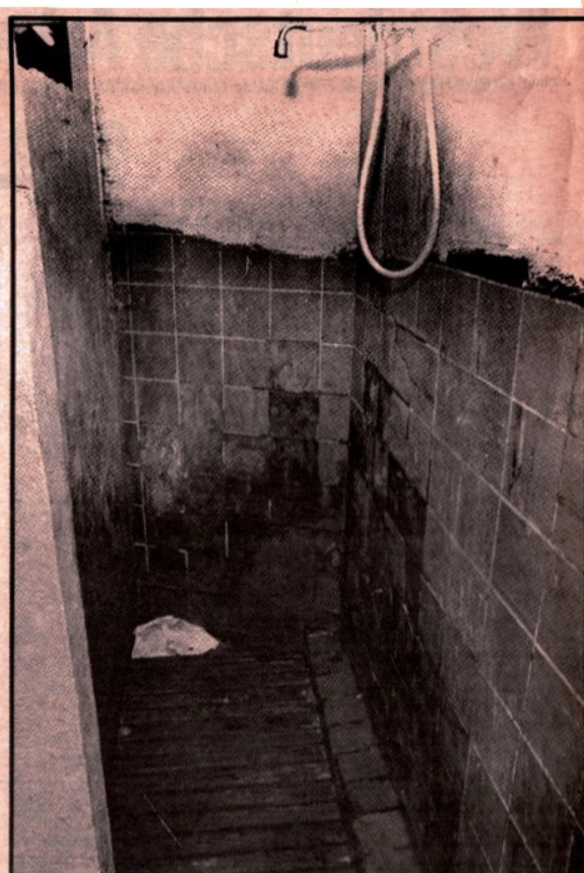
Bricht ein ausländischer Arbeiter seinen Arbeitsvertrag (den er fern in der Heimat ohne Kenntnis der Arbeitsbedingungen, des Lohnniveaus usw. unterschrieben hat), so ist das ein Ausweisungsgrund. Ein Gesetzeskommentar lautet z.B.: „Bei längerer Krankheit kann die Aufenthaltserlaubnis versagt werden, weil der Zweck des Aufenthalts, nämlich die Arbeitnehmertätigkeit und damit Hilfe für die deutsche Wirtschaft und Industrie (!) nicht mehr vorliegt."

Zwei Zeitungsmeldungen von einem einzigen Tag (13.3.73) zeigen, welcher Druck durch das System von Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis und die Abschiebungsdrohung auf die ausländischen Arbeiter ausgeübt wird und zu welchen Verzweiflungstaten sie systematisch getrieben werden. So nahmen sich in dem neuen Kölner „Klingelpütz"-Gefängnis innerhalb von sechs Wochen außer zwei Deutschen auch zwei ausländische Arbeiter das Leben, die in Abschiebehaft waren. Sie hatten keinerlei Gesetze übertreten, besaßen nur keine Aufenthaltsgenehmigung mehr. In Frankfurt soll eine ausländische Arbeiterin ausgewiesen werden, die schwanger ist und deren Ausweisung das Leben des Kindes gefährden würde .. Sie kam nur mit Touristenvisum, ohne Aufenthaltsgenehmigung, in die BRD, wurde vom Kapitalisten gekündigt, als sie schwanger wurde (was laut Gericht rechtens ist, da sie ohne Arbeitserlaubnis arbeitete) und sitzt jetzt völlig mittellos auf der Straße.

Das AuslG läßt den Verwaltungen und Gerichten breiten Spielraum, so daß z.B. das Bundesverwaltungsgericht eine Ausweisung bei „wilder Ehe" eines Ausländers mit einer deutschen Frau für angebracht hält (also teilweise rassistische Maßnahmen zur Einschüchterung der ausländischen Arbeiter). Wenn auch bisher noch die Vergünstigungen des Arbeitsförderungsgesetzes und des Ausbildungsförderungsgesetzes für Nicht-EWG-Ausländer nicht gelten, so wird ihnen z.B. doch versprochen, in den Genuß von Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen zu kommen. Sie sind gut beraten, diese Hilfe nicht in Anspruch zu nehmen, denn § 10 des AuslG besagt, daß derjenige ausgewiesen wird, der seinen Lebensunterhalt für sich und seine Angehörigen nicht ohne Sozialhilfe bestreiten kann.

Vor der Urabstimmung in der Metalltarifrunde 1971 in Baden-Württemberg nutzten die Kapitalisten die besonders rechtlose Lage der ausländischen Arbeiter und verteilten u.a. ein Flugblatt, das folgenden Text in vielen Sprachen enthielt: „Glauben Sie nicht alles, was man Ihnen in der nächsten Zeit über uns erzählt, und lassen Sie sich vor allem unter keinen Umständen von radikalen Kräften zu ungesetzlichen Aktionen mißbrauchen. Strafbare Handlungen können unter Umständen für Sie zur Ausweisung und damit zum dauernden Verlust Ihres Arbeitsplatzes in Deutschland führen."

Als die „Informationszentrale der Bayrischen (!) Wirtschaft" darauf hin-



. . . der ausländischen Arbeiter
Dusche für 20 Menschen im Ausländer-Wohnheim der Norddeutschen Affinerie (großer Chemie-Betrieb in Hamburg)

wies, daß die italienische KP zwei Sektionen in Stuttgart und Köln aufbauen wolle, protestierte NRW-Innenminister Weyer und forderte in einem Fernschreiben an Genscher ein Verbot. Es sei denkbar, erklärte Weyer, daß nach den italienischen Kommunisten auch die faschistische Partei Italiens Filialen in Westdeutschland gründet.



Ausländer-Wohnheim der Norddeutschen Affinerie in Hamburg: 20 qm für vier Personen bringen der Firma 400,– DM monatlich ein!

Die Unverschämtheit dieses „Arguments" wird dadurch noch verstärkt, daß die italienischen Faschisten schon lange in der BRD aktiv sind. Das „Schwarzbuch" der Jusos berichtet, daß Tarnorganisationen der italienischen Faschisten bereits seit mindestens drei Jahren in der BRD ohne Behinde-
daß Tarnorganisationen der italienischen Faschisten bereits seit mindestens drei Jahren in der BRD ohne Behinde-
rung arbeiten. So unterhalten die CTIM (Ablegerorganisation der faschistischen Partei MSI) und die CISNAL (faschistische Gewerkschaft der MSI) in der BRD ein Netz von Büros, „kulturellen Zentren", Rechtsberatungsstellen und Ortsgruppen.

Durch eine im vergangenen Juni vom Bundestag beschlossene Gesetzesänderung wurde die Überwachungstätigkeit des Verfassungsschutzes auch auf ausländische Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen ausgedehnt (siehe auch Artikel im ARBEITERKAMPF Nr. 20). Damit wurde nur „legalisiert", was der Geheimdienst schon lange praktiziert. Jetzt kann er allerdings „völlig rechtens" seine Bespitzelung weiter ausbauen.

BRD-Geheimdienst und Polizei arbeiteten schon oft mit ausländischen Geheimdiensten „erfolgreich" zusammen. Es sei z.B. nur daran erinnert, daß 1967 beim Schah-Besuch das Bundeskriminalamt von der persischen Botschaft eine Liste mit 559 namentlich aufgeführten „Schah-Gegnern" erhielt, denen das BKA daraufhin politisches Betätigungsverbot und tägliche Meldepflicht auferlegte. Dieses Beispiel läßt erahnen, welch große Arbeitsfreiheit Geheimdiensten faschistischer Staaten (in diesem Fall dem für seine Folter und Morde berüchtigten iranischen SAVAK) auf westdeutschem Boden eingeräumt wird.

Ein anderer bekannt gewordener Fall ist die Entführung mehrerer südkoreanischer Menschen durch den dortigen Geheimdienst nach Südkorea, wogegen ausnahmsweise sogar die BRD-Regierung formell protestierte.

Die Münchener Ereignisse zum Vorwand nehmend, wurden im Herbst die palästinensischen Organisationen GUPS und GUPA verboten und viele Palästinenser ausgewiesen, teilweise in Länder, wo die Gefahr ihrer Ermordung bestand.

Die Unternehmer und ihre Vertreter besonders in der CDU/CSU vertreten das unmenschliche „Rotationsprinzip". Sie wollen die ausländischen Arbeiter in der BRD gar nicht erst heimisch werden lassen, sie in Unkenntnis der Zustände und ihrer Rechte hier belassen (unter anderem bedingt durch die Unkenntnis der deutschen Sprache) und damit auch nicht zu der Erkenntnis, wie man die Zustände hier ändern kann, kommen lassen. Die Kapitalisten wollen ein leicht hin und her verschiebbares Arbeitsheer, das sie besonders leicht ausbeuten können. Sie wollen eine am Rande der Gesellschaft in Ghettos lebende, von der westdeutschen Arbeiterklasse abgespaltene Menschenmasse.

So hat der bayrische Innenminister Merck Ende letzten Jahres verfügt, alle ausländischen Arbeiter, die schon länger in der BRD leben, abzuschieben, damit sie gar nicht erst zu dem Recht gelangen, einen Antrag auf Einbürgerung stellen zu können. Ein solcher Antrag kann nach 10 Jahren Aufenthalt in der BRD (bei mit einem westdeutschen Ehepartner Verheirateten nach 5 Jahren) gestellt werden. Er kann (!) ge-
in der BRD (bei mit einem westdeutschen Ehepartner Verheirateten nach 5 Jahren) gestellt werden. Er kann (!) ge-
nehmigt werden, wenn der Ausländer nicht gegen die Gesetze der Bourgeoisie verstoßen hat, seine Familie in der BRD ernähren kann, fließend Deutsch sprechen kann und sich „in die Gesellschaft eingefügt hat" (in die Unternehmergesellschaft also).

Einem Münchner Gastwirt, der Ausländern den Zutritt zu seinem Lokal verbietet, bestätigte die Staatsanwaltschaft die Straflosigkeit seines Tuns, weil „Ausländer nicht Teil der Bevölkerung" seien. Der Nachzug von Familienangehörigen soll nach den Anwerbevereinbarungen eine „wohlwollende Behandlung" erfahren. In der Praxis sieht das so aus, daß ausländischen Arbeitern Wartezeiten zugemutet werden, die nach BRD-Recht die Scheidung der Ehe zulassen würden. Die Richtlinien der Ausländerbehörden gestatten den Nachzug der Familienangehörigen grundsätzlich erst nach drei Jahren (bei Arbeitern aus den Anwerbeländern erst nach einem Jahr) und nur dann wenn „der Arbeitnehmer und seine Familie sich ohne besondere Schwierigkeiten in die deutschen Verhältnisse einfügen können". Auch wird der Kreis der Verwandten auf Ehegatten und Kinder unter 21 Jahren beschränkt. So versagte ein Gericht einer spanischen Arbeiterin, ihren alleinstehenden alten Vater nach Westdeutschland zu holen mit der Begründung: „*Der Kläger hat in der Familie seiner Tochter keine echte Aufgabe zu erfüllen. Er ist aufgrund seines Alters und seiner Gebrechlichkeit nicht in der Lage, tatkräftig zum Wohlbefinden der Tochter in der BRD beizutragen. Wie der Kläger selbst vortragen läßt, bedarf er vielmehr ihres Beistandes, der ihm zwangsläufig auch nur außerhalb der Arbeitszeit zuteil werden kann.* **Der Aufenthalt der Tochter wird dadurch nicht erleichtert, sondern ihre Arbeitskraft zusätzlich auch während ihrer Freizeit in Anspruch genommen. Das liegt aber nicht im Sinne der deutsch-spanischen Anwerbevereinbarung.**"

Das OVG hält das „innere Gefüge des deutschen Staatsvolkes" für bedroht, wenn es einem Farbigen gestattet würde, mit seiner westdeutschen Ehefrau in der BRD zu leben, und entscheidet auf Ausweisung. Untere Gerichte folgten dieser „Rechtsprechung" in anderen Fällen. Übrigens sind Fälle nicht bekannt, daß Ausländerinnen, die einen westdeutschen Ehemann haben, ausgewiesen worden sind. So steht es bei uns auch heute noch mit der „Gleichberechtigung" der Frau.

72 % der ausländischen Arbeiter sind verheiratet, jedoch nur die Hälfte davon lebt mit der Frau in der BRD. Den anderen war es nicht möglich, ihre Familie nachzuholen.

Innerhalb der EWG wurde die Freizügigkeit und Gleichberechtigung der Arbeitskräfte zumindestens auf dem Papier schrittweise hergestellt. Bei den Verhandlungen darum waren es die Vertreter der westdeutschen Bourgeoisie, die sich dagegen aussprachen, daß parallel zur Herstellung der Freizügigkeit innerhalb der EWG das Heranholen von Arbeitskräften aus anderen Ländern erschwert wurde, und sie konnten diesen Standpunkt auch durchsetzen. Die westdeutsche Bourgeoisie bevorzugt eindeutig Arbeitskräfte aus Ländern außerhalb der EWG. So stieg die Zahl der türkischen und jugoslawischen Arbeiter in der BRD von 1963 bis 1971 von 70 000 auf 900 000, während die Zahl der italienischen Arbeiter nur von 300 000 auf 400 000 anstieg, obwohl auch in Italien große Arbeitslosigkeit besteht. Cinanni schreibt dazu: „In Frankreich und Belgien weist die Einwanderung andere Züge auf als in der BRD. In der BRD gibt es keine ernsthaften Bemühungen, die Eingewanderten zu integrieren. Je verschiedenartiger und entfernter das Herkunftsland der Einwanderer ist, desto besser. Denn auf diese Weise stellen sich Integrierungsprobleme erst gar nicht."

So versucht also die westdeutsche Bourgeoisie schon bei der Frage, welche Nationalität die ausländischen Arbeiter haben sollen, die größtmögliche Spaltung anzulegen. Im übrigen steht die Gleichberechtigung der Arbeiter der EWG-Länder zwar auf dem Papier, aber in Wirklichkeit bekommen auch italienische Arbeiter weniger Lohn als ihre westdeutschen Kollegen, unterliegen auch italienische Arbeiter dem reaktionären AuslG.

In der letzten Zeit ist die Frage, ob „Rotationsprinzip" oder Integration und Einbürgerung (13 % der ausländischen Arbeiter wünschen laut einer Umfrage die Einbürgerung) in der bürgerlichen Presse, in den bürgerlichen Parteien und im Staatsapparat verstärkt zur Diskussion gekommen. Das liegt daran, daß in der nächsten Zeit wahrscheinlich viele ausländische Arbeiter aufgrund schon längeren Aufenthalts in der BRD Einbürgerungsanträge stellen werden, daß das westdeutsche Kapital auf nicht absehbare Zeit weiterhin Millionen ausländischer Arbeiter beschäftigen will und daran, daß viele ausländische Arbeiter – teilweise zusammen mit westdeutschen Kollegen und anderen fortschrittlichen Menschen – begonnen haben, sich gegen ihre besonders entrechtete Stellung zur Wehr zu setzen. Auch besteht ein Widerspruch zwischen dem von der Bourgeoisie vertretenen „Rotationsprinzip" und der Tatsache, daß für viele Unternehmer einzelne qualifizierte und Deutsch sprechende ausländische Arbeitskräfte nicht so leicht entbehrlich sind.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales will noch dieses Frühjahr eine „Gesamtkonzeption" über die ausländischen Arbeiter dem Bundeskabinett vorlegen. Mehr als Schönheitspflästerchen, wirkliche Schritte zur Beseitigung der besonderen Unterdrückung und Ausbeutung der ausländischen Arbeiter sind davon allerdings nicht zu erwarten. So wird wohl die Einbürgerung erleichtert werden – allerdings nur für die ausländischen Arbeiter, die nicht für ihre Interessen und die ihrer Kollegen eingetreten sind, sondern gegenüber der Bourgeoisie „Wohlverhalten" gezeigt haben. Mit dem Einbürgerungsrecht wird sich so das Kapital ein weiteres Druck- und Erpressungsmittel gegen die ausländischen Arbeiter schaffen, und parallel zu solchen Schönheitspflästerchen wird die Bourgeoisie verschärft daran gehen, die ausländischen Arbeiter politisch unter Druck zu setzen, sie zu bespitzeln, Unbequeme auszuweisen und fortschrittliche Organisationen zu verbieten. ■

Den zweiten Teil dieses Artikels drukken wir aus Platzgründen in der nächsten Ausgabe des ARBEITERKAMPF. Inhalt: Besonders üble Lage der ausländischen Arbeiter auf allen Gebieten (Mietwucher, Schulausbildung der Kinder, Sozialversicherung usw.). Die Bourgeoisie versucht ausländische und westdeutsche Arbeiter gegeneinander aufzuhetzen („hohe Kriminalität", „Lohndrückerei" usw.). Die Haltung der Gewerkschaften. Gemeinsamer Kampf ausländischer und westdeutscher Arbeiter notwendig.

Makler M's besondere Masche

In Bremerhavens verlängerter "Bürger" stehen noch viele, ehemals "gutbürgerliche" Häuser aus der Zeit, als dieser Teil noch "Kaiserstraße" hieß. Viele der ehemaligen Bewohner haben dieses Viertel verlassen, da die meisten der Häuser langsam, aber sicher zerfallen. Ab und zu ein neuer Fassadenanstrich - damit erschöpfen sich meist die Renovierungsmaßnahmen der Besitzer. Das heißt aber nicht, daß diese Häuser keinen Profit mehr abwerfen - im Gegenteil. Schauen wir uns zum Beispiel mal eins der Häuser von Makler M. genauer an. Makler M. hat einen Trick entdeckt, wie man aus den verfallenden Wohnungen enorm viel Geld herausholen kann.

Er vermietet die Zimmer einzeln "möbliert" bei gemeinsamer Benutzung der Küche. Diese "Küche" war früher einmal das Bad oder auch der Flur, dafür ist aus der eigentlichen Küche noch ein möbliertes Zimmer geworden. Auf diese Weise holt Makler M. aus einer alten Wohnung, für die er sonst höchstens DM 350,– im Monat nehmen könnte, ungefähr das doppelte an Mieteinnahmen. Möblierung heißt bei Makler M.: ein wackeliges Bett, ein ebenso wackeliger Schrank, ein kleiner Tisch und zwei Sessel, wie sie am Monatsanfang haufenweise am Straßenrand stehen, damit die Müllabfuhr sie mitnimmt.

Die Miete pro Zimmer beträgt über DM 100,–. Außerdem muß man DM 150,– Mietvorauszahlung leisten, die man nur wiederbekommt, wenn alle Möbel heil zurückgelassen werden, und das ist bei deren Zustand ein Glücksfall. Auch sind Makler M.'s Quittungen über die DM 150,– so schwammig gehalten, daß man sein Geld wahrscheinlich nie wiedersieht. Wohnt man zu zweit in so einem Zimmer, zahlt man die doppelte Miete; ist man verheiratet, immerhin auch noch einen gehörigen Aufpreis.

Nur ungern stellt der Makler einen Mietvertrag aus; bekommt man nach langer Drängelei so einen selbstgefertigten Wisch, so wird darin ziemlich alles verboten, damit Makler M. die Möglichkeit hat, ihm unliebsame Mieter jederzeit rauszuschmeißen. Doch damit nicht genug: die Stromkosten werden nach Gutdünken geteilt. So ist es vorgekommen, daß eine ausländische Kollegin ca. DM 80,– Stromkosten bezahlen mußte, obwohl Makler M. streng verbietet, E-Heizer zu benutzen, weil sonst die wackelige 10-Ampère-Sicherung rausfällt! Auch die ausländische Kollegin hatte keinen solchen benutzt, hatte also lediglich den Strom für Licht etc. zu bezahlen. Und weiter: für sieben Personen sind zwei Kochplatten vorhanden, von denen die eine kaputt ist. Zum Heizen steht in jedem Zimmer ein Kohleofen; weil man keine Gelegenheit hat, Kohlen zu lagern, ist man praktisch darauf angewiesen, sie in kleinen Mengen – dafür teurer, versteht sich – beim Hauswirt zu kaufen.



„Gemeinschaftsküche" auf dem Flur – die eigentliche Küche ist als „möbliertes Zimmer" vermietet worden

Mit Vorliebe vermietet Makler M. an Ausländer, weil er deren fehlende Sprach- und Rechtskenntnisse am besten ausnutzen kann, und mit weniger Widerstand aufgrund der rechtlosen Situation der ausländischen Kollegen rechnet. Doch den ausländischen Kollegen passiert eben in einer besonders krassen Form nur dasselbe wie jedem hiesigem Arbeiter auch.

Doch woher kommt diese Wohnungsnot? Sie ist ein notwendiges Erzeugnis der bürgerlichen Gesellschaft, "*in der Arbeiter massenhaft in den großen Städten zusammengedrängt werden, und zwar rascher, als unter den bestehenden Verhältnissen Wohnungen für sie entstehen, in der also für die infamsten Schweineställe sich immer Mieter finden müssen, in der endlich der Hausbesitzer, in seiner Eigenschaft als Kapitalist, nicht nur das Recht, sondern, vermöge der Konkurrenz auch gewissermaßen die Pflicht hat, aus seinem Hauseigentum rücksichtslos die höchsten Mietpreise herauszuschlagen. In einer solchen Gesellschaft ist die Wohnungsnot kein Zufall, sie ist eine notwendige Institution, sie kann also mitsamt ihren Rückwirkungen auf die Gesundheit usw. nur beseitigt werden, wenn die ganze Gesellschaftsordnung, der sie entspringt, von Grund auf umgewälzt wird.*" (Engels, zur Wohnungsfrage).

KB-Gruppe Bremerhaven



Wohnungskampf in Frankfurt

Bei Nacht und Nebel wurde am 4. April 1973 im Frankfurter Westend das besetzte Haus Kettenhofweg 51 von sieben Hundertschaften Polizei geräumt. Die Polizei hatte für die nächtliche Aktion das ganze Viertel militärisch abgeriegelt und war mit Wasserwerfern, Feuerwehr etc. angerückt, obwohl der Frankfurter „Rat der besetzten Häuser" bereits vorher angekündigt hatte, daß das Haus „nicht weiter militant verteidigt" werden würde. Begründet wurde das Aufgebot der Polizei mit der Behauptung, daß im Haus Sprengstoff und Waffen gelagert seien und man bei einer Räumung mit Verletzten und Toten rechnen müßte. Sofort nachdem die 10 (!) verbliebenen Besetzer widerstandslos das Haus verlassen hatten, wurde der bis dahin gut erhaltene Wohnraum unter Polizeischutz mit Spitzhacken zerstört. Diese Räumung stellt einen vorläufigen Höhepunkt in den Auseinandersetzungen um die besetzten Häuser in Frankfurt dar, bei denen die Polizei mit unglaublicher Brutalität gegen Besetzer, Demonstranten, unbeteiligten Passanten, Fotografen etc. vorgegangen ist.

SPD/CDU und Bodenspekulanten Arm in Arm gegen Mieter

Seit einigen Jahren vollzieht sich in den (meistens von der SPD regierten) Großstädten eine auf bestimmte Wohngegenden konzentrierte systematische Zerstörung von Wohnraum. Dieser Wohnraum – meist in Citynähe gelegen und überwiegend von Arbeitern und kleinen Angestellten bewohnt – wird nach Abriß der Wohnhäuser mit profitbringenderen Bürohochhäusern, Renommier-Congreß-Centren, Luxuswohnungen usw. bebaut.

Gesetzliche Grundlage für die Zerstörung und den Abriß von auch gut erhaltenem Wohnraum stellen die Anfang der 60er Jahre von der CDU/CSU verabschiedeten Gesetze über den Abbau der „Wohnungszwangswirtschaft" dar. (Lücke-Gesetze). In diesen Gesetzen wird festgelegt, daß die Wohnungswirtschaft und der Baulandmarkt in die „freie Marktwirtschaft" (d.h. die kapitalistische Profitwirtschaft) eingegliedert werden sollten. Die Auswirkungen dieser Gesetze für die Mieter waren von Anfang an klar eingeplant: Unter dem „Gesetz von Angebot und Nachfrage" stiegen die Mieten von 1960 bis 1970 um 80-100%, die Grundstückspreise versechsfachten sich im gleichen Zeitraum, die Grundeigentümer erzielten Gewinne in Höhe von rund 70 Milliarden DM.

Die SPD (damals noch in der Opposition) setzte sich wortradikal für die Interessen der Mieter ein, handhabte aber in den von ihr regierten Großstädten diese Gesetze so großzügig im Interesse der Grundeigentümer und Spekulanten, daß selbst die SPD-treue „Frankfurter Rundschau" rückblikkend meint, „es soll nicht beschönigt werden, daß auch im Rahmen des bisher schon Möglichen manche Fehler in sozialdemokratisch regierten Städten geschehen sind". (FR vom 29.3.73)

Viele Arbeiter und Angestellte hegten beim Eintritt der SPD in die Regierung die Hoffnung, daß die SPD eine etwas sozialere Miet- und Wohnungspolitik betreiben würde. Aber trotz allem Reformgetöne nach außen, stellte die SPD schon 1970 in ihrem „Programmatischen Städtebaubericht" klar, daß sie nicht an eine Änderung der katastrophalen Zustände denkt: „Um das auftretende Mißverhältnis (!) zwischen der gesellschaftspolitischen und der wirtschaftlichen Bedeutung des Gutes ‚Boden' auszugleichen, bedarf es keineswegs einer Änderung der gegenwärtigen Eigentumsordnung". Und dies, obwohl nach Art. 15 des Grundgesetzes eine Sozialisierung von Grund und Boden durchaus möglich ist. Somit bekannte sich die SPD an der Regierung ausdrücklich zu den mieterfeindlichen Gesetzen der CDU; die sie in ihrer Oppositionsrolle zuvor noch wortreich und scheinheilig „bekämpfte".

So wurde die Ausplünderung der Mieter systematisch weiterbetrieben. Die Eigentümer von Grund und Boden gehen – angesichts der in schwindelerregende Höhen steigende Bodenpreise und der damit verbundenen Profite – immer mehr dazu über, ganze Stadtviertel „verslumen" zu lassen (z.B. in Hamburg die Neustadt, wo ganze Straßenzüge dem „Seid-nett-zueinander"-Verleger Axel C. Springer gehören). „Verslumen" heißt, daß an Altbauten nicht einmal die notwendigen Renovierungen mehr vorgenommen werden, daß Wohnungen überbelegt werden usw., damit dann möglichst schnell die Wohnungen „unbewohnbar" werden und abgerissen werden können. Mit Einschüchterungen (Wasser und Strom werden abgestellt, die Heizung im Winter abgedreht), mit offenen Drohungen (in Frankfurt bedrohte ein Vermieter die Mieter mit dem Revolver), mit Zerstörungen von Wohnraum durch bezahlte Rollkommandos, werden die Mieter gezwungen, die Wohnungen zu räumen.

Sofern diese Mieter dann überhaupt noch eine Wohnung in einem der Betonsilos am Stadtrand finden, müssen sie für diese Wohnungen bis zu 30% ihres Einkommens bezahlen; viele müssen nach kurzer Zeit ins Lager, weil sie die Miete in den zugewiesenen „Ersatz-Wohnungen" nicht bezahlen können.

Am schlimmsten sind von diesem Elend die ausländischen Kollegen betroffen, die sich noch weniger gegen diese brutale Ausplünderung wehren können. In Frankfurt leben z.B. zur Zeit etwa 100 000 ausländische Kollegen. Sie haben nicht einmal Anspruch auf eine Sozialwohnung oder auf Notunterkünfte. Entweder wohnen sie in Lagern „ihrer Arbeitgeber" oder der größte Teil ihres Lohnes geht für die Miete eines Zimmers in einem der verwohnten Altbauten drauf, denn wenn sie keinen Wohnsitz nachweisen können, werden sie sofort abgeschoben.

Die erste Hausbesetzung – eine spontane Selbsthilfe gegen Mietterror

In dieser Situation des allgemein anwachsenden Wohnungselends besetzten zum ersten Mal im September 1970 ausländische und deutsche Arbeiter und Studenten (u.a. eine Arbeiterfamilie mit 7 Kindern, die jahrelang in Notunterkünften leben mußte) ein z.T. leerstehendes Haus in der Eppsteinerstr. 47 im Frankfurter Westend. Diese spontane Aktion fand viel Sympathie bei der Bevölkerung. Die Anwohner spendeten Möbel und Lebensmittel, und selbst die SPD verhielt sich zunächst zurückhaltend. Man äußerte sogar ein "gewisses Verständnis für die Nöte der Bevölkerung", denn die Landtagswahlen 1970 standen vor der Tür. Mit markigen Sprüchen wie: "Bedingungsloser Kampf dem Mietwucher, kein Abriß von menschenwürdigen Wohnungen, nur weil Büropaläste mehr Geld bringen" etc. versuchte die SPD noch, ihr Partei-Süppchen darauf zu kochen. Außerdem hoffte die SPD-Führung wohl, daß diese Aktion relativ isoliert bleiben würde.

> Solange die kapitalistische Produktionsweise besteht, solange ist es Torheit, die Wohnungsfrage oder irgend eine andre das Geschick der Arbeiter betreffende gesellschaftliche Frage einzeln lösen zu wollen. Die Lösung liegt aber in der Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, in der Aneignung aller Lebens- und Arbeitsmittel durch die Arbeiterklasse selbst.
>
> **Engels, zur Wohnungsfrage**

Als sich allerdings herausstellte, daß diese Aktion keineswegs isoliert blieb, sondern im Gegenteil immer mehr Nachahmer fand (in kurzer Zeit wurden noch 17 leerstehende Häuser besetzt) und viele Mieter in den Mietstreik traten (Anfang dieses Jahres traten 4.000 Mieter der "Aktienbauges. für Kleine Wohnungen", die bis zu 50 % höhere Mieten zahlen sollten, in den Mietstreik – die ABG gehört der SPD-Stadt Frankfurt zu 98 %), da schwand die "Sympathie" und das "Verständnis" der SPD ziemlich schnell. Einige Häuser wurden von der Polizei geräumt, bei anderen wurde ein kurzfristiges Abkommen geschlossen (bis zum Abriß dürften die Besetzer wohnen bleiben, die Abrißgenehmigungen wurden dann schnell erteilt), den Mietstreikern drohte man mit Prozessen.

Alles in allem steuerte die SPD den "bedingungslosen Kampf" gegen die Mieter an. Sie mußte den "Rechtsstaat verteidigen, den diese Leute uns kaputtmachen wollen", (SPD-Polizeipräsident Müller).

Die SPD verteidigt den "Rechtsstaat"

Das jetzt geräumte Haus im Kettenhofweg 51 war im Februar letzten Jahres besetzt worden. Den Besetzern hatte man zu der Zeit zugestanden, das Haus bis zum Februar 1973 zu bewoh-

nen, dann sollte es abgerissen werden und dafür ein Büroneubau entstehen. Im Februar 1973 hatten die Eigentümer des Hauses, die Frankfurter Großspekulanten Markiewicz, Rosen und Neufeld zwar eine Abbruchgenehmigung (die man in Frankfurt lt. FR vom 29.3.1973 "so leicht wie eine Fahrkarte bekommt"), eine Baugenehmigung für den Büroneubau hatten sie allerdings noch nicht,und die Erteilung der Baugenehmigung würde auch, nach

> Daß der heutige Staat der Wohnungsplage weder abhelfen kann noch will, ist sonnenklar. Der Staat ist nichts als die organisierte Gesamtmacht der besitzenden Klassen, der Grundbesitzer und Kapitalisten gegenüber den ausgebeuteten Klassen ... Was die einzelnen Kapitalisten ... nicht wollen, das will auch ihr Staat nicht. Wenn also die einzelnen Kapitalisten die Wohnungsnot zwar beklagen, aber kaum zu bewegen sind, ihre erschreckendsten Konsequenzen oberflächlich zu vertuschen, so wird der Gesamtkapitalist, der Staat, auch nicht viel mehr tun. Er wird höchstens dafür sorgen, daß der einmal üblich gewordene Grad oberflächlicher Vertuschung überall gleichmäßig durchgeführt wird.
>
> **Engels, Zur Wohnungsfrage**

Aussage des Baudezernats noch ca. 1 Jahr dauern, weil die Eigentümer keinen ordnungsgemäßen Antrag gestellt hatten. Aus diesem Grund weigerten sich die Besetzer, das Haus zum vereinbarten Termin zu räumen, um das eine Jahr dort noch wohnen zu können. Daraufhin beschloß die SPD, das Haus "notfalls" mit Gewalt zu räumen, denn dem Gesetz mußte nun einmal Genüge getan werden.

Am Tag der geplanten Räumung (28.3.) versammelten sich ca. 800 Leute vor dem besetzten Haus, um die Räumung durch die Polizei zu verhindern. Der erwartete Polizeieinsatz blieb aus, es kam zu einer spontanen Demonstration in der Frankfurter Innenstadt, die ohne Vorwarnung brutal von der Polizei auseinandergeprügelt wurde. Die Demonstranten gingen zum besetzten Haus zurück, in der Annahme, daß jetzt die gewaltsame Räumung durchgeführt würde. Sie bereiteten sich durch den Bau von Barrikaden aus Mülltonnen, alten Sofas usw. auf die Verteidigung des Hauses vor. Die Polizei rückte an, um – wie später Polizeipräsident Müller sagte, die Barrikaden zu räumen (!); es sei ein "tragisches Mißverständnis" gewesen, daß die Demonstranten glaubten, die Polizei wolle das Haus räumen. Der Angriff der Polizei sah allerdings nicht sehr nach einem tragischen Mißverständnis aus: Generalstabsmäßig griffen mindestens 500 Polizisten die Barrikaden von allen Seiten gleichzeitig so an, daß den Demonstranten gar kein Fluchtweg blieb und die gewaltsamen Auseinandersetzungen regelrecht provoziert wurden. Die Demonstranten verteidigten sich, so gut es ging. Die Barrikaden wurden von der Polizei entfernt, sämtliche Straßen abgesperrt, stundenlang versuchte die Polizei Menschengruppen, die sich immer wieder ansammelten, mit Wasserwerfern und Knüppeln auseinanderzutreiben, die Polizei prügelte auf alles ein, was ihr nur vor den Knüppel kam (ein Demonstrant wurde z.B. von 5 Polizisten "gestellt" (!), verprügelt und am Boden liegend



Nach mehrmaligen Angriffen der Polizei – die Demonstranten wehren sich.

getreten, einer Reporterin wurden durch Knüppelschläge die Finger gebrochen), ca. 24 Leute wurden festgenommen. Das Haus wurde an diesem Tag nicht geräumt.

Nach einem Tag der "gespannten Ruhe" fand am 31.3. eine Mieterdemonstration mit ca. 4.000 Teilnehmern statt. Die Demonstration sollte von vornherein verhindert und die Demonstranten eingeschüchtert werden durch eine gezielte Verunsicherungstaktik: Zunächst war die Demonstration verboten worden, dann (über Rundfunk bekanntgegeben) war sie erlaubt, dann wieder verboten und von Oberbürgermeister Rudi Arndt zum Schluß "ein bißchen erlaubt" worden. Die Demonstration fand schließlich statt und verlief ruhig, sie wurde wie vorgesehen ordnungsgemäß aufgelöst. Angesichts der Mauer schwer bewaffneter Polizisten einigten sich die Demonstranten darauf, in kleinen Gruppen ins Stadtzentrum zurückzugehen, um mit der Bevölkerung weiterzudiskutieren.

Das Ausmaß der Solidarisierung der Bevölkerung läßt sich aus den – in diesem Punkt sehr spärlichen – Zeitungsberichten erfahren: Von anfangs 2.000 Demonstranten wuchs der Demonstrationszug auf seinem kurzen Weg auf 4.000 Teilnehmer an. Kurz nachdem die Demonstranten begonnen hatten, mit der Bevölkerung zu diskutieren, startete die Polizei einen Großeinsatz: Wiederum ohne Vorwarnung setzte sie Wasserwerfer und Schlagstöcke gegen Passanten und Demonstranten ein. Anlaß für den Einsatz sollen zerbrochene Fensterscheiben in umliegenden Cafes gewesen sein, wovon die Besitzer allerdings nichts wußten.

Für die Polizei sah es anders aus: "Von den Gruppen an der Hauptwache kam es teilweise zu heftigen Ausschreitungen, insbesondere zu Sachbeschädigungen. Am Cafe Kranzler und am Cafe Hauptwache wurden die Scheiben eingeworfen." Daraufhin habe die Polizei eingegriffen. Der Geschäftsführer des Cafe Kranzler erklärte der FR am Sonntag: "Bei uns ist keine einzige Scheibe zu Bruch gegangen."

FR, 29.3.73

... sich so gut ... Polizisten verstanden hatte, erklärte der AStA am Samstagabend in der Pressekonferenz.

Für die Polizei sah es anders aus: „Von den Gruppen an der Hauptwache kam es teilweise zu heftigen Ausschreitungen, insbesondere zu Sachbeschädigungen. Am Café Kranzler und am Café Hauptwache wurden die Scheiben eingeworfen." Daraufhin habe die Polizei eingegriffen. Der Geschäftsführer des Café Kranzler erklärte der FR am Sonntag: „Bei uns ist keine einzige Scheibe zu Bruch gegangen."

Weniger umstritten ist, daß Demonstrantengruppen über die Zeil zogen und den Verkehr behi...

Auch die nachfolgenden Demonstrationen Anfang April wurden in der gleichen brutalen Weise auseinandergeknüppelt (Feuerwehrleute mußten Verletzte aus Polizeiwagen regelrecht befreien, Festgenommene wurden von der Polizei mißhandelt).

Was soll mit den Provokationen der Polizei erreicht werden

Die Stimmung während der gesamten Aktion wurde durch die bürgerliche Presse auf Bürgerkriegsstimmung angeheizt. Schon vor dem Räumungstermin hatte man versucht, die Besetzer systematisch zu kriminalisieren. So soll ein Brötchenfahrer von Besetzern überfallen worden sein, wovon dieser allerdings gar nichts wußte, so wird von "Vergewaltigungen" und "Rauschgiftkonsum" in den besetzten Häusern gesprochen, die besetzten Häuser werden als "Brutstätte der Gewalt und des Terrors" bezeichnet.

Während der Aktion stellte die CDU-freundliche Presse klar, daß es nun um die Verteidigung der Freiheit (!) ginge, bei der jedermann Stellung beziehen muß. Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" forderte die Einsetzung der Machtmittel des Landes Hessen, wenn nicht gar des Bundes (d.h. Bundesgrenzschutz). Der Vorsitzende der Hessischen CDU, Dregger, beschwerte sich über eine PANORAMA-Sendung, in der die "Linksterroristen" (gemeint sind die demonstrierenden Mieter) in unerträglicher Weise verharmlost worden seien und daß es nicht angehe, sich mit "politischen Kriminellen" (gemeint sind die in Not geratenen Hausbesetzer) zu solidarisieren. (Die Mieter sollten sich diese Worte zu Herzen nehmen, wenn die CDU wieder jemand weismachen will, sie habe ein "Herz für den kleinen Mann").

Die sozialdemokratisch orientierte Presse wie Morgenpost, STERN, FR, Spiegel berichtete in auffallend breiter Weise über die Vorgänge und war bemüht, da, wo sie auf die Mißstände zu sprechen kommen mußte, den Besetzern auch ein "bißchen Recht" zu geben. Gleichzeitig bemühte sie sich aber ständig, scharf zu trennen zwischen denen, die "wirklich von den Verhältnissen betroffen sind" und denen, die "den Rechtsbruch als politisches Mittel bewußt in den Katalog ihres Kampfes um mehr Menschlichkeit aufgenommen haben" (FR 29.3.73). Auf dem durch die Baader-Meinhof-Hetzjagd und die Araber-Hetze vorbereiteten Boden wurde versucht, die Demonstranten, Mieter und Hausbesetzer als "politische Kriminelle", "Linksfaschisten", "Terroristen" etc. zu diffamieren und als Menschen darzustellen, denen es ja gar nicht um die



Ohne Warnung greift die Polizei an und knüppelt die Demonstranten auseinander.

Interessen der Bevölkerung ginge, sondern die die Bevölkerung bloß für ihre "wirren politischen Vorstellungen mißbrauchen will".

So wurde versucht, die Solidarität mit der Bevölkerung möglichst mit allen Mitteln zu spalten und die ‚ja teilweise berechtigte Empörung der Bevölkerung' für die langerprobten sozialdemokratischen Scheinreformmühlen zu lenken. Im Fernsehen wurde ein Film gezeigt, in dem man ein ganzes Arsenal von Schlägerwaffen vorführte, mit denen die Demonstranten die Polizei angegriffen haben sollen. Auch das kennt man schon von früheren Demonstrationen und die Funktion der ‚agent provocateurs' vom Schlage Urbachs ist auch nicht neu. Die zaubern noch ganz andere Sachen hervor, wenn es darum geht, nachzuweisen, daß alle Linken Verbrecher sind.

Am massiven Einsatz sowohl der direkten Machtmittel des Staates als auch an der massiven Propaganda in Zeitungen, Rundfunk, Fernsehen ist abzulesen, daß es nicht um irgendein besetztes Haus ging. Das gezielt brutale Vorgehen der Polizei und die hysterische Hetze haben im wesentlichen zwei Funktionen:

● zum einen war der SPD klar, daß die Selbsthilfe-Aktionen der Besetzer bei der Bevölkerung auf Zustimmung gestoßen war. Durch den provokativ militanten Charakter der Polizeiüberfälle auf die Demonstrationen (plötzliches Zuschlagen der Polizei, Verprügeln auch völlig Unbeteiligter, das mehrmalige demonstrative Zeigen von Waffen etc.) sollten Demonstranten und Sympathisanten eingeschüchtert, eine noch breitere Sympathisierung der Bevölkerung verhindert und die Demonstrationen (durch Abriegeln ganzer Straßenzüge) isoliert werden.

● zum anderen ist das Vorgehen von Polizei, SPD und Behörden in Frankfurt als ein weiterer Schritt zu begreifen, der den Boden vorbereitet für die Niederschlagung kommender massenhafter Auseinandersetzungen um Mieten und Wohnraum, als Folge der immer rasanteren Verelendung ganzer Stadtviertel.

Was hat die Aktion gebracht

Die Polizei hat das Haus geräumt, die SPD wird in ähnlichen Fällen auch weiterhin das "Recht" (der Hauseigentümer) schützen und gegen die "Rechtsbrecher" mit den "ihr zur Verfügung stehenden Mitteln" vorgehen. Das dürfte im wesentlichen auch den Hausbesetzern klar gewesen sein. Sicherlich hatten die Besetzer nicht die Illusion, ein Leben lang – oder wenigstens ein paar Jahre – dort wohnen zu können und in Frieden gelassen zu werden. Ihr späterer Hinauswurf aus dem Kettenhofweg berührt also nicht die Frage von Erfolg oder Mißerfolg der Aktion.

Viele Mieter haben die Angriffe auf die Besetzer als Angriffe auf alle Mieter verstanden und sich mit ihnen solidarisiert. Eine breite Diskussion über die Ergebnisse kapitalistischer Wohnungswirtschaft war die Folge der Auseinandersetzungen. Ohne Zweifel ist dieser Tatbestand als wichtiger Erfolg der Aktion einzuschätzen. Ist dieser Erfolg aber von den sozialistischen Gruppen (Häuserrat, ASTA, Zentralversammlung der italienischen Mietstreikhäuser, diverse Stadtteilgruppen, Lotta Continua, Revolutionärer Kampf) politisch genutzt worden, um – über Forderungen nach "Selbsthilfeorganisationen" in den Stadtteilen hinaus – Klarheit über die Ursachen des Wohnungselends zu schaffen?

In den Flugblättern, Wandzeitungen etc. hat sich der Häuserrat im wesentlichen darauf beschränkt, die brutalen "Übergriffe" der Polizei anzuprangern, die Schweinereien von "Spekulanten" und Miet"wucherern", die "Lügen" und "Verdrehungen" der SPD anzugreifen, d.h. das versucht wurde, über die moralische Empörung die Bevölkerung zu mobilisieren, ohne diese (ja bereits vorhandene) Empörung in die politische Erkenntnis umzuwandeln, daß diese "Übergriffe" und "Schweinereien" für diesen Staat typisch sind. Es geht also nicht darum, die Wahlversprechungen der SPD zum Maßstab ihres derzeitigen Handelns zu machen, sondern durch Analysen aufzuzeigen, daß die SPD von vornherein planvoll an die gesetzlichen Grundlagen, die zur derzeitigen unerträglichen Situation im Wohnungsbereich geführt haben, mitgearbeitet hat und sie von vornherein planvoll in den von ihr regierten Städten angewandt hat. Die SPD hat also nicht "zu wenig" für die Mieter getan, sie hat auch nie die Absicht gehabt, etwas für die Mieter zu tun.

Aus der Beschränkung auf "Selbsthilfeorganisationen" resultieren dann auch die Erklärungen für die brutalen Polizeiangriffe und -einsätze. So werden schlicht und ergreifend erklärt mit der "Angst der SPD" vor einer breiter werdenden Protestbewegung (Flugblatt des "Häuserrats" vom 27.3.), statt aus einer systematischen Vorbereitung (auch der einfachen Polizeibeamten) auf kommende größere Auseinandersetzungen im Wohnungsbereich, die von den Kapitalisten und der SPD-Führung recht klar vorausgesehen werden.

Und was tut die "einzige Partei der Arbeiterklasse"

Die DKP trat bei den Aktionen in Frankfurt erwartungsgemäß nicht in Erscheinung. Die breite Berichterstattung in der bürgerlichen Presse über diese Aktionen zwang dann offenbar die "einzige Partei der Arbeiterklasse" doch noch Stellung zu nehmen. Natürlich um sich abzugrenzen – versteht sich. In der UZ, Zeitung der DKP, vom 13. April wird gezetert über "Schmierereien im Rathaus, demolierte Autos von Anliegern (!!!), zerschlagene Fensterscheiben" und andere schändliche Taten der Demonstranten und Mieter. (Diese Argumente wurden von der Polizeiführung, der Springer-Presse und Herrn Dregger geliefert; selbst die sozialdemokratische Presse sah sich genötigt, diese Erfindungen zu bezweifeln. Die DKP meint, solche Dinge "erschweren die Solidarisierung" breiter Bevölkerungsteile mit den demonstrierenden Mietern und "lenken die Diskussion in die falsche Richtung". – In der Tat. Und darum werden diese "Argumente" auch von der bürgerlichen Presse erfunden. Es bedarf aber offenbar ganz besonderer "Kommunisten", die daraus ein Argument gegen die Demonstranten und protestierenden Mieter machen.

Die DKP geht noch weiter, indem sie offenbar solche Aktionen (Mieterdemonstrationen etc.) generell ablehnt, solange "die Arbeiter in den Betrieben, die Gewerkschaften und andere Massenorganisationen" (na, wer ist da wohl?) nicht in der "ersten Reihe der Aktionen" stehen. Nun hätten sicherlich die Initiatoren dieser Aktionen nichts dagegen gehabt, wenn "die Arbeiter in den Betrieben, die Gewerkschaften und andere Massenorganisationen" (!) die "erste Reihe der Aktionen" gestellt hätten. Im Gegenteil, das massenhafte Verteilen von Flugblättern und Wandzeitungen zielte gerade auf eine solche Mobilisierung ab. Die Demonstration selbst ist ein Mittel zu dieser Mobilisierung. Daß eine so massenhafte Aktivierung, wie sie die DKP ins Auge gefaßt hat, nicht mit einem Schlage zu erreichen ist, dürfte auch ihr klar sein.

Offenbar ist der DKP aber kein Argument zu dämlich, Aktionen, die nicht von ihr "angeleitet" werden, in miesester Weise durch den Dreck zu ziehen. ■

Bezirksorganisation, KB-Gruppe Hamburg

Aus der Sicht der Arbeitereltern

Interview über die Situation an den Hamburger Schulen

Die Mißstände an den Schulen führen immer wieder zu heftigen Diskussionen in der Öffentlichkeit, besonders deshalb, weil für die Zukunft aller Voraussicht nach noch weitere Verschlechterungen zu erwarten sind. Für die Arbeiterbewegung kommt es darauf an, gegen die Benachteiligung und Unterdrückung ihrer Kinder in der bürgerlichen Schule anzukämpfen und auch in diesen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen eine eigene Klassenpolitik zu entwickeln.

Der ARBEITERKAMPF ist bemüht, kontinuierlich die politische Diskussion auch um diese Frage zu führen (siehe auch Nr. 24, „Die Lage an den Schulen"); deshalb wandten wir uns schriftlich mit der Bitte um ein Interview an die Hamburger Schulbehörde, den Hamburger Landesvorstand der GEW, an die „Aktion Kleine Klasse" und an den Herausgeber eines Flugblatts Altonaer Elternräte. Wir wollten dadurch „die Möglichkeit einer Information schaffen, welche Politik und welchen Weg zur Verbesserung bzw. Behebung der Schulmisere die verschiedenen Kräfte vorschlagen, die direkt an dieser Auseinandersetzung beteiligt waren und sind" – wie es in dem Schreiben hieß.

Die Schulbehörde sagte weder ja noch nein, sondern ließ mitteilen, daß der von uns angeschriebene Oberschulrat in Urlaub sei. Die GEW lehnte ab (siehe Kasten), die „Aktion Kleine Klasse" antwortete gar nicht erst. Der Elternrat Kolbe schrieb uns, daß er „an allen Möglichkeiten, die Eltern zu informieren, interessiert" sei. Das allein spricht schon für sich.

Wir danken Herrn Kolbe auch im Namen unserer Leser, daß er zu diesem Interview bereit war.

Forts. nächste Seite

Aus der Sicht der Arbeitereltern

Forts. von Seite 21

April 73

Arbeiterkampf: Herr Kolbe, wie beurteilen Sie die heutige Schulmisere, unter welchen Mißständen haben Ihrer Meinung nach die Kinder am meisten zu leiden?

Kolbe: Es gibt mehrere Faktoren, die eine Rolle spielen und die von der unterschiedlichen Struktur im Hamburger Raum abhängen. Vor allem haben die Kinder unter den hohen Klassenfrequenzen in den Ballungsgebieten zu leiden. Das gilt mehr oder weniger für alle Schulstufen, ganz besonders hart sind aber die Grundklassen (1. bis 4. Klasse) betroffen. Diese Arbeitsbedingungen für Kinder und Lehrer sind einfach nicht dazu angetan, daß ein nicht nur notwendiger, sondern auch möglicher Teil der Kinder aus der 4. Klasse später an weiterführende Schulen gelangt.

Hinzu kommt, daß die Schüler-Lehrer-Relation (in Hamburg 33,9 Schüler pro Lehrer) in der Praxis die Durchführung des Unterrichts nach den vorgeschriebenen Stundentafeln nicht zuläßt. Ferner haben wir eine sehr hohe Quote an Lehrerfehlstunden durch Krankheit, Schwangerschaftsurlaub etc. zu verzeichnen wie auch die Tatsache, daß die räumliche Ausstattung der meisten Schulen viel zu wünschen übrig läßt – alles Dinge, die ebenfalls besonders schwer die Grundschule treffen. Neben den gravierenden Momenten von Lehrermangel und zu hohen Klassenfrequenzen ist auch die Bereitstellung von Lern- und Lehrmitteln nicht in genügendem Maße, nicht zeitgemäß geregelt.

Arbeiterkampf: Wie sehen Sie die besondere Situation für das Kerngebiet Altona, wo es sicherlich anders aussieht als vergleichsweise in den „gutbürgerlichen" Vierteln?

Kolbe: Es geht nicht nur um Altona. Wir haben mehrere solche Kerngebiete in Hamburg, aber wir sind eben nun einmal Altona, deshalb beziehe ich mich im folgenden darauf.

Altona ist ein überwiegend proletarisches Gebiet und die von mir bereits genannten Fakten wirken sich hier noch verstärkt aus. Die Kinder haben natürlich größere Schwierigkeiten als in anderen Gebieten, weil ihnen zu Hause und in ihrer ganzen außerschulischen Umgebung so gut wie alle Stützfunktionen fehlen. Das sind Fragen, die mit der Bildung der Eltern zusammenhängen.

Eine ganz wesentliche Rolle spielt auch der hohe Prozentsatz an Kindern der ausländischen Arbeiter; da sie die deutsche Sprache in den meisten Fällen nicht beherrschen, ergeben sich zwangsläufig Unruhepunkte im Unterricht.

Arbeiterkampf: Wie wirken sich diese Probleme konkret auf das Verhalten der Kinder, auf die Unterrichtssituation aus?

Kolbe: Diese Probleme wirken sich auf die Kinder insofern aus, als der Lehrer nicht in der Lage ist zu erkennen, wie weit die Mehrheit der Kinder oder die ganze Klasse dem Unterricht folgt.

Bei 38 bis 42 Kindern – z.T. sogar noch mehr – in einer Klasse kann sich der Lehrer einfach nicht in ausreichendem Maße um jedes einzelne Kind kümmern, seine Fähigkeiten kennenlernen, seine Schwierigkeiten überwinden helfen. Die Kinder beschäftigen sich dann mit etwas anderem im Unterricht als mit dem jeweiligen Lernstoff. So folgt zwangsläufig eine Situation, von der man sagen kann, daß ein Unterricht unter diesen Umständen eigentlich gar nicht möglich ist.

Dadurch kommt es häufig zu pädagogischem Fehlverhalten der Lehrer, zu falschen Beurteilungen, und es kommt zu Fehlverhalten der Kinder. Das wirkt sich später in den oberen Klassen aus. Besonders in den Hauptschulklassen, in der H7, in der H8, in der H9, sprechen dann einige Lehrer als ausgebildete Pädagogen von dem „Wunder" der Disziplinschwierigkeiten.

Arbeiterkampf: Über diese Dinge hat ja auch die rechte Presse in letzter Zeit ausgiebig berichtet. Es hat Darstellungen gegeben, in denen man die Schuld bei den Kindern gesucht hat, also die Behauptung von dem angeblich besonders hohen Prozentsatz von „Hirnkrankheiten". Zum Teil wird die Verantwortung auch bei den „abnehmenden Erziehungsfunktionen" der Eltern gesehen.

Kolbe: Die Dinge sehen doch wohl etwas anders aus. Zum einen kann man von den Eltern, die selber eine mangelhafte Schulbildung genossen haben, nicht erwarten, daß sie in der Lage sind, ihre Kinder nach wirklich pädagogischen Gesichtspunkten zu erziehen.

Es wird sehr häufig von der mutwilligen Zerstörung durch Schüler an den Schulen gesprochen, die es ohne Zweifel in diesem oder jenem Einzelfall gibt, die aber längst nicht in der von gewissen Zeitungen übertrieben dargestellten Weise vorhanden ist. Tatsache ist, daß die übergroße Mehrheit der Schüler zwar kritisch eingestellt, aber bereit ist, zu lernen und sich Wissen anzueignen.

Viele Lehrer neigen dagegen leichtfertig dazu, ein Schülerbild zu zeichnen, vor dem einem eigentlich angst und bange sein könnte. Stattdessen wäre es die Aufgabe der Lehrer, ihren Verpflichtungen nachzukommen und einmal zu versuchen, worin die Ursachen für das aggressive Verhalten einzelner Schüler zu suchen sind.

Man sollte sich doch überlegen, wie die heutige Schulsituation auf die Kinder wirken muß. Die Kinder werden erzogen, nicht zu lügen, freundlich zu anderen Menschen zu sein, rücksichtsvoll zu sein und anderen zu helfen, den Erwachsenen zu vertrauen und zu gehorchen, gerecht zu sein usw., um nur einige Beispiele zu nennen. In der „Erwachsenen-Welt" aber und auch an der Schule müssen die Kinder die Erfahrung machen, daß man keine Rücksicht auf ihre Probleme und Schwierigkeiten nimmt, daß sie oft unfreundlich und ungeduldig behandelt werden, daß ihr Vertrauen in die Erwachsenen und auch in die Lehrer enttäuscht wird. **Gerade die Arbeiterkinder müssen sich immer wieder benachteiligt und ungerecht behandelt fühlen, denn objektiv sind sie es ja, und genau in dieser Frage sind Kinder äußerst feinfühlig und empfindlich. Das kann im Einzelfall zur Folge haben, daß das Kind mit blinder Zerstörungswut gegen schulische Einrichtungen reagiert.**

Arbeiterkampf: Worin sehen Sie die allgemeinen Ursachen dieser Benachteiligung?

Schulfragen sind Klassenfragen

Kolbe: Ich sehe die Ursachen in erster Linie im gesellschaftlichen System. Schulfragen sind in letzter Instanz Machtfragen. Natürlich tut die herrschende Klasse alles, um ihre Macht aufrechtzuerhalten. Unser heutiges Schulwesen hat sich diesem Interesse unterzuordnen und wird maßgeblich dadurch bestimmt und geprägt. Oder anders ausgedrückt: Die herrschende Klasse tut immer nur so viel zur Ausbildung der unterdrückten Klasse, wie notwendig ist, um sie weiterhin ausbeuten zu können.

Das spiegelt sich nicht nur in der Frage des Lehrermangels, der Raumnot und all diesen Dingen wider. **Das spiegelt sich vor allem in der geistigen Haltung einer großen Mehrheit von Pädagogen wider, wenn es auch eine ganze Reihe rühmlicher Ausnahmen gibt. Gemeint ist der unter den Lehrern weit verbreitete Untertanengeist, d.h. die Richtigkeit einer Sache danach zu beurteilen, ob sie die Billigung der Obrigkeit, des Schulleiters, der Schulbehörde, des Senats etc. findet, nicht aber danach, ob sie im Interesse der Erziehung der Kinder zu verantworten ist.**

Arbeiterkampf: Herr Kolbe, wie beurteilen Sie die Entwicklung auf dem Schulsektor, hat die SPD/FDP-Regierung Verbesserungen gegenüber der Vergangenheit gebracht?

Kolbe: Natürlich gibt es Bemühungen auf diesem Gebiet. Die Frage ist nur, welchen objektiven Inhalt haben diese Bemühungen. Auf unserer letzten Kreiselternratssitzung war ein Herr Häberlein von der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion anwesend, der auf die Vielzahl der dort gestellten Fragen keine wirklich schlüssigen und positiven Antworten geben konnte und auch ganz klar sagte, daß er glaubt, daß eine qualitative Verbesserung erst nach dem Jahr 1976 möglich sei, wobei er – um seine Worte zu gebrauchen – auf „das Abfallen des Kinderberges" hofft. D.h. also: Verbesserungen gibt es nicht.

Wir haben uns dann damit auseinandergesetzt, daß insbesondere Senator Apel lauthals in Zeitungsinterviews verkünden läßt, es werden in diesem Jahr wiederum 500 neue Lehrplanstellen geschaffen zusätzlich der 140 Planstellen für die sogenannte „Feuerwehr". Im letzten Jahr waren 690 Lehrerplanstellen, im vorletzten ebenfalls um die 600 herum, wenn ich das recht erinnere, eingerichtet worden.

Das sind Zahlen, die an sich einen einfachen Menschen veranlassen zu sagen: „Was wollen wir eigentlich, es geht bergauf, die Dinge sind in Ordnung, wir bekommen immer mehr Lehrer und die Situation verbessert sich." Wenn wir aber die letzten drei Jahre nehmen, können wir feststellen, daß sich an der Situation der Schulen grundsätzlich überhaupt nichts geändert hat. Hinzu kommt noch, daß in diesem Jahr der Schwerpunkt der Zuteilung der 500 neuen Lehrerplanstellen bei den Berufsschulen, den Sonderschulen und insbesondere bei den Gymnasien zur Durchführung der Oberstufenreform liegt. D.h. die jetzt erfolgte Bereitstellung von neuen Lehrkräften geht wieder zu Lasten der Volks- und Realschulen.

Wenn man von der ganzen Tendenz, wie sie sich zeigt, ausgeht – beispielsweise daß in den Grundklassen 1 bis 4 die höchsten Klassenfrequenzen sind – muß man einfach feststellen, daß hier auf kaltem Wege das Bildungsprivileg praktiziert wird, das einmal unter hartem Kampf der Arbeiterklasse abgeschafft wurde.

Dafür spricht auch eine ganze Reihe von Richtlinien der Kultursministerkonferenz, die alle auf Ausleseverfahren hinauslaufen. Das geht bis in den Bereich der Universität hinein, wo Numerus Clausus, Rahmenprüfungsordnung und die anderen Maßnahmen der letzten Zeit ganz klar darauf abzielen, verstärkt das Prinzip eines Ausleseverfahrens zu praktizieren etwa nach der Methode der Definierung des Begriffes Intelligenz in dem Schülerlexikon von Schneider, wonach die Intelligenz die geistig führende Oberschicht ist. D.h. den unteren Schichten wird die Bildung vorenthalten. Hieran wird deutlich, daß es um Klassenfragen geht, und daß wir es in der Bundesrepublik mit einer Klassenschule zu tun haben.

Schildbürgerstreich

Arbeiterkampf: Was halten Sie von solchen Maßnahmen der Schulbehörde wie die Einrichtung der sogenannten „Lehrerfeuerwehr", die den Unterrichtsausfall mildern soll?

Kolbe: Das ist einfach ein ganz übler Schildbürgerstreich, diese 140 „Feuerwehr"-Lehrer. In der Zeit, in der die Lehrer an den Schulen angefordert werden, werden sie wohl kaum in der Hamburger Straße vom Parkplatz kommen. Und außerdem: Wie lange soll ein Lehrer diese Aufgabe praktizieren können, die für ihn eine ungeheure Belastung darstellt? Inwieweit kann überhaupt ein solcher Unterricht ein wirklicher Ersatz sein, wenn ein Lehrer weder die Schule noch die Kinder kennt, noch etwas weiß über den Stand der Klasse, der aufgrund der Differenziertheit und der verschiedenen Möglichkeiten, die die Richtlinien bieten, sehr unterschiedlich sein kann.

Das ist schlechthin Augenwischerei, man kann sich nur die Frage stellen, wer das ausgeheckt hat und mit welcher Absicht. Meiner Meinung nach soll hier beruhigend der sich immer stärker entwickelnden Empörung über die schlechte Situation an den Hamburger Schulen entgegengewirkt werden. Soweit ich informiert bin, sind diese Lehrer übrigens voll im Einsatz und als Aushilfslehrer gar nicht verfügbar.

Gemeinsames Handeln mit fortschrittlichen Lehrern und Studenten notwendig

Arbeiterkampf: Herr Kolbe, an den Universitäten haben die Studenten versucht, mit dem Bestreiken von Lehrveranstaltungen, mit Protestversammlungen und Demonstrationen gegen Numerus clausus und Rahmenprüfungsordnung vorzugehen. Sie haben sich auch mit Flugblättern an die werktätige Bevölkerung gewandt und um Unterstützung gebeten. Es handelt sich um die gleichen Probleme, wenn auch die Studenten aus ihrer Sicht und mit anderen Motiven dagegen kämpfen. Wie beurteilen Sie die Aktionen der Studenten, sind Gemeinsamkeiten möglich?

Kolbe: Gemeinsames Handeln ist nicht nur möglich, sondern auch notwendig. Das haben wir auch auf einer der letzten Sitzungen der Elternräte des Kerngebiets festgestellt. Nur mit dieser Feststellung allein ist es natürlich nicht getan. Das Unverständnis der Bevölkerung gegenüber dem studentischen Wollen und ihren Forderungen ist den Studenten nicht einsichtig. Aber gerade sie sollten eigentlich bemüht sein, einmal die Praxis näher kennenzulernen und auch hier nach den Ursachen zu forschen, warum die meisten Menschen und insbesondere auch die Arbeiter ihren Aktionen so wenig Verständnis entgegenbringen. Die Erfahrungen insbesondere der Arbeiterklasse haben den Arbeitern gezeigt, daß immer irgendwelche Leute versuchen, die Arbeiter vor ihren Karren zu spannen, um sie dann nach Erreichung ihres Ziels wiederum allein zu lassen. Für den einfachen Arbeiter sieht das so aus, daß, wenn ein Student mit seinem Studium fertig ist und in der bürgerlichen Gesellschaft integriert ist, er dann in irgendeiner Weise ein Vorgesetzter des Arbeiters ist und sich dementsprechend verhält.

Diese Erfahrungen hat der Arbeiter, auch wenn er sie nicht ausspricht. Darum reagiert er mit Recht mißtrauisch gegen diese angestrebten Bündnisse, seien sie auch noch so notwendig und ehrlich gemeint.

Arbeiterkampf: Welche Aufgaben fallen den Studenten zu, die sich ehrlich für ein Bündnis mit der Arbeiterklasse einsetzen?

Kolbe: In erster Linie die Arbeiter zu informieren und ihnen die Kenntnisse zu übermitteln, die ein Student bzw. ein Lehrer aufgrund seiner fachlichen Qualifikation besitzt oder zu denen er naturgemäß leichter Zugang hat. Dabei handelt es sich z.B. sowohl um Fragen der Erziehung als auch um allseitige Informationen über die Situation an den Schulen und im Ausbildungssektor allgemein.

Gegen Untertanengeist und Schulmeisterei

Um nicht mißverstanden zu werden, ich habe von informieren gesprochen, nicht von schulmeistern. Die Kehrseite von dem Untertanengeist, den ich oben schon erwähnte, ist nämlich die Überheblichkeit und Arroganz, mit der Lehrer allzu gern den Eltern und Schülern gegenüber auftreten. Leider gibt es auch



Eine der größten Demonstrationen von Frankfurt fand im Januar 1973 statt. Nach einer mehrtägigen Streikaktion Frankfurter Berufsschulen und Oberschulen demonstrierten 15 000 Schüler und Lehrlinge gegen den Bildungsnotstand in der BRD.

Brief der GEW-Hamburg an die Redaktion des ARBEITERKAMPF



GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT
IM DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUND LANDESVERBAND HAMBURG
GESELLSCHAFT DER FREUNDE DES VATERLÄNDISCHEN SCHUL- UND ERZIEHUNGSWESENS GEGR. 1805

Verlag
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

2000 HAMBURG 13, d. 6. April 1973
ROTHENBAUMCHAUSSEE 15, CURIOHAUS
FERNSPRECHER 410 10 30
TELEX 2 12 404
POSTSCHECKKONTO HAMBURG 1230 21-207
BLZ 200 100 20
HAMBURGER SPARCASSE VON 1827 NR. 1230/121100
BLZ 200 505 50

LANDESVORSTAND
GESCHÄFTSFÜHRER

Wo/Schu

Betr.: Bitte um ein Interview

Sehr geehrte Herren!

Der Geschäftsführende Ausschuß der GEW Hamburg hat mich beauftragt, Ihnen mitzuteilen, daß wir Ihre Bitte um ein Interview über die Situation an den Hamburger Schulen ablehnen, da wir uns nicht vorstellen können, daß Sie an der Meinung "einer kleinbürgerlichen Lehrergewerkschaft" (Arbeiterkampf Nr. 26, S. 10) ernsthaft interessiert sind. Wir stellen Ihnen frei, diese Ablehnung als eine weitere "Schweinerei, die sich die Hamburger GEW-Führung in letzter Zeit leistete" (Arbeiterkampf Nr. 26, S. 10) aufzufassen.

Mit freundlichen Grüßen

(Ingo Wolkenhaar)

Anmerkung der Redaktion des ARBEITERKAMPF:

Der Brief der GEW ist vom 6.4.73 datiert. 10 Tage später (!) fordert der Hamburger Landesvorstand der GEW in einem Rundbrief „an alle Mitglieder der GEW" („GEW-aktuell", 16.4.73) eine „sachbezogene politische Auseinandersetzung mit bestimmten politischen Gruppen, die sich auf der Linken gebildet haben". Weiter heißt es in diesem Rundschreiben: **„Leider haben diese Gruppen eine solche Auseinandersetzung in den letzten Monaten fast vollständig gemieden."** Zu diesen Gruppen zählt die GEW-Führung den Kommunistischen Bund Hamburg, die Sozialistische Studentengruppe und in stark eingeschränktem Maße auch die DKP. (Siehe den Leitartikel von Wunder, 1. Vorsitzender der GEW-HH, in „HLZ" 6/73).

Daß die GEW-Führung ein Interview mit dem ARBEITERKAMPF ablehnt, ist an sich noch keine „Schweinerei". Daß sie aber ständig und nachweisbar wider besseres Wissen behauptet, die Kommunisten würden die Diskussion „meiden", „manipulieren" usw. – das ist tatsächlich eine weitere „. . . . ." (ARBEITERKAMPF Nr. 26, S. 10)

bei vielen jungen Lehrern diese Tendenz, die sich darin ausdrückt, daß sie sich für den Nabel der Welt halten und geradezu „auserwählt" zu sein glauben, anstelle der „rückständigen" Arbeiter darüber zu entscheiden, was Fortschritt ist. Dabei ist es ein Leichtes, anhand der ganzen historischen Entwicklung nachzuprüfen, daß allein die Arbeiterklasse in der Lage ist, grundlegende Veränderungen durchzusetzen, daß bei allen wirklich vorwärtsschreitenden gesellschaftlichen Entwicklungen die Arbeiterbewegung an der Spitze stand bzw. steht.

Im Gegensatz zu den Jasagern gibt es aber doch einen – wenn auch geringen – Prozentsatz von Lehrern, die sich ehrlich der Arbeiterklasse und den breitesten Schichten des Volkes verbunden fühlen und auch so handeln. Man kann aber nicht übersehen, daß diese Lehrer, die oft noch nicht lange in ihrem Beruf stehen, in Lehrerkollegien tätig sein müssen, die ihrer Arbeit wenig Verständnis entgegenbringen, und daß sie ebenso von der Schulbehörde dauernd unter Druck gesetzt werden. Ich möchte hier die Worte eines Lehrers zitieren, der einmal auf einer Elternratssitzung sagte: **„Mir ist in meinem Beruf nicht einmal, sondern mindestens dreimal das Rückgrat gebrochen worden"**, hinsichtlich seines ehrlichen Wollens, einen Unterricht zu machen, wie er einfach der Verpflichtung eines ausgebildeten Pädagogen entspricht.

Darüberhinaus stehen diese Lehrer noch unter der ständigen Bedrohung durch die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz über das Berufsverbot, obwohl sie häufig sehr gute Pädagogen sind und nicht nur ein positives Verhältnis zu den Schülern, sondern auch zu den Eltern haben.

Arbeiterkampf: Welche grundsätzliche Bedeutung messen Sie den Berufsverboten bei?

Kolbe: Dieser Beschluß dient dazu, den derzeitigen Klassencharakter der Schulen aufrechtzuerhalten.

Arbeiterkampf: Diese Dinge sind natürlich auch schon früher praktiziert worden, warum aber gerade jetzt diese Verschärfung durch die SPD?

SPD tritt auf die Bremse

SPD tritt auf die Bremse

Kolbe: An sich kann sich niemand darüber wundern. Wundern kann es nur denjenigen, der sich einer illusionären Auffassung oder Hoffnung über die Frage der Macht im Staat bei einer SPD-Regierung hingibt. Der also Erwartungen an die SPD geknüpft hat, die erfahrungsgemäß nicht an die sozialdemokratische Partei geknüpft werden können. Eben weil die SPD die Machtverhältnisse im Staat nicht antastet.

Dafür gibt es nicht nur in der Vergangenheit – seit 1918 – eine ganze Reihe von Beispielen. Ich möchte hier nur auf eine interessante Aussage Willy Brandts in seiner Parteitags-Ansprache von Hannover aufmerksam machen. Dort plauderte er nämlich aus, daß es ihnen gar nicht um eine alleinige Regierung der SPD nach den nächsten Wahlen gehe, sondern daß man die Koalition mit der FDP in jedem Fall langfristig beibehalten werde. Mit anderen Worten: Die Ruhe-und-Ordnung-Politik Genschers, die Haltung der FDP zu den Gewerkschaften einerseits und zur „freien" Marktwirtschaft andererseits, kurz: Das sogenannte „Bremsen" der FDP in zentralen gesellschaftspolitischen Fragen wird von der SPD-Führung nicht einmal als bedauerliches, aber notwendiges Übel gesehen – wie b i s h e r in Einzelfragen (BVG) immer von der SPD argumentiert worden war – sondern dieses Bremsen ist offensichtlich von der SPD-Führung selbst zwingend gewollt.

Die FDP dient den maßgeblichen Kräften in der SPD als bequeme A u s r e d e, um den Verpflichtungen gegenüber den eigenen Wählern nicht nachzukommen, während sie selbst weder in der Lage noch überhaupt willens sind, die in die Sozialdemokratie gesetzten Erwartungen zu erfüllen.

Arbeiterkampf: Welche Aktivitäten unternimmt die CDU in der Bildungspolitik?

Kolbe: Ohne Zweifel steht fest, daß die CDU sich besonders die Bildungsmisere zunutze macht, um jetzt die SPD auszustechen. Hier bietet sich einfach aufgrund der Bewegung gegen die Mißstände für die CDU von der taktischen Sicht her die Möglichkeit an, Stimmen zu fangen.

Das ist natürlich eine ganz gefährliche Politik, denn die CDU wird in einem noch viel stärkeren, viel radikaleren und schnelleren Maße alles das, was sich hier und dort einmal an kleinen Fortschritten gezeigt hat, abbauen und zwar im Interesse einer Schule, in der die besitzende Klasse unter sich bleiben kann, um das einmal so auszudrücken.

Auf die Eltern kommt es an

„AK": Herr Kolbe, was können die Eltern und vor allem die Arbeitereltern unternehmen, um Verbesserungen im Interesse ihrer Kinder zu erreichen, und welche Erfahrungen hat man in diesen Auseinandersetzungen im Kerngebiet Altona gewonnen, die sicher exemplarisch sein können für andere Schulen?

Kolbe: Machen können die Eltern viel, aber man kann natürlich nur etwas machen in einer Sache, über die man Bescheid weiß. Der große Mangel bei der Mehrzahl der Eltern ist, daß sie keinerlei Hilfestellung haben, um überhaupt die schulischen Probleme kennenzulernen. Auch die Veröffentlichungen in der Zeitung sind bei weitem nicht dazu angetan, in dem erforderlichen Ausmaß den Eltern zu helfen, wie es im alten Schulverwaltungsgesetz heißt, das schulische Leben mitzugestalten, und das heißt allseitig mitzugestalten.

Wenn wir von der Entwicklung an unserer Schule ausgehen, so muß man anfangen mit dem Jahr 1967. Damals wurde mit einer systematischen Kleinarbeit begonnen, mit dem Wirken im Rahmen der Klassenelternabende. Das setzte sich fort im Elternrat und entwickelte sich in die Richtung, daß man erst einmal Erfahrungen sammelte. Erfahrungen, indem man ständig die einzelnen Fragen an den Schulleiter, an die Schulbehörde und dann später auch an den Senat und an die Parteien herantrug. Erfahrung, aber auch Sachkenntnis, um mit den doch sehr diffizilen Problemen der Schule vertraut zu werden. Insofern hat sich an unserer Schule ein sehr langer Prozeß abgespielt, der gespickt war mit ganz konkreter Kleinarbeit mit der Hauptorientierung auf die Eltern der Schule, d.h. der Vermittlung der Erfahrung, die der Elternrat bzw. die Elternvertreter mit der Behörde, mit dem Senat gemacht hatten, an die

dem Senat gemacht hatten, an die

Eltern.

Erfahrungen sammeln und weitergeben

Wir sind zunächst ausgegangen von den hohen Klassenfrequenzen in den Grundklassen und haben hier Fragen gestellt. Wir haben sehr schnell merken müssen, daß die Schulbehärde weder über die Möglichkeiten noch wohl über das wirkliche Wollen verfügt, an den Schulen etwas zu ändern. Wir haben dann dafür gesorgt, daß die Zusammensetzung des Elternrats verändert wurde, um besser im Interesse der Kinder an dieser Schule wirken zu können. Das ist mit Erfolg abgeschlossen worden – gestützt auf die Eltern, gestützt auf die bis zu der Zeit in die Elternschaft hineingetragene Kenntnis über die Probleme an der Schule.

Wir haben uns dann verstärkt eingesetzt für bauliche Veränderungen, haben immer wieder die Eltern über die Ergebnisse oder Mißerfolge informiert, haben unsere Meinung dazu gesagt, nie ein Hehl daraus gemacht, daß man diese Verhältnisse nicht dulden kann, sind dann als dem nächsten gravierenden Schritt dazu übergegangen, an die Öffentlichkeit zu treten, indem wir eine Presseerklärung herausgegeben haben und eine Pressekonferenz einberufen haben.

Für uns als Elternrat zu dieser Zeit waren dies in erster Linie Momente, um stärker die Öffentlichkeit und insbesondere die Eltern unserer Schule an diesen Dingen teilnehmen zu lassen, sie stärker vertraut zu machen mit den Problemen an der Schule. Für uns war diese Presseerklärung und diese Pressekonferenz eine Art Höhepunkt und auch eine Art von Gradmesser, um an der Reaktion der Eltern feststellen zu können, wieweit die Vermittlung von Information bei ihnen Eingang gefunden hat und wieweit die Eltern sich mit diesem von ihren Elternvertretern eingeschlagenen Weg identifizieren. Wir mußten feststellen, daß das Ergebnis positiv zu werten war.

Nachdem wir auf der Pressekonferenz in Erfahrung gebracht hatten, daß die Schulbehörde selbst wirklich machtlos ist, waren für uns von diesem Zeitpunkt an die Parteien, die Bürgerschaft und der Senat die entscheidenden Adressen.

Diese ganze Entwicklung hat schließlich dazu geführt, daß wir uns mit der Tatsache der ungünstigen Schüler-Lehrer-Relation und mit dem ständigen Unterrichtsausfall durch Krankheit der Lehrkräfte etc. nicht abfinden konnten und wollten, weil wir der Meinung sind, daß die Schulpflicht auch gleichermaßen ein Schulrecht ist.

Einstimmig für Streik

Deshalb und wegen der ständig abschlägigen Bescheide durch die Schulbehörde und den Senat haben wir dann im Herbst 1972 als Elternrat den Beschluß gefaßt, einen zweitägigen Warnstreik durchzuführen. Diesen Beschluß haben wir in einer überfüllten Aula der Elternvollversammlung vorgelegt – das beweist, wie groß das Interesse der Eltern ist, wenn es geweckt wird, und wenn die Eltern in die Lage versetzt werden, bestimmte Dinge zu beurteilen. Die Vollversammlung stellte sich einstimmig hinter diesen Beschluß.

Das Interesse der Kinder an der Schule ist unteilbar

„AK": Man kann also sagen, daß das Entscheidende, was Ihre Tätigkeit grundsätzlich unterscheidet von der Tätigkeit des vorherigen Elternrates Ihrer Schule und vieler anderer Elternräte an anderen Schulen, die Tatsache war, daß Sie über jeden, wenn auch noch so kleinen Schritt die Eltern informiert haben und sich in jeder Situation auf die Eltern selbst gestützt haben.

Kolbe: **Der Elternrat, der sich 1970 neu konstituiert hat, hat seine Arbeit angetreten in der Auffassung, daß das Interesse der Kinder an der Schule ein unteilbares ist, und daß wir uns als Elternrat voll verantwortlich für alle Kinder dieser Schule fühlen. Daraus entwickelt sich zwangsläufig die Schlußfolgerung, die Eltern stärker über alles, was der Elternrat tut, zu informieren, um sie in diesen Prozeß miteinzubeziehen. Wir waren uns von vornherein darüber im Klaren, daß wir als Elternrat allein – die neun Männeken – machtlos sind, wenn nicht die Eltern hinter uns stehen, und das war unsere Hauptorientierung von**

Forts. nächste Seite



Fast 3000 Schüler streikten und demonstrierten gegen die politischen Rausschmisse

RESOLUTION

Die streikenden Schüler der Bremer Schulen fordern den Bildungssenator Thape auf:

1. Frank Jeroma und Ralph Friedrich sofort in ihre Schulen wieder einzustellen.

2. Die 6 Schüler der GfSS, deren Entlassung am 21.3.73 beschlossen wurde, ebenfalls sofort wieder einzustellen.

3. Alle Verweise, Androhungen von Entlassungen, und Hausverbote auch sofort zurückzunehmen.

4. Auf einer öffentlichen Schülerversammlung am 28.3.73 in der PH seine Maßnahmen politisch zu begründen.

Falls der Senator unseren Forderungen nicht nachkommt, werden wir über weitere Kampfmaßnahmen beschließen!

FREIE VOLLVERSAMMLUNGEN DER SCHÜLER WÄHREND DER SCHLUZEIT !!!
STREIKRECHT FÜR SCHÜLER !!!

Bremen, den 23.3.1973

Die streikenden Schüler der Bremer Schulen

BREMEN Rausschmisse und Schulstreik

Bericht des Sozialistischen Schülerbundes (SSB) Stade:

In Bremen wurden Mitte März sieben sozialistische Schüler von der Schule gefeuert. Man warf ihnen vor, bei dem vorausgegangenen Schulstreik „Rädelsführer" gewesen zu sein und Schriften herausgegeben zu haben, in denen zum Sturz der Kapitalistenherrschaft aufgerufen wurde. Am 23. März demonstrierten und streikten fast 3 000 Schüler gegen diese Maßnahme des SPD-Senats und gegen den reaktionären „Schweingruber-Erlaß", der den Bremer Schülern jede politische Betätigung während der Schulzeit verbietet.

Diese Aktionen waren der vorläufige Höhepunkt einer schon seit langem schwelenden Auseinandersetzung der fortschrittlichen Bremer Schüler mit dem Senat, die gerade in den letzten Wochen immer offenere Formen annahm und sich zunehmend verschärfte.

Angefangen hatte es mit einem Schulstreik und einer breiten Demonstration gegen die Anwendung des Berufsverbotes gegen den fortschrittlichen Lehrer Griese. An diesem Streik beteiligten sich trotz massiver Einschüchterungsversuche und Drohungen („Schulstreik ist illegal....") seitens der Behörde über 2 000 Schüler. In vielen Schulen fanden Vollversammlungen statt, auf denen über das Berufsverbot und seine Anwendung im Fall Griese diskutiert wurde.

Nach dem Streik holte die Schulbehörde zum Gegenschlag aus:

- Mit einem Fragebogen, der an alle Direktoren geschickt wurde, verschaffte sich die Schulbehörde erst mal die nötigen Informationen. In dem Fragebogen heißt es u.a.:
  6. Hat es Bedenken gegeben von Kollegen gegen die Anordnungen bzw. Maßnahmen der Schulleitung?
  7. Wieweit waren Schulfremde an den Vorgängen beteiligt? Sind Namen bekannt?
  8. Sind Schüler namentlich bekannt, die dem Unterricht ferngeblieben sind? ....."
  Das ist ganz klar die Methode der Gesinnungsschnüffelei und Spitzeltätigkeit.
- Am 17.1. 73 wurde der berüchtigte „Schweingruber-Erlaß" herausgegeben, der Schulstreiks und Vollversammlungen verbietet und die Ausübung des Grundrechts der freien Meinungsäußerung der Schüler „auf die unterrichtsfreie Zeit" verweist!! („aspekte" 2/73).
- Als die fortschrittlichen Bremer Schüler sich immer noch nicht einschüchtern ließen und z.B. weiterhin politische Vollversammlungen durchführten, wurden die beiden Genossen Frank Jeroma (Herausgeber des „Schulkampf", Zeitung des Kommunistischen Oberschülerbundes Bremen) und Ralph Friedrich sowie fünf weitere Genossen der Gesamtschule Sozialpädagogik und Sozialökonomie von der Schule geworfen!
  Die Schulbehörde setzte Presse und Fernsehen gegen die Bewegung ein und schickte demagogische Briefe an die Eltern.
- Schließlich drohte man sogar mit der Schließung einer ganzen Schule und verschickte hunderte von Verwarnungen und Rausschmißdrohungen!

Doch die Bremer Schüler setzten ihren Kampf gegen die Disziplinierungsmaßnahmen und für freie politische Betätigung in Schule, Hochschule, Behörde und Betrieb entschieden fort.

Am Montag, gleich nachdem der Rausschmiß von Friedrich und Jeroma bakannt geworden war, demonstrierten spontan 700 Schüler während des Unterrichts. Vier Tage später beteiligten sich fast 3 000 an Streiks und Demonstrationen. Vor dem Haus des Schulsenators Thape forderten die Demonstranten Thape auf, zu den Rausschmissen Stellung zu nehmen. Thape – von der Polizei sorgsam geschützt – lehnte diese Forderung glattweg ab. Er sagte, vor den Schülern rechtfertige er sich nicht. Das tue er nur seinen parlamentarischen Gremien gegenüber. Feiner Volksvertreter!! Daraufhin wurde ihm eine Resolution übergeben, in der er aufgefordert wurde

- die gefeuerten Schüler wieder einzustellen
- alle Verweise, Androhungen von Entlassungen und Hausverbote sofort zurückzunehmen
- auf einer öffentlichen Schülerversammlung seine Maßnahmen politisch zu begründen.

Außerdem wurden freie Vollversammlungen der Schüler während der Schulzeit und das Streikrecht für Schüler gefordert. Am 27.3. wurde eine breite Aktionseinheit der verschiedenen sozialistischen und demokratischen Organisationen gebildet, am 2.4. fand eine weitere Demonstration statt.

Die Maßnahmen des Bremer Senats zeigen uns deutlich, wie hart die Schulbürokratie vorgeht, wenn sie die Ausbildung an den Oberschulen, die die Fertigstellung von Intellektuellen, die dem kapitalistischen System treu ergeben sind, zum Ziel hat, bedroht sieht und wenn die Gefahr besteht, daß größere Teile der Oberschüler in ihren Kämpfen über den engen Rahmen der Schul- oder Standespolitik hinauskommen. Der Terror der Schulbürokratie richtet sich natürlich insbesondere gegen diejenigen, die hierbei den Weg zeigen und zum Bündnis mit der Arbeiterklasse aufrufen, die der wichtigste Faktor im Kampf gegen den allgemeinen Abbau der demokratischen Rechte ist.

Dabei sind die reaktionären Maßnahmen des Bremer Senats durchaus keine isolierte Einzelerscheinung, sondern sie stellen zusammen mit den Berufsverboten, mit dem neuen Hamburger Schulverfassungsgesetz u.a. eine Linie dar, besser: Diese Maßnahmen sind erst die Vorboten einer „harten Welle" an den Schulen und Hochschulen, die die Mundtotmachung und Einschüchterung aller Demokraten und Kommunisten im Ausbildungsbereich, eine weitgehende Entrechtung und Disziplinierung der Schüler zum Ziel hat, um die Intellektuellen fest in den Griff der Kapitalisten zu bekommen.

Das Beispiel der Bremer Schüler zeigt uns aber auch, daß man solche Angriffe nicht hinnehmen muß, sondern daß es durchaus einen wirksamen Kampf und wirksame Kampfformen zur Verteidigung unserer Rechte gibt. ■

1970 an. Diese Hauptorientierung hat auch zu diesen Erfolgen geführt, sodaß trotz Verleumdung und Diffamierung einzelner Mitglieder des Elternrates bei Neuwahlen die Stimmergebnisse einfach für sich gesprochen haben.

Dem Elternrat wäre das nicht möglich gewesen, wenn die Eltern in dieser oder jener Frage den Eindruck gehabt hätten, daß der Elternrat seiner selbst wegen oder aus irgendwelchen anderen persönlichen Motiven heraus jetzt irgendwas unternehmen will. Das hätten die Eltern gespürt. Das war nicht der Fall. Sie haben erkannt – und das ist eben die Frage der Schaffung eines Vertrauensverhältnisses als Voraussetzung für solche Dinge – daß hier ein Elternrat am Wirken ist, dem es – bei allen Schwächen und oei allen gemachten Fehlern – ganz ehrlich um das Problem der Kinder an dieser Schule geht.

„AK": Wie haben die Schulbehörde und die Vertreter der verschiedenen Parteien auf ihre Aktion und insbesondere auf den Streikbeschluß reagiert?

Kolbe: Darauf möchte ich, abgesehen von der Diffamierung, die ich schon erwähnte, jetzt nicht antworten; wir als Elternrat haben eine Dokumentation fertiggestellt, die Auskunft und Aufschluß über diese Frage gibt, und wir sind gerne bereit, diese Dokumentation Ihrer Zeitung zur Verfügung zu stellen. Wir haben sowieso die Absicht, sie allen Zeitungen zu geben.

„AK": Woher kommt es, daß die Eltern wie auch der Elternrat Ihrer Schule so geschlossen vorgehen? Das geschieht doch sicher trotz unterschiedlicher Auffassungen, z.B. trotz verschiedener parteipolitischer Orientierung. Wie ist das erreicht worden und kann diese Einheitlichkeit als gesichert gelten?

Kolbe: Die Einheitlichkeit ist eine Sache, die erarbeitet werden muß, und der Elternrat war sich über die Wirkung dieser Einheitlichkeit mit den Eltern der Schule klar. Genau wie hier diese Einheitlichkeit erarbeitet werden muß – zwischen Elternrat und Eltern der Schule – muß auch ständig an der Einheit im Elternrat gerungen und gearbeitet werden. Natürlich gibt es dort unterschiedliche Auffassungen und Meinungen, aber wie gesagt, wir gehen davon aus, daß das Interesse der Kinder an der Schule unteilbar ist, und wir messen eigentlich alle Meinungen, alle Auffassungen eben an dieser Frage. Das hat geholfen, immer wieder diese Einheit zustande zu bringen, auch dann, wenn es den Anschein hatte, daß sich die Differenzen verhärten könnten. Von der Einheit kann man nie sagen, daß sie endgültig ist und bleibt, sondern sie muß ständig wieder neu erreicht und erarbeitet werden, genau wie ständig Vertrauen, worüber ich im Zusammenhang der Studenten einiges gesagt habe, neu errungen, neu erwirkt werden muß. Und hier ist ausschlaggebend das Verhalten des einzelnen zur Sache, um die es geht.

„AK": Der Streikbeschluß hat zu einem gewissen Erfolg geführt: der Schule sind drei neue Lehrkräfte zugestellt worden. Ist das ein Erfolg, auf dem man sich gewissermaßen ausruhen kann, wie sieht die aktuelle Situation aus?

Kolbe: Nein, ganz im Gegenteil, das war kein Erfolg, von dem man sagen kann, daß man sich jetzt ausruhen könnte. Die Situation hat sich natürlich zu dem Zeitpunkt an der Schule verbessert, obwohl wir die Zusage von drei Lehrkräften etwas anders aufgefaßt haben als von der Schulbehörde gemeint war. Denn wir bekamen keine drei vollen Lehrer, sondern Referendare mit einem 12-Stunden-Lehrauftrag.

Ich will hier nicht auf die Schwierigkeiten eingehen, die jetzt wieder für den Schulleiter entstanden sind, um die Referendare wirklich wirkungsvoll einzusetzen. Zumindest ist aber zu fragen, wieweit die Methode, Referendare auf Kosten ihrer eigenen Referendarausbildung früher in den Unterricht zu schicken, der Steigerung der Qualität dient. Ich bin der Meinung, daß die Ausbildung der Lehrer qualitativ sehr zu wünschen übrig läßt, und insofern wird eine solche Maßnahme natürlich auch sehr fragwürdig. Es ist ja bekannt, daß eine ganze Reihe von Referendaren gegen diesen Einsatz zur Wehr gesetzt hat und gesagt hat: wir fordern eine gründliche Ausbildung und möchten nicht halbfertig in den Unterricht der Klassen gehen und damit unsere Halbfertigkeit auf die Kinder abwälzen. Das scheint mir ein sehr richtiger Standpunkt zu sein, leider ist das auch keine erdrückende Mehrheit, sondern eine Minderheit von Referendaren, die diesen Standpunkt vertritt.

Aber ein Erfolg ist es ja dennoch gewesen, wenn man davon ausgeht, daß der Schwerpunkt darin liegt, die Eltern einzubeziehen. Daher war das sogar ein sehr großer Erfolg, weil es dazu geführt hat, das Vertrauensverhältnis zwischen Elternrat und Eltern noch stärker zu gestalten. Das ist eigentlich die Hauptseite des Erfolges, den wir in diesem Zusammenhang erreicht haben.

Aktion Kleine Klasse „Hoppla, wir kommen! "

AK: Herr Kolbe, es gibt Organisationen bzw. Initiativen, die nach eigenen Aussagen sozusagen „berufen" sind in Sachen Schulkampf: z.B. die Lehrergewerkschaft GEW und die „Aktion Kleine Klasse". Welche Erfahrungen haben Sie mit der Politik dieser Gruppen gemacht, was halten Sie von der Forderung der „Aktion Kleine Klasse" nach Klassenstärken von 25 Kindern ab Sommer 1973?

Kolbe: Die Forderung ist richtig. Wir müssen natürlich Klassenfrequenzen von 25 Kindern erreichen. Nur stellt sich die Frage, ob diese Forderung zur Zeit – und zwar unter dem Gesichts-Punkt des Standes der Entwicklung des Bewußtseins der Eltern – politisch richtig und der schulischen Realität angemessen ist.

Man muß hier etwas genauer herangehen: Die Forderung „Kleine Kinder – Kleine Klassen" ist eine Forderung der GEW, basierend auf dem Handlungsplan der GEW, und man muß sehen, wie dieser Handlungsplan der GEW zustande gekommen ist, was er ist. Seit längerem versucht offenbar eine kleine, aber doch sehr zielstrebig auftretende und verantwortungsbewußte Gruppe von Lehrern innerhalb dieser Gewerkschaft, die GEW auf eine fortschrittliche, kämpferische Bildungspolitik zu verpflichten. Das Ergebnis der Aktivität dieser Gruppe von Lehrern, nämlich der Handlungsplan als Endergebnis einer Reihe von Kompromissen – um nicht zu sagen: von zum Teil faulen Kompromissen – und der Verlauf der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen beweisen eigentlich schon, wie unterschiedlich die Auffassungen in der Mitgliedschaft der GEW sind, welche Kräfte dort wirken, welche Kräfte dort den Haupteinfluß ausüben, und inwieweit es richtig und wichtig für die Eltern ist, sich an dieser GEW bei der Führung des Kampfes zu orientieren.

Die „Aktion Kleine Klasse" hat anfangs 25 Kinder für alle Klassen gefordert. Dann hat sie sich dem Argument gebeugt, daß das nicht realistisch sei, und gesagt: Gut, dann fordern wir also 25 Kinder für das neue Schuljahr Herbst 1973, für die dann neu eingeschulten ersten Klassen und verwirklichen so stufenweise Jahr für Jahr die alte Forderung.

Erst einmal muß man sehen, wen diese „Aktion Kleine Klasse" repräsentiert. Dabei fällt doch auf, daß diese Leute, bei allem guten Willen, jetzt aber nach der Methode „Hoppla, wir kommen" glauben, von o b e n herab, ohne die nötige Basis, eine breite Massenbewegung organisieren zu können, die diese Forderung durchsetzt. Das ist nicht möglich.

Ich bin sogar der Meinung, daß es auch in diesem Kreis Kräfte gibt, von denen man sagen kann, daß hier ein politisches Spiel mit verteilten Rollen gespielt wird. Ich denke dabei an die Auseinandersetzungen in der GEW über die Abschaffung der Mitgliederversammlung zugunsten einer Delegiertenkonferenz, wobei es sicher eine Mehrheit in der GEW für die Einführung einer Delegiertenkonferenz geben wird, weil ein sehr hoher Prozentsatz der Lehrer eben doch der Auffassung ist: „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht."

Diese Dinge sind in der Wechselbeziehung zur „Aktion Kleine Klasse" zu sehen.

Hinzu kommt aber noch bei dieser „Aktion Kleine Klasse", daß dieser Kompromiß nur für die erste neu einzuschulende Klasse 25 Kinder zu fordern, schon wieder die typische Politik ist, die in Richtung der Spaltung geht. Ich möchte hier an das erinnern, was ich im Zusammenhang der Studenten gesagt habe: Die Erfahrungen der Mehrheit der Bevölkerung und insbesondere der Arbeiter, daß immer dann, wenn eine besondere Gruppe vorgeprescht war, Bündnispartner gesucht hat und ihr Ziel erreicht hat, alle diejenigen, die sich für das Ziel miteingesetzt haben, leer ausgegangen sind.

D.h., hier wird von vornherein geteilt, und ein Großteil von Eltern, die durch das ganze kapitalistische System so erzogen sind, sagt: Die Sache berührt mich nicht, meine Kinder gehen in die 5., da sollen sich die Eltern der 1. Klasse drum kümmern. Und das ist der Hintergrund, der auch gewollt ist, jedenfalls von der herrschenden Klasse. Ob nun bewußt oder unbewußt – das mag dahingestellt sein – die Wirkung hat es; objektiv erledigen die Leute der "Aktion Kleine Klasse" das Geschäft der herrschenden Schicht zur Aufrechterhaltung der Klassenschule, weil sie die vorhandene Unruhe unter den Hamburger Eltern ausnutzen und zwangsläufig durch eine solche einseitige Forderung, die in Richtung der Spaltung der Kräfte geht, Niederlagen organisieren.

Dadurch wird das unter den Menschen ohnehin schon stark vorhandene Bewußtsein, daß ja doch alles keinen Zweck hat, noch verstärkt. In dieser Frage gibt es Parallelen zu Erfahrungen aus der Arbeiterbewegung, und besonders der deutsche Faschismus hat hier tiefe Spuren unter den Arbeitern hinterlassen.

Diese Sache ist sehr gefährlich, und man muß aufpassen, daß kein Unheil angerichtet wird gerade an den Schulen und unter den Eltern, bei denen wie bei uns die Entwicklung zu verzeichnen ist, durch Abbau des Egoismus die Gemeinsamkeiten zu suchen und zu festigen. Eine Entwicklung, die jetzt die Orientierung auf die Elternräte des Kerngebiets Altona genommen hat, nachdem die Versuche, über den Kreiselternrat weiterzukommen, aufgrund der Struktur und Zusammensetzung dieses Gremiums gescheitert waren. Eine Entwicklung, die immer von der Basis her aufgebaut wurde und nicht von oben aufgepfropft wurde.

Es gibt eine ganze Reihe Beispiele, wie man versucht, die eine oder andere Sache von oben aufzupfropfen oder sich anzuhängen, um dann politisches Kapital daraus zu schlagen. Die Leute der „Aktion Kleine Klasse" hängen sich zumindest objektiv an die bisherige Bewegung an den Schulen an, nicht um sie wirklich zu unterstützen in der Richtung, die genommen werden muß und die genommen worden ist, insbesondere hier im Kerngebiet, sondern um sich aufzusetzen und dieser ganzen Entwicklung ihre Forderung schwerpunktmäßig aufzudrücken. Das muß natürlich verhindert werden.

„AK": Herr Kolbe, allgemein gesehen gibt es noch wenig Aktivitäten der Eltern und vor allem der Arbeiterklasse im Schulkampf. Nun mobilisieren die Sozialdemokraten, z.B. mit der „Aktion Kleine Klasse". Welches Interesse hat die Sozialdemokratie daran, schneidet sie sich nicht damit ins eigene Fleisch?

Kolbe: Ich weiß nicht, ob es Sozialdemokraten sind, die das organisieren. Deren Parteizugehörigkeit interessiert mich auch nicht. Es ist aber zu vermuten. Letzten Endes gibt es Beispiele aus der jüngsten Zeit dafür, wie so etwas geschieht. Ich denke dabei an die Jusos. Die Jusos vertreten in Worten scheinbar fortschrittliche, „radikale" Forderungen. Ihr Vorsitzender Roth sagte einmal in einem „Stern"-Interview, daß sie den Einfluß der Kommunisten gering halten würden. Das muß man in der Wechselbeziehung zueinander sehen. Das zeigt, daß hier Kräfte am Werk sind, die mit verteilten Rollen spielen. Das ist eine Methode, diejenigen Teile der Bevölkerung und insbesondere der Arbeiterklasse, die sich ihrer Interessen bewußt werden und die anfangen, sich auf ihre eigene Kraft zu besinnen, bei der Stange zu halten. Denn die Jusos sind, wie sie selbst immer wieder betonen, ein fester Bestandteil der Sozialdemokratie. Für dieses Vorgehen gibt es auch in der ganzen Geschichte der Arbeiterbewegung Beispiele. ■

Daimler-Benz Westberlin:

Auf, zum Betriebsrat!

Nach dem miesen Abschluß in der Metalltarifrunde und den Versuchen einzelner kampfstarker Belegschaften, die 11% doch noch durchzusetzen, hatten allein bis Mitte Februar ca. 600 Betriebe der Metallindustrie die innerbetrieblichen Zulagen erhöht, um eventuellen weiteren Kämpfen vorzubeugen. Viele davon waren Großbetriebe, darunter die Daimler-Benz AG.

So wurde die effektiv angerechnete Lohnerhöhung von 8,5% auf 11% für die großen Werke angehoben. Die Kollegen dieser Werke hatten in der Metalltarifrunde 1971 im wesentlichen die Kämpfe getragen, ihre Vertrauensleute hatten eigene z.T. lineare Forderungen aufgestellt und die Entschlossenheit, wenigstens die offizielle 11% Forderung durchzusetzen, in der letzten Tarifrunde durch Warnstreiks bekräftigt.

Die kleineren Werke in Bad Homburg, Düsseldorf und Westberlin sollten diese Zulage nicht bekommen. Die Betriebsvereinbarungen wurden Anfang Februar abgeschlossen. Doch erst Ende Februar hörte man davon im Westberliner Werk. Ein Grund dafür war sicher die mangelnde Informationsverbindung zwischen den Betriebsräten innerhalb des Konzerns.

Die Konzernleitung und speziell Schleyer als Personalchef und Verhandlungsführer der Metallkapitalisten hatten jedoch kein Interesse daran, daß diese Korrektur des 8,5%-Abschlusses nach oben zu schnell an die Öffentlichkeit kommt. Einmal, um innerhalb des Konzerns ein Nachziehen der herausgehaltenen Werke zu verhindern. Zum anderen, um den niedrigen Abschluß im Bewußtsein der Metaller voll als Niederlage wirken zu lassen.

Als die Angelegenheit durch die Lohnstatistik Mitte Februar bekannt wurde, ging auch sogleich die Auseinandersetzung in der Presse los. Vom Bundesverband Deutscher Arbeitgeber wurden diese innerbetrieblichen Zugeständnisse als Bruch der Tarifdisziplin durch einzelne Firmen kritisiert und betont, daß kein Anlaß zur Korrektur des Tarifvertrages nach oben bestände. Die Kapitalisten versuchten hier ihren Erfolg zu sichern und gerade in Hinblick auf die noch anstehenden Tarifrunden eine Durchlöcherung der Lohnleitlinien zu verhindern.

Auf der anderen Seite wurden auf mehreren IGM-Versammlungen aufgrund der Unzufriedenheit der Kollegen Neuverhandlungen gefordert. Selbst Minister Ehmke versuchte, sich in der Sache zu profilieren, indem er an die Kapitalisten appellierte, Zugeständnisse zu machen, um „soziale Unruhe in den Betrieben" zu vermeiden.

Die öffentliche Diskussion zielte auf Anhebung der Lohnleitlinien. Dagegen stand aber die Absicht der Konzernleitung, die Lohnunterschiede zwischen den großen und kleinen Werken zu erhalten.

Die Diskussion im Betrieb beginnt

In dieser Situation wurde vom Westberliner Betriebsrat die Forderung nach 2% Zulage gestellt. Unter den Vertrauensleuten begann die Diskussion über die Aussichten der Verhandlungen und eventuelle Kampfmaßnahmen. Dabei konnten sie sich auf die ständige Information durch den Betriebsrat stützen. Unter den Kollegen fand die Sache anfangs keine große Beachtung: Die meisten hatten sich mit dem Ergebnis der Tarifrunde abgefunden. Andere dagegen hatten die Resolution des VK vom Dezember, in der die Große Tarifkommission aufgefordert wurde, die 11% voll durchzusetzen, noch nicht vergessen. Da aber die Resolution damals nicht breit diskutiert wurde, blieb davon auch nicht viel übrig. Aufgrund dieser Stimmung hatte der Versuch der Vertrauensleute, schon bei Übergabe der Forderung an die Geschäftsleitung durch Diskussionsgruppen in den Abteilungen Kampfbereitschaft zu demonstrieren, keinen Erfolg.

Über die Benachteiligung gegenüber den westdeutschen Werken wurde die Diskussion unter den Kollegen langsam angekurbelt.

Die Politik der Geschäftsleitung zeichnete sich bisher dadurch aus, die in Westberlin von den Kapitalistenverbänden und dem SPD-Senat mit der „unsicheren politischen Lage" erzeugte Angst um den Arbeitsplatz zu ständigen Leistungssteigerungen auszunutzen. Da die rechten Sozialdemokraten in der Gewerkschaft ins gleiche Horn stießen, konnte sich die GL dabei auf den früheren Betriebsrat stützen. So wurden in Zusammenarbeit mit dem BR Rationalisierungen durchgeführt, die dann mit dem Argument, „in Westberlin sind die Kollegen damit zufrieden", auf andere Werke übertragen wurden. Die Pro-Kopf-Leistung liegt um etliches über dem Niveau in Westdeutschland, während die Effektivlöhne und Zulagen darunter liegen.

In der ersten Antwort vom Vorstand in Untertürkheim wurde dieser hohe Leistungsstand einfach umgedreht, und argumentiert, in Westberlin würden die Akkordarbeiter zu hoch abrechnen, was gleich mit der Drohung verbunden wurde, man hätte nur noch keine Zeit gehabt, die Westberliner Preise der westdeutschen Kalkulation anzupassen. Damit sollten die Kollegen, die unterschiedlich abrechnen, gegeneinander aufgehetzt werden, die Stimmung, „wir sind selbst Schuld", erzeugt werden, und dahinein die Drohung mit der Neukalkulation wirken lassen.

Die Kollegen, die der ganzen Entwicklung noch teilnahmslos gegenüberstanden, schluckten diese Frechheit. Doch es gelang denen, die durchblickten, durch mehrere Diskussionen über das Abrechnungsproblem dieses „Schuldbewußtsein" aufzuknacken. Der entscheidende Stimmungswandel trat ein, als die Vertrauensleute das unverschämte „Angebot" aus Untertürkheim bekanntmachten.

Für die Akkordarbeiter keine Zulage; für die Facharbeiter 2%, aber nur, wenn der Betriebsrat der Einführung des Leistungslohns bei den Facharbeitern zustimmt.

Probleme bei der Organisierung des Kampfes

Die Werkzeugmacher hatten über zwei Jahre die Einführung des Leistungslohns verhindert; als es brenzlig wurde, hatten sie ihre Haltung durch einen Warnstreik bekräftigt und damit auch den früheren BR daran gehindert, zuzustimmen, was er bei einer anderen Abteilung schon getan hatte.

Das „Angebot" wurde von den Kollegen zurecht als Erpressung bezeichnet. Nicht die 2% waren mehr das Wichtigste, auch das Abrechnungsproblem trat zurück. Die Erpressung war der Punkt. Der Betriebsrat lehnte ab. Die Diskussion wurde breiter geführt. „Jetzt kann nur noch Druck das Blatt wenden. Aber wie zieht man das auf, so wie es aussieht? "

Der größte Teil der Vertrauensleute war unerfahren in der Organisierung von Streiks. Es hatte auch keine Sitzung stattgefunden, wo die Probleme zur Sprache kommen konnten. Unter den Kollegen gab es viele, die sagten, daß man „keine Gewalt" anwenden dürfe. „Der Gesamtbetriebsrat soll sich um die Sache kümmern. Wir haben ja mal ne halbe Stunde gestreikt. Aber da ist uns die Zeit nicht bezahlt worden."

Andere sagten: „Da gibt es nur eins. Da gehen wir alle auf den Hof. Das haben wir damals auch gemacht!"

Der letzte Streik lag schon mehrere Jahre (!) zurück, und bei der indirekten Aussperrung 1971 hatte der BR alle morgens vors Tor bestellt, damit sie der Geschäftsleitung ihre Arbeitswilligkeit (!) demonstrierten, um „das Kurzarbeitergeld zu sichern". Von der Ortsverwaltung wurde nichts erwartet: „Der ‚Tariffriede' verbietet schließlich der Gewerkschaft die Durchführung von Kampfmaßnahmen." Außerdem war von rechten Sozialdemokraten in der Diskussion unter Gewerkschaftsfunktionären über den Hoeschstreik und einen möglichen „heißen Sommer" die Devise ausgegeben worden: „Bei uns ist Ruhe die erste Bürgerpflicht."

Dennoch: „Die Unterstützung der OV wird gebraucht. Denn viele Kollegen gehen eher mit, wenn die Sache offiziell ist."

„Der Betriebsrat ist durch das Betr.VG an den Betriebsfrieden gebunden. Gerade in dieser Situation, wo sein Überblick gebraucht wird, ist er kaltgestellt. Aber er kann für schnelle Information sorgen."

Nach den Erfahrungen bei Hoesch schien manchen Vertrauensleuten Vorsicht geboten: „Offiziell dürfen wir das nicht machen." Es blieb nur eins: „Die Kollegen müssen das selber machen."

An dieser Diskussion über den „illegalen" Charakter des Kampfs, die auch nur unter wenigen Vertrauensleuten geführt wurde, hatten auch die Kollegen zu knabbern: Einige interessierte nur, „daß etwas gemacht wird". Manche glaubten jedoch tatsächlich zu wissen, daß Streiken „überhaupt verboten" sei.

Da ein richtiger Streik bei der großen Unsicherheit unter den Kollegen und wegen der rechtlichen Bedingungen nicht möglich erschien, mußte ein anderer Weg gefunden werden. Man nahm sich das BVG wieder vor: „Wer nur auf die Buchstaben starrt, dem wird angst und bange. Man muß die Lücken finden." Die Informationspflicht des BR war der Angelpunkt. Verbunden mit dem Infromationsrecht des Arbeitnehmers

Eugen Loderer in Hamburg:

GRENZEN GEZOGEN!

Am 13. April fand im Hamburger Gewerkschaftshaus die erste"grosse Funktionärsversammlung" der IG Metall seit einem halben Jahr statt. Etwa 700 Kollegen waren hierzu erschienen.

Zwischen der letzten Versammlung und der am Freitag lagen mittlerweile Ereignisse von großer Bedeutung für die gewerkschaftlich organisierten Kollegen: eine abgelaufene Metalltarifrunde liegt hinter uns, die Vertrauensleutewahlen der IG Metall sind fast überall abgeschlossen.

Von seiten der IGM-Führung sind diese Ereignisse unter größtmöglicher Ausschaltung der Mitgliederschaft durchgezogen worden. So fand während der Tarifrunde oder vor den Vertrauensleutewahlen überhaupt keine Funktionärsversammlung statt.

Stattdessen wurden in der ersten Februarhälfte nur die Vertrauenskörperleitungen, die Betriebsratsvorsitzenden und die Ausschüsse für die Vertrauensleutewahlen – also ein kleiner Kreis von Funktionären – zu einer Sitzung zusammengeholt (s. hierzu Artikel in ARBEITERKAMPF 26).

Den Gewerkschaftsführern war die wachsende Kritik der Mitglieder und vieler Funktionäre bekannt. Im ARBEITERKAMPF 26 vom März schrieben wir zum bevorstehenden "Besuch" Eugen Loderers:

- „Über das schmähliche Vorgehen der IGM-Führer in der Lohnrunde 72/73 soll zunächst Gras wachsen, und die Vertrauensleutewahlen sollen längst passee sein, wenn am 13. April Eugen Loderer zur nächsten „Großen Funktionärsversammlung" in Hamburg erscheint . . ."

Und am Freitag waren sie alle da: der IGM-Vorsitzende Loderer, 3 Mitglieder der Bezirksleitung unter Führung Otto vom Steegs und Jonni Müllner als Versammlungsleiter.

Rechtfertigung der Tarifpolitik

In dem Hauptreferat von Loderer, das über 1 und 1/2 Stunde ging, zog er zunächst einmal alle Register der in den letzten Wochen bekannt gewordenen Vorstandsargumente, um den 8,5 %-Abschluß vom Januar zu verteidigen:

- die wirtschaftliche Lage war Ende 1972 noch nicht so deutlich einzuschätzen, wie jetzt („hinterher ist man ja immer klüger"), der Vorstand ist von Preissteigerungen von 5,5% ausgegangen, Preissteigerungen in dem Ausmaß und die ständigen Währungskrisen waren nicht vorhersehbar.
- Die Tarifrunde begann in der Stahlindustrie, die Ausgangslage war insofern schlecht, als die „Gewinnlage (!) in diesem Bereich schlecht war".
- schuld war auch das Aufstellen einer linearen Forderung in Nordrhein-Westfalen, da auf diese Art und Weise keine „leistungsgerechte" Bezahlung erreicht wird.

Loderer's Fazit: hätten wir das alles vorher gewußt, ja dann ...

Und die Konsequenzen daraus: zunächst müssen wir als Gewerkschafter uns an die Verträge halten, "der Vertrag ist Gesetz". Darüber hinaus will der Vorstand "alles ihm Mögliche tun, mehr für die Arbeitnehmer zu erreichen."

Er wandte sich dann scharf gegen alle jene, die versuchten, bestehende Verträge zu "unterlaufen": die Unternehmer, die von sich aus freiwillig mehr als Tarif geben und diejenigen Betriebsräte, die in eigener Regie mit den Unternehmern Verhandlungen um mehr Lohn führten. "Hierdurch (wird) die Einheit der Organisation gefährdet".

In seinem weiteren Vortrag versuchte Loderer die Kritik der Mitglieder am Tarifabschluß abzuschwächen, indem er meinte: "Politik der Gewerkschaften heißt nicht nur, über höhere Löhne zu verhandeln, sondern schließt alle Lebensbereiche der Arbeitnehmer mit ein". Um dann hinterher lang und breit sich über "Vermögensbildung" und "Mitbestimmung" auszulassen.

In der Diskussion heftige Kritik

In der sich anschließenden Diskussion meldeten sich mehr als 20 Redner zu Wort. Drei Viertel der Redner setzten sich sehr kritisch mit dem Referat auseinander, während die Unterstützung für Loderers Ausführungen so schwach war, daß die Gewerkschaftsführer sich gezwungen sahen, ihre eigenen Leute zu diesem Zweck ans Mikrofon zu schicken. Ottmar Günter von der Vorstandsverwaltung, Otto vom Steeg aus der Bezirksleitung und Erhard Prehm von der Ortsverwaltung mußten ran, die Vorstandspolitik zu verteidigen.

Hauptkritikpunkt in den Beiträgen war die von den Gewerkschaftsführern praktizierte Sozialpartnerschaftsbindung in der Tarifpolitik.

Die Kollegen forderten Tarife, die sich an den Bedürfnissen der Arbeiter und Angestellten und nicht an der kapitalistischen Wirtschaftslage orientieren.

Unter viel Beifall wies ein Kollege auf den Streik der Druckarbeiter hin, in dem deutlich geworden ist, daß nur der Einsatz gewerkschaftlicher Stärke die Unternehmer zum Nachgeben zwingt.

Scharf verurteilt wurde das Verhalten des IGM-Vorstands in den Streiks bei Hoesch und Mannesmann.

Ein weiterer wichtiger Punkt in den kurzen Referaten war die innergewerkschaftliche Demokratie – diese Tarifrunde hat wieder einmal sehr deutlich gezeigt, daß mit der Möglichkeit des Vorstands, jede Mehrheitsentscheidung der Mitglieder zu Fall zu bringen, stattdessen seine eigenen Vorstellungen durchzusetzen, faktisch der IGM-Hauptvorstand allein über die Richtung der gewerkschaftlichen Politik bestimmt.

Daraus wurden von einzelnen Rednern Forderungen abgeleitet nach

- Aufnahme der Vertrauensleute in die Satzung (darauf Loderer: „Wir können doch die Vertrauensleute nicht zur Organisation in der Organisation machen"),
- Urabstimmungen über jedes Ergebnis bei Verhandlungen – erst bei Zustimmung der Mitglieder Annahme eines Ergebnisses (darauf Loderer: „Wir können nicht über alle Fragen Urabstimmungen durchführen; dann würden wir vor lauter Abstimmungen nicht mehr zum Arbeiten kommen."),
- Wahl der Tarifkommissionen in den Vertrauenskörpern.

Heftige Angriffe richteten sich auch gegen die zur Zeit bestehenden Satzungen, die von Kollegen als gegen die Mitglieder gerichtet bezeichnet wurden, denn auf fast alle Kritiken wußten die Gewerkschaftsführer mit einem Paragraphen aus den Satzungen oder Richtlinien des Vorstands zu antworten.

Insgesamt hat diese Versammlung gezeigt, daß die Zahl der aktiven Vertrauensleute, die Zahl derjenigen, die an der politischen Auseinandersetzung interessiert sind und der Politik des IG-Metall-Vorstands kritisch gegenüberstehen, größer geworden ist. Das zeigen Beifall und Reaktion bei vielen Reden, das zeigt das gestiegene Interesse an den einzelnen Diskussionsbeiträgen: denn obwohl die Gewerkschaftsführer auf solchen Veranstaltungen die Hauptzeit für ihre Starredner in Anspruch nehmen, waren noch nach vier Stunden Versammlung etwa ein Drittel der Kollegen anwesend; so wurde auch der Antrag, die Rednerliste zu schließen, von der Mehrheit abgelehnt.

Ein Gespenst geht um . . .

Wir wollen an dieser Stelle nicht noch einmal ausführlich auf die einzelnen Aussagen Loderers eingehen, sondern das Schwergewicht auf die Art und Weise legen, wei die Gewerkschaftsführer mit der Kritik der Mitglieder umgehen – wie sie versuchen, die anwesende Kritik mundtot zu machen.

In der Hamburger Verwaltungsstelle ist die Unsitte, lange und einlullende Reden auf Funktionärsversammlungen halten zu lassen, schon längst Praxis.

Genauso praktizieren die Gewerkschaftsführer seit langem, ihren Gastrednern, die oft, wie z.B. Loderer, geschulte Demagogen sind, die Möglichkeit zu geben, die Kritik der Mitglieder, ihre einzelnen Beiträge zu zerpflücken. Dabei gelingt es einem gewieften Verdrehungskünstler vielfach, gehaltene Beiträge einfach zu entstellen, ohne daß der Redner die Möglichkeit erhält, hiergegen zu argumentieren.

Eine besondere Variante dieses Vorgehens lieferte Loderer in seinem Schlußbeitrag. Hatte er in den zwei Stunden Diskussion nicht viel zu lachen gehabt, so wollte er jetzt die Gelegenheit benutzen, die Dinge wieder ins rechte (Vorstands-) Licht zu rücken.

„Ich bin in tiefer Sorge um die Organisation, und ich hoffe, ihr werdet mir einen Teil davon abnehmen," begann er seine nun folgende Rede gegen die Kritiker.

Die Kritik selbst bezeichnete er als „gefährliche Tendenz", die der „Einheit der Organisation" schadet. Kritik an der Satzung der IGM wurde mit bewährter Methode vom Tisch gewischt: „Wer sagt, die Gewerkschaft könne ohne Satzung leben, das Gesetz, das sie sich selber gegeben hat, predigt Anarchie."

Indem er einige Kritiker als „Superlinke" bezeichnete (mit eisiger Kälte berechnend), dabei dann noch den vor dem Gewerkschaftshaus verteilten METALLARBEITER schwenkte („in dieser linksradikalen Zeitung Blatt 4 ist alles erstunken und erlogen") und den Rednern vorhielt, sie würden mit Argumenten aus dieser Zeitung kommen, versuchte er, von den Inhalten der Kritik abzulenken.

Stattdessen baute er das Gespenst der von „einigen Extremisten" gefährdeten Einheit der Gewerkschaft auf. In dieser Situation darf nicht gezögert werden, darf es keine Differenzen geben – „die Grenzen dessen, was die Organisation (gemeint sind die hauptamtlichen Funktionäre) dulden kann, müssen gezogen werden".

Loderer selbst empfahl sich dann für diese „Auseinandersetzung": „Dagegen (gemeint ist die wachsende Kritik der Mitglieder) müssen wir kämpfen – ich werde dabei an vorderster Front sein"!

Die Linie ist klar – Loderer hat die Grenzen gezogen: Zwar droht den Gewerkschaftsführern keine unmittelbare Gefahr ihrer Machtposition, zwar können sie ihre Politik nach wie vor durchsetzen, jedoch eines wird deutlich:

Die objektive Schwäche der Politik der heutigen Gewerkschaftsführer, in Erfüllung der Aufträge der Kapitalisten bringt sie zusehends in Schwierigkeiten, diese Politik den Mitgliedern glaubhaft zu machen.

Vielmehr begünstigt diese Schwäche das Aufkommen von Kritik.

An diesen Tatsachen kommen die Gewerkschaftsführer nicht vorbei, was sie wohl wissen. Was sie verhindern wollen, ist die politische Bewußtwerdung dieser Kritik – ist das Abwenden der Mitglieder von der durch den Gewerkschaftsvorstand dirigierten Linie hin zu einer konsequenten Klassenpolitik in den Gewerkschaften.

Die Gewerkschaftsführer können den Widerspruch zwischen ihrer Politik und dem Willen, den Bedürfnissen der Mitglieder nicht beseitigen, es sei denn, sie räumten freiwillig das Feld. Um aber das Heft in der Hand zu behalten, müssen Schuldige her.

„Die Feinde der Organisation", das sind die Kommunisten, die mit ihren „Spaltungsmanövern" die Organisation „unterwandern" wollen.

Die Kollegen, die ähnlich argumentieren wie die Kommunisten (was gar nicht zu umgehen ist, da die Kommunisten mit Tatsachen arbeiten) werden zu deren Handlangern erklärt.

Solchen Ausführungen, wie sie Loderer in Hamburg gemacht hat, folgen dann die Taten: Boykottierung der gewerkschaftlichen Arbeit dort, wo sie nicht auf Linie ist; Ausschlußterror, wie er zur Zeit wieder verstärkt praktiziert wird (erstmals wieder in größerem Umfang seit dem Verbot der KPD 1956).

Dabei wird folgendes erreicht: die Fronten sollen geklärt werden (du bist doch nicht für die Kommunisten, oder? Also bist du für uns) – die sogenannte „schweigende Mehrheit" soll mobilisiert werden.

Eine weitere Eskalationsstufe hat der IGM-Beirat unter Vorsitz Loderers nur zwei Tage nach der Funktionärsversammlung beschlossen: alle Mitglieder außerhalb der DKP stehender kommunistischer Organisationen und ihnen nahestehende Kollegen sollen zukünftig aus der IG-Metall ausgeschlossen werden.

„Welt" vom 17. April '73

„Die Zielsetzungen und Aktivitäten der unter den Bezeichnungen KPD KPD/ML, KPD/AO, Arbeiter — Basis — Gruppen, Kommunistischer Bund, Kommunistischer Arbeiterbund und Kommunistische Arbeiterpresse tätigen linksextremistischen Gruppen und der von ihnen getragenen sogenannten revolutionären Gewerkschaftsopposition sind gewerkschaftsfeindlich. Die sogenannten Gruppierungen werden zu gegnerischen Organisationen erklärt. Die Zugehörigkeit zu diesen Organisationen ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Industriegewerkschaft Metall. Mitglieder der Industriegewerkschaft Metall, die sich an deren gewerkschaftsfeindlichen Aktivitäten beteiligen oder diese unterstützen, verstoßen gegen die Interessen unserer Gewerkschaft und müssen mit dem Ausschluß rechnen."

An die Kommunisten geht die Aufgabe, diese Politik aufzudecken – für uns heißt eine Konsequenz aus dieser Versammlung: den von Loderer geworfenen Fehdehandschuh aufnehmen, die Diskussion besonders mit den Kollegen zu führen, die auf der Versammlung ihren Unmut und ihre Kritik geäußert haben – und im Kampf um eine konsequente Klassenpolitik der Gewerkschaften den Kampf gegen Antikommunismus und Ausschlußterror zu organisieren. ■

Eugen Loderer zum Geleit



D I E L Ö S U N G !

Nach der letzten Metalltarifrunde
ließ der 1. Vorsitzende
der IG- Metall verlauten,
daß die Arbeiter das Vertrauen
des Gewerkschaftsvorstandes
verscherzt haben
und es nur durch verdoppelte Arbeit
zurückerobern können.
Wäre es da nicht einfacher,
der Vorstand
löste die Mitgliedschaft auf
und wählte sich eine andere ?

(frei nach Bertolt Brecht)



Einen Gag gewohnter Art leistete sich einmal mehr ein Mitglied der DKP auf dieser Funktionärsversammlung:

Zunächst trug er seine Freude an der Mitbestimmung vor, um von da überzuleiten auf die vom Kreisjugendausschuß geplante Mai-Demonstration und lud alle ein. Dann distanzierte er sich von anderen Aktionen zum 1. Mai: „Wenn Gruppen, die mit der Arbeiterbewegung und dem 1. Mai nichts zu tun haben, gegen die Einheit der Gewerkschaft sind, müssen wir diesen eine Abfuhr erteilen."

Wir können diesem DKP-Mitglied bescheinigen, daß er sich mit diesem Beitrag wiederum einige Pluspunkte bei den Gewerkschaftsführern auf seinem Weg zur Erklimmung einer Gewerkschaftskarriere geholt hat:

1. Er sparte jedes Wort der Kritik an dieser Jugenddemonstration am unmöglichen Ort zur unmöglichen Zeit aus (unsere Stellung hierzu in ARBEITERKAMPF 27, „KB demonstriert wieder"),
2. er nahm den anwesenden Gewerkschaftsführern die Verpflichtung, sich von den „antigewerkschaftlichen Aktivitäten" zu distanzieren,
3. er lieferte einmal mehr den Beweis dafür, daß er dasselbe Verständnis von „Einheit der Gewerkschaft" hat, wie der Vorsitzende Loderer, der diesen Begriff mehrfach strapazierte, um Kritik abzuwürgen.

Forts. Daimler-Benz

hatte man den Dreh gefunden: „Morgen um Punkt neun nach der Frühstückspause treten alle Kollegen beim BR an und verlangen Information über den Stand der Verhandlungen."

Bis zum Feierabend wurden die anderen Vertrauensleute informiert und angefangen, den Kollegen Bescheid zu sagen. Für viele war die Zeit zu kurz, denn all die Probleme, die in 14 Tagen diskutiert wurden, mußten jetzt in wenigen Stunden geklärt werden. Das war schwer möglich, ohne aufzufallen. Wer in seiner Abteilung alleine dastand, ohne Unterstützung von 2,3 Kollegen, die im Bilde waren, konnte das nicht schaffen.

Der Marsch zum Betriebsrat

Am nächsten Morgen, Punkt neun, marschierte der Werkzeugbau. Aus den anderen Hallen kam eine Gruppe nach der anderen. Die Erleichterung und Begeisterung war groß. Die Unsicherheit und Unklarheit konnte also doch bei vielen beseitigt werden.

Die Beteiligung von 350 Kollegen von ca. 1 200 der Frühschicht war unter den Bedingungen recht beachtlich. Sie wäre größer gewesen, bei der gleichen Unauffälligkeit der Vorbereitungen, wenn mit einer VK-Sitzung alle Vertrauensleute in die Diskussion über den Charakter und die Bedingungen der Aktion einbezogen worden wären. Da die Form des Kampfes hohe Anforderungen an das Bewußtsein der Kollegen stellte, hätte die Diskussion breit und über längere Zeit geführt werden müssen.

Die GL hatte von den Vorbereitungen nichts mitbekommen, und es gelang ihr auch in kaum einem Fall, herauszufinden, welche Kollegen daran beteiligt waren.

Die Information dauerte 1/2 Stunde und die Zeit wurde bezahlt. Der BR stellte die Position der Konzernleitung und seine dar und versuchte, durch den Hinweis auf die Auseinandersetzungen in der Presse die Aussichten der Verhandlungen einzuschätzen. Er sah dabei allerdings nur die Seite, daß sich die Position in Untertürkheim durch die Kritik nur verhärten würde. Die Gewährung der Zulage für das Düsseldorfer Werk ohne Kampf zeigte, daß die Dinge in die andere Richtung gingen.

Unter den Kollegen wurde dann nachher in den Abteilungen der Schluß gezogen, daß mit der einen Aktion die Forderung noch nicht durchgesetzt sei. Obwohl viele sagten, daß würde jetzt auch ohne Druck weiterlaufen, waren frühere Zweifler an der Sache, dadurch, daß es geklappt hatte, ermutigt: „Wenn die Konzernleitung wieder ablehnt, dann wird wieder rausgegangen!" Das Selbstvertrauen war größer geworden. Die nächsten Verhandlungen brachten das Ergebnis:

> 2% für die Stunden- und Leistungslöhner ab 1.4.; Überprüfung der Arbeitswerte mit dem Ziel, sie durchschnittlich um 1 Punkt anzuheben; Überprüfung einiger Akkordpreise eventuell durch Zeitaufnahmen; auf die überprüften Zeiten eine Erhöhung der Leistungszulage für feststehende Automatenlaufzeiten um 22%, 14 Tage Erklärungsfrist.

Der Kompromiß ist offensichtlich: Die Akkordarbeiter bekamen die 2% nicht. Den schon begonnenen neuen Zeitaufnahmen wird schriftlich zugestimmt. Andererseits: Die Erpressung war zurückgewiesen worden. Die Anhebung der Arbeitswerte entspricht 1,6%, die der Laufzeiten 1,8%. Nur werden nicht alle davon profitieren. Diese Zusatzbestimmungen waren so allgemein gehalten, daß sie ganz verschiedene Auswirkungen zuließen.

Das Ergebnis beruht auf einer unsicheren Einschätzung sowohl der Position der Konzernleitung als auch der Kampfbereitschaft der Kollegen. Eine VK-Sitzung hätte eine genauere Einschätzung zumindest der Kampfbereitschaft ermöglicht und der BR hätte gewußt, wieweit die Kollegen mitgehen. Hier waren die Möglichkeiten der Zusammenarbeit von BR und VK nicht ausreichend genutzt worden. Das beruhte vor allem auf der Unsicherheit in der Frage des „illegalen" Streiks, der innerhalb des BR und der VK-Leitung unter dem Eindruck des Hoesch-Streiks abgelehnt wurde. An der Weigerung des BR, die Vertrauensleute sofort nach der letzten Verhandlung genau über das Ergebnis zu informieren, zeigte sich das deutlich. Er befürchtete „Unruhe unter den Kollegen" und meinte, das würde das Ergebnis „gefährden".

Die geschickte Anwendung des BVG in der schwierigen Situation und die schnelle regelmäßige Information durch den BR hat den Versuch der Konzernleitung, die Forderung der Kollegen in einen Angriff zu verwandeln, verhindert. Andererseits führte das mangelnde Vertrauen des BR und der VK-Leitung in die Kraft der Kollegen zu dem Kompromiß. Durch eine verbesserte Zusammenarbeit des BR mit den Vertrauensleuten, gestützt auf die Kollegen, muß nun verhindert werden, daß die Konzernleitung den Kompromiß ausnutzt, um bei den Akkordarbeitern ihr Ziel zu erreichen.

Mit einer breiten Aufklärung über das Verhalten bei Zeitaufnahmen wird begonnen.

KB/Westberlin

Schon wieder: INTERNE KONSEQUENZEN

Angriffe der DGB-Führung auf die Jugendbildungsarbeit in Niedersachsen

Zur Zeit laufen in Niedersachsen mehrere Ausschlußanträge und Funktionsverbote gegen Kollegen, die hauptsächlich in der Jugendarbeit des DGB, bzw. der Einzelgewerkschaften aktiv waren (Siehe auch Artikel im letzten ARBEITERKAMPF). Der letzte Schlag der DGB-Führung ist nun die Beurlaubung der Kollegen Heine und Bergmann „aus der Abteilung Jugend des DGB-Landesbezirks Niedersachsen und Bremen", mit gleichzeitig ausgesprochenem Funktionsverbot. Satzungsgemäß können Funktionsverbote nur von den jeweiligen Einzelgewerkschaften ausgesprochen werden, aber die DGB-Führung, hier der Landesbezirksvorstand (LBV), nimmt es damit nicht so genau.

In der Begründung der Beurlaubung heißt es u.a.: „Übereinstimmend wurde festgestellt (vom LBV), daß die von den Kollegen Heine und Bergmann vertretene Auffassung zur Durchsetzung einer konsequenten gewerkschaftspolitischen Jugendarbeit, wie sie sich insbesondere durch solche Schlagworte wie „konsequente Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft" oder „Aktivierung der Basis" ausdrückt, in zunehmendem Maße zu unüberbrückbaren Spannungen in der Gewerkschaftsorganisation führt".

Weiter werden formale, widerlegbare Beschuldigungen angeführt, „Kompetenzen überschritten" zu haben. Zum Schluß der Kündigungsgründe wird dann noch „die offen erklärte Bejahung beider Kollegen von Aktionsgemeinschaften mit örtlichen kommunistischen Bünden ... " angeklatscht.

Etwas weniger Schminke als in diesem offiziellen Kündigungsschreiben wurde in der LBV-Sitzung angelegt, auf der die Kollegen Heine und Bergmann „verhört" wurden. Die Hinzuziehung der Mitglieder des Landesbezirksjugendausschuß, über dessen Politik hier mit verhandelt wurde, wurde abgelehnt. Die Erstellung eines ausführlichen Protokolls ebenfalls. (Wir beziehen uns mit den folgenden Zitaten auf ein Gedächtnisprotokoll, das in einer Dokumentation zu diesem Fall enthalten ist. Zu beziehen, SOAK-Kollektiv, 305, Wunstorf, Postfach 231).

In dem exklusiven Kreis der Jugendfunktionäre und des LBV wurde dann losgelegt. Meinte als erster Kollege Drescher, LB-Vorsitzender, Vertreter von Friedens- und Schweigepflicht: der gewerkschaftlichen Jugendarbeit sei die Basis entzogen worden, weil die Einzelgewerkschaften die konkrete Zusammenarbeit mit der Abteilung Jugend des DGB ablehnten, weil sie zu „linksradikal" sei. Wurde gemäkelt: die Abteilung Jugend hätte die „Funktion des Politbüros übernommen" und die Spaltung innerhalb der Arbeiterschaft angestrebt. Dies würde klar durch die Aufteilung in „konsequente und reaktionäre Kollegen" (Hasso Düvel, IGM). Der Vertreter der GHK meinte, „es fehle die ordnende Hand in der Abteilung Jugend". „Väterlich" meinte dann Wolfgang Schultze, es stelle sich die Frage, ob diese Abteilung Jugend in der Lage sei, „ihre Verantwortung bei der Erziehung junger Menschen zu erkennen!" Sie habe „die Unerfahrenheit der Jugendlichen ausgenutzt", um eigene Minderheitenpositionen durchzudrücken. Hinter der Politik der Abteilung Jugend stehe eine „politisch versierte Gruppe", die in die Gewerkschaften hineinwirke und sie damit spalte.

Hinter allen „Argumenten" stand die Angst vor einer wirklichen Mobilisierung der Basis, vor dem Kampf der fortgeschrittenen Kollegen gegen die sozialpartnerschaftliche Politik der DGB-Führung. War doch der Konflikt das erste Mal aufgebrochen, als die Gewerkschaftsjugend eine Stellungnahme zur Tarifpolitik verabschiedete (Konferenz in Steinkimmen). Hinter der schleimigen Betonung der „Verantwortung gegenüber der Jugend" ist demagogisch die eigene „Verführung" der Jugend, nämlich der Verkauf an die Interessen der Kapitalisten (Tarifpolitik, „Antikommunistenbeschlüsse") verborgen. Der LBV hat richtig erkannt, daß die Kollegen Heine und Bergmann ihre Arbeit in der Abteilung Jugend als einen Hebel zur konsequenten gewerkschaftlichen Arbeit benutzt haben, gegen eine friedfertige Zusammenarbeit mit den Kapitalisten (Drescher), gegen eine Gewerkschaftspolitik am grünen Tisch unter Ausschluß der Öffentlichkeit, d.h. der Masse der Gewerkschaftsmitglieder. Dem LBV wird es auch gelingen, reinen Tisch in seinem Haus zu machen, notfalls durch Herbeiholen der Polizei, was offen in der letzten Landesbezirksjugendausschuß - Sitzung angekündigt wurde, falls Heine und Bergmann weiterhin „ihre Sache„ vor offiziellen Gewerkschaftsgremien vertreten würden, d.h. um Solidarität gegen ihre Entlassung bitten würden.

Nicht zuletzt wird die Liquidation einer fortschrittlichen DGB-Bildungsarbeit und Öffentlichkeitsarbeit dadurch gelingen, daß Niedersachsen zwar tatsächlich eine Bastion der konsequentesten Jugendgremienarbeit war, was sich auch auf nationalen Konferenzen wiederspiegelte, aber gerade die Abteilung Jugend sich unter falscher Einschätzung der Kräfteverhältnisse zuweit vorgewagt hat. Eine wirkliche Verbindung der von der Abteilung Jugend mit initiierten Diskussionen zu der Jugendarbeit in den Betrieben fand kaum statt.

Unsere Solidarität mit den Kollegen Heine und Bergmann muß auch darin ihren Ausdruck finden, die Jugendarbeit im DGB auf breiterer Grundlage weiter zu entwickeln.

KAG - Göttingen ■

Kontaktadressen des KB

BREMERHAVEN: Arbeiterbuch, Pol. Buchhandlung, 285 Bremerhaven, Bürger 198, tgl. 12.30 – 18.30 Uhr, Tel. 41 24 54

EUTIN: H. Lankau, 242 Eutin-Großmeinsdorf

FLENSBURG: Peter Petersen, 239 Flensburg, Postlagerkarte A022583

FRANKFURT: K. Scholz, 6232 Bad Soden, Postfach 1408, Tel. 0611/30 61 71, Mo. 18 – 21 Uhr, Do. 18 – 21 Uhr

HAMBURG: Postadresse: J. Reents, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35

FRANKFURT: K. Scholz, 6232 Bad Soden, Postfach 1408, Tel. 0611/30 61 71, Mo. 18 – 21 Uhr, Do. 18 – 21 Uhr

HAMBURG: Postadresse: J. Reents, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35

KIEL: W. D. Scheel, 23 Kiel 1, postlagernd

OLDENBURG: D. Seidel, 29 Oldenburg, Postfach

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des Arbeiterkampf

GÖTTINGEN: KAG im Buchladen „Rote Straße", 34 Göttingen, Rote Straße 10, Di. 17 – 19 Uhr

LÜBECK: W. Blankschein, 24 Lübeck, Postlagerkarte 082332A

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag Arbeiterkampf, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantwortl. Redakteur: Kai Ehlers, Verlagsadresse, presserechtlich verantwortl.: Kai Ehlers, Verlagsadresse Auflage: 17000, Erscheinungsweise: monatlich, Verkaufspreis: 50 Pfg. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents, Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 595 J. Reents

Kiel: Politische Entlassungen

Kiel: Politische Entlassungen bei HDW und Hagenuk

Im November letzten Jahres wurde der HDW-Kollege Helmut Schlüter wegen "erheblicher Störung des Arbeitsfriedens" fristlos entlassen. Damit hatte die Geschäftsleitung die Niederlage der Werftarbeiter bei ihrem Kampf um Weiterzahlung des Tonnagegeldes komplett gemacht (siehe AK 25, Jan./Febr. 73). Die Entlassung Helmut Schlüters ist jedoch kein Einzelfall:

Noch vor der letzten Metalltarifrunde wurde Alfred Westphal, Streikführer von 1969, IGM-Vertrauensmann und DKP-Mitglied, wegen "zu hoher Ausfallzeiten" entlassen. Der Kollege Westphal stand schon lange auf der Schwarzen Liste der Werftkapitalisten. Die Arbeitsunfälle und Krankheiten, die er sich auf der HDW "erarbeitet" hatte, benutzten sie als Vorwand, um ihn im Rahmen einer großen Entlassungswelle endlich loszuwerden.

Den Elektromechaniker-Lehrlingen Hartmut Lindner und Bernd Neumann wurde mitgeteilt, daß sie nach Beendigung der Lehre nicht ins Facharbeiterverhältnis übernommen werden. Grund: "Die Verhaltensweise und das Interesse an den auszuführenden Arbeiten während der Ausbildungszeit" seien "wenig überzeugend" gewesen. Die Arbeitskollegen jedoch bestätigen das Gegenteil. Noch kurz vor den Entlassungsmitteilungen an die beiden Kollegen suchte HDW in einer Stellenanzeige Elektromechaniker. Die Aktivitäten der beiden Lehrlinge - der eine ist SDAJ-Mitglied, der andere Jugendvertreter - paßten der Geschäftsleitung nicht ins Konzept. Weil sie sich nicht einschüchtern ließen, müssen sie nach Prüfungsabschluß die Werft verlassen.

Auf einer Auszubildendenversammlung protestierten die Werftlehrlinge einhellig gegen die Entlassung der Kollegen Schlüter, Lindner und Neumann.

Vor wenigen Wochen wurde einer Kollegin aus der Lehrwerkstatt gekündigt. Sie hatte sich mehreren Operationen unterziehen müssen, und wegen ihrer häufigen Abwesenheit hatte sie die erste Zwischenprüfung nur mit fünf bestanden. Die Begründung der Geschäftsleitung für ihre Kündigung lautete: Wegen der fünf in der Zwischenprüfung bestehe die Gefahr, daß sie das Lehrziel nicht erreiche. Die Idiotie dieser Behauptung zeigt schon, daß etwas ganz anderes dahinter steckt: Die Kollegin hatte sich nichts gefallen lassen und war Meister und Ausbildern gegenüber unerschrocken aufgetreten. Mit ihrer Entlassung wollen die HDW-Kapitalisten die Lehrwerkstatt, die ihnen schon lange ein spitzer Dorn im Auge ist, zu einem Streik provozieren, der mit größter Wahrscheinlichkeit in einer Niederlage der Lehrlinge enden wird, um dann weitere aktive Kollegen zu entlassen und die übrigen Lehrlinge einzuschüchtern und zu demoralisieren. Auf dieses Manöver sind die Lehrlinge nicht hereingefallen. Sie haben damit begonnen, Unterschriftensammlungen gegen diese Entlassung zu organisieren. In der Lehrwerkstatt sind die Unterschriften vollständig, und jetzt werden die Resolutionen in den Betrieb getragen, um die älteren Kollegen in die Solidarisierung miteinzubeziehen.

Der Schlag geht gegen alle

Mitte März wurden bei Hagenuk fünf Kollegen entlassen. Zwei Jugendvertreterinnen werden nach Beendigung ihrer Lehre nicht mehr weiterbeschäftigt. Der offizielle Kündigungsgrund lautet: "Mangel an geeigneter Arbeit". Die Fadenscheinigkeit dieser "Begründung" war von Anfang an klar: Den Jugendvertreterinnen war noch vor kurzem von ihrem Abteilungsleiter zugesichert worden, daß sie nach Lehrabschluß in diese Abteilung übernommen werden, weil dort noch Leute gebraucht werden. Die bereits entlassenen Kollegen kommen aus verschiedenen Berufen, wobei bei den meisten ganz sicher kein Arbeitsmangel bei Hagenuk besteht. Inzwischen sind auch schon einige der entlassenen Kollegen durch Neueinstellungen ersetzt worden.

Im ganzen Betrieb ist bekannt, daß diese Kollegen entlassen wurden, weil vermutet wird, daß sie in der "KPD-ML" organisiert sind und an deren Hagenuk-Betriebszeitung "Der Angriff" mitarbeiten. Doch der Geschäftsleitung geht es um mehr als nur um die Entlassung der möglichen Verfasser des "Angriff".

Gerade in den letzten Monaten haben die Hagenuk-Kapitalisten ihre Angriffe auf die Kollegen nicht widerstandslos durchsetzen können:

Die Fräserei verweigert Überstunden, seit die Akkordarbeiten mit den besten Zeiten ausgelagert wurden.

Die Werkzeugbauer führten einen erfolgreichen Kampf für höhere Löhne.

Eine zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat abgeschlossene Urlaubsvereinbarung wurde von einigen Abteilungen in Resolutionen heftig kritisiert.

Mit der Errichtung eines Leitstands (zunächst in einer Halle, die Ausdehnung auf den ganzen Betrieb ist bereits geplant) haben die Hagenuk-Kapitalisten die Zeichen für eine künftig verschärfte Arbeitshetze gesetzt. Mit den politischen Entlassungen soll die gesamte Belegschaft eingeschüchtert werden, und es soll von vornherein verhindert werden, daß sich ein ähnlicher Widerstand wie z.B. gegen die Urlaubsvereinbarung gegen die verschärften Rationalisierungen entwickelt. Der "Angriff" wird dabei von den Kapitalisten als "Buhmann" benutzt: Fortschrittliche Kollegen sollen zu "Aufrührern" und "Störenfrieden" abgestempelt, in Verbindung zum "Angriff" gebracht und so von der übrigen Belegschaft isoliert werden, um schließlich entlassen zu werden. Die Kollegen sollen gespalten werden, damit die Kapitalisten ihre Rationalisierungspläne ungestört durchsetzen können.

Verbindung zum "Angriff" gebracht und so von der übrigen Belegschaft isoliert werden, um schließlich entlassen zu werden. Die Kollegen sollen gespalten werden, damit die Kapitalisten ihre Rationalisierungspläne ungestört durchsetzen können.

Geschäftsleitung und Betriebsratsführer unter einer Decke

Die Betriebsratsführer von HDW und Hagenuk haben sich nicht gegen die Entlassungen gestellt.

Bei HDW unterzeichnete der Betriebsrat Bender sofort, ohne erst den zuständigen BR-Ausschuß einzuberufen, die Entlassungsmitteilung an Alfred Westphal.

Helmut Schlüter wurde, nachdem er fristlos entlassen worden war, von dem BR-Vorsitzenden Otto Böhm mit den Worten: "Hau ab, ich bin nicht bereit, mit Dir zu sprechen", aus dem BR-Büro geworfen. Auch seine Entlassung wurde vom Betriebsrat unterzeichnet und von Böhm sogar noch mit den Worten kommentiert: "Jetzt haben wir einen Idioten weniger auf der Werft."

Bei Hagenuk arbeitete der Betriebsrat aktiv an den Entlassungsvorbereitungen mit. Auf einer BR-Sitzung (!) wurde festgehalten, daß einigen Leuten aus politischen Gründen gekündigt werden müsse. Der BR-Vorsitzende Kähler wurde damit beauftragt, eine Schwarze Liste derjenigen Kollegen aufzustellen, von denen anzunehmen ist, daß sie beim "Angriff" mitarbeiten. Die Informationen waren schnell zur Stelle, die Liste in kürzester Zeit erstellt, denn einige Betriebsräte und Vertrauensleute von Hagenuk betätigen sich zugleich als Denunzianten. Eine ihrer "Spezialitäten" ist es, fortschrittliche Kollegen mit "linkem" Gerede wie: "Ich bin ja auch für die Volksherrschaft" herauszulocken. Sogar für Erpressungen sind sie sich nicht zu schade. So wurde einer Kollegin von ihrem Vertrauensmann gedroht: "Wenn Sie uns nicht sagen, wer dieses Flugblatt geschrieben hat (gemeint ist ein Flugblatt der "KPD-ML"), können wir für ihre Lehre nicht garantieren." Die rechten Betriebsräte haben auch einigen Grund für ihre schäbigen Aktivitäten, denn die Unzufriedenheit der Kollegen mit ihrer Politik ist gestiegen. Eine Betriebsrätin sagte es so: "Seit der 'Angriff' herauskommt, sind die Kollegen uns gegenüber mißtrauisch geworden. Man wird ja überall schief angeguckt. So geht es nicht weiter, im Betrieb muß aufgeräumt werden". Allerdings übersieht sie dabei, daß nicht das Erscheinen des "Angriff", sondern die eigene Politik die Ursache für die Kritik der Kollegen ist. Durch ihr widerliches Denunziantentum haben diese "Arbeitervertreter" das Mißtrauen der Kollegen nicht beseitigt, sondern vollkommen bestätigt. Doch nicht nur um ihren persönlichen Einfluß fürchten die Betriebsratsfürsten von Hagenuk, sondern auch um den ihrer Partei.

Der BR-Vorsitzende Kähler in seiner Funktion als SPD-Stadtratsabgeordneter und Vorsitzender der Kieler SPD-Betriebsgruppen und der freigestellte Angestelllen-BR Langmann als SPD-Landtagsabgeordneter.

So hieß es dann auch auf der BR-Sitzung: "Wir von der SPD können Störer nicht gebrauchen". ■

ter und Vorsitzender der Kieler SPD-Betriebsgruppen und der freigestellte Angestelllen-BR Langmann als SPD-Landtagsabgeordneter.

So hieß es dann auch auf der BR-Sitzung: "Wir von der SPD können Störer nicht gebrauchen". ■

Imperialisten greifen nach Zypern

In den Städten Zyperns nehmen Bombenangriffe und bewaffnete Überfälle zu. Urheber ist die Terror-Organisation des Generals Grivas, EOKA.

Die EOKA spielte in den 50iger Jahren eine fortschrittliche Rolle, als sie für die Befreiung Zyperns vom britischen Kolonialismus kämpfte. Heute dagegen ist das Kampfziel des Generals Grivas durch und durch reaktionär und volksfeindlich. Es heißt: Anschluß Zyperns an Griechenland.

In Griechenland herrscht seit sechs Jahren der Faschismus. Der Anschluß an Griechenland soll dem Volk Zyperns dasselbe Schicksal bringen wie seinem griechischen Brudervolk.

Und so, wie 1967 der US-Imperialismus hinter dem faschistischen Staatsstreich in Griechenland stand, so steht er heute hinter den Aktionen der EOKA und den Zielen des General Grivas.

Denn der US-Imperialismus will aus dem Mittelmeer vollständig ein Meer des Faschismus und der Reaktion, ein Meer des militärischen Aufmarsches und der Unterdrückung der Völker machen.

In Spanien und Portugal herrscht seit langem der Faschismus. Beide Länder sind Militärstützpunkte des US-Imperialismus. In Griechenland und der Türkei ist der Faschismus mit direkter Unterstützung des US-Imperialismus an die Macht gekommen. Und im Westen des Mittelmeers bildet Israel einen Brückenkopf gegen die arabischen Völker. Italien ist ein weiterer Stützpunkt des US-Imperialismus und der NATO. Auch hier hat der US-Imperialismus wiederholt versucht, gestützt auf die italienische Reaktion, eine faschistische Militärdiktatur zu errichten.

Auf Zypern sind auch israelische Geheimdienstler und Terroristen aktiv. Wie „Der Spiegel" (12/73) berichtet, halten sich über 100 israelische Agenten, „getarnt als Dauertouristen, Techniker und Berater von Privatfirmen" auf Zypern auf, um die Insel zu einer Bastion im „strategischen Dreieck" mit Griechenland und Israel zu machen.

An der Zukunft des Mittelmeers ist auch der BRD-Imperialismus unmittelbar interessiert. Immerhin kommt der größte Teil der ausländischen Arbeiter in der BRD aus den Ländern des Mittelmeer-Raums. Zugleich ist der BRD-Imperialismus im Rahmen der NATO und der EWG an der militärischen Kontrolle und wirtschaftlichen Ausbeutung dieses Gebiets führend beteiligt. ■

Etwas über das "Unternehmerrisiko"

Konkurs der Chr. Wolff OHG in Flensburg

Am 8.3. meldete die Druckerei Chr. Wolff den Konkurs an; zum 14.3. wurde der Betrieb an Severin Schmidt verpachtet und ca. 90 der 160 Kollegen wieder eingestellt. Ein Teil der Kollegen hat bis heute noch keine neue Arbeit gefunden. Die Wolff-Belegschaft bekam zu spüren, wer das „Unternehmerrisiko" zu tragen hat, und was es heißt, in einem „Sozialen Rechtsstaat" zu leben.

Die Krise bei Chr. Wolff schleppte sich schon 2 Jahre lang hin. Die Symptome waren allen Kollegen offensichtsich, jedoch erfuhr die Belegschaft bis kurze Zeit vorm Konkurs nie etwas Genaues über die wirtschaftliche Lage.

Die Geschäftsleitung betrieb, insbesondere dem Betriebsrat (BR) gegenüber, eine Hinhaltetaktik.

Im letzten halben Jahr spitzte sich die Situation schon mehrmals zu, so im Oktober letzten Jahres, als im Betrieb das „Gerücht" auftauchte, die Westbank (Finanzier des Betriebs) habe der Geschäftsleitung zur Auflage gemacht, die Lohnkosten um 10 000 DM monatlich zu senken. Was sich auf der folgenden Betriebsversammlung abspielte (Thema: die Lage des Betriebs und die notwendigen Konsequenzen), war typisch für das Vorgehen der Geschäftsleitung (GL) während der ganzen Zeit vorm Konkurs: Statt Zahlen zu nennen und genaue Angaben zu machen, wie es von der Belegschaft erwartet wurde, stimmte die GL wieder ihr Gerede von der „Betriebsgemeinschaft" an, die, wenn sie zusammenhält, auch wieder aus der Talfahrt rauskommt". Ansonsten wurde gegen die Kommunisten im Betrieb gehetzt, die „den guten Namen unseres Hauses in den Schmutz treten". Also: Alles nur Gerüchte, von den Kommunisten erfunden, um Unruhe zu stiften.

Nun – die Geschäftsleitung konnte

funden, um Unruhe zu stiften.
Nun – die Geschäftsleitung konnte

mit zunehmender Krise immer weniger mit solchem Gerede bei der Belegschaft landen, aber die eigentliche Funktion war für sie erfüllt: Die Belegschaft war auf Spekulationen angewiesen, wurde im Unklaren gelassen, sodaß nicht rechtzeitig Abwehrmaßnahmen organisiert werden konnten.

Schon Monate vorm Konkurs brach der Konkurrenzkampf aus zwischen der GL von Chr. Wolff und der von Severin Schmidt. Immer wieder tauchten „Gerüchte" auf, Severin Schmidt wollte den Betrieb aufkaufen. Hinter beiden Betrieben stand die Westbank als Finanzier.

Die Chr. Wolff OHG dürfte schon lange Zeit vorm Konkurs von der Westbank völlig abhängig gewesen sein: Die „Wölffe" hatten keine Verfügungsgewalt mehr über das Kapital, fungierten zuletzt nur noch als Strohmänner der Bank.

Wochenlang spielte sich das so ab: Die Bank drohte, den Kredithahn zuzudrehen, die GL erreichte einen Aufschub, bis endgültig der Hahn dicht war, weil der Betrieb offensichtlich nichts mehr abwarf.

Noch wenige Tage vorm Konkurs versuchte die GL die Kollegen zu vertrösten auf mögliche Fusionen mit anderen Firmen, prahlte mit „aussichtsreichen" Verhandlungen.

Den Kollegen war inzwischen die Lage klar, es war aber zu spät, um Gegegenmaßnahmen zu ergreifen.

Die Stimmung in der Belegschaft: Ohnmächtige Empörung und Resignation. Die Forderung nach Verabschiedung eines Sozialplans konnte nicht durchgesetzt werden; der Betrieb war inzwischen so weit runtergewirtschaftet, daß kaum noch was an Konkursmasse da war, und im übrigen die Forderungen der „Grundpfandgläubiger" „bevorrechtigt" behandelt werden mußten, selbst vor den ausstehenden Lohnzahlungen.

Am 7.3. wurde die gesamte Belegschaft gekündigt. Für diesen Tag wurde nur noch ein Teil des Lohns gezahlt. Die Forderungen der Kollegen nach der gesetzlichen Kündigungsfrist, die nicht eingehalten wurde, sind bis heute nicht erfüllt.

Zur gleichen Zeit wurde schon bekannt, daß Severin Schmidt den Betrieb pachten würde. Der DRUCKARBEITER, Zeitung des KB/Gruppe Flensburg schrieb zur Situation nach dem Konkurs:

„Seit längerem geht außerdem das Gerücht um, daß Severin Schmidt den Betrieb mit nur einem Teil der Belegschaft übernehmen will. Die Verhandlungen zwischen dem vorläufigen Vergleichsverwalter und Severin in den letzten Tagen vorm Konkurs sind jedoch gescheitert.

Severin könnte jetzt die „Konkursmasse" billig aufkaufen und einen Teil der Kollegen unter dem Druck der Verhältnisse zu ungünstigeren Bedingungen wieder einstellen. Zu einem Sozialplan wären die Kapitalisten auch in diesem Fall nicht verpflichtet – Severin wäre nicht, wie es zynisch heißt, Rechtsnachfolger von Chr. Wolff . . . Zu der wirtschaftlichen Notlage, die alle Kollegen betrifft, kommt auch die Gefahr hinzu, daß man uns auseinanderdividiert, daß ein Kampf der Kollegen um noch freie Arbeitsplätze in der Flensburger Druckindustrie entsteht. Sollte ein Dritter tatsächlich die Firma übernehmen, besteht die Gefahr, daß nur einige Kollegen und zu den schlechtesten Bedingungen wieder eingestellt werden. Wir müssen dagegen fordern:

- *Erstellung eines Sozialplans*
- *Einstellung aller Kollegen im Falle der Übernahme zu den alten Bedingungen."*

Flensburg ist, das gilt insbesondere für die Druckindustrie, industrielles Randgebiet. Entlassene Kollegen haben kaum Ausweichmöglichkeiten.

Die Severin-Geschäftsleitung konnte so kaltlächelnd über die Forderung der Belegschaft nach Übernahme aller Kollegen zum alten Lohn (Chr. Wolff war der Flensburger Druckbetrieb mit den höchsten übertariflichen Zulagen) hinweggehen. Die Kapitalisten hatten alle Trümpfe in der Hand: Sie konnten in „persönlichen Gesprächen" die Einstellungsbedingungen diktieren.

Die Folgen der „Übernahme"

Die Folgen der „Übernahme"

Der Geschäftsleitung ist es bislang gelungen, eine tiefe Spaltung in die neue Belegschaft hineinzutragen:

- die gesamte Offset-Abteilung von Wolff wurde zum alten Lohn eingestellt
- Buchdruck, Buchbinderei und Setzerei wurden eingeschrumpft, der Lohn wesentlich gesenkt.

Die betrieblichen Rechte, die die Wolff-Kollegen in Jahren durchgesetzt hatten, waren von einem auf den andern Tag hin. Hier waren wesentliche Maßnahmen:

- Einführung einer Stempeluhr zur verschärften Kontrolle der „Arbeitsmoral"
- Einführung von Betriebsferien, sodaß der Urlaub nicht mehr geplant werden kann, wie die Kollegen es wollen.

Alles den Arbeitsbedingungen bei Severin „angepaßt".

Gleichzeitig mit der Übernahme begann in Severin-Werk I die Stimmungsmache gegen die ehemaligen Wolff-Kollegen, entfacht von Meistern und Betriebsrat: Sauhaufen, der nur rumsteht und nicht arbeitet, Rote Zellen, Radikale.

Der BR hatte wesentlichen Anteil daran, einen Keil in die neue Belegschaft zu treiben und bislang die Herstellung einer Einheit zu verhindern. Der DRUCKARBEITER schrieb dazu:

„Auch bei Chr. Wolff mußten wir uns unsere Rechte erst erkämpfen. Das zusammen mit einem Betriebsrat, der – wenn auch durch Friedens- und Schweigepflicht des BVG gebunden – sein Handeln an den Interessen der Belegschaft ausrichtete, war die Ursache für unsere besseren Rechte. Das heißt: Verlorengegangene Rechte und verlorengegangenen Lohn müssen wir uns erst wieder erkämpfen. Wir – das heißt die Kollegen aus Werk I und Werk II. Denn das ist die wesentliche Voraussetzung für die Verbesserung unserer Rechte:

- *die Solidarität zwischen den Kollegen in beiden Werken*
- *ein guter BR, das heißt eine konsequente Interessenvertretung der gesamten Belegschaft."*

Mit der zweiten Voraussetzung ist es folgendermaßen bestellt:

Kolleginnen aus der Buchbinderei/Werk I werden trotz gewerkschaftlicher Organisierung unter Tarif bezahlt, Stempeluhr, Betriebsferien usw. Bei Severin/Werk I gelten 3 Tarife: Druck, Papier- und Pappeverarbeitung, Großhandel. Das nutzt die GL dazu, „Lohneinsparungen" vorzunehmen. Die Kollegen in der Expedition z.B., die den größten Teil des Tages für VePa arbeiten, werden nach dem Großhandelstarif bezahlt – dem ungünstigsten.

Der Betriebsrat ist hier niemals eingeschritten, versucht im Gegenteil noch auf Betriebsversammlungen usw., die Maßnahmen der GL in den Augen der Kollegen zu legitimieren. Auf der letzten Severin-Betriebsversammlung vor der Übernahme bot BR-Vorsitzender Dauß der Belegschaft das Patentrezept zur Durchsetzung ihrer Forderungen an: Die Kollegen sollten sich nur recht ordentlich verhalten (pünktlich sein usw.), also der Geschäftsleitung kein Anlaß zum Ärgernis sein, dann sei dem BR der Rücken für erfolgreiche Verhandlungen gestärkt. Die so erreichten großartigen Verhandlungserfolge lassen jedoch bis heute auf sich warten.

Den meisten Kollegen in Werk I ist klar, daß dieser BR nicht ihre Interessen vertritt. Jedoch hat das bei vielen Kollegen zur Resignation geführt, sodaß sie sich erst gar nicht mehr an den BR wenden. Kritik an diesem BR kommt deswegen ggw. hauptsächlich noch aus Werk II. Hier verzögert er jedoch eine Betriebsversammlung. Offensichtlich spekuliert er darauf, daß sich die Kritik der Kollegen an den Arbeitsbedingungen totläuft und sie sich mit diesem BR abfinden.

Neuwahlen finden nach dem BVG frühestens im Herbst statt. Ob der BR durch Rücktritt vorgezogene „Neuwahlen" ermöglicht, wird davon abhängen, ob es den Kollegen gelingt, ihren Protest einheitlich zum Ausdruck zu bringen.

Und inwieweit es gelingt, ein einheitliches Vorgehen der Kollegen in beiden Werken auf längere Sicht herzustellen, wird wesentlich von den für Mai angesetzten Vertrauensleutewahlen abhängen. ■

Druck-Zelle, KB/Gruppe Flensburg

Extremistenerlaß gegen die Arbeiterklasse

Nach einer Grundsatzentscheidung des Bundesarbeitsgerichtes vom 28.9.72 darf ein Arbeiter mit einer Meinungsäußerung nicht den Interessen seines „Arbeitgebers zuwiderhandeln". Damit droht jedem klassenbewußten Arbeiter der Verlust seines Arbeitsplatzes.

Dem Urteil lag folgender Fall zugrunde: Während des bayerischen Landtagswahlkampfes hatte ein junger Bankkaufmann in seiner Freizeit DKP-Flugblätter verteilt. Darin wurden unter anderem die Banken allgemein und auch die Bank, bei der er selbst beschäftigt war, im besonderen angegriffen. Daraufhin wurde ihm von der bayerischen Vereinsbank gekündigt. Aber angeblich nicht wegen seiner politischen Anschauung (Zugehörigkeit zur DKP), sondern wegen „der Verteilung des Extrablattes und der darin liegenden Meinungsäußerung". Dieser feinsinnigen Unterscheidung schließt sich das Bundesarbeitsgericht an: „Für die Entscheidung kommt es, wie die

sich das Bundesarbeitsgericht an: „Für
die Entscheidung kommt es, wie die

vorhergehenden Ausführungen zeigen, lediglich darauf an, ob die politische Anschauung des Klägers (des Gekündigten, Anm. AK) für die Beklagte (die Bank, Anm. AK) der alleinige Anlaß zur Kündigung oder ob ein weiterer Grund maßgebend gewesen ist. Deshalb kann zugunsten des Klägers und entgegen der Feststellung des Landesarbeitsgerichtes festgestellt werden, daß die Beklagte aus den beiden vorgenannten Gründen (DKP-Zugehörigkeit und Verteilung des Flugblattes, Anm. AK) gekündigt hat. Für den Kläger ist damit nichts gewonnen, weil es auch in diesem Fall an dem zu fordernden ausschließlichen Ursachenzusammenhang zwischen der Kündigung und der Parteizugehörigkeit fehlt."

Das Bundesarbeitsgericht hat durch die Anerkennung derartig scheinheiliger Haarspaltereien zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Es hat die offene Mißachtung des sog. Gleichheitsgrundsatzes („Niemand darf wegen seiner politischen Anschauung benachteiligt werden") vermieden und bekam gleichzeitig Gelegenheit zu einer „unauffälligeren", aber viel weitergehenden Beschränkung der Meinungsfreiheit. Es stellte den Grundsatz auf: „Insbesondere darf es (der Arbeiter, Anm. AK) nicht den Interessen des Arbeitgebers zuwiderhandeln oder diese beeinträchtigen. Das folgt aus dem Pflichtengebot, gegebenenfalls sich selbst (!!) hinsichtlich des Rechts der freien Meinungsäußerung eine Schranke aufzuerlegen."

Das Bundesarbeitsgericht erkennt weiterhin die Behauptung der Bank an, durch die Flugblattverteilung seien „ihre Interessen gefährdet" worden, und stellt fest, daß „ein solcher Anlaß den die Rechtsordnung mißbilligt (Unterstreichungen vom AK)", durchaus ein legitimer Kündigungsgrund sei.

Im Grunde nichts Neues . . . .

Im Grunde enthält das Urteil nichts wesentlich Neues. Schon anläßlich der Kommunistenverfolgung in den 50'er Jahren haben die gleichen Richter gesagt, daß „wiederholte parteipolitische Betätigung" im Betrieb ein Grund zur

sagt, daß „wiederholte parteipolitische
Betätigung" im Betrieb ein Grund zur

fristlosen Kündigung sei, und das Grundrecht der freien Meinungsäußerung seine Schranken unter anderem in den sog. Grundregeln über die Arbeitsverhältnisse" findet. Damals hieß es, dazu gehöre auch die „Wahrung des Betriebsfriedens" und die „Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeber"(!). Das neue Urteil geht in die gleiche Richtung, bloß noch einen Schritt weiter. Die Bundesarbeitsrichter bemühen sich besonders intensiv, jeden Anschein von parteilicher, politischer Rechtsprechung zu vermeiden. Das kommt in der Anerkennung der oben genannten Winkelzüge zum Ausdruck. Mit Hilfe dieses Tricks ist die Kündigungsmöglichkeit für die Unternehmer ausdrücklich von der Bindung an eine „parteipolitische Betätigung" losgelöst worden. In Zukunft soll jeder, ob Kommunist oder nicht, kündbar sein, wenn er im Betrieb konsequent die Interessen seiner Kollegen vertritt und dabei den „Interessen seines Arbeitgebers zuwiderhandelt".

. . . . aber immer wieder aktuell

In dieser „Tradition" liegt aber auch das Bemerkenswerte des Urteils: Es hat sich gegenüber der Kommunistenverfolgung während der Jahre des Kalten Krieges, trotz DKP-Zulassung und „fortschrittlicher" SPD-Regierung eben nichts Wesentliches geändert. Es ist offenbar nicht so, daß in den Betrieben dieses Staates mehr Freiheit als bisher „gewagt" werden könnte.

Im Gegenteil, den Kapitalisten ist von höchstrichterlicher Seite ihr „altes Recht" ausdrücklich bestätigt worden. Und zwar zu einer Zeit, in der dessen Notwendigkeit und Nützlichkeit der herrschenden Klasse wieder klarer wird als in den vergangenen Jahren: Sie müssen seit einiger Zeit ein Anwachsen des Einflusses oppositioneller Arbeitergruppen in den Betrieben und Gewerkschaften beobachten. Die Herrschenden werden versuchen, deren Einfluß wieder zurückzukämpfen, bevor er größere Teile der Arbeiterschaft ergriffen hat. Dabei ist das Urteil des „unabhängigen" Bundesarbeitsgerichtes eine ausgezeichnete Hilfe.

gezeichnete Hilfe.

Das Bundesarbeitsgericht fällte seine Entscheidung im September 1972. Neun Monate vorher wurde der „Extremistenerlaß" für den öffentlichen Dienst beschlossen, die Baader-Meinhof-Hetzjagd und die Verabschiedung der Gesetze zur „inneren Sicherheit" lagen ebenfalls erst einige Monate zurück. In diesen politischen Zusammenhang fügt sich das Urteil nahezu perfekt ein: Den frisch geschaffenen gesetzlichen Grundlagen zur Gleichschaltung des öffentlichen Dienstes und zum Ausbau des Polizeiapparates hat das Bundesarbeitsgericht den „Radikalenerlaß" gegen die Arbeiterklasse hinzugefügt.

Diese „Konzertierte Aktion" zeigt deutlich, daß sich die Maßnahmen des Staates nicht gegen irgendwelche isolierte „Terroristen-Gruppen" oder kleine radikale Minderheiten richten, sondern daß wir es mit einem Angriff auf die demokratischen Rechte des Volkes zu tun haben.

Trotz der Phrasen von „Inneren Reformen" hat sich an der Feindseligkeit des Staates gegenüber der Arbeiterklasse nichts geändert. ■

Danfoss/Flensburg: Lohnbetrug nicht verhindert

Im Flensburger Metallbetrieb Danfoss (Kompressorenbau) sind die Löhne stark aufgesplittert: kaum ein Arbeiter verdient dasselbe wie sein Kollege. Die Kapitalisten haben sich dabei vor allem den hohen Prozentanteil der ausländischen Kollegen zunutze gemacht: rund 70-80% der Belegschaft sind Türken und Griechen, die in der Regel nur etwa ein bis zwei Jahre hier in der BRD arbeiten und dann in ihre Heimat zurückkehren. Diese Kollegen verstehen nur in den seltensten Fällen deutsch und können so um so leichter von den Kapitalisten übers Ohr gehauen werden. Andererseits wollen sie in kurzer Zeit möglichst viel Geld verdienen und erfüllen häufig widerspruchslos die vom Kapitalisten geforderte höhere Arbeitsleistung, was natürlich die Lage aller Arbeiter verschlechtert.

Bei der ersten Abrechnung nach der letzten Metalltarifrunde stellten die Werkzeugmacher bei Danfoss fest, daß einige Kollegen gar keine Lohnerhöhung, fast alle verschiedene Löhne erhalten hatten, ein Neueingestellter gar einen weitaus höheren. Als sie sich beim Meister beschwerten, drohte dieser mit Arbeitsplatzversetzung und Entlassung. Daraufhin beschlossen die Kollegen, am nächsten Tag die Arbeit niederzulegen und mit dem Betriebsrat zusammen eine Klärung bei der Werksleitung zu erzwingen.

Sobald aber der Betriebsratsvorsitzende von dieser Absicht erfuhr, hatte er nichts Eiligeres zu tun, als den Meister zu warnen. Dieser war dann plötzlich „diskussionsbereit", denn es galt, einen Streik unter allen Umständen zu verhindern, der einen wichtigen Neubau in einer Halle empfindlich verzögert hätte. Der Meister schaffte es, indem er sich „verständnisvoll" zeigte, die Werkzeugmacher zu überreden, von einem Streik erst einmal Abstand zu nehmen und stattdessen eine Verhandlungsdelegation ins Betriebsratsbüro zu schicken.

Dort kam es aber nicht zu verbindlichen Beschlüssen, sondern der rechte BR-Vorsitzende vertröstete die Kollegen auf die „Lohnkommission, „da würde das schon geregelt". Letzten Endes ist dabei herausgekommen, daß bei der nächsten Lohnauszahlung trotz geringfügiger Verbesserungen die Spaltung der Löhne durch die Werksleitung bestehen bleibt.

Trotz ihrer Kampfbereitschaft haben die Werkzeugmacher also eine Niederlage einstecken müssen. Das lag an verschiedenen Dingen: Zum einen waren sich die Werkzeugmacher nicht darüber im Klaren, daß gerade durch den Neubau die Kampfbedingungen außerordentlich günstig für sie waren, denn die Kapitalisten wollten unter allen Umständen einen Streik verhindern. Zum anderen haben sie sich vom Meister einreden lassen, eine Delegation sei besser als Streik, Verhandlungen seien besser als Kampf. Zum dritten haben sie sich auf einen korrupten Betriebsrat verlassen, statt die Sache selbst in die Hände zu nehmen.

Die Lehre, die die Werkzeugmacher bei Danfoss aus diesem abgeschlagenen Kampf ziehen müssen: Kapitalisten gegen den Arbeitern nie freiwillig etwas, sie sind nur bereit, Zugeständnisse zu machen, wenn man sie durch Kampf dazu zwingt! ■

Metall-Zelle, KB/Gruppe Flensburg

Druck-Tarifrunde '73
(kurze, vorläufige Bilanz)

Mit der zweiten Urabstimmung vom 15./16. April ging die diesjährige Tarifrunde der Druckarbeiter zu Ende. In dieser Urabstimmung sprachen sich fast die Hälfte der organisierten Druckarbeiter (44 %) entgegen der „Empfehlung" der Führung der IG Druck und Papier für die Fortsetzung des Streiks und gegen die Annahme des von den Gewerkschaftsführern mit den den Druck-Kapitalisten ausgehandelten „Kompromisses" von 10,8 % aus.

Geht man davon aus, daß die Drucker anfangs weiterhin 40,- DM linear pro Woche gefordert hatten, geht man weiter davon aus, daß der Abschluß von 10,8 % nicht einmal die Steigerung der Lebenshaltungskosten deckt, so hat die Tarifrunde für die Druckarbeiter mit einer Niederlage geendet.

Auf der anderen Seite darf nicht übersehen werden, daß die Druckarbeiter seit dem zweitägigen Zeitungsstreik vom 27./28. Mai 1952 zum erstenmal wieder einen Streik gegen die Kapitalisten geführt haben. Das kann nicht hoch genug eingeschätzt werden, was das so wichtige Sammeln von Kampferfahrungen und die konkrete Erfahrung der Arbeitersolidarität angeht. Zudem brachten die Streiks der Drucker auch Ansätze für die Entwicklung von politischem Klassenbewußtsein hervor.

Diese Kämpfe haben den Druckarbeitern reichhaltiges Material geliefert, anhand dessen die politische Rolle der Gewerkschaftsführung, die Funktion der bürgerlichen Presse sowie die Aufgaben des Staatsapparates (besonders der Polizei) im Dienste der Kapitalistenklasse klarer erkannt werden können.

Nicht zuletzt hat sich in diesem Streik gezeigt, wie gut bzw. wie schlecht es um die Bedingungen in den Betrieben und in der IG Druck und Papier bestellt ist, um größere Kämpfe gegen die Kapitalisten durchstehen zu können.

Das Ergebnis

Das Ergebnis

Es wäre unsinnig, den Kollegen hier vorrechnen zu wollen, daß der Abschluß von 10,8% noch nicht einmal die bisherige Lebenshaltung sichert.

Es ist dies nach dem Ergebnis des letzten Jahres (7,5% auf 14 Monate) das zweite Jahr, das einen Abbau der Reallöhne und damit eine absolute Verschlechterung der Lebenslage bringt.

Darüber können auch nicht die Floskeln der Gewerkschaftsführung hinwegtäuschen, das Ergebnis von 10,8% sei „vertretbar", oder wie „Report 73" vom 11. April dreist meint, es sei für die Druckarbeiter mit dem „Abschluß von München ein Ergebnis erreicht, um das sie von vielen beneidet werden."



Notausgabe des Berliner „Tagesspiegel"

Der Widerstand in der Drupa wächst

Die unzureichenden Abschlüsse führen zu immer größerer Empörung und zum Widerstand gegen die von den Gewerkschaftsführern praktizierte Tarifpolitik. Besonders anschaulich für die neuen Züge, welche die Ablehnung der Tarifpolitik der Gewerkschaftsführer bei den Mitgliedern annimmt, ist das Frankfurter Beispiel. Sofort nach Bekanntwerden des 10,8% Abschlusses stimmte die Mitgliederversammlung des Ortsvereins Frankfurt der IG Druck und Papier geschlossen einem Antrag zu, in dem gefordert wird, den Vorsitzenden, Mahlein, aus der Gewerkschaft auszuschließen.

In fast allen größeren Städten zogen die Drucker nach Bekanntwerden des Ergebnisses vor die Gewerkschaftshäuser und forderten Rechenschaft von den Gewerkschaftsführern.

In Hamburg wurden auf einer Demonstration von mehr als 500 Druckern Plakate mitgeführt, auf denen zu lesen war: „Verrat", „Auer, Bauer, Springer – fordern 13 Dinger". Die Drucker holten den OVV-Vorsitzenden, Wolf, mit dem Ruf: „Wolf komm runter, sonst kommen wir rauf!" gewissermaßen aus dem Bett und machten ihrer Empörung auf einer spontanen Versammlung Luft.

Hier zeigt sich, daß die Gewerkschaftsführer gerade unter denen, auf die es ihnen besonders ankommen müßte, keine Mehrheit mehr für ihre Politik (insbesondere ihre Tarifpolitik) finden. Zunehmend kommt hier eine Politik in Verruf, die sich nicht an den wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter, sondern an den „gesamtwirtschaftlichen", „übergeordneten" Interessen der Kapitalisten orientiert.

Es kündigen sich in der zunehmenden Ablehnung der Tarifpolitik der Gewerkschaftsführer ein fortschreitender Verfall des lange Jahre mit viel Sorgfalt von Kapitalisten und Gewerkschaftsführern gehegten Glaubens an, der Kapitalismus sei in der Lage, die wirtschaftlichen Bedürfnisse auch breiter Teile der Arbeiterklasse immer besser zu befriedigen.

Zunehmend augenfälliger wird, daß der Mythos von der sozialen Sicherheit im Kapitalismus schon heute Gefahr läuft, brüchig zu werden.

Die linken Sozialdemokraten, denen in der SPD und in den Gewerkschaften in den kommenden Jahren weit mehr als bisher die Aufgabe zufallen wird, im Dienste der Kapitalistenklasse hier Dämme zu errichten, sehen das sehr klar, wenn sie schreiben: „Wo immer sie(die Gewerkschaftsführer, AK.-Red.) ihre Sozialpartner-Politik der sechziger Jahre vertraten, übten die Kollegen lautstarke Kritik!" („konkret", Nr. 17)

Taktik der Gewerkschaftsführung

In dieser durch stärkeren Widerstand der Basis gekennzeichneten Situation sahen sich die Führer der IG Druck und Papier veranlaßt, die Druckventile etwas zu öffnen und einen kurzen Streik einzuleiten.

Daß man seitens der Drupa-Führung nicht gewillt war, mit dem Streik die Kapitalisten zu treffen, das wird besonders an der Streikvorbereitung und an der dann praktizierten Streiktaktik selbst deutlich.

Statt die Kollegen in den Betrieben voll in die Vorbereitungen des Streiks mit einzubeziehen, tat die Führung der IG Druck und Papier alles, um die Kollegen aus den Vorbereitungen herauszuhalten. Nachdem die Wochen vorher in den Betrieben Funkstille geherrscht hatte, erfuhren die erstaunten Kollegen meist erst in letzter Minute aus der bürgerlichen Presse, daß zentrale Streikleitungen von oben eingesetzt worden waren. Diese waren zudem personell so schwach besetzt, daß eine optimale Organisierung des Streiks kaum möglich war.

Was die eigentliche Durchführung des Streiks anging, so versuchte die Gewerkschaftsführung die Streiks auf wenige Stunden pro Schicht zu begrenzen.

Zudem hatten die Gewerkschaftsführer die Streikzeiten mit den Kapitalisten so abgestimmt, daß sie in Perioden des Arbeitsablaufs fallen sollten, in denen die Maschinen ohnehin standen. So bei Springer Hamburg, wo die Streikzeiten in die „Putzpausen" fallen sollten.

Dennoch führte der Druck der Kollegen dazu, daß in der Nacht vom Montag auf Dienstag (9./10. April) teilweise voll gestreikt wurde. Unter dem Beifall der anwesenden Kollegen marschierten am Montag Abend in Hamburg die Delegierten von Springer Ahrensburg, Gruner & Jahr in der Delegiertenversammlung ein und erklärten, obwohl sie für den Streik gar nicht vorgesehen waren, sie hätten die Maschinen abgestellt. Sie forderten, daß die Gewerkschaftsführung ihren Streik sofort legalisieren müßte, was diese angesichts der Stimmung auf der Versammlung nicht abzulehnen wagte.

In vielen Betrieben gelang es den Kollegen auch, aus ihrer Mitte „erweiterte Streikleitungen" zu wählen, die sich dann vielfach bei der Organisierung und beim Aufbau eines zwischenbetrieblichen Informationsnetzes als die eigentlichen Streikleitungen erwiesen.

Die Kollegen schufen sich Verbindungen zwischen den einzelnen Abteilungen, erzwangen gegen den Willen der zum Teil rechten Betriebsräte und der Geschäftsleitungen kurzfristig angesetzte außerordentliche Betriebsversammlungen und dehnten die Streiks hier und da über die ihnen von den Gewerkschaftsführern „zugebilligten" Streikzeiten aus.



Demonstration von 500 streikenden Druckern durch die Hamburger City

Demonstration von 500 streikenden Druckern durch die Hamburger City

Politische Aktionen der Drucker in den Streiks

Von besonderer Bedeutung sind die politischen Aktionen der Druckarbeiter in diesen Streiks gewesen, weil sich hier positive Ansätze von politischem Klassenbewußtsein gezeigt haben, auf deren Entwicklung es besonders in der Zukunft ankommen wird. So wurde mehrfach das Erscheinen von Artikeln verhindert, in denen die bürgerlichen Journalisten die Drucker mit der übelsten Diffamierung bedachten.

Der Chefredakteur der sozialdemokratischen „Neue-Rhein-Ruhr-Zeitung" hatte in einem „Leit"artikel den Vorwurf erhoben, „wenige Setzer" würden „eine Art Vorzensur" ausüben, wenn sie streikten. Es habe sich um „schwerwiegende Einschränkungen" der Presse- und Meinungsfreiheit gehandelt. Die Drucker frästen diesen Artikel einfach aus den Druckzylindern, so daß er in einem Teil der Auflage fehlte.

Hier versuchten bürgerliche Journalisten zum einen das Streikrecht generell in Frage zu stellen, was sie meist bei größeren Streiks tun. Zum anderen zielen solche Artikel auf eine Verhetzung der „öffentlichen Meinung" – hier vornehmlich der Kleinbürger – gegen die gerade streikenden Arbeiter, in diesem Fall die Druckarbeiter.

Ähnlich gingen die Drucker der Westberliner Mercator-Druckerei bei einem als „Verlagsmitteilung" getarnten Hetzartikel gegen ihren Streik vor. Auch hier erschien die Zeitung mit „weißen Flecken".

In Hamburg hatten Springers Zeitungen die Drucker als „Faulenzer und Kneipenhocker" beschimpft und ihnen Verantwortungslosigkeit gegenüber Lesern und ihren Arbeitsplätzen vorgeworfen. Daraufhin erzwangen die Drucker der Hamburger „Morgenpost" von den Redakteuren einen Gegenartikel: „Wir sind keine Kneipenhocker".

Provokationen der Kapitalisten

Die Kapitalisten ließen es sich nicht nehmen, auf ihre Art in die Streiks der Druckarbeiter einzugreifen. Sie verteilten Flugblätter in den Betrieben, in denen sie „Gefahren für die Arbeitsplätze" heraufbeschworen und ließen ihre Redakteure mit ähnlichen „Argumenten" unter die Drucker ausschwärmen. Sie sperrten aus, organisierten Streikbrecher und ließen die Betriebe durch die Polizei von den Druckern „räumen". In einem bisher bekannt gewordenen Fall in Ludwigshafen verübte ein Verlagsleiter einen Mordanschlag auf Kollegen, die eine Streikpostenkette gebildet hatten.

Polizei gegen streikende Arbeiter

Auch der kapitalistische Staatsapparat wurde getreu seiner eigentlichen Funktion gegen die streikenden Drucker eingesetzt. An vielen Orten zogen die Polizisten zur Einschüchterung der Arbeiter vor den Toren auf. Vielfach blieb es nicht dabei. In Bremen „räumte" die Polizei eine Druckerei, die von streikenden Arbeitern besetzt worden war.

> **Polizisten als Handlanger?**
>
> **Zwei Mitglieder der IG Druck, die in Karlsruhe vor einem Zeitungsbetrieb „report '73" verteilten, wurden vom Betriebsgelände verwiesen und sahen sich unmittelbar darauf zwei Polizisten konfrontiert, die sie nach Waffen (!) durchsuchten und sie vorläufig festnahmen. Sind Polizisten Handlanger der Unternehmer im Arbeitskampf?**

aus „Report '73 vom 11. April

Bei dem Mordanschlag des Verlagsleiters Schaub in Ludwigshafen, wo ein Arbeiter schwer verletzt wurde, war die Polizei auch zugegen (mit Bluthunden!). Sie „beobachtete" den „Zwischenfall", griff aber nicht ein. Die Polizei weiß sehr gut, wann und gegen wen sie einzugreifen hat.

Reaktionen der Gewerkschaftsführer

Zwar ist es den Gewerkschaftsführern noch ohne große Probleme gelungen, diese Tarifrunde im Griff zu behalten. Die Opposition ist heute noch nicht in der Lage, die Ergebnisse der Politik der Gewerkschaftsführer maßgeblich zu beeinflussen.

Längerfristig deutet sich aber in der wachsenden Opposition, im Schwinden der Vertrauensbasis unter den betrieblichen Funktionsträgern der Gewerkschaft ein Prozeß an, der die Gewerkschaftsführung zu ausgefeilteren Taktiken zwingen wird, will sie nicht Gefahr laufen, die Kontrolle über die Basis zu verlieren.

Auf der einen Seite wird die innergewerkschaftliche Demokratie immer stärker abgebaut, wie es in den politisch motivierten Ausschlüssen zum Ausdruck kommt. Die vor kurzem gefaßten Beschlüsse zeigen das klar. (siehe hierzu „Neue Welle von Gewerkschaftsausschlüssen" in diesem ARBEITERKAMPF)

So stehen auch im Zusammenhang mit der gerade zu Ende gegangenen Tarifrunde in der IG Druck und Papier zahlreiche Ausschluß-Verfahren bevor. Auf seiner am 27. April stattfindenden Sitzung will der Hauptvorstand der Drupa über Massenausschlüsse u.a. gegen den Frankfurter Ortsverein beraten, der auf seiner jüngsten Mitgliederversammlung den Ausschluß Mahleins wegen dessen Verhalten in der Tarifrunde gefordert hatte. Auch für andere Städte stehen zahlreiche Ausschluß-Verfahren bevor.

Andererseits werden sich die Gewerkschaftsführer in der Zukunft auch mehr des Mittels der Scheinzugeständnisse gegenüber der Basis bedienen müssen. Denn es steht außer Frage, daß mit der Verschärfung der Klassenkämpfe, die sich schon heute unübersehbar ankündigt, die Basis in den Gewerkschaften nicht anders unter Kontrolle gehalten werden kann.

Deshalb wäre es falsch, nur die jetzt einsetzenden härteren Schläge der Gewerkschaftsführer gegen linke Kritiker und den Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie zu sehen.

Die andere Seite der Medaille, die notwendigen Zugeständnisse der Basis gegenüber, ist ebenso wichtig und schafft Voraussetzungen, die bei ernsthafter Arbeit der Kommunisten erfolgreich genutzt werden können.

In der IG Druck und Papier stehen am 24. Mai Vertrauensleute-Wahlen an. Erstmals sollen in allen Betrieben Vertrauensleute gewählt werden. Die noch frischen Erfahrungen der Tarifrunde können und müssen hier ihren Niederschlag finden. Es muß gesehen werden, daß ein dichtes Netz von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten in den Betrieben ungleich bessere Bedingungen für die politische Arbeit in den Gewerkschaften schafft, als das bisher der Fall war.

Es konnten in diesem kurzen Artikel nicht alle Aspekte der jüngsten Druck-Tarifrunde behandelt werden. Das soll in einem ausführlichen Artikel im nächsten ARBEITERKAMPF geschehen. Insbesondere können wir nicht auf die wichtige Frage eingehen, welche Rolle die verschiedenen kommunistischen Gruppen in dieser Tarifrunde gespielt haben.

Was den Kommunistischen Bund angeht, so kann aber schon so viel gesagt werden, daß sich bei den Genossen des Druckbereichs in Hamburg verschiedene politische und organisatorische Mängel gezeigt haben. So hat sich – zumindestens zu Beginn der Tarifrunde – eine recht distanzierte Haltung zu den Kämpfen der Arbeiter gezeigt, was sich besonders in einem Flugblatt „Urabstimmung – und was dann" niederschlug. ■

HBV-Tarifrunde

Die diesjährige Tarifrunde ist im HBV-Bereich gelaufen. In den 3 Branchen Handel, Banken und Versicherungen kamen unterschiedliche Tarifverträge zustande. So wurden die Kollegen im Einzelhandel mit einer Erhöhung von DM 100,– abgespeist, was weiterhin die Kollegen stark hinter den anderen Löhnen und Gehältern hinterherlaufen läßt. Teilweise sind im Bereich des Handels auch noch keine Abschlüsse erzielt worden. Dies ist begründet einerseits durch die Situation im Handel (es gibt allein in Hamburg 26 verschiedene Tarifverträge) und andererseits durch die spalterische Führung der Tarifrunde durch die Gewerkschaftsführung. So werden die Tarife für die Angestellten teilweise erst im Juni ausgehandelt, während für gewerbliche Kollegen schon DM 100,– im Einzelhandel abgeschlossen worden sind.

Kampfkraft und -stärke der Belegschaften kommt somit nur schwer zustande. Obwohl natürlich nicht in erster Linie einheitliche Verhandlungen die Kollegen stärken, sondern im wesentlichen politische Klarheit das Bewußtsein der Kollegen und damit auch ihre Schlagkraft in Tarifrunden erhöht.

Insgesamt werden die Kollegen im HBV-Bereich daran gehindert, sich zu einer einheitlichen Front zusammenzuschließen. Für jede der drei Branchen findet die Tarifrunde zu unterschiedlichem Zeitpunkt statt. Das bedeutet nicht nur eine Spaltung der Kollegen, sondern deutlich wird auch das unsinnige Gerede von einem "leistungsgerechten Gehalt": Die Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen der Angestellten in der Verwaltung, besonders unter den Bank- und Versicherungsangestellten sind völlig gleich. Der Tarifabschluß für den Bankbereich liegt jedoch bei 8,5 %, im Versicherungsbereich ist ein Ergebnis von durchschnittlich 11 % herausgekommen. Für gleiche Tätigkeiten also völlig unterschiedliches Gehalt. Es richtet sich offenbar eben nicht nach der vollbrachten Leistung; sondern die Kapitalisten wollen uns nur so viel Geld in die Hand geben, wie wir zum Leben brauchen.

Das Ergebnis im Versicherungsbereich kam am 18.4. zustande. Der Abschluß der Drucker von 10,8 % setzte für die Versicherungsbranche ein neues Zeichen. Nicht zu vergessen ist allerdings auch der stärkere Druck der Kollegen im Versicherungsbereich gegenüber den Bankangestellten. So wurde das erste Angebot von 8,9 % der Kapitalisten sofort abgelehnt. Die Kollegen im Bankbereich mußten sich noch nach dem Tarifabschluß von Metall richten.

Eines wird aus der Tarifrunde deutlich: In den Betrieben sollte die Diskussion geführt werden, daß die Forderung nach einheitlicher Tarifrunde des gesamten HBV-Bereiches in die Gewerkschaft hineingetragen wird. Dadurch wird sich der Druck gegenüber den Kapitalisten verstärken und durch solidarisches Auftreten aller Kollegen ein offensiver Kampf gegen den Lohnabbau geführt werden können. Vor allen Dingen wird über die Tarifrunde hinaus sich die Möglichkeit entwickeln, gemeinsam gegen die Angriffe der Kapitalisten sich zur Wehr setzen zu können, denn verschlechterte Arbeitsbedingungen größerer Arbeitshetze durch Einsparungen von Arbeitskräften treffen alle Kollegen im Verwaltungsbereich gleichermaßen. ■

HBV-Komitee, KB-Gruppe Hamburg